



**über die Arbeit der
Kreisverwaltung Teltow-Fläming
2012**

Inhaltsverzeichnis

Landratsbereich	3
Wirtschaftsförderung und Beteiligungsmanagement	3
Untere Kommunalaufsicht	10
Rechnungsprüfungsamt	11
Behinderten- und Seniorenbeauftragte	12
Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte	14
Beauftragter zur Korruptionsprävention und -bekämpfung (Antikorruptionsbeauftragter)	16
Behördlicher Datenschutzbeauftragter	17
Öffentlichkeitsarbeit	18
Dezernat I	22
Hauptamt	22
Amt für Finanzen und Personal	24
Straßenverkehrsamt	30
Dezernat II	36
Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt	36
Sozialamt	41
Gesundheitsamt	49
Dezernat III	57
Ordnungsamt	57
Untere Bauaufsichtsbehörde	66
Umweltamt	70
Landwirtschaftsamt	76
Dezernat IV	80
Kreisentwicklungsamt	80
Kataster- und Vermessungsamt	87

Bauamt	89
Dezernat V	92
Jugendamt	92
Amt für Bildung und Kultur	108
Staatliches Schulamt Wünsdorf	119

Landratsbereich

Wirtschaftsförderung und Beteiligungsmanagement

Im diesem Jahr konnte der Landkreis seine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung weiterführen. Die wirtschaftlichen Erfolge sind in erster Linie auf das Engagement der Wirtschaft selbst zurückzuführen. Der Landkreis unterstützte diese Entwicklung maßgeblich, so u. a. durch die Arbeit der kreislichen Koordinierungsgruppe und die zielstrebige Tätigkeit des Investitionsmanagements der Kreisverwaltung. Die bewährte Zusammenarbeit vieler Partner der Wirtschaftsförderung, wie der Industrie- und Handelskammer (IHK), der Kreishandwerkerschaft, der Zukunftsagentur Brandenburg (ZAB), der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB), der Arbeitsagentur Potsdam, des Jobcenters TF sowie der hauptamtlichen Wirtschaftsförderer der Städte und Gemeinden u. a. hat zur positiven wirtschaftlichen Entwicklung des Landkreises wesentlich beigetragen.

Eine Erhebung der IHK vom Juni hat ergeben, dass die Industrieunternehmen aus dem Landkreis im Jahr 2011 Waren im Wert von 1,9 Milliarden Euro exportiert haben. Damit behauptet der Landkreis den Spitzenplatz im Exportgeschäft im Land und hat dazu beigetragen, dass die Brandenburger Wirtschaft das Jahr 2011 mit dem besten jemals erzielten Exportergebnis abgeschlossen hat. Einen weiteren Spitzenplatz belegte Teltow-Fläming bei der Anzahl der umgesetzten Projekte der ZAB. In den Jahren von 2001 bis 2011 wurden im Landkreis 130 Investitionen gefördert, nur in der Landeshauptstadt waren es mit 186 mehr geförderte Projekte.

Die umfangreichen Förderzusagen der ILB auf der Grundlage der Richtlinie des Ministeriums für Wirtschaft zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW-G) für kleine und mittelständische Unternehmen konnten auch 2012 ein hohes Investitionsvolumen im Landkreis sichern.

Der britische Triebwerkhersteller Rolls-Royce hat sich entschlossen, sein Werk in Dahlewitz mit dem Bau eines neuen Teststandes für Triebwerke weiter auszubauen. Nachdem in diesem Jahr dafür der Grundstein gelegt wurde, soll die Anlage 2014 in Betrieb gehen. Die Investition von 90 Millionen Euro ist die größte, die das Unternehmen in den vergangenen 20 Jahren in der Region getätigt hat. Die Stellungnahme zu dem GRW-G-Förderantrag wurde im Bereich Wirtschaftsförderungsbeauftragter erarbeitet.

Das Güterverkehrszentrum (GVZ) Großbeeren hat sich im bundesweiten GVZ-Ranking verbessert. Es steht zwar weiterhin auf Platz drei, hat aber den Abstand zur Spitze deutlich verringert. Aus dem nationalen Ranking der 20 Top-Güterverkehrszentren geht hervor, dass Großbeeren das leistungsstärkste GVZ in Ostdeutschland ist. Bereits vor zwei Jahren erreichte Großbeeren beim europäischen Ranking Platz zehn und wirbt seitdem damit, zu den „Top 10“ in Europa zu gehören. 2012 konnte die 150 Hektar große Fläche um weitere 25 Hektar erweitert werden. Insgesamt sind 70 Unternehmen mit etwa 6.000 Beschäftigten ansässig.

Der Flughafen Schönhagen wurde auch international tätig. Im Rahmen der Internationalen Luftfahrtausstellung wurde eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Flughafen und der staatlichen Organisation China Aviation Industrial Base (CAIB) abgeschlossen. Durch die Zusammenarbeit mit der chinesischen Luftfahrtbranche wird der Schönhagener Flughafen eine wichtige Rolle beim Aufbau der dortigen Infrastruktur spielen. Auf dieser Grundlage ist der Flughafen Teil eines Konsortiums Berlin-Brandenburger Unternehmen und Hochschulen geworden, die der CAIB bei seinen Vorhaben unterstützen soll. Es geht um die Flugabläufe, die Strukturierung des Luftraums, den Betrieb und die nötige Gesetzgebung. So soll z. B. Schönhagen helfen, chinesische Flughafenmanager auszubilden.

Die Aufgabenerfüllung war wesentlich durch die Umstrukturierung der Wirtschaftsförderung im Landkreis zur Umsetzung des Kreistagsbeschlusses Nr.4-1125/11-LR vom 27. Februar 2012 geprägt. Grundlage für diesen Beschluss bildete das durch den WFB erarbeitete und von der kreislichen Arbeitsgruppe bestätigte Konzept zur strategischen Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung. Die Arbeitsgruppe - bestehend aus Abgeordneten der Kreistagsfraktionen sowie aus Vertretern der Wirtschaftswissenschaft, der Wirtschaftsförderung des Landes und der Kreisverwaltung - wurde vom WFB geleitet. Die Dienstberatung des Landrates beschloss am 2. April die Bildung eines Wirtschaftsförderungsamtes. Als Beauftragter zur Bildung dieses Amtes wurde der WFB eingesetzt.

Die neue Struktur integriert wesentliche, bisher durch die Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Teltow-Fläming (SWFG mbH) wahrgenommene Aufgaben der Wirtschaftsförderung in die Verwaltung des Landkreises. Dabei handelt es sich um die Aufgabenfelder Unternehmensbetreuung, Flaeming-Skate, Lotsendienst und KfW-Gründercoaching, Breitbandversorgung und Projektkoordination EU-Staaten/Wirtschaftswoche Teltow-Fläming.

Die Übernahme dieser Aufgaben und des Personals erfolgte auf der Grundlage des Betriebsüberganges von Teilen der SWFG mbH nach § 613 a BGB in den Landkreis zum 1. September bzw. zum 1. Oktober. Mit der Übernahme der Aufgaben und der Mitarbeiter ist die Umstrukturierung der wirtschaftsfördernden Aufgaben erfolgreich abgeschlossen worden. Das neue Amt „Wirtschaftsförderung und Beteiligungsmanagement“ besteht aus den drei Sachgebieten Wirtschaft und kreisliche Beteiligungen, Arbeitsmarktpolitik und Tourismus.

Die SWFG mbH ist damit auf dem Weg zu einer Immobiliengesellschaft. Die Bemühungen zum Verkauf des Immobilienbestandes der SWFG mbH wurden intensiviert. Mit der angestrebten Veräußerung der MBS-Immobilien ist eine Entspannung der finanziellen Situation der SWFG mbH zu erwarten.

Im Ergebnis der Umstrukturierung konnte das vom Europäischen Sozialfonds (ESF) finanzierte Teilprojekt „Netzwerk Arbeits- und Fachkräftesicherung Teltow-Fläming“ als Bestandteil des Regionalbudgets V (RB V) innerhalb des Landkreises weitergeführt werden. Es gibt dabei folgende Handlungsschwerpunkte:

- Akquise von unbesetzten Ausbildungsstellen bei Klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU) im Landkreis
- Akquise von unbesetzten Arbeitsstellen bei KMU im Landkreis
- Verbesserung von Informationen zur Arbeits- und Fachkräftesicherung für KMU im Landkreis
- Integration weiterer Institutionen, die sich der Aufgabe der Fachkräftesicherung als Arbeitsschwerpunkt stellen
- monatliche Netzwerksitzungen zu unterschiedlichen Themen der Arbeits- und Fachkräftesicherung, der Mittelstandsberatung und der Kooperation zwischen Schule und Wirtschaft
- Verbesserung des Informationsaustausches zwischen den Trägern des Regionalbudgets und der Netzwerkmitarbeiter

Dem Netzwerk gehörten bis zum Jahresende mehr als 20 Einrichtungen und Institutionen an. Neben dem Landkreis zählen die Träger des Regionalbudgets V, die LASA Brandenburg GmbH, die Kreishandwerkerschaft, die IKK, die ILB, die ZAB, die Handwerkskammer, die Bundesagentur für Arbeit, das Jobcenter TF, der

Unternehmerverband Brandenburg e. V., die Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises, die ZAL GmbH und weitere Bildungseinrichtungen zu den Netzwerkmitgliedern. Ziel soll eine optimale Vernetzung aller am Arbeitsmarkt tätigen Einrichtungen und Institutionen sein, um auch in Zukunft den Anforderungen der Unternehmerinnen und Unternehmern in Bezug auf die Fachkräftesicherung zu entsprechen.

Ein weiterer Bestandteil der Arbeit des Netzwerkes ist es, vorhandene Doppelstrukturen bei den Netzwerkpartnern aufzudecken und entsprechend der unternehmerischen Erwartungen auszurichten. Die Nutzung von Synergieeffekten steht dabei im Fokus der Bemühungen. Des Weiteren wurden im zurückliegenden Maßnahmenzeitraum durch das Netzwerk die „Lange Nacht der Wirtschaft“ in Luckenwalde, die Veranstaltung „Wirtschaft trifft Kultur“ in Ludwigsfelde sowie mehrere Tage der offenen Tür in verschiedenen Unternehmen des Landkreises begleitet.

Auch die klassische Mittelstandsbetreuung spielt im Netzwerk Arbeits- und Fachkräftesicherung eine außerordentliche Rolle. Im Jahr fanden dazu zwei große Veranstaltungen mit mehr als 50 Unternehmensvertretern statt. Landesweit agierende Institutionen, wie z.B. die ILB, LASA, IHK Potsdam, informierten über aktuelle Fördermöglichkeiten und Initiativen auf dem Gebiet der Arbeits- und Fachkräftesicherung, der Investitionsförderung und andere unternehmensspezifische Förderprogramme. Mit den im Jahr eingeleiteten und weiterzuführenden Maßnahmen wird das Netzwerk auf lange Sicht ein akzeptiertes Bindeglied zwischen den Trägern des Regionalbudgets, regionalen Unternehmen, Schulen, Bildungsträgern sowie Trägern der Arbeitsförderung und erfüllt den Grundgedanken der Nachhaltigkeit und der Regionalentwicklung.

Ein wichtiges Ereignis war die Wirtschaftswoche Teltow-Fläming vom 29. Oktober bis 1. November, die schwerpunktmäßig auf die Thematik Arbeits- und Fachkräftesicherung ausgerichtet war und von den Projektmitarbeitern des Netzwerkes Arbeits- und Fachkräftesicherung unterstützt und inhaltlich ausgestaltet wurde.

Mit der im Mai 2008 ins Leben gerufenen Breitband-Initiative Teltow-Fläming ist der Landkreis weiter vorangekommen. Bis zum Jahresende wurden seit dem Start der Breitbandinitiative ca. 7 Mio. € in den Breitbandausbau investiert. Durch das gute Zusammenspiel der Kommunen und des Landkreises konnten ca. 3,5 Mio. € Fördermittel aus unterschiedlichen Fördertöpfen akquiriert werden. So konnte sich beispielsweise die Gemeinde Niederer Fläming im Mai über die Inbetriebnahme ihres Breitbandnetzes freuen. Im Herbst wurde in der Stadt Ludwigsfelde das Breitbandnetz in Betrieb genommen. Des Weiteren wurden in den Gemeinden Großbeeren, Blankenfelde-Mahlow, Rangsdorf, Zossen, Am Mellensee, Nuthe Urstromtal, Luckenwalde und Trebbin Teilprojekte (Breitbanderschließung einzelner Ortsteile) realisiert.

Auch komplizierte Fördermittelverfahren, wie in Jüterbog und Blankenfelde-Mahlow, konnten zu einem positiven Ergebnis gebracht werden. Durch die im Jahr realisierten Projekte wurde eine erhebliche Verbesserung der Breitbandversorgung für die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis erreicht. Darüber hinaus wurden die Weichen für die positive Projektrealisierung in Jüterbog und Blankenfelde-Mahlow gestellt. Es wird davon ausgegangen, dass nach der Realisierung der im letzten Jahr positiv beschiedenen Fördermittelverfahren eine nahezu flächendeckende Breitbandversorgung im Landkreis gegeben ist.

Auf dem Gebiet des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) lag der Arbeitsschwerpunkt auf der Umsetzung des Nahverkehrsplanes für die Jahre 2009 - 2013 (Beschluss Kreistag vom 15. Dezember 2008). Auf Grundlage des Nahverkehrsplanes und der Verkehrsverträge mit allen im Landkreis ÖPNV-Leistungen erbringenden Verkehrsunternehmen (2009 nach der EU-Verordnung 1370/2007 überarbeitet) ist Planungssicherheit sowohl für die Verkehrsunternehmen als auch für den Landkreis als Aufgabenträger für den übrigen ÖPNV für die nächsten Jahre gegeben.

Darüber hinaus werden die Landkreisgrenzen überschreitenden Linien über Verwaltungsvereinbarungen mit den benachbarten Landkreisen (abgeschlossen im Jahr 2010) finanziell abgesichert.

Auf Grundlage ähnlicher Verwaltungsvereinbarungen mit den Kommunen wurden die Ortslinienverkehre in den Städten Luckenwalde, Jüterbog, Ludwigsfelde und der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow vom Landkreis unterstützt. Somit konnte erreicht werden, dass den Gesamtaufwendungen für den ÖPNV in Höhe von 7.596 T€ Gesamterlöse von 4.822 €, die sich aus 4.520 T€ Landeszuweisungen und 302 T€ Beteiligungen von anderen Landkreisen und Kommunen zusammensetzen, gegenüberstanden. Durch den Landkreis waren dementsprechend 2.774 T€ als Eigenmittel für den ÖPNV zu finanzieren.

Zur Erprobung von alternativen Verkehrsangeboten wurde 2010 ein Rufbuskonzept in der Gemeinde Nuthe-Urstromtal in die Praxis überführt. Die Nachhaltigkeit dieses Angebots konnte auch im Jahr 2012 nicht überzeugen, obwohl die Kommune intensive Anstrengungen zur Werbung für dieses Angebot unternommen hat. Die Gemeinde Nuthe-Urstromtal hat trotz erhöhter Kostenbeteiligung für das Jahr 2012 und perspektivisch auch für 2013 in ihrer Gemeindevertreterversammlung am 16. Oktober die weitere Fortführung dieses Rufbuskonzeptes beschlossen. Eine entsprechende Verwaltungsvereinbarung zur Kostenbeteiligung konnte im Jahr zwischen der Kommune und dem Landkreis abgeschlossen werden.

Mit dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg gibt es eine enge Zusammenarbeit.

In diesem Zusammenhang konnte auf Initiative des WFB und des Ausschusses für Wirtschaft mit Kreistagsbeschluss vom 14. Mai eine Änderung des gültigen Nahverkehrsplanes bewirkt werden. Diese ermöglichte, dass zum Fahrplanwechsel im Dezember eine neue Buslinie 600 zwischen dem S-Bahnhof Teltow und dem S-Bahnhof Mahlow in Betrieb gehen konnte. Perspektivisch soll sie den Flughafen BER anbinden. Diese durchaus landesbedeutsame Linie wird zunächst durch den Landkreis allein finanziert. Künftig werden sich die davon profitierenden Gemeinden Blankenfelde-Mahlow und Großbeeren, ähnlich wie die Kommunen mit Ortslinienverkehr, an den Kosten beteiligen.

Über die im Nahverkehrsplan enthaltene Investitionsrichtlinie konnten Investitionen in die ÖPNV-Infrastruktur in Höhe von 30,8 T€ durch die Bereitstellung von 15,4 T€ aus o. g. Richtlinie unterstützt werden. Es handelte sich dabei insbesondere um Investitionen für insgesamt 6 Bushaltestellen bzw. Aufstellflächen in Christinendorf, Körbitz, Mahlow und Nonnendorf. Die für das Haushaltsjahr bewilligten Fördermittel an die Stadt Ludwigsfelde für die baulichen Maßnahmen des 1. Bauabschnittes am Bahnhofsumfeld der neuen Station Ludwigsfelde-Struveshof in Höhe von 180,6 T€ konnten bisher nicht innerhalb des Bewilligungszeitraumes realisiert werden. Sie werden erst im Jahr 2013 haushaltswirksam.

Der Landkreis hat zum Entwurf des Landesnahverkehrsplanes Stellung genommen. Die Stellungnahme wurde in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen, dem Landkreis Potsdam-Mittelmark und der Stadt Potsdam erarbeitet.

Der Nahverkehrsbeirat hat die Verwaltung bei aufgetretenen Problemen des ÖPNV engagiert unterstützt. Im Beirat wirken der WFB und die Sachbearbeiterin für ÖPNV aktiv mit.

Auf dem Gebiet der Arbeitsmarktpolitik lag ein Schwerpunkt in der erfolgreichen Weiterführung des Förderprogramms „Beschäftigungsperspektiven eröffnen – Regionalentwicklung stärken“ (Regionalbudget).

Die am 1. Juli 2007 gestartete Förderung des Regionalbudgets ging ab dem 1. März 2012 in den 5. Förderabschnitt (RB V) der gegenwärtigen Förderperiode des Europäischen Sozialfonds (ESF) im Land Brandenburg. Mit dem Förderprogramm werden durch die Einbeziehung der Entscheidungsträger am regionalen Arbeitsmarkt neue Wege in der Beschäftigungsförderung ermöglicht und weiter ausgebaut. Diese eröffnen den am Arbeitsmarkt benachteiligten Frauen und Männern neue Perspektiven und stärken zugleich die Regionalentwicklung.

Mit dem Förderprogramm sollen folgende arbeitspolitischen Ziele erreicht werden:

1. Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung für arbeitslose Frauen und Männer
2. Verbesserung der sozialen Eingliederung von arbeitslosen Frauen und Männern
3. Anregung von Akteurskooperationen vor Ort

Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg (MASF) hat den Landkreisen für das RB V erstmals eine konkrete Anzahl von Projekten und ein Gesamtfinanzbudget vorgegeben. So erhielt unser Landkreis die Möglichkeit, maximal 8 Projekte umzusetzen. Diese Umsetzung erfolgt durch das vom ESF geförderte Projektmanagement (Koordinierungsbüro mit zwei Projektkoordinatoren), welches seit dem 1. März durch den Landkreis innerhalb des Bereiches WFB in Eigenregie durchgeführt wird.

Zielgruppen des kreislichen Konzeptes sind langzeitarbeitslose Frauen und Männer, benachteiligte Jugendliche ohne Schulabschluss bzw. ohne Ausbildung, arbeitslose Frauen und Männer mit Schwerbehinderungen oder mit Migrationshintergrund sowie arbeitslose Nichtleistungsbezieher.

Durch das Projektmanagement wurde ein öffentlicher Ideenwettbewerb durchgeführt, in dessen Ergebnis insgesamt 17 Ideen im Koordinierungsbüro eingegangen sind. Durch die kreisliche Steuerungsgruppe für das Regionalbudget sind die acht besten Konzepte auf der Grundlage der ESF-Projektauswahlkriterien ausgewählt worden.

Der Landkreis schloss mit dem MASF eine Zielvereinbarung ab, in welcher folgende Zielindikatoren vereinbart sind:

- 670 Teilnehmer/innen
- 80 Übergänge in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
- 90 Übergänge in voll qualifizierende berufliche Ausbildung.

Durch die Arbeit der Projektträger im RB V wurden von März bis Dezember folgende Ergebnisse erreicht:

- 331 Teilnehmer/innen
- 47 Übergänge in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
- 26 Übergänge in voll qualifizierende berufliche Ausbildung

Hierzu wurden Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds in Höhe von 890.000 € eingesetzt. Die Kofinanzierung (Bundesmittel, Landesmittel, Kommunale Mittel und

Eigenmittel der Projektträger) für den gleichen Zeitraum beläuft sich auf 470.000 €, dies entspricht einem Anteil von 34,5 Prozent gemessen am Gesamtbudget im RB V für 2012.

Erstmals in dieser Förderperiode ist innerhalb des Koordinierungsbüros eine Anlaufstelle für alle Partner am Arbeitsmarkt integriert. Die Ausübung der Brückenfunktion zwischen den hilfeschuchenden Bürgern und den Akteuren am Arbeitsmarkt ergänzt die Anlaufstelle mit Informationen zu weiteren arbeitsmarktrelevanten Fördermöglichkeiten für die Bürger und Unternehmen.

Im Landkreis wurde das Bundesprogramm „Kommunal-Kombi“ im Zeitraum vom 1. Mai 2009 bis zum 31. Dezember 2012 erfolgreich umgesetzt. Es konnten 227 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose geschaffen werden. Davon gab es 10 Plätze innerhalb der Kreisverwaltung. Zu den Fördervoraussetzungen gehörten die Zusätzlichkeit, das öffentliche Interesse an den durchzuführenden Aufgaben und die tarifliche oder ortsübliche Entlohnung.

Die meisten Stellen wurden mit über 50-jährigen Frauen und Männern besetzt, die länger als ein Jahr im Bezug von Arbeitslosengeld II standen. Im Ergebnis der 3-jährigen Projektlaufzeit sind die Arbeitsleistungen der Teilnehmenden zur Unterstützung der kommunalen Strukturen, die Festigung der sozialen Verhältnisse und die Integrationen hervorzuheben.

Von den 227 Teilnehmerinnen und Teilnehmern konnten 31 Übergänge auf den 1. Arbeitsmarkt, zwei Übergänge in Ausbildung, ein Übergang in Elternzeit und drei Übergänge in Rente erreicht werden.

Im Landesprogramm „Arbeit für Brandenburg“ (AfB) steht auch 2012 im Fokus die Schaffung von zusätzlichen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen für Langzeitarbeitslose, vorrangig für solche über 50 Jahre. Durch die erwerbsbezogene und soziale Integration soll eine Steigerung der Beschäftigungsfähigkeit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer erzielt werden.

Das Programm startete 2010 und läuft jeweils über 24 Monate. Von den 34 in 2010 geschaffenen Stellen hat das Jobcenter 20 Stellen bis zum 31. August 2012 fortgeführt. Von den 20 in 2011 geschaffenen Stellen sind per 31. Dezember 2012 insgesamt 18 Stellen besetzt.

Im Jahr 2012 wurde das Programm im Landkreis mit 29 neu eingerichteten Stellen weitergeführt, sodass insgesamt 67 langzeitarbeitslose Menschen im Rahmen des Landesprogramms AfB beschäftigt waren. Insgesamt gelang es bisher, 4 Teilnehmer auf dem 1. Arbeitsmarkt zu vermitteln.

Diese Beschäftigungsverhältnisse werden in Höhe von 250 € monatlich pro Teilnehmer vom Land und auf der Grundlage des Beschlusses des Kreistages in Höhe der eingesparten Kosten der Unterkunft gefördert. Die Landes- und Kreismittel werden durch den WFB-Bereich bewilligt und an die Träger der Maßnahmen weitergeleitet.

Das aus Mitteln des ESF geförderte Bundesprogramm „Bürgerarbeit“, welches der Schaffung gemeinnütziger Beschäftigungsverhältnisse mit dem Ziel der stufenweisen Integration der Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf dem 1. Arbeitsmarkt dient, wurde fortgesetzt.

Seit Beginn dieses Programms wurden per 31. Dezember 2012 insgesamt 165 zusätzliche gemeinnützige Beschäftigungsplätze für Kunden des Jobcenters TF geschaffen (2011 = 157, 2012 = 8), die nicht in eine reguläre Beschäftigung integriert werden konnten. Davon sind in der Kreisverwaltung 8 „Bürgerarbeitsplätze“ eingerichtet worden. Alle „Bürgerarbeitsplätze“ werden auf der Grundlage des Beschlusses des Kreistages in Höhe der eingesparten Kosten der Unterkunft gefördert.

Durch das Verknüpfen des Programms „Bürgerarbeit“ mit einem Coaching im Rahmen des Landesprogramms „Arbeit für Brandenburg“ wurde für 75 Teilnehmer eine Möglichkeit geschaffen – je nach individueller Notwendigkeit für den Einzelnen – sozialpädagogische Betreuung und arbeitsplatzbezogene Qualifizierung anzubieten.

Das zusätzliche Coaching wird von drei Trägern durchgeführt. Es soll bewirken, dass vorhandene Vermittlungshemmnisse bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern abgebaut und diese somit schneller in den 1. Arbeitsmarkt integriert werden können. Das Land gewährt hier eine Förderung in Höhe von 250 € monatlich pro Teilnehmer. Insgesamt gelang es, 7 Teilnehmer (2011 = 4, 2012 = 3) auf dem 1. Arbeitsmarkt zu vermitteln. Das Coaching wird durch die Sachbearbeiterin für Arbeitsförderungsprogramme „Arbeit für Brandenburg“ und „Bürgerarbeit“ beim WFB koordiniert.

Seit sechs Jahren gibt es im Landkreis eine Beratungsstelle für Existenzgründerinnen und -gründer – den Lotsendienst. Das Projekt war bis zum 30. September bei der SWFG mbH angesiedelt.

Bisher nutzten dort über 1.000 Gründungsinteressierte die Möglichkeit der kostenlosen, individuellen Beratung in Sachen Businessplan, Rentabilität oder Gründungsfinanzierung. Über 200 Personen haben sich tatsächlich selbstständig gemacht und ein eigenes Unternehmen im Landkreis gegründet. Vom Maler, Dachdecker, Bauingenieur, Bäcker oder Programmierer bis hin zur Physiotherapeutin, Frisörin, Reitlehrerin oder Künstlerin – alle Branchen sind vertreten.

Der Lotsendienst ist seit dem 1. Oktober im Zuge der Umstrukturierung der Wirtschaftsförderung direkt beim Landkreis angesiedelt. Er hilft, eine Existenzgründung sorgfältig vorzubereiten, zu planen, in die Praxis umzusetzen und lotst die Gründer durch das „Dickicht des Förderdschungels“. Den zukünftigen Unternehmern entstehen dabei keine Kosten, denn das Projekt wird mit Landes- und EU-Mitteln finanziert. Seit dem Start unter Trägerschaft des Landkreises wurden statt der geplanten 17 Teilnehmerinnen und Teilnehmer (TN) 22 TN in das Lotsenprojekt aufgenommen.

- 12 Frauen und 10 Männer
- 17 TN haben an einer Potenzialanalyse (Assessmentcenter AC) teilgenommen (77%)
- 5 TN erhalten Beratungs-/Qualifizierungsleistungen ohne AC (23%)
- 16 TN gründen aus der Arbeitslosigkeit, davon sind 6 TN langzeitarbeitslos
- 5 TN sind von Arbeitslosigkeit bedroht
- ein TN hat Migrationshintergrund
- ein TN hat eine 100%ige Behinderung (gründet ein Ingenieurbüro für Medizintechnik)

- Durchschnittsalter 39 Jahre

Einige TN haben die Vorgründungsberatung abgeschlossen und ihre Unternehmungen bereits gegründet, die anderen befinden sich noch im Beratungsprozess. Insgesamt wird davon ausgegangen, dass von den 22 TN 16 Gründungen erfolgen werden, was eine Gründungsquote von 72% bedeuten würde (Ziel: 60%). Das Projekt läuft zunächst bis zum 31. Dezember 2013.

Im Dezember konnte ein weiteres durch das MASF und ESF gefördertes Arbeitsförderungsprojekt „Förderung von Integrationsbegleitung von Langzeitarbeitslosen“ begonnen werden. Der Landkreis erhält zur Durchführung des Projektes eine Zuwendung in Höhe von 353.755,59 €.

Alle Ergebnisse der vom Landkreis durchgeführten bzw. unterstützen Arbeitsförderungsmaßnahmen haben mit dazu beigetragen, dass die Arbeitslosenzahlen, trotz leichter Erhöhung, weiter auf niedrigem Niveau liegen. Von Arbeitslosigkeit waren in Teltow-Fläming im Dezember insgesamt 6.752 Menschen betroffen, davon 2289 im Rechtskreis SGB III (ALG I) und 4463 im Rechtskreis SGB II (ALG II). Die Arbeitslosenquote belief sich auf 7,6%. Gegenüber dem Dezember 2011 war das eine Erhöhung von insgesamt 239 Personen (0,3%). Dabei erfolgte der Zugang ausschließlich im Rechtskreis SGB III. Erfreulicherweise konnte erstmals ein Rückgang von 78 Personen im SGB II verzeichnet werden.

Dies ist insbesondere auch auf die erfolgreiche Umsetzung der o. g. Arbeitsförderprogramme zurückzuführen.

Vor sechs Jahren (2006) waren im Jahresdurchschnitt noch 11.944 Menschen im Landkreis ohne Arbeit (4.518 im SGB III; 7.426 im SGB II), das ist fast ein Halbierung der Anzahl der Menschen ohne Arbeit.

Der WFB arbeitete auch in diesem Jahr aktiv als Mitglied des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit Potsdam und als Mitglied im Beirat Jobcenter Teltow-Fläming. Die Sachbearbeiterin für Arbeitsmarktpolitik ist als stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit Potsdam berufen.

Seit dem 1. September werden Aufgaben auf dem Gebiet Tourismus im Bereich WFB erfüllt. Diese Aufgaben wurden vor der Umstrukturierung von der ehemaligen Abteilung Fläming-Skate der SWFG mbH wahrgenommen. Dazu gehören u.a. die Vermarktung der Fläming-Skate, die Organisation und Verwaltung der Skate-Arena sowie die Umsetzung der touristischen Aufgabenfelder in der Fläming-Skate-Region.

Die Fläming-Skate wurde auf folgenden Messen vorgestellt:

- Internationale Grüne Woche im Januar als Gemeinschaftsstand zusammen mit dem Museumsdorf Glashütte in der Brandenburghalle 21a
- Messe BERLIN VITAL im März:
Im Vorfeld des Berliner Halbmarathons fand im Rahmen der Teilnehmeranmeldung und Startnummernausgabe eine Messe statt die durch alle Teilnehmer am Marathon (Laufen, Skaten, Handbike) durchlaufen werden muss. Hier gab es spezielle Ausstellungsbereiche für die Zielgruppen.
- Messe BERLIN VITAL im September:
Analog wie im März fand im Vorfeld des Berlin-Marathons ebenfalls eine Messe für die Zielgruppen statt. Hinzu kam ein spezieller Bereich für Anbieter im InlineSkate-Bereich am Brandenburger Tor, der ebenfalls abgesichert wurde.

Die erfolgreiche Arbeit der Flaeming-Skate GmbH aus den Vorjahren wurde fortgesetzt. Hierzu gehören vielfältige Arbeitskontakte mit den touristischen Leistungsträgern aus der Region. Es wurde die inzwischen siebente Auflage des Flaeming-Skate-Flyers (100.000 Stück) erstellt und verteilt. Zu sportlichen Wettkämpfen in der Region und darüber hinaus wurden aktive Sportlerinnen und Sportler aus verschiedenen Vereinen unterstützt. Veranstalter von sportlichen Wettkämpfen und anderen erhielten technische und personelle Unterstützung durch das Team.

Die Zusammenarbeit mit dem Tourismusverband, dem Förderverein der Flaeming-Skate, den verschiedenen Stammtischen der touristischen Leistungsträger aber auch mit überregionalen Sportverbänden, wie dem Brandenburgischen Rollsport- und Inline-Verband und dem Deutschen Rollsport und Inline-Verband, machten ein Großteil der Arbeit aus.

Ein weiterer Schwerpunkt war, die Skate-Arena Jüterbog mit Leben zu erfüllen. Es wurden Veranstaltungen organisiert und Veranstaltern die notwendige technische Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung ihrer Veranstaltungen gewährt. An 49 Tagen fanden 22 Veranstaltungen verschiedenster Art mit über 3.600 Personen statt (Vergleich 2011: 24/13/2.520), davon 10 eigene Events in Kooperation mit dem SV Flaeming-Skate e. V. und 10 in Zusammenarbeit mit externen Veranstaltern. Im Jahr 2012 wurde die bisher höchste Zahl an Teilnehmern und Gästen bei Events in der Arena erreicht. Die Skate-Arena Jüterbog hat in der Sportszene einen guten Ruf als Trainingsstätte, nicht zuletzt wegen der unmittelbaren Anbindung an das Streckennetz der Flaeming-Skate. So kommen bundesweit und darüber hinaus Trainingsgruppen von Vereinen mittlerweile schon seit Jahren für mehrere Tage in die Region. An ca. 160 Tagen haben über 900 Personen, organisiert in Vereinen und Sportgruppen des gesamten Bundesgebietes und des Auslands, die Skate-Arena zu Trainingszwecken genutzt. Im Vergleich zu 2011 (181 Tage/1214TN) ist dies ein leichter Rückgang, geschuldet der hohen Veranstaltungsdichte und dem Ausbleiben größerer Firmenevents. Unberücksichtigt in dieser Statistik ist, dass an den Tagen, an denen das Tor der Arena offen stand, Gäste der Region die Chance nutzten, sich zu informieren und die Anlage "berollten".

Bis zum 31. August wurde die Arbeit im Tourismusbereich des Landkreises - in Abstimmung mit den bis dahin zuständigen Fachbereichen - durch den Tourismusverband Fläming e. V., die Abteilung Flaeming-Skate der SWFG und die verschiedenen Tourismusleistungsträger organisiert und getragen. Nach vollzogener Umstrukturierung hat das Sachgebiet Tourismus im Amt für Wirtschaftsförderung und Beteiligungsmanagement die Arbeit aufgenommen, um zunächst die Aufgaben der bisherigen SWFG-Abteilung zu übernehmen und im Weiteren die Entwicklung des Tourismus im Landkreis voranzutreiben.

Das Touristische Jahr wurde im Fläming durch den 112. Deutschen Wandertag bestimmt. Dieser wurde durch das Zusammenwirken aller Beteiligten unter der Leitung des Tourismusverbandes Fläming e. V. zu einem großen Erfolg mit Synergieeffekten für die zukünftige touristische Entwicklung. Die Akteure des Landkreises haben an der Vorbereitung, Durchführung sowie Nachbereitung und nicht zuletzt Finanzierung dieser Veranstaltungstage erheblichen Anteil.

Untere Kommunalaufsicht

Die Kommunalaufsicht berät die Gemeinden in Selbstverwaltungsangelegenheiten. Ihr obliegt die Aufgabe, im öffentlichen Interesse sicherzustellen, dass die kommunalen Verwaltungen des Landkreises ihre Selbstverwaltungsaufgaben im Einklang mit den Gesetzen erfüllen. Sie ist Rechtsaufsicht. Strukturell gliedert sich das Sachgebiet in die Haushalts-, Personal- und Finanzaufsicht und die allgemeine Kommunalaufsicht.

Im Rahmen der Haushalts- und Finanzaufsicht wurden in diesem Jahr viele Detailfragen im Zusammenhang mit der Umstellung des gemeindlichen Haushalts- und Finanzwesens auf das System der doppelten Buchführung an das Sachgebiet herangetragen und beantwortet.

Zur Bewältigung der Folgen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise erhielten die Städte, Gemeinden und Landkreise zweckgebundene Zuwendungen aus Bundes- und Landesmitteln nach den Regelungen des Zukunftsinvestitionsgesetzes. Dadurch wurde es den Aufgabenträgern ermöglicht, unter Einsatz geringfügiger Eigenmittel zusätzliche Investitionsmaßnahmen zur Verbesserung der gemeindlichen Infrastruktur durchzuführen. Nach Abschluss der Investitionstätigkeit wurden die in den Gemeinden und im Landkreis durchgeführten Maßnahmen, die hierfür eingesetzten Finanzierungsquellen und die erzielten Ergebnisse im Rahmen einer arbeitsaufwendigen Power-Point-Präsentation im September der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Präsentation wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Bauamt der Kreisverwaltung erarbeitet und den Kommunen sowie dem Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung des Kreistages auf CDs zur weiteren Verwendung zur Verfügung gestellt.

Die Erarbeitung von Stellungnahmen zu Anträgen der Gemeinden und Zweckverbände auf Bewilligung von Landeszuwendungen auf der Grundlage spezieller Förderrichtlinien sowie Entscheidungen über genehmigungsbedürftige Tatbestände in den gemeindlichen Haushaltssatzungen und Festsetzungen in den Wirtschaftsplänen der Zweckverbände bildeten weitere Schwerpunkte in der Sachbearbeitung der Haushalts-, Personal- und Finanzaufsicht.

Als prüfungsaufwendig stellten sich auch Entscheidungen verschiedener Gemeinden über genehmigungsbedürftige Grundstücksgeschäfte dar. In vielen Fällen konnten Rechtsstreitigkeiten vermieden werden, weil Aufgabenträger das Angebot der Kommunalaufsicht nutzten, genehmigungsbedürftige Angelegenheiten vorab bereits im Entwurf prüfen zu lassen. So konnten strittige Sachverhalte frühzeitig im Interesse der Kommunen ausgeräumt werden.

In einigen Fällen ließen sich die Veranlassung repressiver kommunalaufsichtlicher Maßnahmen und die Einleitung von Disziplinarverfahren gegen Hauptverwaltungsbeamte wegen des Verdachtes auf Verstoß gegen beamtenrechtliche Pflichten nicht verhindern. Diesbezügliche Entscheidungen des Obergerichtes Berlin-Brandenburg bzw. des Verwaltungsgerichtes Potsdam stehen in den Fällen, in denen Klagen erhoben wurden, noch aus.

Weitere Schwerpunkte bildeten kommunalrechtliche Beratungen hinsichtlich der Erweiterung des Gebietes eines Zweckverbandes. Inhaltlich ging es dabei um satzungsrechtliche Belange und um Fragen bezüglich der Zulässigkeit von Praktiken in der Wirtschaftsführung des Verbandes.

Des Weiteren waren Berichte zu kommunalrechtlichen Angelegenheiten an den Petitionsausschuss des Landtages und das Ministerium des Innern des Landes Brandenburg zu erarbeiten und Stellungnahmen zu beabsichtigten Gesetzesnovellierungen an Ministerien abzugeben.

Zu bearbeiten waren auch Beschwerden von Bürgern mit kommunalrechtlichem Bezug in diversen Angelegenheiten, soweit deren Inhalt im öffentlichen Interesse einer Klärung bedurfte.

Fragen der Aufgabenträger zur rechtmäßigen Lösung der Altanschließerproblematik für ihren Verantwortungsbereich sowie Probleme mit der Erhebung von Umlagen eines Verbandes von seinen Mitgliedsgemeinden waren ebenso zu lösen.

Im Zusammenhang mit einer Kontrolle der Landeskartellbehörde über die Erhebung von Entgelten für die Lieferung von Trinkwasser durch Unternehmen außerhalb des Landkreises wurde ein kreisangehöriger Zweckverband zur Erhebung umfangreichen Berichtsmaterials als Vergleichsobjekt erstmals herangezogen. Zu Irritationen führten in diesem Zusammenhang der Umfang der Datenerhebung und die Forderung, einen Teil der Materialien zweckgebunden aufwendig aufzubereiten. Diesbezüglich wurde die Kommunalaufsicht sowohl durch die Kartellbehörde als auch durch den Aufgabenträger um Unterstützung und Vermittlung gebeten.

Hausintern war dem externen Prüfungsunternehmen PwC, das mit der Ermittlung von Möglichkeiten zur Haushaltskonsolidierung des Landkreises beauftragt ist, über die Aufgabenwahrnehmung des Sachgebietes und den hierfür erforderlichen

Personaleinsatz Bericht zu erstatten. Des Weiteren war im Bereich des Arbeitsschutzes eine Gefährdungsanalyse zu erstellen.

Rechnungsprüfungsamt

Zur Durchsetzung der Haushaltsgrundsätze, wie Haushaltssicherung, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, Führung der Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung, Haushaltswahrheit und -klarheit sowie die Ordnungs- und Rechtmäßigkeit, nimmt das Rechnungsprüfungsamt konkret Einfluss auf die Verwaltungen des Landkreises, der kreisangehörigen Städte und Gemeinden und des Amtes Dahme/Mark sowie die Wasser- und Abwasserzweckverbände des Landkreises. Grundlegendes Ziel ist die Unterstützung des Kreistages, insbesondere des Rechnungsprüfungsausschusses, sowie der Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen bei der Ausübung ihrer Kontrollpflichten. Dafür werden objektive und fundierte Prüfungsergebnisse über die Haushaltsdurchführung und seine Zielerreichung als Bewertungs- und Entscheidungshilfen bereitgestellt. Aufgrund der durch die Kommunalverfassung gegebenen Unabhängigkeit und Weisungsfreiheit konzentriert sich die Prüfungstätigkeit auf die Wirtschaftlichkeit, Rechtmäßigkeit und Sparsamkeit des Einsatzes der finanziellen und materiellen Ressourcen.

Die Prüfungen, die im Rahmen der Zufallsauswahl durchgeführt werden, erstrecken sich auf den gesamten Bereich des kommunalen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens einschließlich der wirtschaftlichen Betätigung.

Im Bereich der örtlichen Aufgabenkomplexe erstreckte sich die Tätigkeit vor allem auf die

- Prüfung der Jahresrechnungen/Jahresabschlüsse 2008, 2009, 2010 und 2011 als Voraussetzung für die durch die Kommunalvertretungen zu fassenden Beschlüsse über die Jahresrechnungen und Jahresabschlüsse, die Entlastung der Hauptverwaltungsbeamten und die Eröffnungsbilanz,
- laufenden Prüfungen der Kassenvorgänge und Belege als Vorprüfungen für die künftigen Jahresabschlussprüfungen,
- Durchführung von Kassenprüfungen,
- Prüfung der Einhaltung und Durchsetzung der jeweiligen Verdingungsordnungen bei Vergaben
- Prüfung der zweckentsprechenden Verwendung von kommunalen Zuwendungen bei übertragenen Aufgaben und
- Prüfung der Verwaltung auf Ordnungs-, Zweck- und Rechtmäßigkeit sowie Wirtschaftlichkeit.

In die Prüfungen wurden 14 Fachämter der Kreisverwaltung, 5 Kommunen, 5 Wasser- und Abwasserzweckverbände und 2 Eigenbetriebe einbezogen.

Im Bereich des Vergaberechts wurden in der Kreisverwaltung 23 Auftragsvergaben für Lieferungen und Leistungen einschließlich Bauleistungen mit einem Gesamtwert in Höhe von 1.825,9 T€, davon 16 Vergaben für Lieferungen und Leistungen und 7 Vergaben für Bauleistungen sowie der vorgesehene Abschluss von zwei Architekten- und Ingenieurverträgen mit einem Gesamtwert von 142,7 T€ entsprechenden Prüfungen unterzogen.

Die in den verschiedensten Bereichen durchgeführten Prüfungen endeten nicht nur mit kritischen Bemerkungen. Es wurde auch Wert darauf gelegt, Hinweise über Ursachen für das Entstehen von Unregelmäßigkeiten sowie ihre Wirkung innerhalb des Verfahrensablaufes zu geben und gleichzeitig Vorschläge bzw. Empfehlungen für Veränderungen zu unterbreiten.

Behinderten- und Seniorenbeauftragte

Im Landkreis leben mehr als 23.000 Menschen mit einer Behinderung (Grad der Behinderung ab 30 %). Hiervon sind mehr als 16.000 Menschen schwerbehindert (Grad der Behinderung ab 50 %).

Die Behinderten- und Seniorenbeauftragte vertritt die Interessen behinderter und älterer Menschen. Sie steht im engen Kontakt mit dem Pflegestützpunkt Luckenwalde und den Vertretungen und Verbänden für Menschen mit Behinderung und Senioren. Gleichzeitig arbeitet sie in verschiedenen regionalen und überregionalen Gremien, z.B. Nahverkehrsbeirat, Kleine Liga der Wohlfahrtsverbände, AG Behindertenfahrdienst, Kreissenorenbeirat, Kreisbehindertenbeirat, AG der Behindertenbeauftragten des Landes Brandenburg mit und achtet darauf, dass die Rechte und die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen und Senioren berücksichtigt werden. Hilfesuchenden dient sie als zentrale Anlaufstelle und Wegweiser. Die häufigsten Anfragen gab es zu folgenden Themen:

- Feststellung des Grades der Schwerbehinderung
- Pflegemöglichkeiten
- barrierefreier Wohnraum (Suche, Umbaumöglichkeiten, Finanzierung)
- Hortbetreuung behinderter Kinder
- Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs durch Menschen mit Behinderung (Bus, Bahn, Behindertenfahrdienst)
- Parkerleichterungen für Menschen mit Behinderung

Insgesamt wurden 56 Stellungnahmen zur barrierefreien Umsetzung von Bau- und Planungsvorhaben im öffentlichen Bereich abgegeben.

Als Interessenvertreter behinderter Menschen trifft sich der Kreisbehindertenbeirat unter Vorsitz der Behinderten- und Seniorenbeauftragten des Landkreises regelmäßig. Der Beirat setzt sich aus den kreislichen Behindertenverbänden, den Behindertenbeauftragten der Kommunen sowie den verschiedensten Selbsthilfegruppen zusammen.

Die besonderen Interessen der Senioren werden durch den Kreissenorenbeirat vertreten. Dieser setzt sich aus den Seniorenbeiräten bzw. Seniorenbeauftragten der Kommunen des Landkreises zusammen. Beide Beiräte stehen dem Landkreis als gute Berater zur Seite.

Zum Ausgleich eines behinderungsbedingten Mehraufwandes wurde 2012 nach dem Landespflegegeldgesetz Pflegegeld wie folgt gewährt:

Leistungen	Anzahl der Empfänger	Ausgaben insgesamt
Blindengeld	152	421.287,72

Gehörlosengeld	72	69.995,20
Pflegegeld	224	491.282,92

Der Landkreis unterstützte 56 Selbsthilfegruppen im Behindertenbereich mit insgesamt 14.550 €.

Traditionell wurde am 2. September in Kolzenburg das 12. Behinderten- und Skaterfest mit mehr als 500 Besuchern begangen. Im Zusammenwirken mit dem Verein der Freunde und Förderer des Freibades Elsthal Luckenwalde e.V. wurde eine Tombola veranstaltet, deren Erlös von 933 € direkt kleineren Projekten der Senioren- und Behindertenarbeit zugute kam. Höhepunkt war auch dieses Jahr die Rollstuhlstaffel, bei der Skater und Rollstuhlfahrer gemeinsam auf der Skatebahn unterwegs waren.

Vom 4. - 5. Mai fanden unter der Federführung des Brandenburgischen Präventions- und Rehabilitationssportvereins e.V. und des SV Fläming-Skate e.V. in der Skate-Arena Jüterbog erstmalig die Fläming-Skate-Spiele unter dem Motto „Eine Region rollt für Inklusion“ statt. An diesen Tagen traten Menschen mit und ohne Handicaps miteinander und gegeneinander in den unterschiedlichsten Sportarten an und kamen sich näher.

Im Landkreis leben 35.345 Seniorinnen und Senioren, die 65 Jahre alt und älter sind. Ihr Anteil an der Bevölkerung liegt damit bei 21,93 %. 2005 lag der Anteil der Seniorinnen und Senioren an der Bevölkerung des Landkreises mit 30.367 bei 18,76 %.

Anteil der Seniorinnen und Senioren an der Bevölkerung des Landkreises per 31.12.2012:

	gesamt	männlich	weiblich
Bevölkerung insgesamt	161.120	80.086	81.034
darunter			
60 Jahre alt und älter	44.709	19.842	24.867
65 Jahre alt und älter	35.345	14.617	19.728
im Alter von 60 - 65	11.918	5.972	5.946

Die 19. Brandenburgische Seniorenwoche fand unter dem Motto „Alt werden in Brandenburg – aktiv, selbstbestimmt, solidarisch“ vom 15. – 24. Juni statt. Bei der kreislichen Eröffnungsveranstaltung am

18. Juni in der Kulturscheune Thyrow wurden besonders engagierte Ehrenamtler durch den Landrat ausgezeichnet und gleichzeitig der Startschuss für weitere Aktionen und Veranstaltungen in den Kommunen gegeben.

Die Seniorenarbeit in den Kommunen wurde vom Landkreis mit 20.500 € unterstützt.

Gefördert durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie wurde die 3. Seniorenpolitische Konferenz im Land Brandenburg unter dem Titel „Chancengleichheit und Teilhabe – ohne Ausgrenzung selbstbestimmt älter werden“ am 4. Juni im Rathaus Ludwigsfelde als gemeinsames Projekt der Integrationsbeauftragten und der Seniorenbeauftragten des Landkreises organisiert. Hier kamen sich ältere Mitmenschen verschiedenster Nationen näher und tauschten sich rege über die unterschiedlichsten Möglichkeiten des Lebens im Alter aus. So vielfältig die Teilnehmer waren, so vielfältig waren auch die diskutierten Themen.

Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte

Das gemeinsame Anliegen von Politik und Verwaltung, eine humanere Gesellschaft zu schaffen, in der kein Mensch wegen seines Geschlechts, seines Alters, seiner Herkunft oder wegen einer Behinderung benachteiligt wird ist ein großes Ziel. Zur Erreichung dieses Zieles, gibt es noch sehr viel zu tun.

Das Jahr war durch unterschiedlichste Handlungsfelder, wie Gleichstellungsfragen, Integration, Migration, Gemeinwesenentwicklung, Stärkung von Demokratie und Miteinander etc. geprägt. Die Beauftragte hat Prozesse aktiviert, vernetzt, organisiert und begleitet.

Die 22. Brandenburgische Frauenwoche stand unter dem Motto "FrauenPerspektiven in Brandenburg". Die landesweite Auftaktveranstaltung fand am 1. März in Brandenburg/Havel statt, an der auch Frauen aus dem Landkreis teilnahmen. Traditionell fanden zu Beginn der Frauenwoche anlässlich des Weltgebetsstages in zahlreichen Kirchen und Gemeinderäumen unseres Landkreises Gottesdienste statt, in denen das Leben von Frauen aus Ländern der Welt vorgestellt wurden. In diesem Jahr

wurde das Leben der Frauen aus Malaysia unter dem Motto „Steht auf für Gerechtigkeit“ präsentiert.

In vielen Kommunen des Landkreises fanden Veranstaltungen im Rahmen der Brandenburgischen Frauenwoche statt. Alle Veranstaltungen wurden zusammengestellt und auf der Website des Landkreises veröffentlicht.

Der Kreistag beschloss im Dezember 2011 die Fortführung des Bundesprogramms Lokaler Aktionsplan (LAP) „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“. Insgesamt konnten 36 eingereichte Projektvorschläge eine Förderung aus dem LAP erhalten. Herausragende Projekte dabei waren das „Fest der Begegnung“ am 20. Juni im Übergangwohnheim in Luckenwalde unter dem Motto "Voneinander lernen - Miteinander leben ". Hier haben sich gleich 5 Projekte des LAP präsentieren können. Weiterhin das Projekt „Leben erzählen“ – ein Generationen übergreifendes Projekt des Vereins Bildung und Aufklärung Zossen e. V. und die Herbstkonferenz, die unter dem Titel „Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Bürgerengagement – gemeinsam gestalten wir unseren Landkreis“ mit einer Beteiligung von 120 Personen am 7. November im Kreishaus durchgeführt wurde.

Des Weiteren wurden aus Mitteln des LAP durch die Beauftragte und durch die externe Koordinierungsstelle eine Moderatorenausbildung für interessierte Bürgerinnen und Bürger organisiert. Ziel dabei war, einen Moderatorenpool für Akteure aus dem Landkreis zu bilden, um sich bei Weiterbildungen und Veranstaltungen gegenseitig unterstützen zu können.

Viele Vereine, Träger, Kommunen und auch Religionsgemeinschaften benötigen Unterstützung bei der Organisation und Mittelbeschaffung für eine Umsetzung ihrer Aufgaben und Projekte. Durch den LAP haben Interessierte die Möglichkeit erhalten, sich zum Fundraising (Mittelbeschaffung) und in der Vernetzung weiterzubilden. Auf Grund der starken Nachfrage wurde beschlossen, diese Weiterbildungen 2013 wieder anzubieten.

Das Projektnetzwerktreffen am 25. August in der Oberschule Trebbin hatte das Ziel, alle Projekte vorzustellen und die Projektträger miteinander zu vernetzen. Das ist durch die Teilnehmer sehr positiv aufgenommen worden. Leider wurde das Treffen nur von zwei Bürgermeistern wahrgenommen.

Die stärkere Einbindung von Politik und Verwaltung wurde auf der Klausurtagung des Begleitausschusses am 8. Juni eingefordert und als Zielstellung im Folgeantrag für 2013 formuliert.

Gemeinsam mit den Mitgliedern des Netzwerkes für Demokratie wurden von der Beauftragten Sitzungen und Weiterbildungen organisiert. So u.a.

- Buchlesung mit anschließender Diskussion mit dem Journalisten und Buchautor Holger Kulik „Buch gegen Nazis“ am 14. Februar im Bürgerhaus Dahlewitz
- Veranstaltung gemeinsam mit der Böll-Stiftung zum Thema „Geschichte der SED“ am 17. April im Rathaus Luckenwalde
- Veranstaltung zum Thema „Finanzströme im Rechtsextremismus“ am 23. August in Potsdam
- Veranstaltung zur Diskussion und Vorbereitung einer Resolution gegen Rechtsextremismus im Landkreis am 16. Oktober in der Polizeiwache Luckenwalde für die Beschlussfassung im Kreistag

Am 6. Juni wurde ein Besuch der Moschee am Columbiadamm in Berlin organisiert. Daran nahmen 46 Personen aus dem Landkreis teil.

Es ist bereits Tradition geworden, dass die Beauftragte einmal jährlich mit Jugendlichen der Produktionsschule und des Oberstufenzentrums Teltow-Fläming eine vorbereitete Exkursion nach Sachsenhausen unternimmt. Die Auswertung des Besuches in der Gedenkstätte erfolgt danach im Unterricht. Die Veranstaltung wird als wichtiger Beitrag zur Auseinandersetzung mit der Geschichte und des Demokratieverständnisses gesehen.

Die Veranstaltung „Chancengleichheit und Teilhabe – ohne Ausgrenzung selbstbestimmt älter werden“ mit Seniorinnen und Senioren mit und ohne Migrationshintergrund fand am 4. Juni in Ludwigsfelde statt. Erklärtes Ziel der Veranstaltung war die Diskussion zur Teilhabe und Mitgestaltung von älteren Menschen, von denen immer mehr auch einen Migrationshintergrund haben. Die Konferenz wurde von der Integrationsbeauftragten und der Behinderten- und Seniorenbeauftragten gemeinsam vorbereitet und durchgeführt.

Die Beauftragte unterstützte im Juli den BSC Preußen 07 Blankenfelde-Mahlow, der einer Einladung der Noel Martin Stiftung folgen wollte. Der Verein besuchte den Fußballverein Continental Stars in Birmingham. Dies diente der Festigung der Partnerschaften.

Weiterhin organisierte die Beauftragte eine Beteiligung an der Ökofilmtour. Im Rahmen dieser Tour fanden 4 Veranstaltungen statt. Es wurden Themen, wie die globale Lebensmittelverschwendung, der Klimawandel, der Krieg in Afghanistan und die Situation von Kindern aus Bürgerkriegsgebieten behandelt. Zwei der Filme wurden im Übergangwohnheim für Asylsuchende gezeigt. Direkt vor Ort fanden Gespräche mit Zeitzeugen aus Afghanistan und Kurdistan statt.

Das kostenlose Angebot von Deutschkursen für Flüchtlinge an der Volkshochschule wurde weitergeführt.

Die Flüchtlinge aus den Bürgerkriegsgebieten – vornehmlich aus Syrien – bekommen nach Abschluss ihres Verfahrens sehr schnell einen Aufenthalt, der sie berechtigt, in eine Wohnung zu ziehen und eine Arbeit aufzunehmen. Die Beauftragte sieht hier eine Chance für Kommunen, Verwaltung und Unternehmen, das mitgebrachte Potential schnell und effektiv zu nutzen.

Unter Leitung der Beauftragten wurden im Arbeitskreis Integration / Migration Vorbereitungen für einen Wegweiser für Zugewanderte getroffen. Das Projekt zur Arbeitsmarktintegration für Zugewanderte – Projekt IQ – wurde von der RAA Brandenburg im Arbeitskreis vorgestellt.

Am 8. Oktober konnte eine Mitarbeiterin aus dem chinesischen Ministerium für zivile Zusammenarbeit empfangen werden. Da in China bisher keine Strukturen für Flüchtlinge vorhanden sind, interessierte sich diese Mitarbeiterin insbesondere für die gesetzliche Verfahrensstruktur in Teltow-Fläming und die Unterbringung im Übergangwohnheim.

Die Vielzahl der angeschobenen Initiativen und Projekte in Bezug auf Angebote für Migranten (mit oder ohne Aufenthaltserlaubnis) konnten nur durch die Unterstützung der Kollegin aus dem Bundesprogramm „Bürgerarbeit“, die seit Beginn des Jahres im Büro der Integrationsbeauftragten mitarbeitet, erreicht werden.

Die Sprechstunden des WEISSEN RINGs (Opferhilfeverein) und des Flüchtlingsrates Brandenburg fanden in den Räumen der Kreisverwaltung statt. Die Sprechstunden des WEISSEN RINGs nahmen 32 Personen in Anspruch und die des Flüchtlingsrates 45 Personen.

In Vorbereitung auf den 80. Jahrestag der Machtergreifung der Nationalsozialisten organisierte die Beauftragte vom 5. - 23. November eine Ausstellung "...gerade Dich, Arbeiter, wollen wir“ im Foyer des Kreishauses.

Beauftragter zur Korruptionsprävention und -bekämpfung (Antikorruptionsbeauftragter)

Kreisrechtsrat Uwe Göbel wurde vom Kreisausschuss mit Wirkung vom 1. November 2011 zum Beauftragten zur Korruptionsprävention und -bekämpfung (Antikorruptionsbeauftragter) für die Kreisverwaltung benannt. Er ist Ansprechpartner für die Beschäftigten der Kreisverwaltung, die Kreistagsabgeordneten und die Bürger sowie für die Strafverfolgungsbehörden.

Am 3. April trat als erste Maßnahme zur Vermeidung von Korruption die Dienstanweisung Nr. 42/2012 in Kraft. Sie regelt verbindlich für alle Kreisbediensteten den Umgang mit Belohnungen, Geschenken und sonstigen Vorteilen sowie Einladungen zu Veranstaltungen und beschreibt die Aufgaben bzw. Befugnisse des Antikorruptionsbeauftragten.

Unter der bereits im Dezember 2011 im Intranet der Kreisverwaltung neu geschaffenen Rubrik „Antikorruption“, welche Informationen zu Korruption und ihrer Vermeidung liefert, erfolgten sieben Veröffentlichungen.

Die Öffentlichkeit erhält seit dem Jahr 2012 auf der Webseite des Landkreises unter der Rubrik „Keine Chance der Korruption“ Hinweise und Links zu weiterführenden Publikationen.

- *Vorgänge/Hinweise/Strafanzeigen*

Im Jahr sind 36 Vorgänge zur Bearbeitung eingegangen, davon eine Strafanzeige, die nach entsprechender Prüfung der Staatsanwaltschaft Neuruppin zugeleitet worden ist.

- *Bürgerberatung / Beratung Verwaltung und Kreistagsabgeordnete*

Im Zusammenhang mit der Vorbeugung und Bekämpfung von Korruptionstaten wurden in zwei Fällen mündliche Auskünfte zu Fragen erteilt. Als Ansprechpartner für alle Kreisbediensteten und Kreistagsabgeordneten wurden Beschäftigten des Landkreises in 24 Fällen Auskünfte erteilt, in einem Fall einem Kreistagsabgeordneten.

Auf Anfrage von Amtsleitern führte der Antikorruptionsbeauftragte in drei Fachämtern Beratungen durch.

- *Zusammenarbeit mit Strafverfolgungsbehörden*

Es wurden neun Ersuchen der Staatsanwaltschaft Neuruppin bzw. des Landeskriminalamtes Eberswalde (GEG Korruption) bearbeitet.

- *Fortbildung*

Der Antikorruptionsbeauftragte nahm an zwei Fortbildungsveranstaltungen zum Thema Korruptionsbekämpfung und –prävention teil.

Im April initiierte der Antikorruptionsbeauftragte zusammen mit einer Expertin für Korruption auf kommunaler Ebene bei Transparency International Deutschland e.V. eine mehrstündige Veranstaltung mit Diskussion in der Kreisverwaltung, an der u.a. der Landrat, Beigeordnete, Dezernenten und Amtsleiter teilnahmen.

Behördlicher Datenschutzbeauftragter

Der behördliche Datenschutzbeauftragte ist Ansprechpartner für die Mitarbeiter der Kreisverwaltung, für die Gremien des Landkreises und Anlaufstelle für Beschwerden von Bürgern, soweit es um die Tätigkeit des Landkreises geht. Zu seinen Aufgaben gehört es, auf die Einhaltung der Datenschutzvorschriften in der gesamten Verwaltung hinzuwirken. Hierzu stehen die Mittel Schulung, Beratung und Kontrolle zur Verfügung.

- *Schulung*

Neben der Vermittlung von Wissen bei Beratungen und Kontrollen wurde das behördeneigene Intranet genutzt, um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung in Datenschutzangelegenheiten fortzubilden. Im Berichtszeitraum ging es neben der Nutzung von Mitarbeiterdaten und dem Verhältnis von Amtshilfe und Datenschutz um eher technische Zusammenhänge (Erstellung von Verzeichnissen und Vorabkontrolle).

- *Beratung*

Schwerpunkt der Arbeit waren die Einzelberatungen für die verschiedenen Fachbereiche. Die Anfragen stammten überwiegend aus den Dezernaten I bis III und beinhalteten meist Fragen zur datenschutzgerechten Weitergabe von bereits vorliegenden personenbezogenen Daten.

Eine steigende Tendenz ist bei den Auskunftsverfahren nach dem Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz (AIG) zu verzeichnen, zu denen der Datenschutzbeauftragte hinzugezogen wird, soweit datenschutzrechtliche Ausschlussgründe vorliegen könnten. Zahlenmäßig zurückgegangen sind die Beratungsfälle hinsichtlich der Auskunftsverlangen von anderen öffentlichen Stellen.

- *Beschwerdebearbeitung, Kontrollen*

Die Mehrzahl der durchgeführten Kontrollen stand im Zusammenhang mit Beschwerden, die entweder direkt an den Datenschutzbeauftragten gerichtet wurden oder über die Landesbeauftragte für den Datenschutz und das Recht auf Akteneinsicht (LDA) ins Haus kamen. Wie in den Vorjahren bezogen sich die Beschwerden hauptsächlich auf den Umgang mit Personal-, Sozial- und Gesundheitsdaten.

- *LAG Brandenburg*

Mitte 2012 haben sich die behördlichen Datenschutzbeauftragten der meisten brandenburgischen Landkreise und kreisfreien Städte in eigener Initiative vernetzt und die Landesarbeitsgemeinschaft Datenschutz Brandenburg (LAG Brandenburg) gegründet. Dieser Arbeitsgemeinschaft gehören mittlerweile auch einige größere nicht kreisfreie Städte an. Die LAG Brandenburg will den Gedankenaustausch fördern, gegenseitige Hilfestellung organisieren und Plenum für die gemeinsame Entwicklung von Lösungsstrategien sein. Damit soll den angeschlossenen Landkreisen und Kommunen zu einer wirkungsvolleren und effizienteren Arbeit auf dem Gebiet des Datenschutzes verholfen werden.

Ausgangspunkt für die Gründung ist die Einsicht, dass die einmal im Jahr stattfindende Beratung bei der Aufsichtsbehörde einen ergiebigen Erfahrungsaustausch nicht gewährleisten kann. Zudem prognostiziert die LDA, dass sie die personellen Ressourcen für die allgemeine Beratung der behördlichen Datenschutzbeauftragten zukünftig eher zurückfahren muss und sieht deshalb keine Möglichkeit, ihr eigenes Angebot auszuweiten. Deshalb plant die LAG Brandenburg perspektivisch drei Treffen im Jahr, die jeweils einem Themenschwerpunkt gewidmet sein sollen. Beim Treffen im November 2012 war beispielsweise Hauptthema die Methodik, wie Mitarbeiter und Vorgesetzte für Fragen des Datenschutzes sensibilisiert und geschult werden können.

Öffentlichkeitsarbeit

Der Bereich Öffentlichkeitsarbeit ist zuständig für die Außendarstellung der Kreisverwaltung und Ansprechpartner für Journalisten, Bürger, Behörden und Firmen.

Die Aufgaben des Bereiches Öffentlichkeitsarbeit umfassen vier Themenschwerpunkte:

- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Web-Entwicklung/Online-Redaktion
- Organisation von Veranstaltungen und Messen
- Partnerschaftliche Beziehungen

Der zuletzt genannte Aufgabenbereich liegt hauptsächlich in der Verantwortung der Büroleiterin und Europabeauftragten, die hier eng mit dem Bereich Öffentlichkeitsarbeit zusammenarbeitet.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

- *Medienarbeit*

Pro Arbeitstag erreichen die Kreisverwaltung ca. zwei bis drei telefonische Anfragen und Interviewwünsche von Journalisten. Es wird – gemäß Pressegesetz des Landes Brandenburg – umgehend reagiert. Im Jahr wurden ca. 250 Presse-Informationen erstellt. Sie resultieren aus Zuarbeiten der Ämter oder wurden selbstständig erarbeitet. Für den Versand von Presse-Informationen wird ein themenspezifischer Medienverteiler ständig aktualisiert. Die Presse-Informationen sind außerdem in einem eigenen Presseservice und per Newsfeed auf den Internetseiten des Landkreises abrufbar.

In Zusammenarbeit mit den Ämtern und nachgeordneten Einrichtungen wie z. B. Musikschule, Volkshochschule oder Museum des Teltow bietet der Bereich Öffentlichkeitsarbeit anlassbezogene Pressternine und -gespräche zu unterschiedlichsten Themen an (ca. 100 pro Jahr). Die Termine werden in vielen Fällen organisatorisch betreut sowie redaktionell vor- und nachbereitet (Aufbereitung als Presse-Info, Berichterstattung auf der Homepage).

Der Bereich Öffentlichkeitsarbeit veröffentlicht im Amtsblatt für den Landkreis Teltow-Fläming ausschließlich amtliche und gesetzlich vorgeschriebene Bekanntmachungen. Es erscheint unregelmäßig in Abhängigkeit von den vorgeschriebenen Veröffentlichungsfristen. Im vorigen Jahr gab es 39 Ausgaben.

- *Anzeigen*

Es wurden ca. 30 Anzeigen in Auftrag gegeben, die in der Märkischen Allgemeinen Zeitung, der Lausitzer Rundschau, auf den Internetseiten des Landkreises sowie in einigen Fällen in Fachzeitschriften veröffentlicht wurden.

- *Reden, Grußworte*

Im Berichtszeitraum wurden rund 40 Grußworte, Reden, Laudationes und Präsentationen für die unterschiedlichsten öffentlichen Veranstaltungen erarbeitet. In dieser Zahl nicht einbegriffen sind zahlreiche Zuarbeiten für Verlagspublikationen (Texte, Fotos, Wappen, Logo) sowie weitere Text- und Fotoarbeiten für einzelne Ämter der Kreisverwaltung

- *Druckerzeugnisse*

Im Bereich Öffentlichkeitsarbeit wird die Einhaltung der Richtlinien des Corporate-Design-Handbuchs überwacht. Bei Bedarf werden Agenturen, die in Zusammenarbeit mit den Ämtern der Verwaltung Druckerzeugnisse erstellen, die entsprechenden Vorgaben zur Verfügung gestellt und erläutert.

Mehr als 50 Veröffentlichungen der Ämter wurden im Haus redaktionell und gestalterisch betreut. Dies umfasste Faltblätter, Broschüren, Kataloge und Ausstellungstafeln. Größtes Projekt war die Erstellung der aktuellen, 44-seitigen Imagebroschüre des Landkreises in deutscher und englischer Sprache. Texte und Fotos lieferte der Bereich Öffentlichkeitsarbeit, das Layout wurde in enger Zusammenarbeit mit einer Gestalterin erarbeitet.

- *Weitere Aufgaben*

- Mitarbeit im Katastrophenschutz-Stab des Landkreises (pressetechnische Begleitung von Großübungen, Öffentlichkeitsarbeit in besonderen Situationen)
- Führungen durch das Kreishaus und die Verwaltung, hauptsächlich für Schulklassen, Mitglieder von Vereinen und Organisationen und Seniorengruppen
- Betreuung der Postfächer buergeranfrage@teltow-flaeming.de und info@teltow-flaeming.de

Web-Entwicklung/Online-Redaktion

Im Bereich Öffentlichkeitsarbeit ist die Erstellung, Weiterentwicklung, technische und redaktionelle Betreuung der Internetseiten des Landkreises und seiner nachgeordneten Einrichtungen angesiedelt.

Des Weiteren unterstützen die Webentwickler die ADV bei der Serverbetreuung und einzelnen Projekten.

Die Online-Redaktion betreut die Internet-Redakteure und unterstützt die Ämter der Kreisverwaltung bei der Konzipierung eigener Unterportale unter www.teltow-flaeming.de bzw. bei der Darstellung spezieller Themen auf der Homepage des Landkreises.

Die Webentwicklung konzentrierte sich auf den technischen und gestalterischen Relaunch der Homepage www.teltow-flaeming.de. Die Seite ging im August in neuem Layout und mit neuen technischen Möglichkeiten an den Start.

Weitere Neuentwicklungen waren die Seiten ftz.teltow-flaeming.de (Feuerwehrtechnisches Zentrum) und kinderschutz.teltow-flaeming.de (Netzwerk Kinderschutz). Maßgeblich beteiligt waren die Webentwickler an der Gestaltung des Geoportals der Kreisverwaltung geoportal.teltow-flaeming.de.

Die Online-Redaktion war auch in die Entwicklung einer mobilen Website des Tourismusverbands eingebunden. Tourismusverband und Flaeming-Skate wollen durch gemeinsame Nutzung touristischer Daten ein attraktives Angebot für die Besucher schaffen und Aufwand und Kosten für die Pflege und Bereitstellung dieser Daten senken.

Die entwickelten und betreuten Internetauftritte waren (1: redaktionell, 2: technisch):

- www.teltow-flaeming.de (1, 2)
- www.flaeming-skate.de (1, 2)
- www.flughafen-beratungszentrum.de (2)
- www.edaz.de (2)
- ftz.teltow-flaeming.de (1, 2)
- kinderschutz.teltow-flaeming.de (1, 2)
- geoportal.teltow-flaeming.de (2)

Für die Internetpräsenzen müssen die verwendeten Content-Management-Systeme infosite und Typo 3 angepasst und durch eigene Software-Entwicklungen ergänzt werden. Formulare der Kreisverwaltung werden zur Verbesserung der Nutzerfreundlichkeit für die Verwendung im Netz gestaltet.

Der Webauftritt www.teltow-flaeming.de bildet das Dienstleistungsangebot der Kreisverwaltung ab und informiert ausführlich über den Landkreis, bietet Kontaktmöglichkeiten, eine Dienstleistungsdatenbank und einen Formularserver. Hier wie auf den anderen Internetpräsenzen werden regelmäßig aktuelle Meldungen eingestellt (Mitteilungen der Verwaltung und wichtige Informationen über den Landkreis). Für die Homepage des Landkreises wurden 2012 mehr als 700 Meldungen recherchiert und publiziert. Damit enthielt der Internet-Auftritt per 31.12.2012 mehr als 7300 Meldungen, von denen ein Großteil im Archiv der Website nachzulesen ist.

Organisation von Veranstaltungen und Messen

Zu den Aufgaben des Bereiches Öffentlichkeitsarbeit gehören – in enger Zusammenarbeit mit dem Hauptamt und den jeweiligen Fachämtern –

- *das Organisieren von größeren Veranstaltungen im Landkreis*
- Neujahrsempfang zum Thema „Gesundheit“ mit begleitender Ausstellung im Kreistags-Saal und Verleihung der „Teltow-Fläming-Preise“ am 21. Januar
- Eröffnung Rundkurs 7 der Flaeming-Skate am 22. April
- Feierstunde zum „Tag des Ehrenamtes“ am 13. Dezember
- Feierstunde zur Übergabe der Aktenpatenschafts-Urkunden am 20. Dezember

- *die Vorbereitung und Begleitung von Informations- und Arbeitsbesuchen*
- Arbeitsbesuch des Innenministers des Landes Brandenburg, Dr. Dietmar Woidke, am 18. Februar
- Arbeitsbesuch der Ministerin für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, Dr. Martina Münch, am 5. November

- *die Unterstützung von Veranstaltungen sowie Messen*
- Internationale Grüne Woche vom 20. bis 29. Januar (Standbetreuung)
- ITB 7. bis 11. März (Standbetreuung, Pressekonferenz)
- AERO Friedrichshafen (Präsentation Flugplatz Schönhagen) vom 18. bis 21. April
- Publikumstage BER am 12./13. Mai
- ILA Berlin 11. bis 16. September
- Behinderten- und Skaterfest in Luckenwalde/OT Kolzenburg am . 2. September
- 12. Kreiserntefest in Glienicke am 27. September
- 4. Herbstkonferenz Integration "Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Bürgerengagement – wir gestalten gemeinsam unseren Landkreis" am 7. November

Eine besondere Bedeutung kam dem 112. Deutschen Wandertag im Fläming zu, an dessen Vorbereitung und Durchführung der Landkreis mit seinem Bereich Öffentlichkeitsarbeit maßgeblich beteiligt war. Dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren in mehreren Arbeitsgruppen vorbereitend tätig und vor Ort im Einsatz (Organisationsteam, Pressebüro, VIP-Betreuung, Übersetzungsleistungen).

Die Medien wurden vorab über Präsentationen des Landkreises auf Messen und über stattfindende Veranstaltungen sowie im Anschluss über die Ergebnisse informiert. Bei allen Besuchen, Veranstaltungen und Präsentationen wurden Fotodokumentationen erstellt.

Der Bereich Öffentlichkeitsarbeit arbeitete aktiv in der Arbeitsgruppe Tourismus des Landkreises mit.

Partnerschaftliche Beziehungen

Im Rahmen der partnerschaftlichen Beziehungen zum polnischen Landkreis Gniezno fanden folgende Besuche statt:

- zu den Neujahrsempfängen beider Landkreise
- zu den Erntefesten beider Landkreise

Anlässlich des 112. Deutschen Wandertages im Fläming weilte eine Wandergruppe aus Gästeführern, Mitgliedern der Polnischen Tourismusorganisation PTTK und Vertretern des Gnesener Bergvereins zu Gast in der Region.

Finanziell unterstützte der Landkreis:

- Aktivitäten der Freiwilligen Feuerwehren hier in Teltow-Fläming bzw. in Gniezno (z. B. Kreisjugendfeuerwehrlager),
- Begegnungen von Mitgliedern der Behindertenverbände beider Landkreise.

Dezernat I

Hauptamt

1. Sachgebiet Zentralverwaltung und Beschaffung

Als besondere Herausforderung erwies sich auch im Jahr 2012 die Haushaltssituation der Kreisverwaltung. Vorrangige Ziel unter den Prämissen der vorläufigen Haushaltsführung war es, die Arbeitsfähigkeit der Fachämter durch die Beschaffung entsprechender Materialien und Ausstattungsgegenstände zu sichern.

Im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung galt es in jedem Fall erneut zu prüfen, was genau zu dem jeweiligen Zeitpunkt unverzichtbar war, um den ordnungsgemäßen Ablauf der Verwaltungstätigkeit des Hauses sicherzustellen.

Größere Investitionen blieben erneut auf das absolut Unverzichtbare beschränkt. So wurde lediglich in zwei neue Dienst-PKW als Ersatz nach Aussonderung zweier Fahrzeuge aus Altersgründen (wirtschaftlicher Totalschaden) investiert.

Auch die Maßnahmen im Zuge der Werterhaltung im Kreishaus waren auf das Notwendigste beschränkt. Mit der schrittweisen Reparatur bzw. dem Austausch der Teeküchen zu beginnen, war angesichts des schlechten Zustandes einiger Küchen nach eingetretenem Wasserschaden nicht länger vermeidbar.

Umfängliche Malerarbeiten im Kreishaus und im Gymnasium Rangsdorf sowie in der Förderschule für geistig Behinderte in Jüterbog wurden kostensparend aus eigener Kraft realisiert.

Großen Anteil hatten die Mitarbeiter der Zentralverwaltung auch an der kurzfristig notwendig gewordenen Ausstattung eines Heimes für Asylbewerber in Luckenwalde.

Mit dem Ziel weiterer Kosteneinsparungen wurden Dienstleistungs- und Lieferverträge erneut kritisch bewertet und bei Möglichkeit neu und besser gestaltet. So erfolgte z.B. eine Neuvergabe der Reinigungsleistung für das OSZ Ludwigsfelde zu besseren Konditionen für die Kreisverwaltung.

Anbieterwechsel und neue Vertragsgestaltung führten zur kostengünstigeren Sicherung der Energieversorgung für die der Kreisverwaltung zuzuordnenden Liegenschaften und Objekte für die Jahre 2013 und 2014.

Im Kreisarchiv wurde eine dringend benötigte neue Hebelschubanlage für das Magazin III beschafft. Eine neue Software wurde eingeführt, die z.B. die Möglichkeiten der Erarbeitung von Findbüchern verbessert und die in Zukunft die notwendig werdende digitale Schriftgutverwaltung möglich machen wird.

- *Versicherungsangelegenheiten*

Im Bereich Versicherungsangelegenheiten werden alle Sach- und Haftpflichtversicherungen sowie die außergerichtliche Durchsetzung haftungsrechtlicher Ansprüche des Landkreises gegen Dritte bearbeitet. Für die dem Anwaltszwang

unterliegenden Schadensersatzklagen vor dem Landgericht Potsdam erfolgen die Sachverhaltsermittlung und die Erarbeitung von Stellungnahmen als Arbeitsbasis für die den Landkreis in diesen Fällen vertretende Rechtsanwälte.

Bei der jährlich stattfindenden Mitgliederversammlung des Kommunalen Schadenausgleich (KSA) werden die Interessen des Landkreises wahrgenommen. Darüber hinaus ist der Bereich Anlaufstelle für hausinterne versicherungsrechtliche Auskünfte und Stellungnahmen zu allen den Landkreis betreffenden Versicherungsbereichen.

Im Berichtszeitraum hat es in den meisten Sparten bei den neu gemeldeten Schadensfällen weder in der Anzahl noch in der Schadenshöhe signifikante Auffälligkeiten im Vergleich zum Vorjahr gegeben. Die sich bereits in den vergangenen Jahren abzeichnende Tendenz im Hinblick auf die zunehmende Komplexität einzelner Schadensfälle und daraus resultierend die kontinuierlich steigende Anzahl der aus Vorjahren fortzuführenden Schadensakten fand auch 2012 ihre Fortsetzung.

Neu gemeldete Schäden entstanden in den verschiedensten Bereichen der Verwaltung ohne schwerpunktmäßige Konzentration auf bestimmte Ämter.

Ein deutlicher Rückgang neuer Schadensfälle ist bei der Gebäudeversicherung zu verzeichnen. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass der Berichtszeitraum im Vergleich zum Vorjahr einen moderaten Witterungsverlauf ohne unwitterartige Naturereignisse aufwies. Jedoch nahm die Bearbeitung der 2011 eingetretenen, sehr umfangreichen und kostenintensiven Hagelschäden noch einen Großteil des Jahres 2012 in Anspruch.

Für Schadensfälle in der Rechtsschutzversicherung wurde im Laufe der beiden Jahre seit Vertragsabschluss rund das 6,6-fache der Versicherungsprämien als Erstattungssummen durch die Versicherungsgesellschaft ROLAND gezahlt. Auf Grund dessen verlangte die Versicherungsgesellschaft 2012 eine Anpassung des Versicherungsvertrages hinsichtlich Prämienhöhe und Selbstbeteiligung. Im Ergebnis von Nachverhandlungen mit der Versicherung konnten sowohl die Prämienhöhe als auch die Höhe der Selbstbeteiligung geringer gehalten werden, als ursprünglich gefordert. Die steil nach oben führende Kurve der vertragsbelastenden Aufwendungen hat mit Abschluss der staatsanwaltlichen Ermittlungen nunmehr einen Stillstand gefunden.

Neben der Bearbeitung von Schadensfällen wurden im Berichtszeitraum verstärkt versicherungsrechtliche Stellungnahmen für die verschiedensten Bereiche der Verwaltung erarbeitet.

2. Sachgebiet ADV

Am 21. Juni, dem Umwelttag, wurde das INSPIREE-konforme Geoportal des Landkreises öffentlichkeitswirksam in Betrieb genommen und freigeschaltet. Die WAN-Infrastruktur des Landkreises wurde weiter ausgebaut. So sind seit Oktober weitere Arbeitsplätze des Gesundheitsamtes im Ärztehaus Ludwigsfelde per Richtfunk im Kreisnetz integriert.

Als ersten Schritt zur Verbesserung des IT-Service für den Standort Berkenbrücker Chaussee erfolgte im September die Anbindung des Feuerwehrtechnischen Zentrums Luckenwalde über das Internet an das Kreisnetz. In einem zweiten Schritt wird diese Verbindung im Jahr 2013 durch eine leistungsfähige Richtfunkanbindung ersetzt.

Der Softwarevertrag für die Liegenschaftsverwaltung „BS-Flur“ wurde durch den Softwareanbieter gekündigt. Deshalb war ein Wechsel der Fachanwendung erforderlich. Da im Hause bereits viele Module der Software „Archikart“ für ämterübergreifende liegenschaftsbezogene Vorgangsbearbeitung im Einsatz sind, wurde ein weiteres Archikart-Modul für diese Funktionalität erworben und in den Echtbetrieb überführt. Durch diese Softwarekonsolidierung wird unter anderem die ämterübergreifende Zusammenarbeit im Hause verbessert.

Um den wachsenden Anforderungen an die Verfügbarkeit der Internetpräsentationen und Onlineangebote des Landkreises gerecht zu werden, wurde im Dezember die Bandbreite des Anschlusses des Landkreises auf 8 M Bit/s erhöht.

Um eine noch höhere Ausfallsicherheit, bessere Wartungsmöglichkeiten und verbesserte Datensicherung zu erreichen, wurden die im Jahr 2011 aufgebaute virtuelle Serverumgebung weiter ausgebaut und weitere Serversysteme virtualisiert.

Ein Ticketsystem für den IT-Support der Kreisverwaltung sowie der Schulen in kreislicher Trägerschaft wurde ab Ende September in einer ersten Ausbaustufe in den Echtbetrieb überführt.

Die durch Projektgruppen, bestehend aus Schulleitung, Lehrern und dem EDV-Betreuer des Landkreises, erarbeiteten Medienentwicklungspläne für die Gymnasien Rangsdorf und Ludwigsfelde wurden umgesetzt. So konnten weitere Fördermittel für Schulen mit gymnasialer Oberstufe – „MEP GOST“ vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport abgerufen werden.

Durch die angespannte Haushaltslage standen für die Schulen in Trägerschaft des Landkreises mit ca. 850 Arbeitsplätzen an 15 Schulstandorten lediglich die Investitionsmittel zur Co-Finanzierung der oben genannten Fördermaßnahmen zur Verfügung. Deshalb wurden zur Absicherung des Schulbetriebes die bereits ausgesonderten IT-Arbeitsplätze der Kreisverwaltung zur Ersatzausstattung bereitgestellt. Diese Verfahrensweise ist eine Notlösung und entspricht nicht den Anforderungen an eine moderne Schulbildung mit elektronischen Medien.

Mit der veralteten IT-Technik sinkt die Stabilität der Funktionstüchtigkeit und Verfügbarkeit der Systeme drastisch. Der Serviceaufwand erhöht sich.

Gemeinsam mit der Zentralverwaltung und dem Landwirtschaftsamt wurden erste Schritte zur Erarbeitung eines IT-Sicherheitskonzeptes für das Fachverfahren „PROFIL“ realisiert.

Die Erneuerung von PC-Technik für die Mitarbeiter der Kreisverwaltung wurde weiter fortgesetzt.

Amt für Finanzen und Personal

1. Sachgebiet Finanzen/ Kasse und Vollstreckung

- *Bereich Kasse*

Im Jahr wurde die vorläufige Jahresrechnung 2009 erstellt und dem Rechnungsprüfungsamt übergeben. Mit dem Feststellungsprotokoll zum Jahresabschluss 2009 begannen Ende 2012 die Arbeiten zur Bereinigung der Feststellungen, welche Jahresanfang 2013 abzuschließen sind.

Am 4. Januar wurde der kassenmäßige Abschluss 2011 durchgeführt und abgeschlossen. Somit wurde gewährleistet, dass die Kontoauszüge tagfertig gebucht, die Auszahlungsdateien termingerecht erstellt und abgearbeitet werden.

Bei der Haushaltsdurchführung wurde der Kassenkredit ganzjährig in Anspruch genommen. Die Zinsbindung von 2,5 % im ersten Halbjahr stieg auf 2,86 % im III. Quartal und verringerte sich im IV. Quartal auf 2,32 %. Durch die Inanspruchnahme von Kassenfestkrediten zu zinsgünstigeren Bedingungen reichte der verringerte Ansatz der Aufwendungen für die Zinsen Kassenkredit 2012 zum ordnungsgemäßen Verbuchen der Sollzinsen aus und es konnten 50.000 € eingespart werden. Dennoch war das Jahr von einer extrem angespannten Kassenlage gekennzeichnet.

- *Bereich Vollstreckung*

Die seit 1. Juli 2011 geltenden Pfändungsfreigrenzen ermöglichen der Vollstreckung weiterhin nur sehr eingeschränkte Pfändungsmöglichkeiten. Der Grundfreibetrag beträgt 1.029,99 €. Pfändbare Beträge sind oft nicht vorhanden, sodass meist nur eine fruchtlose Pfändung durchgeführt werden kann.

Ein Großteil der Schuldner nahm die Möglichkeit der Ratenzahlung in Anspruch. Die Anzahl der Androhung des Ventilwächters war rückläufig, da die Mehrheit der Schuldner keine Fahrzeuge mehr auf sich zugelassen hat. Der Einsatz des Ventilwächters wurde sieben Mal angedroht. Angelegt wurde er nicht, da die Fahrzeuge entweder auf privaten und abgeschlossenen Grundstücken standen oder so alt waren, dass eine Zwangsversteigerung nicht in Betracht kam.

Im Rahmen des Verbraucherinsolvenzverfahrens wurden 38 außergerichtliche Einigungsversuche durchgeführt. Nach Vorlage der Schuldenbereinigungspläne erfolgten 19 Zustimmungen und 17 Ablehnungen. Zu Insolvenzanmeldungen kam es letztlich in 41 Fällen. Diese Verfahren laufen über mehrere Jahre und es ist mit Zahlungen unter einem Prozent zu rechnen.

Anmeldungen zu Zwangsversteigerungsverfahren erfolgten 6 Mal. Im Berichtszeitraum wurden 8 Eintragungen von Sicherungshypotheken angedroht und 7 Eintragungen vollzogen. Im Berichtszeitraum gab es einen Forderungserlass und einmal wurde die Ersatzzwangshaft beantragt.

Die statistischen Angaben zur Fallbearbeitung können den nachstehenden Tabellen entnommen werden.

Privatrechtliche Forderungen

	2012 (Stand 31.12.2012)		2011 Anzahl
	Anzahl	Betrag in €	
Neuzugänge	20	17.263,77	23
beigetriebene Forderungen	10	3.077,35	10
Niederschlagungen	15	9.778,56	7

Öffentlich-rechtliche Forderungen

	2012 (Stand 31.12.2012)		2011		2010	
	Anzahl	Betrag in €	Anzahl	Betrag in €	Anzahl	Betrag in €
Neuzugänge und Wertumfang der eigenen Forderungen	3.346	659.325,89	3.155	563.603,68	3.804	685.563,99
Beigetriebene Forderungen	1.564	234.539,32	1.958	231.350,88	1.744	211.709,07

Niederschlagungen	2.584	520.754, 86	370	267.371,4 2	489	228.687,3 0
Amtshilfeersuchen	986		951		1.496	
Anzahl der aufgesuchten Schuldner im Jahr	2.942		3.141		3.163	
Anzahl der Fälle aller aufgesuchten Schuldner	4.491		5.084		4.995	

2. Sachgebiet Geschäftsbuchhaltung

Am 27. Februar wurden der Haushaltsplan 2012 und die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2012 durch den Kreistag beschlossen. Die Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes durch das Ministerium des Innern (Mdl) erfolgte mit Schreiben vom 3. Juli.

Der Gesamtergebnisplan belief sich bei den Erträgen auf 193.562.670 € und bei den Aufwendungen auf 193.559.130 €. Die Einzahlungen im Gesamtfinanzplan wurden mit 192.150.070 € und die Auszahlungen mit 196.659.480 € festgesetzt.

Im investiven Bereich wurde mit Einzahlungen i.H.v. 4.363.800 € und Auszahlungen i.H.v. 4.354.800 € geplant.

Zu den Investitionsmaßnahmen gehörte mit einem Investitionsvolumen von 3,6 Mio. € die Beteiligung des Landkreises am weiterführenden Ausbau der B 101. Die restlichen zur Verfügung stehenden Mittel wurden neben Hoch- und Tiefbaumaßnahmen für den Erwerb von Sachanlagevermögen und immateriellen Vermögensgegenständen sowie für den Erwerb von geringwertigen Wirtschaftsgütern eingeplant.

3. Sachgebiet Personal

- *Entwicklung des Personalbestands in der Kreisverwaltung Teltow-Fläming*

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012
Beamte	104	103	103	102	101
Beschäftigte	723	729	749	777	731
Auszubildende	22	18	19	18	19
Zivildienstleistende	10	10	10	0	0

- *Arge*

In oben aufgeführtem Gesamtpersonalbestand sind 4 Beamte und 18 Beschäftigte enthalten, die im Jobcenter beschäftigt sind.

- *Beendigung von Beschäftigungsverhältnissen*

Es schieden insgesamt 66 Beschäftigte aus dem Arbeitsverhältnis mit dem Landkreis Teltow-Fläming aus.

Die Gründe für das Ausscheiden stellen sich u. a. wie folgt dar:

durch Auflösungsvertrag	10	Beschäftigte
Ableben des Arbeitnehmers	2	Beschäftigte
Übertritt in die Altersrente	1	Beschäftigter
Beendigung von Altersteilzeit	25	Beschäftigte
Ende der befristeten Tätigkeit	16	Beschäftigte
Kündigung des Arbeitnehmers	5	Beschäftigte

Kündigung des Arbeitgebers	1 Beschäftigter
Arbeitgeberwechsel	1 Beschäftigter
Erwerbsunfähigkeit	2 Beschäftigte
Versetzung in den Ruhestand	2 Beschäftigte
Gerichtlicher Vergleich	1 Beschäftigter

- *Schwerbehinderte Mitarbeiter*

Die Kreisverwaltung beschäftigt zurzeit 60 Schwerbehinderte/Gleichgestellte. Dies entspricht einer Quote von 7,05 %. Die Pflichtquote beträgt 5 %. Damit entfällt die Zahlung einer Ausgleichsabgabe.

- *Teilzeitbeschäftigte*

Das Angebot zur freiwilligen Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit wurde weiterhin in Anspruch genommen. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein leichter Zugang von 177 auf 187 Beschäftigte in Teilzeitarbeit zu verzeichnen.

- *Altersteilzeit*

Zum Stichtag 31.12.2012 befinden sich 93 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem Altersteilzeit-Arbeitsverhältnis, wovon sich 43 in der Ruhephase befinden. Für 19 Beschäftigte erhält die Kreisverwaltung auf Grund der Stellen-Wiederbesetzung mit einem Azubi bzw. Arbeitsuchenden Personalkostenerstattung von der Bundesagentur für Arbeit. Es wechselten 26 Beschäftigte in die Ruhephase der Altersteilzeit.

- *Stellenbesetzungsverfahren*

Im Jahr wurden 68 Ausschreibungen zur Besetzung offener Stellen durchgeführt. Die Stellen wurden je nach Bedarf intern bzw. extern ausgeschrieben. Durch die sinkende Zahl der Ausschreibungen ist auch ein geringfügiger Rückgang bei den internen und externen Bewerbungen zu verzeichnen. Auf die Ausschreibungen sind insgesamt 879 Bewerbungen, davon 105 interne Bewerbungen und 774 externe Bewerbungen, eingegangen.

- *Stellenplanentwicklung*

Der Stellenplan 2012 weist insgesamt 796,68 Stellen (in Vollzeiteinheiten) aus, davon 101,00 Stellen für Beamte und 695,68 Stellen für Tariflich Beschäftigte. Gegenüber dem Vorjahr weist der Stellenplan eine Reduzierung von 7,87 Stellen aus. Weitere 19,50 Stellen sind nachrichtlich für die Altersteilzeit-Freistellungsphase ausgewiesen.

- *Einführung eines elektronischen Zeiterfassungs- und Zeitverwaltungssystems (Workflow) in der Kreisverwaltung*

Im September wurde in der Kreisverwaltung das Zeiterfassungs- und Zeitverwaltungssystem eingeführt, nachdem die Vereinbarung hierzu mit dem Personalrat unterzeichnet wurde. Die elektronische Beantragung und Genehmigung von Urlaubsanträgen, Zeitkorrekturen etc. wird dadurch effektiver gestaltet.

- *Arbeitsgerichts- und Einigungsstellenverfahren*

Im Jahr gab es bislang 8 arbeitsgerichtliche Klagen, vorwiegend mit Schwerpunkten aus den Bereichen Kündigung, Schadensersatz wegen Mobbing, Korrektur von Arbeitszeugnissen sowie Ansprüche nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) wegen Nichtberücksichtigung bei Stellenbesetzungen sowie eine Klage aus dem personalvertretungsrechtlichen Bereich bezüglich der Rechte und Pflichten von Personalratsmitgliedern.

Derzeit ist noch ein Berufungsverfahren wegen Mobbing beim Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg (LAG) rechtshängig.

Außerdem sind noch 8 Berufungsklagen von Sozialpädagogen hinsichtlich ihrer korrekten Eingruppierung nach der S 14 des TVsD beim LAG Berlin-Brandenburg rechtshängig, wobei deren Ausgang entscheidend von einem ähnlich gelagerten Revisionsverfahren vor dem Bundesarbeitsgericht (BAG) in Erfurt abhängt.

Interessant ist auch die Frage, zu welchen Gunsten das seit dem 20. September 2010 anhängige Revisionsverfahren vor dem Bundesfinanzhof in München zum entgeltbezogenen Kindergeldzuschlag ausgeht.

Schließlich ist noch die Klage der Stadt Zossen gegen die Kreisumlagebescheide 2009 und 2010 vor dem Verwaltungsgericht (VG) Potsdam rechtshängig.

Weiterhin sind noch 3 zwangsvollstreckungsrechtliche Klagen bei verschiedenen Amtsgerichten deutschlandweit rechtshängig.

- *Aufgabenbereich Organisation*

Aufgrund der Haushaltslage des Landkreises stand die Thematik Haushaltskonsolidierung auch im Fokus der Arbeit des Bereiches Organisation. Insbesondere die Prüfung auf Notwendigkeit bei der Wiederbesetzung frei werdender Stellen wurde – wie auch in den zurückliegenden Jahren – thematisiert.

Mit Kreistagsbeschluss vom Februar 2012 erfolgte die Festlegung, dass die gebildete Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung externe fachliche Unterstützung einholt. Es wurde das Unternehmen „PricewaterhouseCoopers AG“ (PwC) beauftragt, eine allumfassende Organisationsuntersuchung durchzuführen. Hierzu gab es eine umfangreiche Datenerhebung in jedem Fachbereich. Es erfolgte eine Aufgabenanalyse und –kritik, eine Stellen- und Prozessanalyse sowie eine Haushalts- und Finanzanalyse. Diese Organisationsuntersuchung verlief in direkter Zusammenarbeit zwischen den Beratern des Unternehmens und den Fachämtern. Der Bereich Organisation lieferte zentrale Daten und gab organisatorische Unterstützung vor Ort.

Ein abschließender Bericht, der Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen zulässt, wird Ende des I. Quartals 2013 erwartet und der Verwaltungsleitung zur Beschlussfassung vorgelegt.

Die sich hieraus ergebenden möglichen Änderungen, z. B. Umstrukturierungen, Stellenausweisung, werden dann durch den Bereich Organisation in Zusammenarbeit mit den Fachämtern umgesetzt und begleitet werden.

Die Stellenbewertungskommission überprüfte und bewertete im Umlaufverfahren insgesamt 17 Stellen abschließend.

Strukturelle Änderungen gab es in den Geschäftsbereichen der Dezernate III, IV und V. Das Bauamt wurde dem Dezernat IV und die Untere Bauaufsichtsbehörde dem

Dezernat III zugeordnet. Die Untere Denkmalschutzbehörde wurde als Sachgebiet dem Amt für Bildung und Kultur zugeordnet und gehört somit zum Dezernat V.

Die Teilnahme des Jugendamtes am Vergleichsring Unterhaltsvorschuss, Beistandschaften und Vormundschaften wurde Anfang 2011 begonnen und 2012 fortgeführt. Auch für 2013 wird diese Zusammenarbeit stattfinden.

- *Ausbildung*

Am 1. August begannen sechs junge Menschen ihre Ausbildung zum Verwaltungsfachangestellten, ein Auszubildender lernt Vermessungstechniker. Von 80 Bewerbern, darunter 13 Soldaten auf Zeit, konnten sieben ausgewählt und alle Ausbildungsplätze belegt werden. Mit Beginn des Ausbildungsjahres am 1. August lernten in der Kreisverwaltung 19 Auszubildende.

Im Sommer 2012 endete für fünf Verwaltungsfachangestellte und ein Vermessungstechniker die Ausbildung. Alle sechs jungen Menschen wurden befristet eingestellt.

- *Praktikum*

Das Engagement der Amtsleiter und Mitarbeiter in der Kreisverwaltung ermöglichte vielen Schülern und Studenten ein Praktikum in der Verwaltung.

Kalenderjahr	Schüler	Studenten
2010	7	25
2011	30	19
2012	29	20

Wie auch in den Jahren zuvor erhielten weitere Bewerber die Möglichkeit des Praktikums. Unter diesen 29 waren zum Beispiel Auszubildende anderer Einrichtungen oder Bundeswehrsoldaten.

Mitarbeiter und Auszubildende präsentierten mit Einsatzbereitschaft und vielfältigen Ideen die Berufsbilder Verwaltungsfachangestellter und Vermessungstechniker im April zum Zukunftstag und bei der Ausbildungsmesse im Mai. Daraus resultierend absolvieren einige interessierte Schüler ihr Praktikum bewusst in unserem Hause.

- *Fortbildung*

Zwei Beschäftigte absolvierten erfolgreich die Ausbildereignungsprüfung.

- *Betriebliches Eingliederungsmanagement*

Die Kreisverwaltung setzt seit 1. Januar 2011 die Dienstvereinbarung zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM) nach § 84 II SGB IX um. Im Zuge dessen wurde ein Integrationsteam gebildet, welches mit der Anwendung des BEM betraut wurde.

Das BEM findet Anwendung auf alle Mitarbeiter des Landkreises, die innerhalb eines Jahreszeitraums länger als sechs Wochen arbeitsunfähig waren. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Krankheit zusammenhängend auftritt bzw. –trat oder einzelne Fehlzeiten addiert diese Grenze überschritten bzw. überschreiten.

Im Berichtszeitraum wurde 49 Mitarbeitern der Verwaltung ein BEM-Verfahren angeboten (insgesamt 166). Von den neu angeschriebenen Mitarbeitern nahmen 11 bereits die Möglichkeit des freiwilligen Gesprächs an. 22 Mitarbeiter sahen keine Notwendigkeit, ein solches Gespräch zu führen und 2 Betroffene wenden sich bei Bedarf an das Integrationsteam. Von 14 Mitarbeitern steht noch eine Antwort aus.

- *Bildschirmarbeitsplatzbrillen:*

Im Berichtszeitraum haben 24 Mitarbeiter der Kreisverwaltung einen Antrag auf Bezuschussung bei der Anschaffung einer Bildschirmarbeitsplatzbrille gestellt. Allen Mitarbeitern konnte nach Prüfung der Anträge ein Zuschuss gewährt werden.

- *Unfallanzeigen:*

Im Jahr sind insgesamt 34 Arbeitsunfallanzeigen eingegangen, welche an die Unfallkasse Brandenburg mit Sitz in Frankfurt (Oder) zur Bearbeitung weitergeleitet wurden. Davon waren 6 Unfälle als Wegeunfälle zu bewerten.

Straßenverkehrsamt

1. Sachgebiet Kfz-Zulassung

Im Jahr 2012 kam es zu einer weiteren Zunahme der Anzahl der im Landkreis gemeldeten Fahrzeuge. Gegenüber dem Vorjahr wurden in den beiden Zulassungsstellen Zossen und Luckenwalde 1.631 Fahrzeuge mehr registriert. Ende des Jahres waren damit insgesamt 131.633 Fahrzeuge im Landkreis registriert.

2. Sachgebiet Fahrerlaubniswesen

Im Jahr wurden die verschiedenen Führerscheine innerhalb der EU nach geltendem EU-Recht durch den europäischen Führerschein abgelöst. Der EU-Führerschein ist damit bei einer Neuausstellung verbindlich. Mit der Umsetzung der 3. EG-Führerschein-Richtlinie in nationales Recht werden ab dem 19. Januar 2013 ausgestellte Führerscheine auf 15 Jahre befristet. Im Jahr haben 1.018 Bürger ihren alten Führerschein noch in ein unbefristetes Dokument umgetauscht. Gegenüber dem Vorjahr wurden 25% EU-Kartenführerscheine mehr erteilt.

Die Anzahl der ausgestellten Ersatzführerscheine nach Verlust oder Diebstahl stieg von 1.269 im Vorjahr auf 2.007, das entspricht einer Steigerung um ca. 58 %.

Für das „Begleitete Fahren mit 17 Jahren“ wurden im Jahr 514 Prüfungsbescheinigungen erteilt. Gegenüber dem Vorjahr ist dies eine Steigerung um 18 %.

Die Anzahl der Entzüge der Fahrerlaubnis ist gegenüber dem Vorjahr von 322 um 10% auf 290 zurückgegangen.

3. Sachgebiet Verkehrsordnungswidrigkeiten

Unangepasste und überhöhte Fahrgeschwindigkeit stellt eine der hauptsächlichen Gefahrenquellen für alle Verkehrsteilnehmer dar. Die Überwachung der Einhaltung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit ist daher eine wichtige Ordnungsaufgabe des

Landkreises im Interesse der Verkehrssicherheit. Die bewusste Beachtung der allgemeinen Verkehrsregeln der Straßenverkehrsordnung bringt aber die meiste Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer.

Die Mitarbeiter des Sachgebietes haben an 94 Standorten auf den Straßen im Landkreis die Einhaltung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit überwacht. An 8 Standorten erfolgte die Überwachung durch stationäre Geschwindigkeitsmessanlagen. Im Vorjahr erfolgte die Überwachung an 86 Standorten. 10 Fahrrichtungen wurden durch stationäre Anlagen überwacht.

Messstellen, die sich an Gefahrenstellen befanden, welche über mehrere Jahre unauffällig waren, wurden wieder außer Betrieb genommen. Entsprechende Beschlüsse hat die Verkehrsunfallkommission des Landkreises u.a. zur stationären Messstelle in Luckenwalde, Brandenburger Straße, in und aus Richtung Zentrum und für eine Messstelle auf der B 115 in Markendorf gefasst. Es ist aber sichergestellt, dass jederzeit die Überwachung an den betreffenden Gefahrenstellen mittels mobiler Messtechnik erfolgt.

Wie in den Vorjahren bildete die präventive Überwachung an Schul- und Spielwegen den Schwerpunkt der Kontrolltätigkeit. 75 % aller Messstellen dienten der Schulwegsicherheit. 19 % der Messstellen befanden sich an besonders gefährdeten Stellen, 4 % an schützenswerten Bereichen (u.a. Seniorenheime, Krankenhaus) und 2 % an Unfallhäufungsstellen.

Die kreisliche Verkehrsunfallkommission hat 12 Anträgen auf Einrichtung eines neuen Standortes zugestimmt. Neu eröffnet wurden u.a. Standorte im Bereich der Schul- und Spielwegsicherung an der B 102 in Hohenseefeld, an der L 40 in Dahlewitz, an der L 715 in Lichterfelde sowie an Stellen zum Schutze der Kinder in Blankenfelde und Zossen. 8 Anträge wurden nach abschließender Prüfung durch die Kommission abgelehnt. 4 Standorte wurden ersatzlos geschlossen, weil die Geschwindigkeitsüberschreitungen über mehrere Jahre stark rückläufig waren.

Die meisten Verstöße gegen die zulässige Höchstgeschwindigkeit, sowohl im Verwarnungsgeld- als auch im Bußgeldbereich, wurden an der stationären Geschwindigkeitsmessanlage auf der B 96 in Zossen (Straße der Jugend) festgestellt. Gegenüber dem Vorjahr ist aber trotz vergleichbarer Einsatzzeiten die Anzahl der festgestellten Verstöße um beachtliche 621 Fälle zurückgegangen. Dies bestätigt die Notwendigkeit und auch die Wirksamkeit der Kontrollen im Interesse der Verkehrssicherheit.

Die höchste Geschwindigkeitsüberschreitung wurde an der Messstelle auf der B 102 in Altes Lager in Richtung Treuenbrietzen festgestellt. Hier fuhr ein Fahrzeugführer bei zulässigen 50 km/h mit einer Geschwindigkeit von 118 km/h. Abzüglich der Toleranz beträgt die Geschwindigkeitsüberschreitung 65 km/h. Dem PKW-Fahrer drohen damit ein dreimonatiger Verzicht auf seinen Führerschein, 4 Punkte in Flensburg und ein Bußgeld von 480 €.

Im Jahr wurden 148 Fahrverbote ausgesprochen. Im Vorjahr erfolgte dies bei 168 Fahrerlaubnisinhabern.

Der Sicherheitsgurt ist und bleibt der Lebensretter Nummer 1. Dennoch waren 206 Fahrzeugführer nicht angeschnallt. Das sind 19 weniger als 2011. Damals waren 225 Fahrzeugführer bei der Geschwindigkeitsüberschreitung nicht angeschnallt.

Wartungs- bzw. witterungsbedingt konnten die beiden Messfahrzeuge des Landkreises an 39 Tagen (2011 an 22 Tagen) nicht eingesetzt werden. Der Rückgang der Fallzahlen gegenüber dem Vorjahr wird auf monatelange (z.T. noch nicht abgeschlossene) Baumaßnahmen an einigen „Schnittstellen“ der Geschwindigkeitskontrollen zurückgeführt.

4. Sachgebiet Verkehrssicherheit und -lenkung

An der Situation der fehlenden Wirksamkeit der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) durch die Nichtigkeitserklärung der 46. Änderungsverordnung hat sich nichts geändert. Der dadurch bereits in 2010 eingetretene rechtliche „Schwebezustand“ hat sich fortgesetzt. Nunmehr ist für den 1. April 2013 das Inkrafttreten der neuen StVO anvisiert.

Zur Verringerung der Anzahl von schweren Baumunfällen ist im September 2011 der Gemeinsame Runderlass des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft und des Ministeriums des Innern zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auf Straßen mit angrenzendem dichten Baumbestand ohne vorgelagerte Fahrzeugrückhaltesysteme außerhalb geschlossener Ortschaften im Land Brandenburg in Kraft getreten. Die in 2011 begonnene Begutachtung aller Kreis-, Landes- und Bundesstraßen wurde abgeschlossen. Erste Anordnungen von Geschwindigkeitsbeschränkungen sind auf Abschnitten von Bundes- und Landesstraßen erfolgt.

Die Anzahl der verkehrsrechtlichen Anordnungen zur Baustellensicherung sind gegenüber dem Vorjahr annähernd gleich geblieben (siehe Übersicht).

Für eine Vielzahl kleinerer und mittlerer Veranstaltungen im öffentlichen Verkehrsraum wurden 141 Erlaubnisse erteilt. Darunter für viele Weihnachtsmärkte, Straßenfeste von gemeinnützigen Vereinen und Filmaufnahmen.

Ein besonderes sportliches Event stellte wieder das Skoda-Velothon-Radrennen dar, das über eine Strecke von rund 34 km durch den Landkreis führte.

Im Jahr wurde 176 Schwerbehinderten eine Bewilligung von Parkerleichterungen erteilt bzw. verlängert.

Statistik

1. Kfz-Zulassung

	Stand 31.12.2011	Stand 31.12.2012
Fahrzeugbestand gesamt	130.002	131.633
davon Kräder	8.139	8.394
Pkw	91.039	91.417
Lkw	8.518	8.740

Zugmaschinen	2.970	3.087
sonstige Kfz	1.107	1.106
Kfz-Anhänger	18.078	18.735
KOM	150	154

2. Fahrerlaubniswesen

	Stand 31.12.2011	Stand 31.12.2012
Ersterteilung/Erweiterung/Umschreibung von Fahrerlaubnissen (FE)	1.887	1.827
Umstellung auf EU-Führerschein	812	1.018
Anträge auf Neuerteilung nach Entzug der FE	443	450
Versagung/Verzicht der FE gesamt	234	379
Internationaler Führerschein	437	417
FE zur Fahrgastbeförderung	215	190
FE-Entziehungen gesamt	322	290
<ul style="list-style-type: none"> • durch Gericht • durch Fahrerlaubnisbehörde 	235 87	233 57
Maßnahmen nach dem Punktesystem (§ 4 Abs. 3 StVG)		
<ul style="list-style-type: none"> • Verwarnungen • Anordnung Aufbauseminar (ASP) • Entzüge 	500 52 22	510 59 18
Maßnahmen gegen Fahranfänger (§ 2a StVG)		
<ul style="list-style-type: none"> • Anordnung Aufbauseminar (ASF) • Verwarnungen • Entzüge 	150 29 9	128 33 5
Verlängerung Fahrerlaubnis (C, CE, D, DE, D1E)	842	739
Ersatz nach Verlust/Diebstahl Führerschein	1.269	2.007
Anordnung von ärztlichen oder medizinisch-psychologischen Gutachten (MPU)	526	566
Nachweis der Berufskraftfahrerqualifikation	142	141
Erteilung Prüfungsbescheinigungen Begleitetes Fahren mit 17 Jahren	435	514

3. Kontrollgerätekarten zur Überwachung der Ruhe- und Lenkzeiten nach der Fahrpersonal-Verordnung (FPersV)

	Stand 31.12.2011	Stand 31.12.2012
Fahrerkarten	588	1.129
Unternehmerkarten	46	66
Werkstattkarten	15	43

4. Fahrschulwesen/Fahrlehrerwesen

	Stand 31.12.2011	Stand 31.12.2012

Anzahl der Fahrschulen und Zweigstellen	43	41
Anzahl der Fahrlehrer		
• registrierte Fahrlehrer	147	136
• tätige Fahrlehrer	93	83
Anzahl der Seminarleiter ASF/ASP	35	34
Anzahl der überprüften Fahrschulen/und -lehrer/Seminarleiter	16	10
• Formalüberwachung	7	5
• Qualitätskontrolle des Unterrichts	7	4
• Aufbauseminare (ASP/ASF)	2	1

5. gewerblicher Personenverkehr

	Stand 31.12.2011	Stand 31.12.2012
Unternehmen im Taxen- und Mietwagenverkehr gesamt	68	69
Anzahl der eingesetzten Fahrzeuge	171	174
Anzahl der Überprüfungen	52	67
• davon Fahrzeugabnahmen		40
Ortskundeprüfungen	32	32

6. Fahrtenbuchauflagen

	Stand 31.12.2011	Stand 31.12.2012
Anträge auf Anordnung der Führung eines Fahrtenbuches	154	150
Anordnung zum Führen eines Fahrtenbuches	91	102

7. Ausnahmegenehmigungen

	Stand 31.12.2011	Stand 31.12.2012
Anträge nach § 43 BOKraft	-	16
• erteilte Ausnahmen		15
Anträge nach § 74 FeV	18	18
• erteilte Ausnahmen	10	5

8. Verkehrsordnungswidrigkeiten

	Stand 31.12.2011	Stand 31.12.2012
eingeleitete Bußgeldverfahren	2.346	1.990
davon		
- stationär	1.267	1.163
- mobil	841	602
- allgemeine Verkehrsordnungswidrigkeiten	238	225
eingeleitete Verwarnungsgeldverfahren	19.666	18.050
davon		
- stationär	13.219	12.259
- mobil	6.208	5.474
- allgemeine Verkehrsordnungswidrigkeiten	239	317
Bußgeldverfahren aus Verwarnungsgeldverfügungen	671	652
davon		
- stationär	481	492
- mobil	190	160
Gesamtanzahl Verfahren	22.683	20.692

9. Mobile Kontrollen in Städten und Gemeinden sowie im Amt Dahme/Mark

Stadt/Gemeinde/ Amt	Anzahl der Standorte		Zahl der Einsätze		festgestellte Geschwindigkeits- überschreitungen	
	2011	2012	2011	2012	2011	2012
Gemeinde Am Mellensee	4	4	50	28	308	206
Stadt Baruth/Mark	4	4	71*	54*	292	237
Gemeinde Blankenfelde-Mahlow	12	16	72*	131*	485	1.368
Gemeinde Großbeeren	4	3	74	33	1.432	253
Stadt Jüterbog	7	8	90	66*	705	436
Stadt Luckenwalde	5	5	69	36	168	94
Gemeinde Niederer Fläming	2	6	3	19	18	38
Gemeinde Niedergörsdorf	4	4	11	16	30	46
Gemeinde Nuthe-Urstromtal	4	4	81	85	1.102	908
Gemeinde Rangsdorf	4	4	52*	59	513	1.081
Stadt Trebbin	7	7	130	94*	1.024	317
Stadt Zossen	14	16	186*	143*	1.012	1.128
Amt Dahme/Mark	5	5	44	30	177	124

* reduzierter Einsatz wegen Straßenbaumaßnahme

10. Verkehrssicherheit und -lenkung

	Stand 31.12.2011	Stand 31.12.2012
Stellungnahmen		
- allgemeine Planvorhaben	164	153
- Straßenbauvorbereitung Landesbetrieb	181	126
Erlaubnisse, Veranstaltungen		
§ 29 StVO	145	135
Beteiligung an kreisübergreifenden Veranstaltungen.	20	16
Ausnahmegenehmigungen und Erlaubnisse § 46 StVO	847	854
Anordnungen von verkehrslenkenden Maßnahmen und Baustellen gem. § 45 StVO + Verlängerungen zu Anordnungen + Ergänzungen zu Anordnungen	2.249	2.329
Anträge auf Verkehrsregelung	268	250
davon erteilte Anordnungen für generelle Verkehrsregelungen gem. § 45 StVO	141	213
bearbeitete Anträge zu Lichtzeichenanlagen (LZA) und Fußgängerüberwegen	5	7
Bestand an		
- Kreisverkehrsplätzen	29	32
- Fußgänger-LZA	45	44
- Knotenpunkt-LZA	50	50
- Fußgängerüberwegen	20	20
Verkehrsschauen	16	17

Dezernat II

Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

Im Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt waren insgesamt 23 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 7 im Sachgebiet Veterinärwesen und 14 im Sachgebiet Lebensmittelüberwachung, beschäftigt. Eine Kollegin befindet sich im Erziehungsurlaub, dafür wurde befristet eine neue Kollegin eingestellt. Ein auszubildender Lebensmittelkontrolleur hat erfolgreich seine Prüfung bestanden, wurde unbefristet eingestellt, hat jedoch das Amt leider wieder verlassen. Diese Chance nutzte eine neue junge Kollegin, die jetzt die zweijährige Ausbildung zum Lebensmittelkontrolleur absolviert.

Die Erträge sowie die Aufwendungen sind im geplanten Rahmen geblieben. Einzige gravierende Ausnahme sind die steigenden Kosten im Bereich Tierschutz, wo Mittel in Höhe von 10.000 € eingeplant waren, aber 20.837,83 € ausgegeben werden mussten. Ursache dafür sind mehrere Tierschutzfälle, infolgedessen es zu Fortnahmen und anschließender Versorgung von zahlreichen Hunden und Katzen kam.

1. Sachgebiet Veterinärwesen

- *Tierseuchen*
- BVD-Sanierung

Mit Inkrafttreten der Verordnung zum Schutz der Rinder vor einer Infektion mit dem Bovinen Virusdiarrhoe-Virus (BVDV-Verordnung) am 01.01.2011 soll die Sanierung der Rinderbestände beschleunigt werden, um diese verlustreiche und handelsrelevante anzeigepflichtige Tierseuche in Deutschland zu eliminieren. 2012 erfolgten 17.200 Untersuchungen auf das Bovine Virusdiarrhoe-Virus (BVD), davon 15.485 durch Ohrstanzproben. Zwei positive Tiere wurden gemerzt. Problembetriebe gibt es keine.

Im Landkreis befinden sich im Dezember 32.741 Rinder in 175 Betrieben, davon sind 830 Rinder ohne einen gültigen BVD-Status in der Datenbank HIT erfasst. Damit liegen von rund 98 % aller Rinder im Landkreis negative BVD-Ergebnisse vor. 82 Betriebe konnten bereits mit dem Status BVD unverdächtig eingestuft werden.

- Tierseuchenübung

Ein Verbringen von Geflügel ohne vorgeschriebenes Gesundheitsattest aus Polen in den Landkreis wurde als Anlass für eine theoretische Tierseuchenübung genommen. Die für einen Tierseuchenausbruch oder Verdacht notwendige Errichtung tierseuchenrechtlicher Sperrzonen und das Erstellen von Lageberichten wurden mit dem Tierseuchennachrichtensystem (TSN) geübt.

- Verdacht auf Tuberkulose in einem Alpakabestand

Eine Mitteilung des MUGV, das in einer Alpakaherde in England, aus der auch Tiere nach Teltow-Fläming kamen, Tuberkulose nachgewiesen wurde, beschäftigte das VLÜA besonders über die Sommermonate. Nach Sperrung des Bestandes wurden bei den verdächtigen Tieren Tbc-Hauttests durchgeführt, Blutproben entnommen und

untersucht sowie der gesamte Bestand tierärztlich untersucht. Nach Abschluss der Diagnostik im nationalen Referenzlabor konnte für den Landkreis Entwarnung gegeben werden. Alle untersuchten Tiere waren negativ. Daraufhin konnte die Bestandssperre aufgehoben werden.

- **Musteraudit**

Das Amt hat sich im Jahr 2012 dazu bereiterklärt, ein Musteraudit im Bereich Tierseuchen durchzuführen. In Vorbereitung dieses Audits wurden diverse QM-Dokumente erarbeitet bzw. angepasst und die vorhandenen Akten überprüft. Das Ergebnis des Audits zeigte, dass die Umsetzung des QM-Systems im Bereich Tierseuchen schon weit fortgeschritten ist.

- *Cross Compliance-und Fachrechtskontrollen nach Risikoauswahl des Ministeriums*

Auf Grund einer Risikoauswahl durch das Landwirtschaftsministerium erfolgten 45 Kontrollen in den Fachgebieten Lebensmittel- und Futtermittelrecht, Kennzeichnung Rind, Schwein, Schaf, Ziege sowie im Tierschutzrecht. Es zeigte sich, dass bei der Kennzeichnung, Registrierung und Bestandsregisterführung immer noch Defizite herrschen.

- *Internationaler Tierhandel – Transportkontrollen*

Rinderverladungen	in Länder der EU	in Drittländer	gesamt:
Tage	14	12	26
Atteste	17	47	64

Schweineverladungen	in Länder der EU	in Drittländer	gesamt:
Tage	46		46
Atteste	51		51

Schafverladungen	in Länder der EU	in Drittländer	gesamt:
Tage	1	2	3
Atteste	4	3	7

Kälberverladungen bei der U.E.G.	in die Niederlande / nach Belgien		
Tage	50		
Atteste	162		

Kontrolle der 24-h-Pause bei Transporten	Rinder	Schweine	gesamt:
Tage	4	6	10
Anzahl der Lkw	6	17	23

Hähnchenausstellungen	zum Schlachthof		
Tage	25		
Atteste	77		

- *Tierschutz*

- *Überprüfung der Pelztierhaltung*

Am 11. Dezember 2011 lief die Übergangsfrist der Tierschutznutztierhaltungs-Verordnung bezüglich der Vorschriften zur Käfiggröße bei der Pelztierhaltung aus. Am 31. Januar 2012 erfolgte eine Überprüfung der Nerzfarm Frankenförde, bei der festgestellt wurde, dass die geforderten Käfiggrößen nicht eingehalten werden. Die Abstellung der Mängel wurde dem Betreiber mittels Ordnungsverfügung auferlegt. Dem gegen die Ordnungsverfügung eingelegten Widerspruch wurde nicht stattgegeben. Der Nerzfarmbetreiber hat daraufhin Klage beim Verwaltungsgericht gegen die Ordnungsverfügung erhoben. Der Ausgang des Verfahrens ist noch offen.

- *Tätigkeiten aufgrund von Verstößen gegen das Tierschutzgesetz*

Insgesamt mussten 59 Katzen und 21 Hunde aufgrund von Verstößen gegen das Tierschutzgesetz fortgenommen werden. Davon konnten lediglich 5 Hunde nach Beseitigung der Mängel ihren Besitzern zurückgegeben werden. Zwei Fälle wurden als Strafsache zur Weiterverfolgung der Staatsanwaltschaft übersandt, wovon ein Verfahren noch offen ist. In dem abgeschlossenen Strafverfahren konnte für den Tierhalter eine 3-monatige Haftstrafe auf Bewährung erwirkt werden.

- *Wolfsmanagement*

Im Jahr wurde zusammen mit Vertretern verschiedener Tierhalterverbänden, Vertretern der Landwirtschaft, der Jagd, der Forst und des Naturschutzes an der Erstellung eines neuen Wolfmanagementplanes für das Land Brandenburg gearbeitet. Dazu nahm ein Vertreter des Sachgebietes an fünf Beratungen zum Thema im Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz teil. Nach zum Teil kontroversen Diskussionen konnte am 12. Dezember der neue Wolfmanagementplan mit nur einer Gegenstimme bei 26 Ja-Stimmen verabschiedet werden. Das Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt ist darauf vorbereitet, kurzfristig, auch im Bereitschaftsdienst, Auskünfte und Kontaktdaten bei Wolfsfragen herauszugeben und gegebenenfalls auch vor Ort tätig zu werden.

- *Schwerpunktkontrollen Umstellung auf Gruppenhaltung von Zuchtsauen*

Ab dem 01.01.2013 müssen alle gewerbsmäßigen Schweinehalter ihre Zuchtsauen im Zeitraum von über vier Wochen nach dem Decken bis eine Woche vor dem voraussichtlichen Abferkeltermin in Gruppen halten. Für 14 Betriebe im Landkreis bedeutete dies in diesem Jahr, umfangreiche Planungen und Baumaßnahmen rechtzeitig abzuschließen. 10 der 14 Betriebe zogen bei der Planung ihrer Umbaumaßnahmen den Sachverstand des VLÜA heran. Letztendlich haben 12 Sauenzuchtbetriebe des Landkreises bis zum Stichtag 31.12.2012 die Umstellung auf Gruppenhaltung geschafft.

- *Tierarzneimittelüberwachung*

Von 42 tierärztlichen Hausapotheken im Landkreis Teltow-Fläming wurden 18 kontrolliert. Neben Tierärzten werden auch zunehmend Tierheilpraktiker in unserem Landkreis tätig. Von 12 dem Amt bekannten Tierheilpraktikern wurden 8

arzneimittelrechtlich kontrolliert. Die arzneimittelrechtliche Überwachung von Beständen, die Lebensmittel liefernde Tiere halten, fand bei 66 Beständen statt.

2. Sachgebiet Lebensmittelüberwachung

- *Routine: Risikoorientierte Betriebskontrollen und Probenahme*

Im Jahr wurden in den 2401 im Landkreis erfassten Lebensmittel-Betrieben insgesamt 2.899 Kontrollen durchgeführt. Es wurden 877 Proben von Lebensmitteln, Kosmetika und Bedarfsgegenständen gezogen, darunter 81 Verdachts-, Beschwerde- oder Verfolgsproben. Die Beanstandungsquote lag im Mittel bei 4 %, mit 11 % am höchsten in der Produktgruppe „Fleisch und Fleischerzeugnisse“. Beanstandungsgründe waren in erster Linie Kennzeichnungsmängel (17 Mal) und mikrobiologische Verunreinigungen (15 Mal).

Im Rahmen des Nationalen Rückstandskontrollplans wurden durch amtliche Tierärzte in den Schlachtbetrieben 375 Proben zur Untersuchung auf Rückstände von Tierarzneimitteln gezogen, alle waren negativ.

- *Krise: Ausbruch von akutem Brechdurchfall in fünf ostdeutschen Bundesländern*

Am Nachmittag des 27. September wurde ein großer, bundeslandübergreifender Ausbruch (Hunderte von Kindern) von akuter Gastro-Enteritis in Schulen und Kindertageseinrichtungen bekannt. Alle waren von einem überregionalen Caterer mit unterschiedlichen regionalen Küchen beliefert worden.

Eine dieser regionalen Küchen hat ihren Standort im Landkreis Teltow-Fläming. Hier wurden durch Mitarbeiter der Lebensmittelüberwachung am Morgen des 28. September sämtliche Rückstellproben sichergestellt, alle verbliebenen Lebensmittelpartien, aus denen die Speisen der betroffenen Kalenderwoche hergestellt worden waren, gesperrt, Menüpläne ermittelt sowie Tupferproben genommen.

Am 28. September gingen auch erste Erkrankungsmeldungen von einer Grundschule mit Kita sowie einem Gymnasium ein, die jedoch von einer regionalen Küche aus dem Nachbarlandkreis beliefert worden waren. Am 10. Oktober gab es eine Nachmeldung aus einer Kita, die von der Küche in unserem Landkreis beliefert worden war.

Aufgrund der weiten Streuung der Fälle und der dezentralen Zubereitung der Speisen in den regionalen Küchen bestand bereits früh der Verdacht, dass die Ursache in der Kontamination eines zugelieferten Lebensmittels lag. Von vielen Erkrankten lagen Norovirus Nachweise aus Stuhlproben vor. Der Nachweis von Viren aus Lebensmitteln ist jedoch deutlich schwieriger. Über epidemiologische Ermittlungen der überregionalen Task Force ergaben sich letztendlich als verdächtiges Lebensmittel tiefgefrorene Erdbeeren, Ursprungsland China, die als Kompott, i. d. R. nicht erhitzt, serviert wurden. Aus einem Originalbeutel in Sachsen konnten Noroviren isoliert werden. Aus der Rückstellprobe Erdbeerkompott aus der in unserem Landkreis gelegenen Küche war kein Virusnachweis möglich.

Insgesamt waren über 11.000 Erkrankungsfälle im Rahmen dieses bisher größten lebensmittelbedingten Ausbruchs aufgetreten. Auch bei optimaler Küchenhygiene sind derartige Ausbrüche zukünftig nicht sicher zu verhindern, solange Risikolebensmittel (hier tiefgefrorene Früchte) in nicht erhitzter Form abgegeben werden.

- *Schwerpunktkontrollen: Hygiene in der Schulverpflegung*

Dazu wurden in den 56 vorhandenen Einrichtungen (30 Grundschulen, 10 Oberschulen, 7 Gymnasien, 6 Förderschulen, ein Oberstufenzentrum mit 3 Standorten) insgesamt 74 Kontrollen durchgeführt. Eine eigene Küche gab es nur noch in zwei Schulen. Die restlichen Schulen halten lediglich Essenausgabestellen bereit, in denen angeliefertes Essen an die Schüler verteilt wird, z. T. nach vorheriger Regenerierung (Wiedererhitzung). In einigen Schulen gibt es mehrere Ausgabestellen oder zusätzliche Einrichtungen für den Hort.

Abb. 1 Zahl der Mängel bei 74 Betriebskontrollen

Abbildung 1:

Unknown Format

Bei 27 Kontrollen waren keinerlei Mängel zu verzeichnen. Das entsprach etwa einem Drittel der Kontrollen in den Essenausgabestellen und Küchen.

In 19 Fällen war ein Mangel festzustellen, bei jeweils 10 Kontrollen zwei bzw. drei Mängel, bei jeweils 3 Kontrollen vier bzw. fünf verschiedene Mängel und bei 2 Kontrollen gab es sechs Abweichungen.

Abb. 2: Art der aufgetretenen Mängel (absolute Werte) in Küchen und Essenausgaben

Unknown Format

Abbildung 2:

Am häufigsten (20 Mal) traten bauliche Mängel, wie Schäden an Fliesen und Decken auf. An zweiter Stelle (16 Fälle) standen Reinigungs- und Ordnungsmängel, wie verschmutzte Dunstabzugshauben, nicht entfernte Spinnenweben oder mangelhaft gereinigte Kühlschränke und Arbeitsflächen. Darauf folgten mangelhafte Eigenkontrollen (in 13 Betrieben), wie z. B. die Temperaturüberwachung. Hier stellte vor allem die ordnungsgemäße Dokumentation ein Problem dar.

- *Ringversuch: Trichinennachweis*

Im Rahmen der für das Trichinenlabor erforderlichen Akkreditierung beteiligte sich das Amt an einem vom nationalen Referenzlabor für Trichinellose am Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) organisierten Ringversuch.

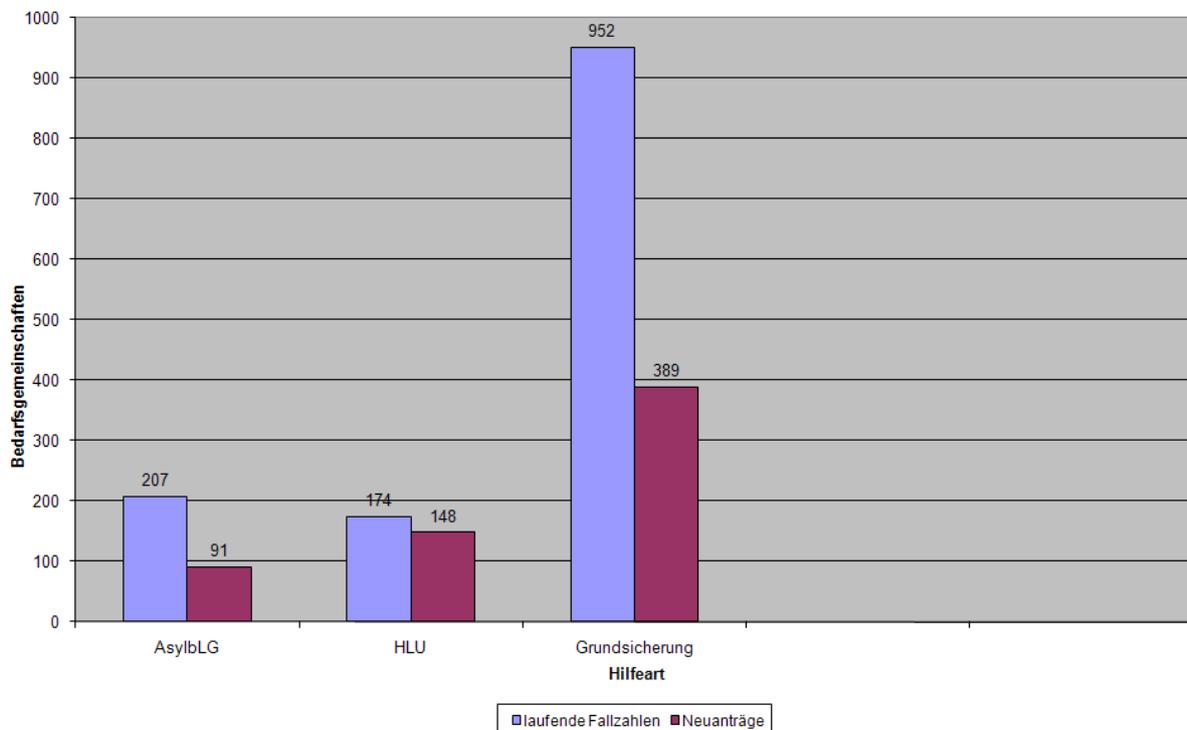
Qualitative Auswertung: Alle Proben wurden durch alle mit der Untersuchung befassten Mitarbeiter korrekt als Trichinella-positiv bzw. -negativ erkannt.

Quantitative Auswertung: In einem zweiten Schritt wurden für die Trichinella-positiven Proben ermittelt, inwieweit die Anzahl der erkannten und gezählten Larven mit dem Sollwert, d. h. der Anzahl der zugegebenen Larven, übereinstimmt. Dabei lag keines der Ergebnisse außerhalb des Toleranzbereiches.

Sozialamt

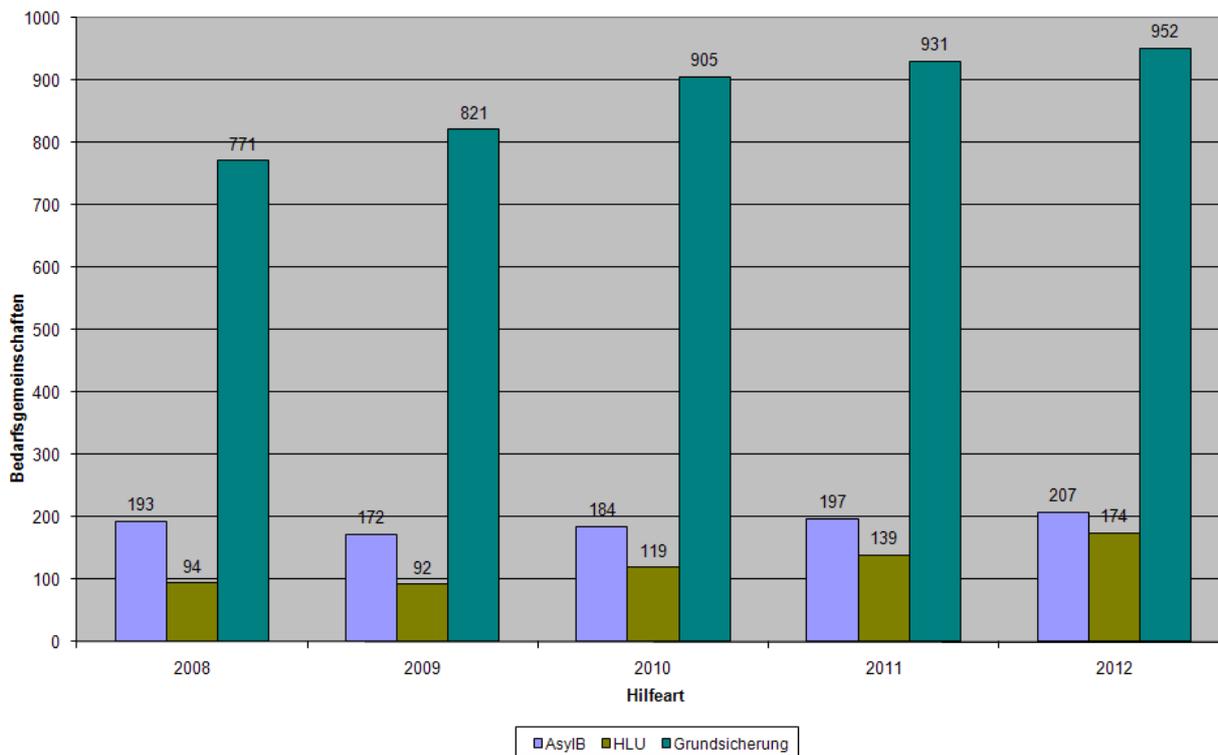
- *Bereich Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung für über 65-jährige und dauerhaft erwerbsgeminderte Menschen und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz*

*Anzahl der Bedarfsgemeinschaften im Bereich Hilfe zum Lebensunterhalt für befristet erwerbsgeminderte Menschen (HLU), Grundsicherung für über 65-jährige und dauerhaft erwerbsgeminderte Menschen; sowie Fallzahlen der Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)
(Ist-Zahlen im Jahr 2012)*



Anzumerken ist, dass im Bereich der Leistungen nach dem AsylbLG ein deutlicher Anstieg der Fallzahlen und – bedingt durch die schnelleren Asylverfahren – auch der Neuanträge zu verzeichnen war. Da die kreisbezogene Aufnahmequote mit nur 49 % unzureichend erfüllt werden konnte, musste die Eröffnung eines weiteren Übergangswohnheims für Flüchtlinge und Asylbewerber in kommunaler Verantwortung geplant und organisiert werden. Zudem musste eine höhere Anzahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern direkt in Wohnungen untergebracht werden. Ein weiterer Anstieg der Fallzahlen wird für das Jahr 2013 vorausgesagt.

Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften im Bereich Leistungen Hilfe zum Lebensunterhalt für befristet erwerbsgeminderte Menschen (HLU), Grundsicherung für über 65-jährige und dauerhaft erwerbsgeminderte Menschen; sowie Fallzahlen der Leistungsempfänger nach dem AsylbLG (Zeitraum 2008 bis 2012)



- *Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), Brandenburgisches Ausbildungsförderungsgesetz (Bbg AföG) und Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)*

Fallzahlen und Neuanträge im Jahr 2012

BAföG:	1.577
Neuanträge:	563
Bbg AföG:	147
AFBG:	550
Neuanträge:	98

Insgesamt waren 24 Widersprüche in diesem Bereich zu bearbeiten.

- *Wohngeld*

Im Jahr wurden insgesamt 2.591 Anträge auf Miet- oder Lastenzuschuss bearbeitet, wovon 1.829 bewilligt wurden. Dies ist ein Rückgang um 476 Anträge im Vergleich zum Jahr 2011. Der Rückgang resultiert aus dem Anstieg der Leistungsempfänger nach dem SGB II und SGB XII, da diese nicht wohngeldberechtigt sind.

Das durchschnittlich bewilligte Wohngeld betrug im Haushaltsjahr 107,29 € monatlich. 36 Haushalte erhielten das sogenannte Kinderwohngeld.

Zusätzlich erfolgten noch 189 unverbindliche Probeberechnungen während der Sprechstunden und 97 über das datentechnische Verfahren (diese Zahlen sind in der Gesamtzahl der eingegangenen Anträge enthalten).

Die Zahl der eingelegten Widersprüche ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken:

2011:	71 Widersprüche
2012:	65 Widersprüche

Häufigster Grund für einen Widerspruch waren in diesem Jahr die Ablehnung bzw. die Rückforderung von Wohngeld.

- *Leistungen für Bildung und Teilhabe*

Die Bearbeitung der Leistungen für Bildung und Teilhabe (Bildungspaket) stellte einen Schwerpunkt dar. Bis zum Jahresende konnten an insgesamt 1.024 Kinder aus Familien, die Kinderzuschlag, Hilfe zum Lebensunterhalt, Wohngeld oder Leistungen nach § 2 Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, Leistungen für Bildung und Teilhabe ausgezahlt werden. Durchschnittlich wurden pro leistungsberechtigtem Kind 1,7 Leistungen des Bildungspaketes bewilligt.

Nur durch den Einsatz einer zusätzlichen Mitarbeiterin in diesem Bereich war es möglich, die so gestiegenen Fallzahlen zeitnah zu bewältigen.

Zudem wurde verstärkt mit allen Beteiligten (Jugendamt, Schulen, Netzwerke, usw.) durch Information und gezielte Beratung darauf hingewirkt, dass zukünftig noch mehr Kinder Leistungen für Bildung und Teilhabe in Anspruch nehmen können.

Darstellung der Verteilung der leistungsberechtigten Kinder nach Rechtskreisen



*Anzahl der Kinder, die mindestens eine Leistung im Kalenderjahr in Anspruch genommen haben
(incl. Schulbeihilfe)*

Unknown Format

Prozentual stellt sich das wie folgt dar:

	Landkreis	Jobcenter
Juli 2011	20,86 %	12,97 %
Oktober 2011	33,72 %	30,98 %
Januar 2012	35,7 %	39,8 %
April 2012	40,95 %	49,33 %
Juni 2012	44,43 %	61,49 %
September 2012	55,35 %	66,34 %

- *Grundsatzsachbearbeitung SGB II*

Die bisher erfolgte gute Zusammenarbeit der beiden Träger der Grundsicherung zur Umsetzung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) wurde fortgesetzt und die für das Berichtsjahr vereinbarten Ziele regelmäßig eingehalten. Der Schwerpunkt der Arbeit bestand darin, die rechtmäßige und zweckmäßige Erbringung von Leistungen des Landkreises gemäß § 44b Abs. 3 SGB II vom Jobcenter zu fordern, zu prüfen und Bearbeitungshinweise zu geben. Dabei wurde besonderer Wert auf die Beratung der anfragenden Kunden gelegt mit dem Ziel, die bestmögliche Lösung des bestehenden Problems in Abstimmung mit den zuständigen Sachbearbeitern im Jobcenter zu erreichen.

Im Rahmen der Fachaufsicht erfolgten regelmäßig Fachgespräche zur Auslegung der 2. Handlungs-empfehlung KdU sowie der gültigen Geschäftsanweisungen und Handlungsleitfäden mit den Mitarbeitern im Jobcenter, insbesondere mit denen, die in der Leistungssachbearbeitung tätig sind.

Da die derzeit gültige Handlungsempfehlung Kosten der Unterkunft auf Daten aus den Jahren 2007/2008 beruht und wegen der erforderlichen Rechtssicherheit einer Anpassung bedarf, erfolgte nach einem Ausschreibungsverfahren die Auftragsvergabe zur Neuerhebung von Mietdaten für das gesamte Kreisgebiet an das Forschungsinstitut Analyse und Konzepte.

Besonderes Augenmerk wurde zudem auf die Erarbeitung, Einführung und Umsetzung übergreifender Projekte und Maßnahmen des Jobcenters bezüglich der Kostenbeteiligung des Landkreises gelegt.

Es erfolgten Abstimmungen zu Problemfällen zwischen Jobcenter, Jugendamt und Sozialamt im Zusammenhang mit den Kosten für die Unterkunft und Heizung und der Wohnraumsicherung von Betroffenen.

Die Aktivitäten zur Verbesserung der Inanspruchnahme von Leistungen für Bildung und Teilhabe für Kinder von Leistungsbeziehern wurden noch weiter verstärkt. Hierzu fand u. a. ein gesonderter Pressetermin statt.

76 im Landkreis vorgetragene Beschwerdefälle von Leistungsberechtigten nach dem SGB II konnten in Zusammenarbeit mit Verantwortlichen im Jobcenter Teltow-Fläming für die Petenten zufriedenstellend gelöst werden.

Im Ergebnis ist festzustellen, dass das Beschwerdemanagement und die Wohnraumberatung im Sozialamt für Ratsuchende ein sehr wichtiges Angebot darstellt, dass immer mehr an Bedeutung gewinnt.

- *Seniorenpolitische Leitlinien*

Mit der fortschreitenden Alterung der Bevölkerung und dem Wandel familiärer Strukturen sind die örtlichen Parlamente und kommunalen Verwaltungen, die Wohlfahrtsverbände und Kirchen, die Seniorenorganisationen und die gesellschaftlichen Kräfte mehr und mehr gefordert, die bestehenden guten Lebensräume für ältere Menschen in unserem Landkreis weiter zu entwickeln.

Mittels eines Fragebogens, der unter Beteiligung des Vorsitzenden des Kreissenioresenbeirates erarbeitet wurde, erfolgte eine Ermittlung zur Wirksamkeit der bestehenden seniorenpolitischen Leitlinien. Dieser Fragebogen wurde allen Kommunen und den Vorsitzenden der örtlichen Seniorenbeiräte zur Beantwortung übersandt. An der Beantwortung haben sich 64 % der Kommunen und ca. 92 % der Seniorenbeiräte

beteiligt. Die entsprechenden Ergebnisse werden nun ausgewertet und fließen in die zweite Überarbeitung der seniorenpolitischen Leitlinien im Jahr 2013 ein.

- *Sozialticket*

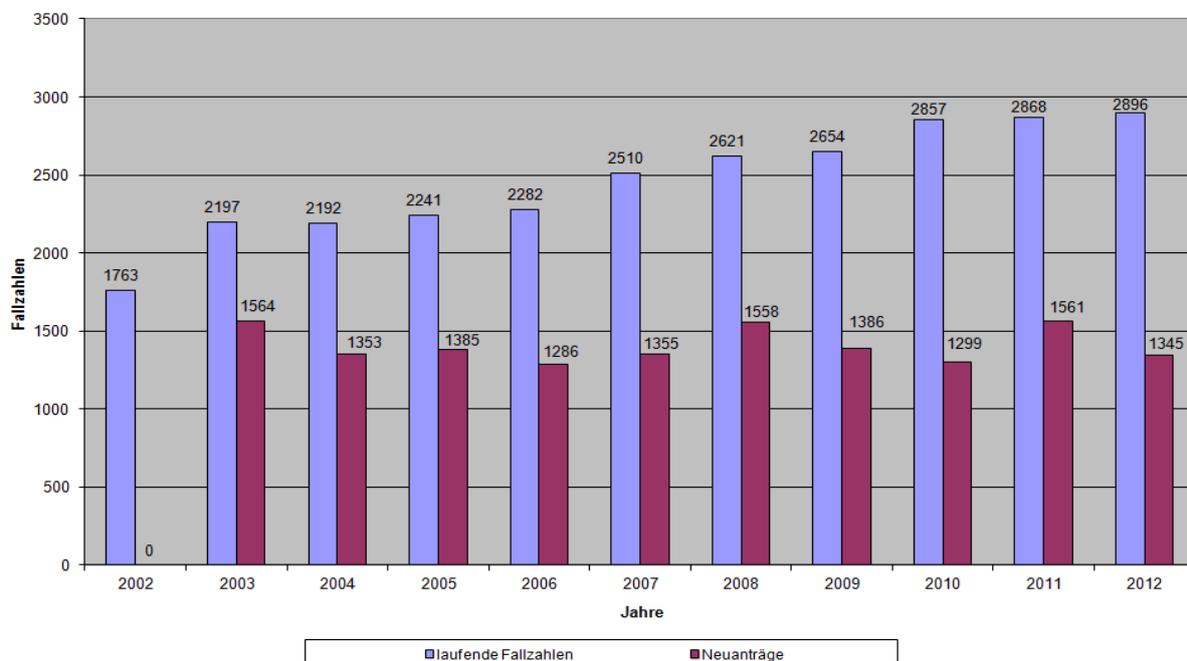
Seit 2008 besteht im Landkreis für einen bestimmten Personenkreis die Möglichkeit, ein Sozialticket mit 50 % Ermäßigung auf den Regeltarif des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg zu nutzen. Die Laufzeit des Sozialtickets beträgt nunmehr 5 Jahre. Es gilt für ausgewählte Buslinien der Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mbH (VTF), nicht für Züge der Deutschen Bahn AG und der S-Bahn. Empfänger von Leistungen nach dem SGB II, SGB XII oder Asylbewerberleistungsgesetz können das Sozialticket nutzen. Die Anspruchsberechtigten erhalten Kundenkarten, die zum Erwerb von Einzelfahrausweisen, Tages- und Wochenkarten berechtigen. Im Jahr wurden 281 Kundenkarten an verschiedene Leistungsbezieher ausgestellt.

- *Richtlinie ambulante soziale Dienste*

Unter Bezug auf die schwierige Haushaltsslage des Landkreises wurden mit den Bürgermeistern/Amtsdiplom, Leistungsträgern und Empfängern von Fördermitteln nach dieser Richtlinie konstruktive Koordinations- und Verhandlungsgespräche geführt.

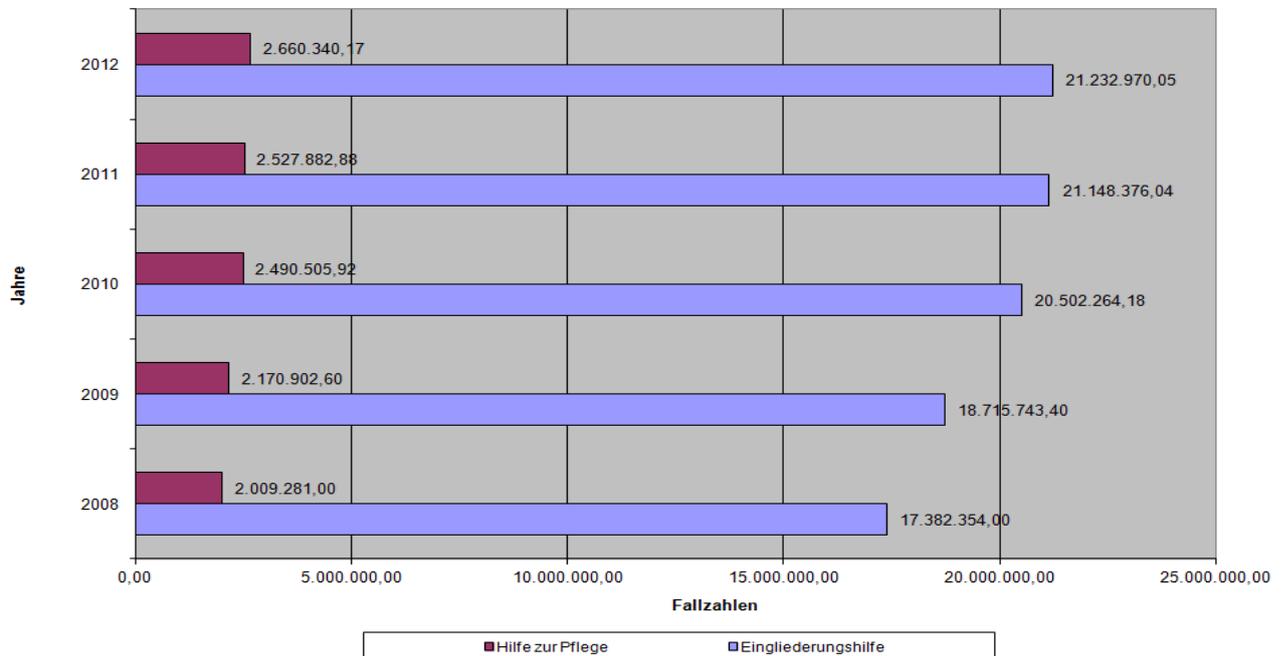
Entwicklung der Fallzahlen bei den Leistungen der Hilfen zur Gesundheit, Hilfen zur Pflege und Eingliederungshilfen (Ist-Zahlen im Jahr 2012)

In den Jahren von 2002 bis 2012 unter Berücksichtigung der Zu- und Abgänge:



Die Anzahl der Hilfeempfänger, die Leistungen der Hilfe zur Pflege und Eingliederungshilfe für behinderte Menschen erhalten, ist auf 2.896 gestiegen. Die Neuanträge hingegen waren im Jahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr leicht rückgängig.

Darstellung des Gesamtausgabevolumens im Bereich Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege (ambulant, teilstationär und stationär) von 2008 bis 2011



Hier wird ersichtlich, dass auch bei den Nettoaufwendungen ein stetiger Anstieg zu verzeichnen ist. Gründe dafür sind die ansteigenden Fallzahlen sowie regelmäßige Fortschreibungen der Vergütungssätze in den o. g. Bereichen.

Neben der Bearbeitung der laufenden Hilfen im Sachgebiet ergaben sich zusätzlich folgende Schwerpunkte:

- *Zusammenarbeit mit der Serviceeinheit Entgeltwesen*

Die Serviceeinheit ist seit 2007 als Dienstleister für 18 Landkreise und kreisfreie Städte des Landes Brandenburg im Bereich Hilfe zur Pflege und Eingliederungshilfe in Kooperation mit den Kommunen zuständig für:

- den Abschluss von Leistungs-, Vergütungs- und Prüfvereinbarungen nach § 75 Abs. 3 und Abs. 5 SGB XII,
- die Durchführung von Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen nach § 75 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 SGB XII für teilstationäre und stationäre Einrichtungen,
- den Abschluss von Vereinbarungen zur Übernahme gesondert berechneter Investitionskosten nach § 75 Abs. 5 Satz 3 SGB XII,
- die Mitwirkung bei Abschluss und Kündigung von Versorgungsverträgen nach § 72 Abs. 2 Satz 1 SGB XI und
- den Abschluss von Pflegesatzvereinbarungen nach § 85 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 SGB XI.

Weitere Aufgaben sind:

- die Erfassung der Ausgaben und Einnahmen in den Bereichen des § 97 Abs. 3 SGB XII sowie der Daten nach § 17 AG-SGB XII,
- die Erarbeitung eines gemeinsamen Controllings und Berichtswesens,
- das Vorhalten von Kenn- und Zielzahlen für die Steuerung sowie
- das Führen eines Einrichtungsverzeichnisses.

- *Bearbeitung der Eingliederungshilfen nach § 35a SGB VIII*

Im Jahr erhielten insgesamt 96 seelisch behinderte Kinder und Jugendliche laufende Leistungen der Eingliederungshilfe. Zusätzlich wurden 92 Neuanträge auf Leistungen der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte oder von seelischer Behinderung bedrohter Kinder und Jugendlicher gestellt.

Auf Grund von Verhaltensauffälligkeiten und Persönlichkeitsstörungen der Kinder und Jugendlichen mussten viele Krisengespräche geführt werden.

Die Anzahl der Anträge auf ambulante Hilfen bei einer Teilleistungsstörung (Lese-Rechtschreibstörung und/oder Rechenstörung) belief sich auf 49, wovon 23 in diesem Jahr bewilligt wurden.

- *Fahrcoupons für Menschen mit einer erheblichen Gehbehinderung als freiwillige Leistung des Landkreises*

Die freiwillige Leistung des Landkreises für Menschen mit einer erheblichen Gehbehinderung wurde weitergeführt. Das Sozialamt gab an 354 Anspruchsberechtigte Fahrcoupons aus. Insgesamt wurden 41 Neuanträge gestellt (Kostenumfang 65.844 €).

- *Betreuungsangelegenheiten*

Die Mitarbeiter der Betreuungsbehörde bewältigten im Jahr mehr als 660 Erstverfahren und ca. 800 Wiederholungsverfahren auf Anregung einer gesetzlichen Betreuung. Insgesamt standen rund 2.500 Menschen im Landkreis unter Betreuung. In mehr als 200 Fällen wurde die Betreuungsbehörde als Verfahrenspfleger hinzugezogen, und in ca. 100 Fällen erfolgte gemäß § 1906 BGB eine Unterbringung mit Freiheitsentziehung durch den Betreuer und mit Genehmigung des Betreuungsgerichts.

Das Angebot zur Beratung über Vorsorgevollmachten und Patientenverfügungen wird durch die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises gut angenommen. Durch die Öffentlichkeitsarbeit und Artikel in der örtlichen Presse hat sich dies noch verstärkt.

- *Wohnraumberatung im Rahmen des Projektes Kommunalkombi (Koko)*

Im Landkreis waren am Standort Luckenwalde zwei Kolleginnen in der Wohnraumberatung tätig. Diese unterstützten Leistungsbezieher z.B. bei erforderlichem Wohnungswechsel, bei Zwangsräumung und Trennung oder sozialen Notfällen in den Bereichen des Jobcenters, des Sozialamtes und des Jugendamtes. Die Anzahl der bei Gericht beantragten Zwangsräumungen belief sich im Jahr auf hier registrierte 73 Fälle. Die Problematik befindet sich weiter im Ansteigen.

Ein Schwerpunkt der Tätigkeiten bestand in der Erhebung von aktuellen Daten zum Angebot an angemessenem und freiem Wohnraum im Kreisgebiet. Weiterhin wurden regelmäßig die aktuellen Preise für alle Brennstoffe ermittelt.

Die Beratung erfolgte in persönlichen Gesprächen oder durch telefonische Auskünfte, insbesondere für Personengruppen, die die Absicht haben, in den Landkreis zu ziehen oder bei allgemeinem Informationsbedarf.

Im Jahr wurden insgesamt 248 Beratungsgespräche durchgeführt. Die Stellen Koko sind zum Jahresende ausgelaufen.

- *Zusammenarbeit mit anderen Ämtern*

Die über mehrere Jahre aufgebaute Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Schulamt Wünsdorf wurde weitergeführt und erweitert. Es finden regelmäßige Arbeitsgespräche und Beratungen statt.

Gemeinsam mit dem Schulverwaltungsamt konnten haushaltsverträgliche Lösungen für einige Schüler, für die eine Schülerbeförderung notwendig war, gefunden werden.

Die Fortsetzung der guten Zusammenarbeit zwischen den Ämtern ist auch zukünftig insbesondere für die Umsetzung der Inklusion in den Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen von besonderer Bedeutung.

- *Widerspruchs- und Klageverfahren*

Im Sozialamt sind im Jahr 417 Widersprüche und 99 Klagen neu eingegangen. Von den Klagen sind 62 dem Sachgebiet Sonstige soziale Leistungen und 37 dem Sachgebiet Sozialhilfe und Betreuungsangelegenheiten zuzuordnen. Darunter befanden sich 22 Eilverfahren und 8 Verfahren in der 2. Instanz. Im Jahr 2011 waren im Vergleich dazu insgesamt 449 Widerspruchs- und 85 Klageverfahren im Amt zu führen. Hierbei ist festzustellen, dass die Antragsteller und Hilfeempfänger, aber auch die Leistungsträger, immer häufiger von ihrem Recht Gebrauch machen, die Verwaltungsentscheidung gerichtlich überprüfen zu lassen.

Gesundheitsamt

1. Sachgebiet Amtsärztlicher und sozialmedizinischer Dienst

Im Berichtsjahr wurden 261 amtsärztliche Gutachten und Zeugnisse erstellt. Dabei dominieren Gutachten auf der Grundlage des Beamtenrechts und Gutachten für Sozialleistungsträger.

Im Bereich des Impfwesens wurden 387 Impfberatungen und 930 Impfungen durchgeführt sowie 58 Internationale Impfausweise ausgestellt. Bei den Standard- und Auffrischungsimpfungen wurde am häufigsten die Influenza-Schutzimpfung (215), die 3-fach Kombinationsimpfung gegen Tetanus, Diphtherie und Pertussis (130) und die 4-fach Kombinationsimpfung gegen Tetanus, Diphtherie, Poliomyelitis und Pertussis (52) verabreicht.

Bei den Reiseimpfungen standen die Hepatitis A-Schutzimpfungen (65) und die kombinierte Hepatitis A- und B-Schutzimpfung (75) an erster Stelle. Im Jahr wurden 53 Gelbfieberimpfungen durchgeführt.

Der Zugang von Migranten zu Gesundheitsangeboten ist aufgrund sprachlicher und kultureller Barrieren sowie Informationsdefiziten deutlich erschwert. Ziel des Öffentlichen Gesundheitsdienstes ist es, durch fachliche Beratung und Aufklärung auf gesunde und gesundheitsfördernde Lebensverhältnisse und gleiche Gesundheitschancen für alle Bevölkerungsgruppen hinzuwirken.

Die im Jahr 2009 begonnene Kooperation zwischen dem ASB-Übergangwohnheim in Luckenwalde und dem Gesundheitsamt wurde fortgesetzt. Diese umfasst neben der

Impfberatung und dem Angebot zur Durchführung von öffentlich empfohlenen Impfungen auch eine sozialpsychiatrische Sprechstunde im Asylbewerberheim. Die Impfberatungen erfolgten sowohl im Übergangwohnheim als auch im Amt. Dabei wurden 86 volljährige Personen (ca. 50 % der Heimbewohner) zu Schutzimpfungen beraten und 59 Personen geimpft. Die Anzahl der Schutzimpfungen betrug 85. Es wurden 28 Impfausweise ausgestellt. Am häufigsten wurden die öffentlich empfohlenen Schutzimpfungen gegen Tetanus, Diphtherie, Kinderlähmung und Keuchhusten sowie die saisonale Influenza verabreicht. Die Eltern von im Heim lebenden Kindern wurden beraten, ihre Kinder einem Kinderarzt vorzustellen, damit die entsprechenden Früherkennungsuntersuchungen (sogenannte U-Untersuchungen) einschließlich der empfohlenen Schutzimpfungen zeitnah durchgeführt werden. Das Angebot zur Impfberatung und Schutzimpfung wurde gut von den Migranten angenommen.

In der sozialmedizinischen Beratungsstelle wurde die Beratungstätigkeit kontinuierlich fortgesetzt.

330 Beratungen und 52 Hausbesuche erfolgten bei Menschen mit Behinderung oder mit chronischen Krankheiten. Themen in der sozialmedizinischen Beratung sind u.a. die Unterstützung bei der Antragstellung von Schwerbehindertenausweisen oder bei Änderungsanträgen, bei der Formulierung von Widersprüchen, bei Anträgen auf Rehabilitation und Erwerbsminderung, Beratung zu Angelegenheiten des Behindertenrechts, soziale Transferleistungen (Rente, Arbeitslosengeld I und II, Krankengeld, Grundsicherung) oder die Vermittlung an andere spezialisierte Beratungsstellen und Behörden.

Im Pflegestützpunkt Luckenwalde, in dem Pflege- und Sozialberatung für alle Bürger des Landkreises angeboten wird, erfolgten 529 Beratungen (2011 - 498 Beratungen). Im Berichtszeitraum wurden 18 Hausbesuche durchgeführt. Insgesamt wurden in der Pflege- und Sozialberatung 1.778 Kontakte gezählt. Im Vergleich zu 2011 ist hier ein deutlicher Anstieg zu erkennen.

- *Psychiatriekoordination*

- *Psychiatrieplanung*

Im Jahr wurde mit der Psychiatrieplanung für den Landkreis als Bestandteil der Sozialplanung begonnen. Die letzte Psychiatrieplanung wurde im Jahr 2000 durch den Kreistag beschlossen.

Ein speziell erarbeiteter Fragebogen zur Erfassung der Klienten- und Versorgungsstrukturen der Einrichtungen wurde erstellt und an die jeweiligen Einrichtungen geschickt. Die Rücklaufquote der Fragebögen betrug 100 %. 19 vorwiegend stationäre Einrichtungen wurden inzwischen besucht.

- Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft (PSAG) des Landkreises Teltow-Fläming
Die Arbeitskreise Sucht und Erwachsenenpsychiatrie der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft beschäftigten sich unter anderem mit den folgenden Themen:

- Erfahrungen des Sozialpsychiatrischen Dienstes in der Beratung von älteren psychisch kranken Menschen
- Ambulante Psychiatrische Hauskrankenpflege – neue Möglichkeiten der ambulanten Versorgung psychisch kranker pflegebedürftiger Menschen
- Pflege neu ausgerichtetes Gesetz
- Arbeits- bzw. Beschäftigungsmaßnahmen für Suchtkranke

Beim vom Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft und der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming gemeinsam veranstalteten Regionaldialog im Februar wurden fachliche Perspektiven und neue Ansatzpunkte zur Gestaltung der Folgen des demografischen Wandels diskutiert. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die medizinische und pflegerische Versorgung als besonders wichtiger Bereich der Daseinsvorsorge.

- Fachtagung „Sucht und psychische Störungen“

Am 30. Mai fand die Fachtagung zum Thema „Sucht und psychische Störungen“ im Kreistagssaal statt. Im Rahmen der Zusammenarbeit von Fallmanagern des Jobcenters Teltow-Fläming mit den Mitarbeitern des Gesundheitsamtes nach § 16a SGB II wurde das Problem thematisiert, dass es für die Mitarbeiter des Jobcenters oftmals eine Herausforderung ist, Vermittlungshemmnisse bei Klienten und Begleiterscheinungen von Suchterkrankungen und psychischen Erkrankungen in der täglichen Arbeit zu erkennen und die Möglichkeiten von Ansätzen zur Beseitigung der Hemmnisse aufzuzeigen.

Dazu bot der Sozialpsychiatrische Dienst in Zusammenarbeit mit der Psychiatriekoordinatorin eine Fachtagung zum Thema „Sucht und psychische Störungen“ für die Mitarbeiter des Jobcenters an. An der Fachtagung beteiligten sich 190 Fallmanager, Außendienstmitarbeiter und Arbeitsvermittler des Jobcenters Luckenwalde und Zossen. Die Mitarbeiter des Jobcenters wurden zu folgenden Themen geschult:

- Psychische Störungen – Die häufigsten Krankheitsbilder
- Was ist Sucht und Suchtmittelmissbrauch?
- Informationen zum Rückfall
- Motivierende Gesprächsführung
- Möglichkeiten zur Therapie und Rehabilitation
- Einrichtungen der Suchthilfe

- Gesundheitsberichterstattung

Es wurde ein Wegweiser für „Selbsthilfegruppen im Landkreis Teltow-Fläming“ mit einem Umfang von 94 Seiten erarbeitet und gedruckt. Dieser Wegweiser soll Betroffene und Angehörige aber auch an der medizinischen Versorgung beteiligte Fachkräfte über die Angebote der Selbsthilfe im Landkreis informieren. Dieser Wegweiser wurde den Betroffenen und interessierten Einrichtungen kostenfrei zur Verfügung gestellt.

Um über die aktuelle gesundheitliche Situation der Einwohner des Landkreises zu informieren, wurde nach umfangreichem Sammeln und Auswerten von Daten und Fakten, die zum größten Teil durch das Gesundheitsamt erhoben wurden, wieder ein „Gesundheitsbericht“ erstellt. Der Berichtszeitraum umfasst das Jahr 2011. Der Bericht besteht aus einem Teil I mit Analysen und teilweise Bewertungen und einem Teil II, der eine Dokumentation der statistischen Gesundheitsdaten enthält. Anschauliche Diagramme und viele Tabellen erlauben Kommunalpolitikern, Ärzten, Fachleuten, Verwaltungsmitarbeitern und interessierten Bürgern einen raschen und informativen Überblick, unter anderem zu demografischen und epidemiologischen Daten und Fakten sowie zur ambulanten und stationären medizinischen Versorgung im Landkreis. Der Gesundheitsbericht ist auf der Internetseite des Landkreises zu finden.

- Gesundheitsförderung

Daten zu HIV und AIDS

Aktuellen Informationen des Robert Koch-Institutes zufolge leben in Deutschland derzeit ca. 78.000 Menschen mit HIV/AIDS. Im Land Brandenburg lebten Ende 2012 ca. 780 Menschen mit HIV/AIDS. Etwa 100 Menschen haben sich innerhalb des Jahres 2012 neu angesteckt.

Regionale Daten zur Häufigkeit von HIV-Infektionen und AIDS werden nicht erhoben. Das bedeutet, dass keine Angaben zur Häufigkeit von HIV/AIDS im Landkreis vorliegen.

Die häufigsten HIV-Übertragungen finden nach wie vor auf sexuellem Wege statt. Dem schließen sich, mit einem gewissen Abstand, Infektionen in Folge von Drogengebrauch an. In beiden Fällen kann Präventionsarbeit einen wichtigen Beitrag leisten, aufzuklären und somit die Verbreitung der Infektionserkrankung zu verhindern.

Die am stärksten betroffene Gruppe bei den HIV-Infektionen sind Männer, die mit Männern sexuelle Kontakte pflegen.

RKI-Schätzung HIV/Aids in Brandenburg

	Menschen, die mit HIV/Aids leben	Neuinfektionen			Infektionsweg bei Neuinfektion			in antiretrov. Therapie
		Gesamt	Männer	Frauen	MSM	Hetero	i. v. m. Drogengebrauch	
2009	320	35	30	5	26	9	keine Meldung	keine Angabe
2010	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe
2011	550	50	40	10	35	15	unter 5	250
2012	780	100	80	20	70	30	unter 10	310

Prävention von HIV/AIDS auf kommunaler Ebene

Die Präventionsarbeit zur Verhinderung oder Vorbeugung von HIV-Infektionen und AIDS-Erkrankungen sowie weiteren sexuell übertragbare Erkrankungen (z. B. Tripper, Syphilis) wurden im gesamten Landkreis fortgeführt. Das dabei angewendete Präventionsinstrument ist der Mitmachparcours der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) zu Aids, Liebe und Sexualität für Jugendliche ab dem 14. Lebensjahr.

Die Hauptzielgruppe der kommunalen HIV/AIDS-Präventionsarbeit sind die Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Der Arbeitskreis HIV/AIDS-Prävention der Arbeitsgemeinschaft Gesundheitsförderung des Landkreises plant und führt deshalb die Präventionsveranstaltungen vorwiegend in Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen durch. Mitglieder des Arbeitskreises sind Vertreter von pro familia, der AWO, des DRK, des Evangelischen Jugendwerkes TF, des Jugendamtes und des Gesundheitsamtes.

Im Berichtsjahr fanden mehrere Veranstaltungen und Aktionen zur HIV/AIDS- Prävention sowie zur Vermeidung der Übertragung von sexuell übertragbaren Erkrankungen statt:

- Veranstaltungen zur HIV/AIDS-Prävention und Prävention von sexuell übertragbaren Erkrankungen (STI) in Oberschulen, Gesamtschulen, Gymnasien, Oberstufenzentren, Förderschulen - erreicht wurden 523 Schüler
- Aktion zum Weltaidstag am Oberstufenzentrum Luckenwalde, 142 Jugendliche erreicht
- 25. November - Durchführung der JugendFilmTage im Kreishaus mit 427 überwiegend jugendlichen Besuchern
- Beteiligung an der landesweiten „Lümmeltütenaktion“ - 1.296 Schülerinnen und Schüler der 10. Klassen aller Schulen im Landkreis erhielten Aufklärungs- und Informations-material zum Thema

2. Sachgebiet Hygiene/Umweltmedizin

- *Pertussis (Keuchhusten)-Erkrankungen*

Einen wirksamen (wenn auch nicht hundertprozentigen) Schutz vor Keuchhusten bieten Schutzimpfungen. Im Jahr wurden im Landkreis insgesamt 127 Pertussis-Fälle registriert (zum Vergleich: 85 Fälle im Jahr 2011). Das Gesundheitsamt berät Kontaktpersonen zu der Krankheit und den erforderlichen Präventionsmaßnahmen und kontrolliert den Pertussis-Impfschutz. Bei ungenügendem oder fehlendem Impfschutz können entsprechende Impfungen beim Hausarzt oder auch im Gesundheitsamt durchgeführt werden.

Unknown Format

- *Eichenprozessionsspinner-Raupenplage*

Im Jahr 2012 sind im Gesundheitsamt insgesamt ca. 55 Meldungen und Beschwerden im Zusammenhang mit Eichenprozessionsspinner (EPS) -Raupen eingegangen. In ca. 50 % der Fälle gaben die Beschwerdeführer an, nach einem EPS-Kontakt sei ein juckender Hautausschlag aufgetreten. In ca. 50 % wurden EPS-Raupen lediglich gesichtet, ohne dass jedoch klinische Symptome (juckender Hautausschlag) aufgetreten waren. Schwere EPS-assoziierte klinische Beschwerden (wie z. B. schwere Asthmaanfälle, Schock oder Todesfälle) wurden nicht gemeldet.

- *Trinkwasser-Hausinstallationen*

Mit der 2011 in Kraft getretenen und seitdem mehrfach novellierten Trinkwasserverordnung (TWVO) verpflichtet der Gesetzgeber Betreiber großer Warmwasserbereitungsanlagen, diese regelmäßig auf Legionellen zu untersuchen. Die Untersuchung des Trinkwassers auf Legionellen muss in den betroffenen Gebäuden erstmalig bis zum 31. Dezember 2013 durchgeführt werden.

Sah die am 1. November 2011 in Kraft getretene "Erste Verordnung zur Änderung der Trinkwasserverordnung" noch eine Anzeigepflicht aller Bestandsanlagen vor, so müssen nun nach der verabschiedeten Änderungsverordnung vom 5. Dezember 2012 die Eigentümer von gewerblichen Trinkwassererwärmungsanlagen dem Gesundheitsamt nur dann Meldung erstatten, wenn die Untersuchung zeigt, dass Grenzwerte überschritten werden.

Angaben zu den gewerblichen Trinkwassererwärmungsanlagen (TWEA) und den Untersuchungsbefunden im Landkreis Teltow-Fläming (Stand: 31.12.2012)

Anzahl der Unternehmer bzw. sonstigen Inhaber	107
Anzahl der dem Gesundheitsamt angezeigten TWEA	761
Anzahl der bislang auf Legionellen untersuchten TWEA	227
Gesamtzahl der Analysen	1109
davon beanstandet	18
höchste bislang gemessene Legionellen-Konzentration	3.200 KBE */100 ml

* KBE = Koloniebildende Einheiten

Gemäß Trinkwasserverordnung beträgt der technische Maßnahmewert für eine tolerierbare Legionellenkonzentration 100 KBE pro 100 ml Wasser. Bei Überschreitung des technischen Maßnahmewertes haben die Unternehmer in Absprache mit dem Gesundheitsamt sofort Maßnahmen eingeleitet, die zum Schutz der Gesundheit der Verbraucher erforderlich sind. In jedem Fall wurden die betroffenen Nutzer über das Ergebnis der Trinkwasseruntersuchung informiert.

Hinsichtlich der hygienischen Bewertung lag bei keinem der beanstandeten Prüfberichte eine akute Gesundheitsgefahr vor. Von einer akuten Gesundheitsgefahr wird erst bei Überschreitung einer Konzentration von mehr als 10.000 Koloniebildenden Einheiten pro 100 ml Wasser ausgegangen. Allerdings ist dann ein erhöhter Handlungsbedarf zur Überprüfung der Anlage angezeigt.

3. Sachgebiet Zahnärztlicher Dienst

Hauptaufgabe des Zahnärztlichen Dienstes ist die Förderung der Zahn- und Mundgesundheit aller Kinder und Jugendlichen im Landkreis. Eine Schlüsselstellung haben dabei die Früherkennungsuntersuchungen und die präventiven Maßnahmen. Durch das aktive Herantragen präventiver Leistungen wird es möglich, typische sozialspezifische Unterschiede in der Inanspruchnahme auszugleichen.

Im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen zahnärztlichen Vorsorgeuntersuchungen wurden im Schuljahr 2010/11 im Landkreis 10.954 Kinder und Jugendliche im Alter von 0 bis 16 Jahren und 27 ältere geistig und körperlich behinderte Menschen untersucht.

Die Ergebnisse der zahnärztlichen Reihenuntersuchungen der Kinder im Alter von zwei bis sechs Jahren zeigen, bezogen auf diese Altersgruppe, folgende Entwicklung:

Unknown Format

Abbildung: Entwicklung Gebiss-Status bei 2- bis 6-jährigen Kita-Kindern vom Schuljahr 2000/2001 bis 2010/2011

72 % der Kita-Kinder weisen naturgesunde Gebisse auf. Dieser Wert steigt gering, aber seit 2002 stetig an. Dieses Ergebnis ist auch ein Erfolg der Prophylaxearbeit des Zahnärztlichen Dienstes. Denn die Kinder dieser Altersgruppe kommen noch nicht in den Genuss von Prophylaxemaßnahmen in der Zahnarztpraxis.

Die Sanierungsleistung in dieser Altersgruppe hat sich von 2000/2001 mit 42,6 % zu 2011/12 deutlich verbessert (siehe Abbildung). Damit gibt es immer noch deutlich mehr behandlungsbedürftige als sanierte Kindergebisse. Das ist von großer Bedeutung, da erkrankte Zähne sowohl aus kieferorthopädischer Sicht problematisch sind, als auch hinsichtlich der Prävention.

Auch in der Altersgruppe der 12-Jährigen hat sich der Trend des Kariesrückganges über die Jahre kontinuierlich fortgesetzt.

Gruppenprophylaktisch wurden im Berichtszeitraum 9.517 Kinder und Jugendliche in Kindergärten und Schulen sowie geistig behinderte Menschen in Heimen betreut. Diese aufsuchende Betreuung umfasst neben Maßnahmen zur Verbesserung des Mundhygieneverhaltens und der Zahnschmelzhärtung mittels lokaler Fluoridierung (die zu einer 30 bis 60%igen Kariesreduktion führt) auch Ernährungsberatung, Motivation zum regelmäßigen Zahnarztbesuch sowie die Durchführung von Multiplikatorenschulungen und Elternabenden.

Einen 2. Prophylaxe-Impuls erhielten 1.569 Kinder und Jugendliche mit einem erhöhten Kariesrisiko.

4. Sachgebiet Sozialpsychiatrischer Dienst

Der Sozialpsychiatrische Dienst des Gesundheitsamtes Landkreises (SpD) leistet entsprechend den geltenden gesetzlichen Bestimmungen des BbgGDG und des

BbgPsychKG Hilfe für psychisch kranke oder seelisch behinderte Menschen sowie für Menschen mit Suchterkrankungen.

Im Landkreis arbeitet der SpD gemeindenah und personenzentriert an den Standorten Luckenwalde, Ludwigsfelde, Jüterbog und Zossen, wobei auch Hausbesuche angeboten werden. Menschen mit psychischen Erkrankungen, Suchtproblemen und psychosozialen Notlagen finden so stabile Beratungs- und Betreuungsangebote vor. Anzumerken ist, dass im SpD die Stelle des Facharztes für Psychiatrie seit drei Jahren vakant ist.

Der SpD erbringt gemäß Kreistagsbeschluss auch kommunale Eingliederungsleistungen in Form von Beratungen und Hilfevermittlung für das Jobcenter Teltow-Fläming entsprechend § 16a SGB II.

Seit 2009 zeigt sich ein annähernd gleichbleibender Bedarf, erwerbsfähige Leistungsberechtigte mit sogenannten Vermittlungshemmnissen in eine psychosoziale Beratung oder aber zur Suchtberatung zu vermitteln. Dies scheint sich nach der Auswertung der Daten, die dem SpD im Jahr 2012 zur Verfügung standen, verändert zu haben.

Entsprechend den Angaben der Bundesagentur für Arbeit hat sich der Anteil an Langzeitarbeitslosen in den letzten fünf Jahren halbiert. Dennoch bleiben Menschen mit ungenügender beruflicher Qualifizierung, individuellen Problemlagen und ältere Arbeitslose zurück.

Im Rahmen von Beratung und Begleitung dieser Personengruppe machten die Mitarbeiter des SpD bisher die Erfahrung, dass Langzeitarbeitslosigkeit in Verbindung mit psychischen Erkrankungen und/oder Suchterkrankungen eine Arbeitsmarktintegration erheblich erschwert und diese Personengruppe einen erhöhten individuellen Bedarf an Betreuung und Aktivierung zeigt. Neben den bestehenden Anzeichen für verschiedene Formen von Gesundheitsstörungen im körperlichen und seelischen Bereich, wiesen die vom SpD betreuten Personen häufig gravierende Störungen im sozialen Bereich auf.

Aufgrund dieser Erfahrungswerte und gestützt auf die Beratungsergebnisse der Arbeitsgruppe, bestehend aus Mitarbeitern des Jobcenters, des Gesundheitsamtes und des Sozial- und Jugendamtes, die sich regelmäßig zu Fragen der kommunalen Eingliederung von erwerbsfähigen Hilfeempfängern berät, initiierten der SpD und die Psychiatriekoordinatorin einen Fachtag für das Jobcenter Teltow-Fläming. Die Themen beinhalteten die Vorstellung von Anzeichen und Ausprägungen psychischer Störungen, Informationen zu Suchterkrankungen und Techniken der Gesprächsführung. Ziel dieser Veranstaltung war es, die Mitarbeiter des Jobcenters umfangreich zu informieren und in Bezug auf Problemlagen und Verhaltensweisen psychisch kranker und suchtkranker Menschen weiter zu sensibilisieren.

Zahlen und Fakten

Im Jahr wurden insgesamt 109 Leistungsempfänger mit psychosozialen Problemen und mit Suchtproblemen vom Jobcenter Teltow-Fläming an den Sozialpsychiatrischen Dienst vermittelt.

In der Region Zossen hatten 21 Leistungsberechtigte Sucht- und Missbrauchsprobleme. 18 Personen wurden aufgrund von psychosozialen Problemlagen an den Sozialpsychiatrischen Dienst vermittelt. Das Jobcenter Luckenwalde hingegen vermittelte 39 Menschen an die Suchtberatung und 34 Personen zur psychosozialen Beratung.



- *Suchtberatung*

Insgesamt wurden 50 Leistungsempfänger mit einem missbräuchlichen bzw. süchtigen Gebrauch von Alkohol und Drogen 348 Mal durch den Sozialpsychiatrischen Dienst beraten und 3 Mal im Rahmen eines Hausbesuchs kontaktiert (2011: 85 Personen, 480 Einzelgespräche, 30 Hausbesuche).

- *Psychosoziale Beratung*

52 erwerbsfähige Hilfebedürftige mit psychosozialen Problemlagen nahmen 216 Mal ein qualifiziertes Beratungsgespräch in Anspruch und wurden 13 Mal in ihrer Häuslichkeit aufgesucht (2011: 78 Personen 252 Einzelgespräche, 30 Hausbesuche).

- *Zusammenfassung*

Insgesamt gab es im Jahr einen Rückgang in Bezug auf die Anzahl der Vermittlungen des Jobcenters Teltow-Fläming von erwerbsfähigen Leistungsempfängern mit Suchtproblemen und/oder psychosozialen Problemlagen.

Setzt man jedoch die Anzahl der Kontakte mit der Personenzahl in Beziehung so wird der erhöhte Bedarf an individueller Betreuung sichtbar, den erwerbsfähige Leistungsberechtigte mit Vermittlungshemmnissen in Bezug auf die Bearbeitung und Klärung ihrer oft vielschichtigen Problemlagen haben.

Dezernat III

Ordnungsamt

1. Sachgebiet Allgemeine Sicherheit und Ordnung

- *Aufgaben im Rahmen der Fachaufsicht über die örtlichen
O r d n u n g s b e h ö r d e n
und als Kreisordnungsbehörde*

Schwerpunkt der Arbeit als Fachaufsichtsbehörde über die örtlichen Ordnungsbehörden des Landkreises bildet nach wie vor die Anleitung und Unterstützung dieser Behörden unter Einbeziehung der Fachämter des Hauses.

25 Fach- und Dienstaufsichtsbeschwerden über die Arbeitsweise einiger örtlicher Ordnungsbehörden, die durch Bürger an uns herangetragen wurden, waren teilweise auch vor Ort zu prüfen und wurden mit den Ordnungsamtsleitern ausgewertet.

6 Widerspruchsverfahren gegen Verfügungen der Städte und Gemeinden wurden abschließend bearbeitet. Das Staatliche Schulamt Wünsdorf beantragte in diesem Jahr die Durchführung von 31 Ordnungswidrigkeitenverfahren wegen Schulpflichtverletzungen. Davon wurden unter Einbeziehung des Jugendamtes 21 Verfahren mit Bußgeldbescheid abgeschlossen, ein Verfahren ist noch in Bearbeitung, sechs Verfahren wurden eingestellt und drei wurden wegen Unzuständigkeit an das Staatliche Schulamt zurückgewiesen.

426 Bußgeldverfahren nach dem SGB XI wegen Verstößen gegen die Pflegepflichtversicherung wurden durchgeführt.

Weitere Arbeitsaufgaben:

165 Stellungnahmen wurden insgesamt bearbeitet, davon

- 114 nach Baugesetzbuch (BauGB)
- 36 nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)
- 1 für die Gewährung von Zuwendungen für die Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung (ILE)
- 4 nach dem Flurbereinigungsgesetz (FlurbG)
- 3 nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG)

- 1 nach dem Wasserhaushaltsgesetz (WHG)
- 2 nach dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (Krw/AbfG)
- 4 nach dem Telekommunikationsgesetz (TKG)

- *Gräberangelegenheiten*

Der Bund stellte erneut Pauschalgeber in Höhe von 145.600 € für die Pflege und Instandsetzung der Kriegsgräber, die sich im Landkreis befinden, zur Verfügung.

Die Instandsetzung der russischen Kriegsgräberanlage auf dem Luckenwalder Waldfriedhof wurde abgeschlossen. Die Stadt Luckenwalde wurde bei der erforderlichen Namensrecherche unterstützt.

Des Weiteren sind 32 Stellungnahmen zu Bauvorhaben erfolgt, wenn diese im Bereich der Kriegsstättenverordnung des Landkreises vorgenommen werden sollten.

Die Zusammenarbeit mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V., insbesondere bei Umbettungsmaßnahmen, wurde erfolgreich weitergeführt.

- *Bestattungswesen*

Im Bereich des Bestattungsrechts sind zwei Widerspruchsverfahren geführt worden. Begehr der Widerspruchsführer und Bestattungspflichtigen war die Aufhebung des Leistungsbescheids der Kommune auf Erstattung der Bestattungskosten.

- *Untere Jagdbehörde*

Im Landkreis sind aktuell 790 aktive Jagdscheininhaber, davon 10 Ausländer mit Tagesjagdscheinen, registriert. Insgesamt gibt es derzeit im Kreisgebiet 264 Jagdbezirke, davon 174 gemeinschaftliche Jagdbezirke, 69 Eigenjagdbezirke und 21 Verwaltungsjagdbezirke.

Es bestehen drei Hegegemeinschaften für Rotwild, zwei Hegegemeinschaften für Damwild sowie eine Hegegemeinschaft für Muffelwild und Damwild.

Es wurden 264 Abschusspläne bearbeitet und bestätigt bzw. festgesetzt. In den Hegegemeinschaften erhielt die Schalenwildbewirtschaftung mit Gruppenabschussplänen Förderung und Unterstützung. Alle Hegeschauen der Hegegemeinschaften wurden als Pflichttrophäenschauen anerkannt.

Die Zusammenarbeit mit dem Jagdberater, dem Jagdbeirat und dem Kreisjagdverband konnte erfolgreich weitergeführt werden, wobei insbesondere die Auswertung der Wildbewirtschaftung, die Höhe der Wildbestände, der Jagdstrecken und der Wildschäden im Vordergrund stand.

Im Februar erfolgte eine Schulung der Jagdvorstände zur Verwaltung der Jagdgenossenschaften.

Weitere Arbeitsaufgaben:

- Erteilung von drei Ausnahmegenehmigungen für die Bejagung in befriedeten Bezirken
- Durchführung von Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen Verstößen gegen jagdrechtliche Bestimmungen
- Zulassung von zwei Eigenjagdbezirken durch Minderung der Mindestfläche für einen Eigenjagdbezirk und eine (wesentliche aufwändigere) Ablehnung des Antrages und Gestaltung der Jagdbezirksgrenzen durch Abrundungen, die eine ordnungsgemäße und sichere Bejagung zulassen

- *Untere Fischereibehörde*

An Fischer und Angler konnten im Jahr 314 Fischereischeine als unbefristete Genehmigungen zur Ausübung des Fischfangs mit Angelgeräten ausgestellt werden. Derzeit gibt es damit im Landkreis 4618 Fischereischeininhaber.

Es fand insgesamt eine Anglerprüfung durch die Untere Fischereibehörde mit insgesamt 27 Prüflingen statt, wovon vier Anwärter die Prüfung nicht bestanden haben. Neunzehn Anglerprüfungen fanden im Landkreis durch benannte Personen des Landesanglerverbandes Brandenburg e. V. mit insgesamt 223 Prüflingen statt, wovon lediglich ein Anwärter die Prüfung nicht bestanden hat. Damit haben insgesamt 250 Bürger im Landkreis die Voraussetzung für die Erteilung eines Fischereischeins erworben.

Im Landkreis gibt es 52 ehrenamtliche Fischereiaufseher. Im Jahr 2012 sind davon 8 Fischereiaufseher neu berufen worden. Die Fischereiaufseher werden jährlich geschult. An den Schulungen nahmen im Berichtszeitraum 29 Fischereiaufseher teil.

Die Zusammenarbeit mit den Kreisanglerverbänden Zossen e. V. und Luckenwalde e. V. wurde gepflegt. Besonders hervorzuheben sind die durch die Kreisanglerverbände organisierten und mit einigen Fischereiaufsehern an den Vereinsgewässern des Landesanglerverbandes Brandenburg e.V. im Landkreis erfolgreich durchgeführten Komplexkontrollen.

Die Zusammenarbeit mit dem Fischereiberater und dem Fischereibeirat wurde erfolgreich fortgesetzt.

Im November tagte der Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt in den Räumlichkeiten des Kreisanglerverbandes Zossen e. V. (KAV) am Kiessee in Rangsdorf. Der KAV stellte hier im Rahmen der jährlichen Berichterstattung der UJB/UFB über das vergangene Jagd- und Fischereijahr die erfolgreiche Jugendarbeit im KAV vor.

Weitere Arbeitsaufgaben:

- Ausstellung von Fischereiabgabemarken mit Nachweiskarten, Ausstellung von 31 Jugendfischereischeinen
- Bearbeitung von 17 Bußgeldverfahren wegen Verstößen gegen das Fischereigesetz
- Aussprechen von 9 Verwarnungen vor Ort durch Fischereiaufseher
- Genehmigung von 62 Veranstaltungen zum Gemeinschaftsfischen
- Erarbeitung von Stellungnahmen, u. a. zu Gewässerunterhaltungsplänen der Boden- und Wasserverbände, zu Flora-Fauna-Habitat- und Naturschutzgebieten und zu Veränderungen von wasserbaulichen Anlagen bzw. deren Rückbau (Brücken, Wehre)

• *Gewerbeangelegenheiten*

Im Rahmen der Fachaufsicht wurden in den einzelnen Kommunen Vorortkontrollen zur Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften oder Beratungen zu speziellen Problematiken durchgeführt.

Für zahlreiche Entwürfe zu Gesetzesänderungen waren Hinweise, Änderungswünsche und Stellungnahmen erforderlich. Daher fand die jährliche Arbeitsberatung mit den Mitarbeitern für gewerberechtliche Angelegenheiten der örtlichen Ordnungsbehörden erst im Oktober statt, um die Beschlüsse der Gesetzesänderungen abzuwarten. So sind u.a. zur Stärkung des Anlegerschutzes die Anforderungen für den Vertrieb von Finanzanlagen erhöht worden. Hier galt es, die örtlichen Ordnungsbehörden über die gewerberechtlichen Änderungen zu informieren, ihnen die dazu erlassenen Verordnungen zu erläutern und auf die Verwaltungsvorschriften hinzuweisen. Hierbei wurde die IHK Potsdam mit ihrem Regionalcenter in Luckenwalde mit einbezogen.

Mit Inkrafttreten des Glücksspielstaatsvertrages zum 1. Juli 2012 ist das Brandenburgische Spielhallengesetz noch nicht in Kraft getreten. Das bedeutet für die örtlichen Ordnungsbehörden erschwerten Handlungsbedarf, da die für Spielhallen in Kraft getretenen Änderungen wie Werbung und Sperrzeiten bereits gelten, aber eine neue Spielhallenerlaubnis noch nicht erteilt werden kann.

Durch die Städte und Gemeinden des Landkreises werden zunehmend ordnungsbehördliche Verordnungen zur Freigabe von Sonn- und Feiertagsöffnungen nach dem Brandenburgischen Ladenöffnungsgesetz (BbgLÖG) erlassen. So wurden in

den Verordnungen auch die Tage des 112. Deutschen Wandertages, der in der Flämingregion stattfand, berücksichtigt. Drei Anträge zu erweiterten Öffnungszeiten im öffentlichen Interesse gemäß § 9 BbgLÖG wurden positiv entschieden.

Problematisch stellt sich dar, dass größere Handelsfilialen nicht an den Terminen der Kommunen interessiert sind, sondern sich an den Öffnungsterminen von Berlin orientieren, aber hier die notwendigen Voraussetzungen für eine Sonntagsöffnung nicht geschaffen werden.

Eine gewerbliche Ausstellung wurde im Jahr 2012 genehmigt.

Nach der Landesschiffahrtsverordnung wurde die Genehmigung zur Durchführung einer Segelregatta auf dem Mellensee erteilt.

- *Bekämpfung der Schwarzarbeit*

Im Jahr wurden 123 Kontrollen mit dem Ziel der Verfolgung und Ahndung von Schwarzarbeit und illegaler Gewerbe- und Handwerksausübung durchgeführt.

Hier arbeitete die Kreisordnungsbehörde eng mit anderen Behörden und Körperschaften öffentlichen Rechts, wie den Hauptzollämtern, der Bauberufsgenossenschaft Hannover, dem Finanzamt, dem Landesamt für Arbeitsschutz mit Sitz in Cottbus, der Kreishandwerkerschaft Teltow-Fläming, den Handwerkskammern und nicht zuletzt den Kreisordnungsbehörden anderer Landkreise zusammen.

Die jährlich stattfindende Koordinierungsgruppe zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Gewerbe- und Handwerksausübung fand am 26. September unter Leitung der Kreisordnungsbehörde des Landkreises in den Räumlichkeiten des Hauptzollamtes Potsdam statt. Neben der Berichterstattung zum Stand der Schwarzarbeitsbekämpfung gab es dort auch Informationen der Handwerkskammer Potsdam sowie einen Erfahrungsaustausch.

Der Trend, dass immer weniger Verstöße festgestellt werden konnten, setzt sich weiter fort. Hierfür dürfte die derzeit gute konjunkturelle Situation im Baugewerbe hauptverantwortlich sein.

- *Schornsteinfegerangelegenheiten*

Auch in diesem Jahr bildeten die Verfahren zur Beitreibung rückständiger Schornsteinfegergebühren den Schwerpunkt der Sachbearbeitung. Das Gesetz zur Neuregelung des Schornsteinfegerwesens hat zu einer neuen Qualität in der Bearbeitung und Durchsetzung der Kehr- und Überprüfungsarbeiten geführt. Der in diesem Verfahren zu erstellende Feuerstättenbescheid bildet hier die Grundlage für das weitere Verwaltungshandeln in Form des Zweitbescheides und der Ersatzvornahme. Ordnungswidrigkeiten nach dem Schornsteinfeger-Handwerksgesetz wurden verfolgt und mit einer Geldbuße geahndet.

Die Aufsicht über die Bezirksschornsteinfegermeister (BSM) wurde kompetent ausgeübt. So erfolgte in Anlehnung an die Kehrbuchrichtlinie vom 8. Juli 2011 die Überprüfung von vier ausgewählten Kehrbüchern der BSM. Eine entsprechende Auswertung wurde dazu in persönlichen Gesprächen vorgenommen. Das Ausscheiden eines BSM machte die Neubesetzung eines Kehrbezirkes ab 1. Oktober erforderlich. Die Zusammenarbeit mit der Innung des Schornsteinfegerhandwerks und mit dem Kreismeister wurde erfolgreich weitergeführt.

- *Versicherungsbehörde*

Im Jahr haben 729 Bürger und Bürgerinnen die Versicherungsbehörde aufgesucht und es wurden 397 Anträge auf Kontenklärungen, Altersrenten, Hinterbliebenenrenten, Erwerbsminderungsrenten, sowie auf Überführung der Zusatzversorgungsanwartschaften (Altersversorgung der technischen Intelligenz, Altersversorgung der Mitarbeiter im Staatsapparat usw.) bearbeitet und entgegengenommen.

Des Weiteren wurden Anträge des Versorgungsausgleiches, Neuberechnungen von Renten und Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben aufgenommen.

Durch die beiden Mitarbeiterinnen erfolgten zahlreiche Beratungsgespräche, wie z. B. zur stufenweisen Anhebung der Altersrente auf das 67. Lebensjahr, die mit Beginn des Jahres 2012 für die Geburtsjahrgänge ab 1962 wirksam wurde.

2. Sachgebiet Ausländer- und Personenstandswesen

- *Ausländerbehörde – allgemeine Ausländerangelegenheiten*

3.924 Ausländer mit 102 verschiedenen Staatsangehörigkeiten waren per 31.12.2012 im Landkreis registriert. Saisonbedingt sind in den Sommermonaten noch mehr Ausländer gemeldet. Der Ausländeranteil im Landkreis liegt mit ca. 2,4 % leicht unter dem Landesdurchschnitt von 2,8 %.

Seit September 2011 wird im Rahmen der europäischen Rechtsangleichung ein neues Verfahren zur Erteilung eines Aufenthaltstitels auf elektronischem Weg (eAT) im Bereich Ausländerwesen angewendet. Damit wird die Möglichkeit eines Missbrauchs erheblich erschwert. Neben dem erhöhten Bearbeitungsaufwand aufgrund der Erfassung der biometrischen Daten sowie Sichtbarmachung der Angaben auf dem Chip für den Inhaber bei der Dokumentenausgabe ist dies mit erhöhten Gebühren für den Bürger verbunden. Aber auch für die Verwaltung erhöhen sich die Ausgaben. Darüber hinaus müssen die Antragsteller nunmehr mehrfach bei der Ausländerbehörde vorstellig werden.

Für einen eAT werden ca. 30 € berechnet, im Vergleich dazu kostete ein Klebeetikett nur ca. 1 €. Da die Gebührensätze entsprechend stiegen, erhöhten sich die Gesamterträge von ca. 12.000 € in 2011 auf 34.000 € in 2012.

211 Verpflichtungserklärungen (Kostenübernahmeerklärungen in der Regel als Voraussetzung für Besuchsvisa) wurden sowohl 2011 als auch 2012 durch das Sachgebiet entgegengenommen. In beiden Jahren war es nicht erforderlich, Verfahren für Regressansprüche einzuleiten.

- *Ausländerbehörde – Asylangelegenheiten*

Von den per 31.12.2012 gemeldeten Ausländern waren 219 Asylbewerber bzw. abgelehnte Asylbewerber. Im Jahr erfolgte die Aufnahme von 73 neuen Asylbewerber/innen, von denen 25 unter 18 Jahre alt waren. Für 2013 wurde bereits vom Land eine erhöhte Zuweisung von Asylbewerbern angekündigt. Die geringe Differenz des Zuwachses von 26 Asylbewerbern bzw. abgelehnten Asylbewerbern begründet sich dadurch, dass im Berichtszeitraum 47 Personen einen Aufenthaltstitel erlangt haben bzw. freiwillig ausgewandert sind.

Im Berichtszeitraum fanden 3 Botschaftsvorsprachen zur Klärung der Identität von ausreisepflichtigen Ausländern/Asylbewerbern statt. Die Anzahl der freiwilligen Ausreisen erhöhte sich von 4 in 2011 auf 5 in 2012.

- *Namensänderungen*

Bis zum 31. Dezember wurden 18 Anträge auf Änderungen des Familiennamens bzw. des Vornamens nach dem Namensänderungsgesetz gestellt. Insgesamt ist über 7 Anträge entschieden worden. Zwei Anträge wurden zurückgezogen. Die restlichen Anträge wurden erst im Herbst gestellt und befinden sich noch in der Bearbeitung.

- *Staatsangehörigkeiten*

40 Personen stellten Anträge auf Einbürgerung. 19 Personen erhielten die deutsche Staatsbürgerschaft. 61 gestellte Anträge aus den Vorjahren liegen dem Innenministerium noch zur Entscheidung vor.

- *Personenstandswesen/Standesamtsaufsicht*

An Schulungen des Fachverbandes der Standesbeamten nahmen zwei Kolleginnen teil. Seitens der Standesämter wurden der unteren Fachaufsicht u. a. 12 Fälle zur Nachbeurkundung der Eheschließung, 4 Vaterschaftsanerkennungen und 4 gerichtliche Berichtigungsanträge entsprechend der Vorlagepflicht vorgelegt.

3. Sachgebiet Brand- und Katastrophenschutz

- *Brand- und Katastrophenschutz*

Die Feuerwehren des Landkreises wurden im Berichtszeitraum zu 548 Bränden und 1083 technischen Hilfeleistungen gerufen. Zusätzlich unterstützten die Feuerwehren den Rettungsdienst bei 171 Einsätzen durch Tragehilfe. Schwerpunkte bei der Brandbekämpfung waren Wohnungsbrände sowie Brände im Bereich der Land- und Forstwirtschaft. Technische Hilfe wurde insbesondere bei Verkehrsunfällen und bei der Beseitigung von Gefahrenstellen geleistet. Weiterhin kam es zu 224 Einsätzen durch Auslösung von Brandmeldeanlagen sowie zu 185 Fehllarmierungen.

Die im Jahr 2011 begonnene Neuformierung im Sanitätsdienst des Katastrophenschutzes des Landkreises wurde abgeschlossen und in einer Fachdienstübung im April des Jahres überprüft. Im gleichen Zuge wurden die Einsatzplanungen für einen möglichen Massenansturm von Verletzten im Regionalleitstellenbereich vereinheitlicht und auf die ab 1. Januar 2013 gültigen Alarmstichworte abgestimmt. Leider hatte sich der Malteser-Hilfsdienst aus dem Katastrophenschutz im Landkreis zurückgezogen. Diese Lücke konnte mit Hilfe des DRK-Kreisverbandes Fläming-Spreewald durch die Bereitschaft zur Übernahme der Technik und die entsprechende personelle Besetzung dieser durch ehrenamtliche Helfer kompensiert werden.

Ein weiterer Schwerpunkt im Katastrophenschutz bestand in der Fortsetzung der Ausbildung von Führungskräften des Brand- und Katastrophenschutzes. In 5 Tagesausbildungen wurden neben Kameraden der Feuerwehren auch Mitglieder des THW, des Kreisverbindungskommandos, der Polizei und des Rettungsdienstes zur Problematik Massenansturm von Verletzten auf Grundlage der neuen Strukturen und der veränderten Alarmstichworte geschult.

Im vergangenen Jahr wurde im Rahmen des Geo-Portals des Landkreises das Waldbrandkataster als Informationsportal entwickelt. Gegenwärtig steht dieses den Mitarbeitern der Verwaltung im Intranet zur Verfügung. Weiterführend soll es in einer passwortgeschützten Version im Internet den Kommunen, insbesondere den Feuerwehren und ausgewählten Nutzern, zur Verfügung gestellt werden.

Durch die Kommunikationseinheit des Landkreises wurde die Absicherung des Kreisernstefestes in Glienicke unterstützt. Zusätzlich hat im Oktober die Einheit an der Übung des Landesverbandes des Deutschen Roten Kreuzes in der Stadt Zossen erfolgreich teilgenommen. An dieser Übung haben Kräfte der Bereitschaften des DRK aus dem gesamten Land Brandenburg mitgewirkt. Schwerpunkt bildete der Einsatz von verschiedenen Sanitätseinheiten bei einem Massenansturm von Verletzten im Zusammenwirken mit den örtlichen Kräften der Feuerwehr.

Die Frauen und Männer des Teams Notfallseelsorge wurden zu 98 Einsätzen gerufen.

Der Landkreis unterstützte den Kreisfeuerwehrverband finanziell und materiell. Zu den Höhepunkten des Verbandes gehörten die Vorbereitung und Durchführung des Kreisjugendlagers der Kinder und Jugendlichen in Mellensee und die Organisation der Kreismeisterschaften der Kinder und Jugendfeuerwehr vom 8. bis 9. Juni in Luckenwalde. Weitere geförderte Veranstaltungen waren das Frauenbowling am 8. März und das Bowlingturnier der Feuerwehren im Landkreis Teltow-Fläming, das Völkerball- und Volleyballturnier der Kinder- und Jugendfeuerwehren in Rangsdorf und der 10. Pokallauf im „Löschangriff nass“ der Kameraden über 40 Jahre in Petkus.

Gegenseitige Besuche belebten die partnerschaftlichen Beziehungen zu den Feuerwehren im polnischen Landkreis Gniezno.

Am 10. März führte das Team Brandschutzerziehung im FTZ einen Workshop zum Thema Brandschutzerziehung durch. Schwerpunkte bei der Brandschutzerziehung waren im vergangenen Jahr neben den Grundschulen die Vorschulgruppen in den Kitas. Hier wurde neben der Brandschutzaufklärung auch fleißig die Werbetrommel für die neu gegründeten Kinderfeuerwehren gerührt, wovon es mittlerweile eine steigende Anzahl im Landkreis gibt. So konnte am 6. Oktober in Wünsdorf erstmalig ein Pokallauf der Löschkrümel durchgeführt werden, an dem sich 8 Kindermannschaften beteiligten. Im letzten Jahr führten die Ausbilder vom Team Brandschutzerziehung 25 Veranstaltungen durch. Hierbei konnten 1.446 Kinder und Jugendliche aber auch Erwachsene an das Thema Brandschutz herangeführt werden. Darüber hinaus war das Team Brandschutzerziehung bei zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen mit dem Infomobil vertreten, auch in Zusammenarbeit mit dem LAP. Dank der Unterstützung eines Mitarbeiters vom Projekt Bürgerarbeit und durch die Freistellung von Mitarbeitern aus der eigenen Verwaltung war es möglich, dem Wunsch vieler Einrichtungen zu entsprechen und die Brandschutzerziehung wochentags in der Zeit zwischen 8 und 12 Uhr durchzuführen.

- *Vorbeugender und baulicher Brandschutz*

Aufgabe der Brandschutzdienststelle ist die Durchführung von Brandverhütungsschauen in baulichen Anlagen mit erhöhter Brand- oder Explosionsgefährdung und in Anlagen, bei denen bei Ausbruch eines Brandes eine große Anzahl von Menschen oder erhebliche Sachwerte gefährdet werden. Die Brandschutzdienststelle hat im Landkreis derzeit 654 derartiger Objekte erfasst.

Aufgabe der Brandschutzdienststelle ist es weiterhin, die Belange des vorbeugenden und abwehrenden Brandschutzes im Rahmen bauaufsichtlicher Verfahren durchzusetzen.

Die Brandschutzdienststelle führte im Landkreis 82 Brandverhütungsschauen durch und erarbeitete insgesamt 129 Stellungnahmen im Rahmen baugenehmigungspflichtiger Vorhaben sowie 159 Stellungnahmen als Träger öffentlicher Belange.

- *Feuerwehrtechnisches Zentrum*

Der Ausbau des Feuerwehrtechnischen Zentrums zum Kompetenzzentrum für Brand- und Katastrophenschutz wurde durch Eigeninitiative der Mitarbeiter des Feuerwehrtechnischen Zentrums (FTZ) bzw. durch ehrenamtliche Kreisausbilder fortgeführt. Hierdurch konnten die Ausbildungsanlage „Ziehen von definierten Lasten“ für die Technische-Hilfe-Ausbildung und der Platz zur Aufstellung des Einsatzleitwagens (ELW) für die Funkausbildung sowie der Ausbildungsplatz „Retten aus Höhen und Tiefen“ fertiggestellt und der Ausbau des Übungsplatzes GSG-Straße (gefährliche Stoffe und Güter) fortgeführt werden.

Für den feststoffbefeuchten Brandcontainer wurde ein Schutzdach errichtet, um eine möglichst lange Nutzung zu gewährleisten. Ebenfalls ausgebaut werden konnte die Löschmittelübungsanlage. Durch entsprechende Brandwannen ist es jetzt möglich, die Wirksamkeit der verschiedensten Löschmittel bei Bränden unterschiedlichster Brandklassen zu trainieren.

Für die Maschinisten-Ausbildung und die Ausbildung im Bereich Brandbekämpfung (BBK) konnte ein gebrauchtes Tanklöschfahrzeug in den Dienst gestellt und die Qualität der Ausbildung weiter verbessert werden. Ebenfalls im Bereich Brandbekämpfung

(BBK) konnte der Taktik- und Wärmegewöhnungscontainer fertiggestellt werden. Dieser wird auch für die Grundausbildung der Atemschutzgeräteträger genutzt.

Auf dem Ausbildungsplatz für die Rettungshunde wurde mit dem Anlegen eines Trümmerfeldes begonnen. Dieses wird weiter ausgebaut, aber auch schon jetzt für die Ausbildung genutzt.

Im Rahmen der kreislichen Ausbildung wurden in 45 Lehrgängen 568 Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehren in 19 Fachrichtungen im feuerwehrtechnischen Dienst und in Spezialausbildungen im Brand- und Katastrophenschutz geschult. Im Ergebnis betrug die Lehrgangsbeteiligung 92 %.

Die Ausbildungsprogramme für den Truppführerlehrgang sowie für den Lehrgang für Grundtätigkeiten Technische Hilfe wurden überarbeitet und den aktuellen Erfordernissen angepasst. Die Atemschutzübungsstrecke nutzten 815 Kameradinnen und Kameraden an 29 Wochenenden. An den vorhandenen Übungsobjekten und Fachkabinetten im FTZ trainierten im Rahmen der Ausbildung auf Kreisebene die örtlichen Feuerwehren und die Hilfsorganisationen an 48 Wochenenden im Jahr.

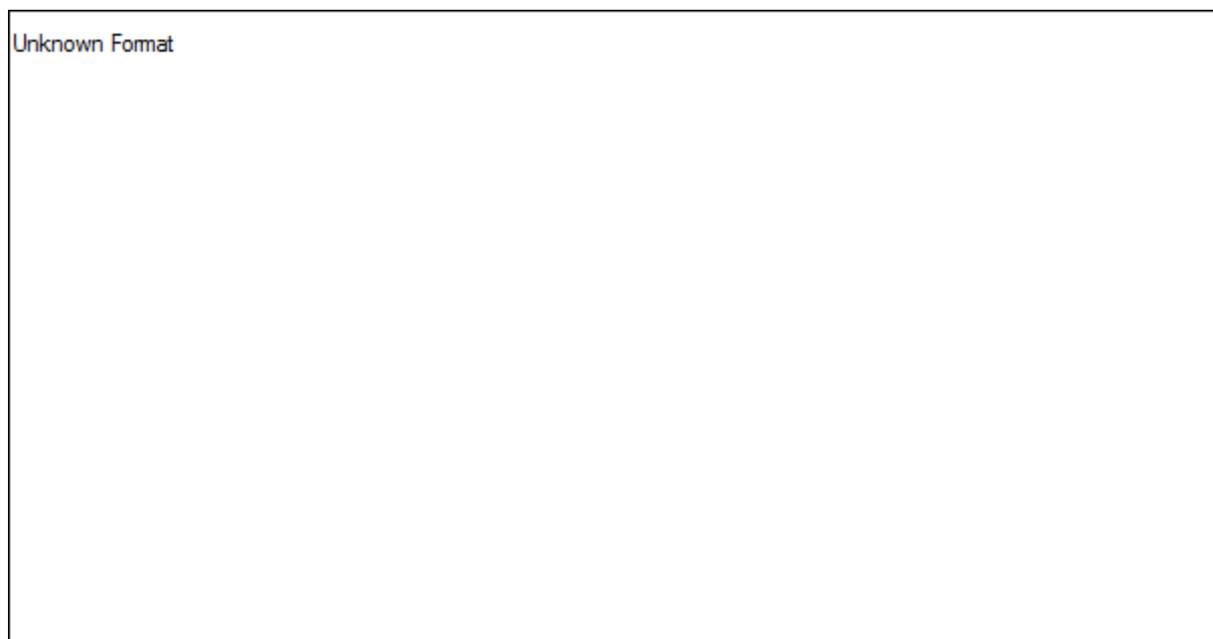
Für die Gemeinden wurden im Jahr nachfolgende Prüf-, Wartungs- und Pflegearbeiten an der feuerwehrtechnischen Ausrüstung der Wehren erbracht:

Anzahl	Geräte/Ausrüstung
2473	Pressluftatmer gereinigt und geprüft
3229	Atemschutzmasken gereinigt und geprüft
96	Chemikalienschutzanzüge geprüft
2860	Druckluftflaschen gefüllt
4.788	Druckschläuche gewaschen, geprüft, repariert
4	Tragkraftspritzen instand gesetzt

Die erbrachten Prüf-, Wartungs- und Pflegearbeiten im Bereich des Atemschutzes entsprechen die dem Jahres 2011. Darüber hinaus erfolgte im Jahr eine Leistungssteigerung im Bereich Schlauchwäsche von ca. 20 % gegenüber dem Vorjahr.

- *Rettungsdienst*

Im Jahr wurde der Rettungsdienst zu 15.402 Notfällen gerufen. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies einen Rückgang um 82 Einsätze oder 0,53 %. Im qualifizierten Krankentransport sind im Vergleich zum Vorjahr 10 Einsätze (0,49 %) mehr zu verzeichnen. Die Entwicklung der Gesamteinsatzzahlen des Rettungsdienstes hat sich damit erstmals seit 2007 auf einem Niveau von 17.467 Einsätzen (Vorjahr 17.539 Einsätze) stabilisiert.



Quelle: Tätigkeitsbericht der Regionalleitstelle

Zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Rettungsdienstes erfolgten im Jahr Investitionen im Umfang von 362.000 €. Zur Erweiterung der Vorhaltung des Rettungsdienstes wurden zwei Rettungswagen (RTW) für die Standorte Baruth/Mark

und Mahlow beschafft (Erweiterungsinvestitionen). Zwei Rettungswagen wurden im Rahmen der Ersatzinvestitionen für die Standorte Trebbin und Dahme organisiert. Für die Ersatzbeschaffung eines Notarzteinsatzfahrzeuges (NEF) für den Standort Zossen erfolgte die Auftragsvergabe mit einem Volumen von 60.000 €.

Weitere finanzielle Mittel in Höhe von 36.000 € flossen in die Ausstattung der Rettungswachen, insbesondere für die Ausstattung des Rettungswachen-Neubaus in Baruth/Mark.

Im Zuge der Umsetzung des Gutachtens zur Organisation des Rettungsdienstes im Rettungsdienstbereich Teltow-Fläming aus dem Jahr 2011 erfolgte am 29. November die Betriebsaufnahme der Rettungswache in Baruth/Mark. Die Rettungswache mit insgesamt fünf Rettungsassistenten/innen und vier Rettungssanitätern/innen übernimmt im Rahmen der Amtshilfe regelmäßig auch die Versorgung in Teilen des Landkreises Dahme-Spreewald. Weitere Maßnahmen zur Umsetzung der Forderungen aus dem Organisationsgutachten folgen im Jahr 2013.

Die Übertragung der Vollzugsaufgaben des Rettungsdienstes wurde organisatorisch und vertraglich neu geregelt. Um den Anforderungen des Brandenburgischen Rettungsdienstgesetzes gerecht zu werden, kündigte der Landkreis die bestehenden Verträge mit den Hilfsorganisationen. Parallel dazu wurde die Gründung einer Eigengesellschaft des Landkreises vorbereitet. Der Gesellschaftsvertrag der Rettungsdienst Teltow-Fläming GmbH konnte am 26. Oktober notariell beurkundet werden (UR-Nr. W 1240/2012). Die Eintragung der Eigengesellschaft beim Amtsgericht Potsdam (Registergericht) erfolgte am 29. Oktober (HRB 25691 P). Die vertragliche Beauftragung der kommunalen Rettungsdienst GmbH wurde sodann am 10. Dezember durch den Kreistag verabschiedet (Vorlagennummer: 4-1379/12-III). Dieser Vertrag wurde von der Rettungsdienst Teltow-Fläming GmbH (Geschäftsführer) sowie vom Gesellschafter (Landrat bzw. Erste Beigeordnete) am 20. Dezember im Rahmen einer konstituierenden Gesellschafterversammlung unterzeichnet.

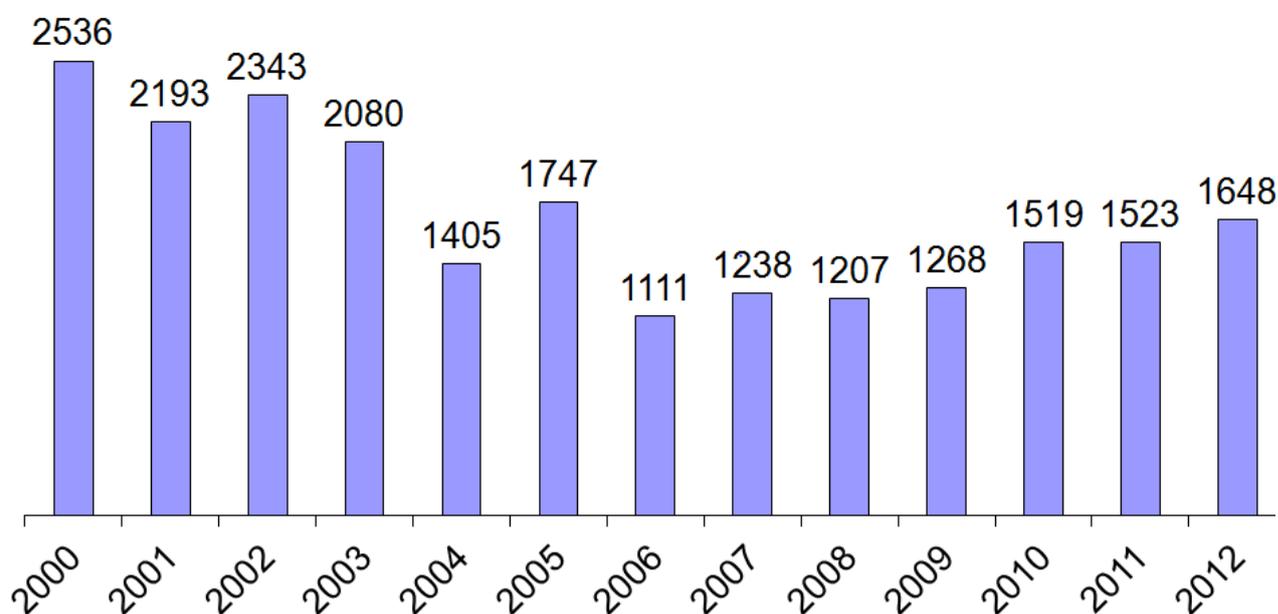
Der parallel vorbereitete Betriebsübergang erfolgte zum Jahreswechsel. Alle vormals bei den Hilfsorganisationen beschäftigten Rettungsdienstmitarbeiter/innen wechselten zum 1. Januar 2013 in die Rettungsdienst Teltow-Fläming GmbH. Diese hat fortan die Organisation und Durchführung des bodengebundenen Rettungsdienstes im Landkreis zum Gegenstand.

Untere Bauaufsichtsbehörde

Im Jahr ist das Antragsaufkommen insgesamt leicht (ca. 9%) gestiegen. Die Entwicklung der Anzahl der Genehmigungsverfahren im Verlauf der letzten zehn Jahre ist aus dem nachfolgenden Schaubild ersichtlich.

2000 bis 2012

Antragsaufkommen 2000 bis 2012



Abgelehnt werden mussten nur rund 1,6 % der Genehmigungsanträge, wobei in dieser Prozentzahl noch eine Reihe vergleichsweise unbedeutender Werbeanlagen enthalten ist.

Die Möglichkeit der telefonischen und schriftlichen Anfragen sowie der Anfragen per E-Mail durch Bauherren, Planer und Bürger werden nach wie vor umfangreich genutzt, um bauplanungs- und bauordnungsrechtliche Fragen zu geplanten und bereits errichteten Bauvorhaben und nachbarrechtlichen Problemen zu klären und so schon im Vorfeld der Verfahren Hindernisse auszuräumen. Insbesondere bei größeren Bauvorhaben wird die Beratung im größeren Rahmen mit den Bauherren, Objektplanern, den beteiligten Fachbehörden und den Mitarbeitern der Unteren Bauaufsichtsbehörde gern in Anspruch genommen, um eventuelle Probleme frühzeitig zu erkennen und Lösungsvorschläge durch die Genehmigungsbehörden aufzuzeigen.

Wie immer läuft die Entwicklung in den Gemeinden des Landkreises nicht linear, sie ist vielmehr höchst unterschiedlich, wie die nachfolgenden Schaubilder verdeutlichen.

Es zeigt sich die nach wie vor große Ungleichheit der Entwicklung im Norden und Süden des Landkreises (unterschieden nach den landesplanerischen Kategorien „enger Verflechtungsraum“ und „äußerer Entwicklungsraum“), die an den absoluten Zahlen der angefallenen Verfahren deutlich wird. Etwa zwei Drittel des Baugeschehens spielen sich in einem Drittel der Landkreisfläche ab. Das Missverhältnis war allerdings in der Vergangenheit schon deutlich größer. Ob das eine Momentaufnahme oder ein Trend ist, kann aber gegenwärtig nicht mit Bestimmtheit gesagt werden.

Bautätigkeit 2012

(Neubau, Umbau/Änderung, Nutzungsänderung, Vorbescheid und Bauanzeige)

	Gemeinde/Amt	Anzahl der Bauanträge	Anteil in %	Einwohner	Anträge pro 100 Einwohner	Fläche km²	Anteil pro km²
engerer Verflechtungsraum	Blankenfelde-Mahlow	288	27,3	25841	1,1	55	5,2
	Großbeeren	121	11,5	7676	1,6	52	2,3
	Rangsdorf	159	15,1	10593	1,5	34	4,7
	Trebbin	91	8,6	9338	1,0	126	0,7
	Zossen	183	17,4	17770	1,0	180	1,0
	Ludwigsfelde	212	20,1	24190	0,9	109	1,9
		1054		95408	1,1	556	1,9
äußerer Entwicklungsraum	Baruth	72	12,1	4166	1,7	232	0,3
	Dahme	63	10,6	6495	1,0	251	0,3
	Am Mellensee	80	13,5	6402	1,2	104	0,8
	Niederer Fläming	29	4,9	3235	0,9	185	0,2
	Niedergörsdorf	47	7,9	6161	0,8	205	0,2
	Nuthe-Urstromtal	62	10,4	6758	0,9	338	0,2
	Jüterbog	99	16,7	12599	0,8	176	0,6
	Luckenwalde	142	23,9	20383	0,7	46	3,1
		594		66199	0,9	1537	0,4
	Landkreis gesamt	1648		161607	1,0	2093	0,8

In den einzelnen Gemeinden schwankt die Entwicklung der Bautätigkeit von Jahr zu Jahr erheblich. Die aktuellen Zahlen finden sich, bezogen auf die jeweiligen Gemeindegebiete, in dem nachfolgenden Schaubild.

Angaben in Prozent

Entwicklung der Bautätigkeit 2008 bis 2012

(Neubau, Umbau/Änderung, Nutzungsänderung, Vorbescheid und Bauanzeige)

Gemeinde/Amt	2008	2009	2010	2011	2012	2008 zu 2009	2009 zu 2010	2010 zu 2011	2011 zu 2012
Blankenfelde-Mahlow	208	215	240	256	288	3,4	11,6	6,7	12,5
Großbeeren	68	90	80	147	121	32,4	-11,1	83,8	-17,7
Rangsdorf	122	111	150	144	159	-9,0	35,1	-4,0	10,4
Trebbin	86	84	88	108	91	-2,3	4,8	22,7	-15,7
Zossen	121	143	162	152	183	18,2	13,3	-6,2	20,4
Ludwigsfelde	126	136	222	170	212	7,9	63,2	-23,4	24,7
Baruth	40	42	36	50	72	5,0	-14,3	38,9	44,0
Dahme	49	52	51	52	63	6,1	-1,9	2,0	21,2
Am Mellensee	59	69	89	81	80	16,9	29,0	-9,0	-1,2
Niederer Fläming	26	31	35	31	29	19,2	12,9	-11,4	-6,5
Niedergörsdorf	31	36	45	40	47	16,1	25,0	-11,1	17,5
Nuthe-Urstromtal	57	57	76	83	62	0,0	33,3	9,2	-25,3
Jüterbog	63	66	73	59	99	4,8	10,6	-19,2	67,8
Luckenwalde	151	136	172	150	142	-9,9	26,5	-12,8	-5,3
gesamt	1207	1268	1519	1523	1648	5,1	19,8	0,3	8,2

Auch im Berichtsjahr zeigte sich wieder, dass unser Landkreis eine beliebte Investitions- und erfolgreiche Entwicklungsregion ist.

Nennenswerte gewerbliche Bauvorhaben im Landkreis stehen beispielhaft dafür:

Rolls-Royce Deutschland in Dahlewitz

Das 2011 genehmigte Bauvorhaben Logistics Center Dahlewitz der Rolls-Royce Deutschland Ltd. & Co. KG wurde fertiggestellt und in Nutzung genommen. Rolls-Royce hat an diesem Standort im Jahr noch weitere Baumaßnahmen, wie z.B. die Errichtung eines temporären Containergebäudes für Besprechungsräume und eines Gefahrstofflagers durchgeführt.

Für die Erweiterung der bestehenden zwei Prüfstände (Adam und Eva) wurde ein Antrag auf Genehmigung nach dem BImSchG für den Neubau von zwei neuen Triebwerksprüfständen einschließlich Rüsthalle und Betriebsgebäude eingereicht. Der Genehmigungsbescheid des Landesamtes für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (LUGV) - Verfahren nach BImSchG - beinhaltet die bauaufsichtliche Genehmigung des Amtes. Mit der Ausführung des Vorhabens wurde begonnen. Die voraussichtlichen Gesamtkosten des Vorhabens betragen 50.000.000 €. Nach diesen enormen Investitionen ist von einer langfristigen Sicherung des Standortes auszugehen.

Gewerbegebiet Groß Kienitz

Der Neubau einer LKW-Werkstatt mit Büro und eines Logistikzentrums wurde genehmigt und es wurde mit dem Bau begonnen. Die Erweiterung einer bestehenden Autolackiererei ist genehmigt worden.

Gewerbegebiet „Am Lückefeld“ Mahlow

Für den Neubau einer Werkhalle zur Herstellung von hochwertigen Audio- und HIFI-Kabeln wurde eine Baugenehmigung erteilt. Mit den Bauarbeiten wurde bereits begonnen.

Blockheizkraftwerk

Im Ortsteil Blankenfelde wurde das vierte Satelliten-Blockheizkraftwerk, das an die bestehenden Biogasanlagen der Pure Power GmbH & Co. KG Jühnsdorf/Trebbiner Damm angeschlossen ist, errichtet.

Zossen

Die Stadt Zossen baut mit einer Investitionssumme von 6,5 Mio. € ein Jobcenter. Mit den Bauarbeiten wurde bereits begonnen, nachdem die Genehmigung nach gut drei Monaten erteilt werden konnte. Im Center entstehen rund 100 Arbeitsplätze.

Lidl in Zossen, Stubenrauchstraße, erweitert seinen Standort um zwei Ladeneinheiten. Hier entstehen fünf weitere Arbeitsplätze.

Ebenfalls in der Stubenrauchstraße entsteht ein Kaufland-Markt mit verschiedenen zusätzlichen Fachmärkten. Die Gesamtinvestition beträgt rund 10,5 Mio. €. Dabei entstehen mehr als 120 Arbeitsplätze.

Baruth

Das Classen-Werk in Baruth erhält bestehende und schafft zusätzliche Arbeitsplätze durch die Errichtung einer Industrieanlage mit Produktions- und Blocklagerhalle - Werk III und investiert dabei

8 Mio. €. Die Baugenehmigung konnte innerhalb von zwei Monaten erteilt werden.

Güterverkehrszentrum Großbeeren

Die BGV Grundbesitz Verwaltungs GmbH beantragt und errichtet für die Deutsche Post/DHL im Güterverkehrszentrum eine mechanisierte Zustellbasis mit Büro- und Sozialbereich mit einer Bausumme von 5,48 Mio. €. Dabei entstehen 70 Arbeitsplätze.

Maßgebend für die Standortentscheidung war der Zeitraum bis zum Baubeginn, der vorzeitig gut drei Wochen nach Antragseingang zugelassen werden konnte. Die Baugenehmigung war nach insgesamt nur fünf Wochen Bearbeitungszeit erteilt worden.

Die LILLO 1 GmbH errichtet in der Erweiterungsfläche des Güterverkehrszentrums ein Logistikzentrum und investiert dabei 10,8 Mio. €. Am Standort entstehen ca. 500 neue Arbeitsplätze.

Preußenpark Ludwigsfelde

Im Preußenpark errichtet die Siemens AG Energy Sector ein Hochdruck-Brennertest-Zentrum. Die Genehmigung des LUGV beinhaltet die bauaufsichtliche Genehmigung. Das Investitionsvolumen beträgt 7 Mio. €.

Großbeeren

Das Institut für Gemüse- und Zierpflanzenbau e.V. errichtet ein Phytotron, bestehend aus Gaswechsel-Gewächshaus, Gefäßversuchsanlage und Klimakammergebäude für 760 T€.

Dahme

Auch Dahme entwickelt sich als Gewerbestandort weiter. Hier errichtet die Maschinenbau Dahme GmbH eine neue Produktionshalle mit Lager- und Abstellplatz. Die Bausumme beträgt 1,6 Mio €.

Luckenwalde

Nach einiger Zeit Stillstand bei den Bauarbeiten im Biotechnologiepark schreiten nun nach entsprechender Änderungsgenehmigung die Bauarbeiten für den Neubau der Produktionshalle zur Herstellung medizinischer Produkte durch die Human BioSciences GmbH wieder voran.

Für das unter Denkmalschutz stehende ehemalige Postgebäude wurde die Genehmigung zum Umbau in 26 Wohnungen, davon 4 barrierefrei, erteilt. Die Maßnahme wird 1,8 Mio. € kosten.

Für den Bereich Bildung und Soziales wurden beispielsweise der

- Ersatzbau des Krippengebäudes der KITA Spatzennest in Rangsdorf mit einer Kapazität von 60 Kindern (Investitionssumme 1 Mio. €) genehmigt und begonnen,
- Neubau einer Kindertagesstätte (KITA Oertelufer) für 160 Kinder in Zossen mit einer Investition von 1,85 Mio. € genehmigt und begonnen,
- Neubau eines Pflegeheimes in Nächst Neuendorf mit einer Investition von 2,5 Mio. € genehmigt und
- Aus- /Umbau eines Sozialgebäudes zu einem medizinischen Versorgungszentrum mit drei Arztpraxen, einer Logopädie, einer Apotheke, einem Sanitätshaus, einem Kosmetikstudio und einem Hörgeräteakustiker in Trebbin genehmigt. Der Beginn der Bauarbeiten erfolgt zu Beginn des neuen Jahres, es entstehen 22 Arbeitsplätze.

Nennenswert ist auch die Maßnahme zur Herstellung eines Sportplatzes (Außenanlagen) in Dabendorf, in die 5 Mio. € investiert werden.

Auf dem Gebiet kommunaler Verwaltungen wurden in 2011 die drei Rathausneubauten - in Rangsdorf, Blankenfelde-Mahlow und in Klausdorf - beantragt und genehmigt. Die Rathäuser in Rangsdorf und Mellensee „Ortsmitte“ mit SB-Markt und Shopzeile wurden im Berichtsjahr fertiggestellt und bezogen.

Erwähnenswert ist noch das Interesse an alten Bahnhöfen, z.B. in Rehagen, Klusdorf und Sperenberg. Entsprechende Bauanträge zur Nutzungsänderung liegen vor bzw. wurden genehmigt. Bereits im Vorjahr wurde eine Baugenehmigung für die Nutzungsänderung des Bahnhofs in Werder (Jüterbog) erteilt.

Diverse Genehmigungsverfahren für Freiflächen-Solarparks zeigen den Landkreis weiterhin als Entwicklungsregion für Standorte zur Gewinnung alternativer Energie. So sind Genehmigungen für Freiflächen-Solarparks in

- Niedergörsdorf, ehemaliges Flugplatzgelände, mit einem Investitionsvolumen von mehr als 12 Mio. €,
- Osdorf mit ca. 1,5 Mio. € Investitionsvolumen,
- Großbeeren mit ca. 1,3 Mio. € Investitionsvolumen und
- Ludwigsfelde mit ca. 40 000 € Investitionsvolumen erteilt worden.

Darüber hinaus wurden im letzten Quartal 11 Anträge eingereicht, mit denen größere Photovoltaikanlagen auf großen Dachflächen von insgesamt 16 hallenähnlichen Gebäuden beantragt wurden. Eine davon konnte schon genehmigt werden, die Investition betrug hier knapp 300 000 €.

Bei der Nutzung von Biomasse ist nach einem leichten Anstieg von 8 Verfahren im Vorjahr für den Neubau von Biogasanlagen wieder ein Rückgang zu verzeichnen. Nachdem im Jahr 2007 32 Anträge für Neubauten von Biogasanlagen bearbeitet wurden, waren es in den Folgejahren nur 3 - 5 Anträge jährlich. Im Berichtsjahr wurden nur noch zwei Anträge gestellt. Das mag ein Hinweis darauf sein, dass die verfügbare Fläche keine größere Entwicklung mehr zulässt und die Ressourcen für diese Nutzung weitgehend ausgeschöpft sind.

Umweltamt

Allgemein

Gleich zwei Organisationsuntersuchungen analysierten die Effektivität der Aufgabenwahrnehmung im Amt. Neben der hausweiten Untersuchung durch das Unternehmen PwC hat das Kommunale Prüfungsamt des Ministeriums des Innern Brandenburg eine Prüfung der unteren Naturschutzbehörde und der unteren Wasserbehörde durchgeführt. Dabei hat sich die jahrelang geführte Statistik bewährt, die Sachbearbeiter waren mit der Datenbehebung im Dienstilltag kaum belastet. Die jeweiligen Prüfberichte werden im ersten Quartal 2013 vorliegen.

Im Amt wurden insgesamt 4 Kreistagsvorlagen erarbeitet und 3 Antworten auf Anfragen von Kreistagsabgeordneten erstellt.

Im Jahresverlauf absolvierten 4 Auszubildende ihre praktische Ausbildungszeit im Amt.

Die Vortragsveranstaltung zum Tag der Umwelt stand unter dem Motto „Umweltinformationen für alle – das Geoportal des Landkreises“. Mitarbeiter des Hauses erläuterten der Öffentlichkeit, wie über das Internet im Landkreis vorhandenes Karten- und Datenmaterial eingesehen werden kann.

Für die Medien wurden 32 Anfragen beantwortet sowie mehrere Artikel für das Intranet und Internet bereitgestellt.

1. Amtsleiterbereich

Die Mitarbeit in externen Projekten aus dem Jahre 2011 wurde fortgesetzt.

Aufgabenthematik	2010 Anzahl	2011 Anzahl	2012 Anzahl
Widersprüche (einschließlich Einsprüche)	12	21	25
gebündelte Verfahren Bundesimmissionsschutzrecht	88	173	151

Auskunftsersuchen nach Umweltinformationsgesetz	14	12	12
---	----	----	----

- *Klimaschutz (Koordinierungsstelle)*

Der Landkreis trägt mittlerweile sehr aktiv zur Erreichung der Klimaschutzziele bei. So bildet das Themenfeld „Öffentlichkeitsarbeit und Bewusstseinsbildung“ nicht nur in der neuen Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg vom Februar 2012 eines der zentralen Themen.

Die Multiplikation von Erfahrungen und die Sensibilisierung von Kenntnisträgern aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Bevölkerung ist einer der Aufgabenschwerpunkte der Klimaschutzkoordinierungsstelle des Landkreises gemäß Kreistagsbeschluss. Mehr als 100 Teilnehmer aus der gesamten Bundesrepublik konnten zu einem Klima-Netzwerktreffen im Kreishaus begrüßt werden, das gemeinsam mit dem Klimabündnis e. V., in dem der Landkreis nunmehr Vollmitglied ist, veranstaltet wurde.

Ein weiterer ständiger Wissensaustausch und das Initiieren von neuen Projekten ergeben sich aus der seit Januar anerkannten Mitgliedschaft des Landkreises als 100-Prozent-erneuerbare-Energie-Starterregion, im Forum Cluster-Energietechnik u. a.

Die energie- und klimatechnische Aufklärung und Bildung der Kinder und Jugendlichen ist besonders bedeutsam. Unter Federführung der Klimaschutzkoordinierungsstelle ist das vom Bund zu 85 % geförderte Leuchtturmprojekt „Einführung von Energiesparmodellen in Schulen“ angelaufen. In zunächst sechs von 11 kreiseigenen Schulen geht es schwerpunktmäßig um die Optimierung des Nutzerverhaltens (Schüler, Lehrer und Hausmeister), das erfahrungsgemäß zu 10 % Energie- und Kosteneinsparung führt. Das Einsparpotenzial in allen Einrichtungen wird auf 100.000 Euro/p.a. geschätzt. Zusätzlich wurden erste technische Optimierungen umgesetzt, die weitere positive Auswirkungen auf die CO₂- und Kostenreduzierung zeigen.

In insgesamt 9 Vorträgen und Präsentationen wurden Vertretern aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, der Bevölkerung sowie der Belegschaft der Kreisverwaltung die vom Landkreis ergriffenen klimaschutztechnischen Maßnahmen, Ergebnisse und Potenziale vorgestellt. Ständige Präsenz auf der Internetseite des Landkreises mit aktuellen Themen, Presseveröffentlichungen und 10 Beiträge im Intranet runden die öffentlichkeitswirksamen Auftritte für den Berichtszeitraum ab.

Die der Belegschaft der Kreisverwaltung leihweise zur Verfüg gestellten Messgeräte der Klimakiste zur Überprüfung der Parameter Strom, Wasser, Temperatur, Licht und CO₂-Gehalt finden großen Anklang und tragen zum sensiblen Umgang mit den benannten Medien bei, sowohl am Arbeitsplatz wie auch privat.

Sowohl der Radewegebau wie auch die nachhaltige Waldbewirtschaftung tragen zum Erreichen der Null-Emissions-Strategie des Landkreises bei. Der Landkreis beabsichtigt in Kürze den Abschluss eines sogenannten Firmenticket-Rahmenvertrages. Beschäftigten in Unternehmen mit derartigen Verträgen erhalten die Möglichkeit, Jahreskarten des Verkehrsverbundes im ÖPNV zu vergünstigtem Preis zu erwerben. Gleichzeitig wird der Individualverkehr klimawirksam reduziert.

Aus den Monitoring-Ergebnissen des kreisweiten Stromverbrauchs und der Energieerzeugung aus regenerativen Energieträgern, dem kompletten Medienverbrauch aller öffentlicher kreiseigener Liegenschaften, der Durchführung von Mitarbeiterschulungen und der Planung von Energiesparprojekten an Schulen konnten Rückschlüsse auf Einsparpotenziale gezogen werden. In 2011 wurden 85 % des im Landkreis genutzten Stroms aus regenerativen Energien erzeugt. Für Wärme und Verkehr liegen noch keine Ergebnisse vor.

In der folgenden Tabelle sind bedeutende klimawirksame Maßnahmen aus dem Jahre 2012 aufgeführt.

Bedeutendste Maßnahmen	Stand
Ausstellung von Energiepässen	26 Ausweise für 45 Gebäude vorhanden
Austausch von Fenstern, Fassaden-/Dachdämmung	1 Teilmaßnahme begonnen und abgeschlossen
Austausch von alten Heizkesseln	Austausch eines Heizkessels in 1 Objekt (realisiert durch Stadtwerke Ludwigsfelde)
Austausch alter Beleuchtungsanlagen gegen solche mit EGV und T5-Leuchtmitteln und LED-Beleuchtungen	sukzessive, Schwerpunkt in 2012: Kreisvolkshochschule Luckenwalde und Kastanienschule Jüterbog
Einbau von Präsenzmeldern zur Beleuchtungssteuerung in geeigneten Gebäuden	realisiert in 1 Schule (Gymnasium Rangsdorf)
Gas/Benzin-Hybrid-Kfz	Betrieb von 17 der insgesamt 117 Kfz mit innovativer Hybridtechnik
Erfassung von Kennwerten (Fuhrpark, Medienverbrauch kreiseigener Gebäuden)	Daten werden kontinuierlich fortgeschrieben
Ermittlung des Stromverbrauches	Kontinuierlich für den gesamten Landkreis und kreiseigene Gebäude
Ermittlung des gemäß EEG erzeugten Stroms	Kontinuierlich für den gesamte Landkreis (85 % in 2011)
Mitgliedschaften in bundesweiten Foren	„100 % EE-Starter-Region“ „Klimabündnis e. V.“ Cluster Energietechnik
Photovoltaik auf kreiseigenen Dächern	Wiederaufnahme der Beschlussvorlage in 2013
CO ₂ -Bindung im Kreiswald	63.195 fm in 2011(= 53,62 t CO ₂ -Bindung)
Radwegebau	13,9 km Neubau erfolgt 4,4 km in Bau befindlich
Workshops, Wanderausstellungen, Informationsveranstaltungen, Internet-, Presse-, Intranetbeiträge, Auslage von Informationsmaterialien	2 Mitarbeiterseminare (100 % Förderung durch Bund und EU), 1 Fortbildungsveranstaltung (100 % Förderung durch EU) 9 Vorträge, 1 Netzwerktreffen, kontinuierliche Internetpräsenz, Presseveröffentlichungen, 10 Intranetbeiträge, kontinuierliche Auslage von Energiespar- und Klimaschutzinformationen im Foyer der Kreisverwaltung
kostenloser Messgeräte-Verleih „Klimakiste“	kontinuierlicher Verleih von Messgeräten an Mitarbeiter und Bildungsträger (11 x)
„Firmenticket“	kurz vor Abschluss mit VTF
Mitarbeit in externen Gremien	Reg. Planungsgemeinschaft HVL FL, EUDYSE, Cluster-Energietechnik, Initiative Energieeffizienz der Deutschen Energie Agentur GmbH (dena)
Erstellung eines Energie- und	unter Federführung der RPG HVL FL,

Klimaschutzkonzeptes	Abschluss in 2013, Workshops für Kommunen
Machbarkeitsstudie Regionalwerke	abgeschlossen, Auswertung und KT-Beschlüsse in 2013
Einführung von Energiesparmodellen in kreiseigenen Schulen	Projekt ist in 6 Schulen angelaufen, erste Optimierungen sind umgesetzt
Kontrolliertes Brennen	Vorbeugender Brandschutz (Waldgebiete)
Eichenprozessionsspinner	Sprühmitteleinsatz vom Boden und aus der Luft (Helikopter), Entsorgung
bislang unbekannte Krankheiten	Erfassung und Monitoring

2. Sachgebiet Wasser, Boden, Abfall

Das Sachgebiet umfasst die Produkte Gewässerschutz, Bodenschutz und Abfallwirtschaft mit Umweltstreife.

Aufgabenthematik	2010 Anzahl	2011 Anzahl	2012 Anzahl
Sanierungsverfügungen/-vereinbarungen	16	14	56
landwirtschaftliche Nutzung von Flächen nach § 15 AbfG (Klärschlammausbringung)	38	32	63
wasserrechtliche Entscheidungen Abwasser und Trinkwasser	430	492	493
Entscheidungen im Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	45	59	48
Störfälle	0	6	4

- **Gewässerschutz (Untere Wasserbehörde)**

Der Staubeirat tagte turnusmäßig im Frühjahr und im Herbst und legte dabei die Staulamellen für die wichtigsten Gewässer, die rechtlich nicht geregelt sind, fest.

Formale Sitzungen der Trinkwasserschutzkommission (TWSZK) waren nur einmal erforderlich. Weitere vorliegende Anträge auf Befreiungen von Verboten in Trinkwasserschutzkommissionen wurden mit den jeweiligen Mitgliedern, aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung, auf dem „kleinen Dienstweg“ geklärt.

Weitere Anstrengungen unternahm das Sachgebiet zur Weiterentwicklung des eigenen GIS-Systems. Zusätzlich wurde das Sachgebiet ADV beim Aufbau und bei der Einführung des Geoportals Teltow-Fläming, das jetzt im Internet verfügbar ist, unterstützt.

- **Bodenschutz (Untere Bodenschutzbehörde)**

In Schöna-Kolpien bestand der Verdacht einer Bodenkontamination mit Dioxinen. In enger Zusammenarbeit der Bodenschutz- mit der Wasserbehörde wurden eigenständige Amtsermittlungen geplant, ausgeführt und ausgewertet. Der Kontaminationsverdacht bestätigte sich nicht.

Im Gaswerk Jüterbog wurden die geplanten Boden-Sanierungsarbeiten ausgeführt. Es konnten 4.620 t gefährliche Abfälle aus dem Boden entfernt werden. Die Materialien waren überwiegend mit Kohlentee und Cyaniden (Blausäure) kontaminiert. Es entstanden Ausgaben von insgesamt 1,2 Mio. €, die die Energie Mark Brandenburg GmbH (EMB) und das Land Brandenburg (Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz) trugen. Damit wurde eine Gefährdung für die Trinkwasserversorgung in Jüterbog weitestgehend minimiert.

Die Sanierungsanlage in Neues Lager „Chemische Reinigung“ (größte militärische Altlast des Landkreises) wurde weiter optimiert. Nun wird gereinigtes Grundwasser wieder in den 1. Grundwasserleiter infiltriert, um die Reinigungsleistung für die

chlorierten Kohlenwasserstoffe (CKW) noch weiter zu erhöhen. Bisher wurden bereits 20 t - ein kleiner DB-Kesselwagen - CKW aus dem Grundwasser entfernt.

Das zivile Altlasten-Haftungsfreistellungsprojekt „Wäscherei Blankenfelde“ wurde ebenfalls fortgeführt. Nachdem 2010 erste Boden-Sanierungsmaßnahmen stattfanden, läuft nun die Grundwassersanierung an der größten zivilen Altlast des Landkreises. Es konnten in diesem Jahr wegen des eingetretenen Sanierungserfolges bereits Anlagen zur Bodenluftsanierung abgeschaltet werden. Aus der Bodenluft wurden 4,4 t und aus dem Grundwasser 4,6 t CKW im ersten Sanierungsjahr abgereinigt.

Die Arbeiten am Altlastenprojekt „Industriepark Ludwigsfelde“ gestalteten sich weiter kontinuierlich. Zur weiteren Sicherung der Trinkwasserversorgung wird noch eine Bodensanierung im sogenannten „Zentralteil“ erforderlich. Die vorbereitenden Arbeiten dafür wurden 2012 begonnen.

Die Untere Bodenschutzbehörde arbeitet weiterhin in der Projektgruppe „Dokumentations- und Forschungszentrum Kummersdorf-Gut (DFK)“ mit. Hierbei liegt der Fokus in der Beachtung der Altlastensituation sowie der Kenntnisse zur Nutzung nach dem 2. Weltkrieg.

- **Abfallwirtschaft (Untere Abfallwirtschaftsbehörde)**

2007 konnten die Müllskandale in Malterhausen und Markendorf aufgedeckt werden. Für Malterhausen wurde 2010 vor dem Landgericht Potsdam Anklage erhoben. Der Prozess ließ auch in diesem Jahr leider weiter auf sich warten.

Das Projekt „Teufelssee“ ging 2011 in die praktische Umsetzung. Mit Fördermitteln und kostenneutral für den Landkreis wurden aus dem Naturschutzgebiet Teufelssee 5.797 m³ Abfälle beraumt. Bei den Arbeiten zeigte sich jedoch, dass weitere Sanierungsarbeiten an dem Moor notwendig sind. Daher wurde 2012 das Projekt „Teufelssee II“ begonnen. Die vorbereitenden ingenieurtechnischen Arbeiten sind abgeschlossen. Die Beraumung der weiteren Deponierestmassen wird 2013 erfolgen.

Die *Umweltstreife* hat folgende Abfallmengen einer sachgerechten Entsorgung zugeleitet:

Abfallart	2010	2011	2012
Hausmüll ähnliche Abfälle in kg	82.239	89.420	94.020
Kühlgeräte in Stück	29	33	24
Reifen in Stück	637	712	672
Batterien in Stück	18	18	10
Elektronische Geräte in Stück	112	182	85
gefährliche Abfälle in kg	3.433	5.140	3.590

3. Sachgebiet Naturschutz

Dieser Fachbereich umfasst die Aufgabengruppen Landschaftsplanung, Eingriffsregelung, Schutzgebiete, -objekte, Artenschutz und Landschaftspflege sowie Verwaltungsverfahren.

Die im November 2010 vom Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz genehmigte Fortschreibung des Landschaftsrahmenplanes (LRP) des Landkreises Teltow Fläming bildet die Grundlage für die tägliche Arbeit der Unteren Naturschutzbehörde (UNB).

Die Inhalte des LRP dienen insbesondere der Beurteilung der Umweltverträglichkeit und der Verträglichkeit von Projekten mit den Erhaltungszielen von Natura 2000-Gebieten. Im Jahr wurden die Inhalte des LRP überwiegend von Planungsbüros, die sich mit der Standortprüfung für Vorhaben im Zusammenhang mit der Etablierung „Erneuerbarer Energien“ beschäftigen, abgefordert. In vielen Gemeinden des Landkreises steht die Überarbeitung der Flächennutzungspläne an. Für die hierzu erforderlichen Fachplanungen des Naturschutzes und der Landschaftspflege konnte ebenfalls auf die Grundlagendaten des LRP zugegriffen werden. Entsprechende Unterlagen wurden durch die UNB zur Verfügung gestellt.

Die u. a. vom Flughafen Berlin Brandenburg eingezahlten Ersatzzahlungsgelder beim Naturschutzfonds wurden auch in diesem Jahr in 8 Projekten im Landkreis eingesetzt. Es besteht diesbezüglich eine enge Zusammenarbeit mit dem Naturschutzfonds Brandenburg und der Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH (BADC). Für das Projekt „Erprobung und Entwicklung von Methoden zur Heidepflege durch kontrolliertes Feuer auf munitionsbelasteten Flächen im Naturschutzgebiet (NSG) „Heidehof-Golmberg“ konnte so mit dem ersten Feuer am 22. März die praktische Phase eingeleitet werden. Zum ersten Mal wurde unter realen Bedingungen der Munitionsbelastung gebrannt.

Die Entwicklung eines kreislichen Flächen- und Maßnahmenpools (Ökopools) auf den Flächen der militärischen Liegenschaft „Kummersdorf Gut/Sperenberg“ wurde aufgrund der Flächenübertragung des Bundes an das Land nicht umgesetzt. Die bisherigen Planungen wurden dem jetzigen Flächeneigentümer übergeben.

Auf ehemaligen Liegenschaften der Sowjetischen Truppen in Brandenburg (WGT-Flächen) in Altes Lager und Neues Lager wurden im Bau Feld 6 im Jahr ca. 4,5 ha Gebäude und Zuwegungen zurückgebaut. Diese Maßnahmen stehen als Ausgleichsmaßnahmen für Eingriffe in Natur und Landschaft, z. B. für die Errichtung von Windkraftanlagen oder für die Erweiterung des Flugplatzes Schönhagen, zur Verfügung. Das entnommene Material wurde für den Unterbau der B 101n, die Erschließung von Windkraftanlagen und für die Abdeckung der Deponie „Grüne Hölle“ in der Gemeinde Niedergörsdorf, OT Altes Lager, verwendet.

Im vergangenen Jahr wurde mit dem Verfahren der Baumschutzverordnung des Landkreises begonnen. Auf Grund mehrerer Einwendungen zur Aufnahme der Kastanie als geschützter Baum auf bebauten Grundstücken musste das Verfahren wiederholt werden. Dem Kreistag wird 2013 die Baumschutzverordnung zur Beschlussfassung vorgelegt. Seit dem 3. März gilt die erneute Veränderungssperre.

Auch im Bereich des Artenschutzes gab es im vergangenen Jahr gute Aktivitäten. In Lynow und in Kolzenburg wurden Weißstorchhorste erneuert. Das erfolgte in enger Zusammenarbeit und mit Unterstützung durch die E.ON Edis Es gab es viele Aktivitäten zur Wolfsproblematik. Vom Land wurde an einem Wolfmanagementplan gearbeitet, in den sich die Landkreise aktiv einbringen konnten. Der Plan soll Anfang des Jahres 2013 verabschiedet werden. Im Landkreis gibt es derzeit zwei Rudel Wölfe.

Im Bereich - Schutzgebiete - lag der Schwerpunkt in der Begleitung bei der Erarbeitung von Managementplänen für die Schutzgebiete. Die erneuten Unterschutzstellungsverfahren für das NSG Fauler See /Barssee und NSG Mönigsee stehen kurz vor dem Abschluss. Die Aktualisierung für das LSG „Baruther Urstromtal – Luckenwalder Heide“ wurde begonnen. Im April wurde dem Landkreis mit der „Achten Verordnung zur Übertragung der Befugnis für den Erlass von Rechtsverordnungen zur Festsetzung von Landschaftsschutzgebieten“ (GVBl. Bbg Teil II Nr. 26 vom 23.04.2012) für das geplante LSG „Wierachteiche – Zossener Heide“ die Befugnis zur Festsetzung eines Landschaftsschutzgebietes übertragen. Mit der Vergabe des erforderlichen Schutzwürdigkeitsgutachtens ist der Startpunkt gesetzt.

Als Alternative zu den Unterschutzstellungsverfahren für FFH-Gebiete werden im Land Brandenburg Bewirtschaftungserlasse erarbeitet. Diese setzen jedoch eine entsprechende Kooperationsbereitschaft zwischen Eigentümer und Nutzer voraus, um die Maßnahmen zur Sicherung der FFH-Gebiete auf der Grundlage von Vereinbarungen umzusetzen. Bisläng gibt es im Landkreis drei derartige Erlasse. Für die Betreuung, Koordinierung und Kontrolle der Umsetzung der Bewirtschaftungserlasse ist die untere Naturschutzbehörde verantwortlich.

Nach dem Wegfall des Zivildienstes konnte ein Unternehmen für die Mahd von drei orchideenreichen Feuchtwiesen und die Pflege des Trockenrasens am Sperenberger Gipsberg gewonnen werden. Die Flächen befinden sich in Naturschutz- und FFH-Gebieten.

Weitere Flächen mit einer Größe von rund 50 ha werden im Rahmen des Agrarförderprogrammes „Späte und eingeschränkte Grünlandnutzung“ unter naturschutzfachlichen Vorgaben bewirtschaftet.

Auch im vergangenen Jahr wurden Amphibienzäune von ehrenamtlichen Naturschützern gestellt und betreut. Zwei mobile Einrichtungen wurden in den letzten Jahren durch feste Leiteinrichtungen bei Straßenbauvorhaben ersetzt. Diese haben sich in der Praxis gut bewährt.

Die Arbeit des Naturschutzbeirates konnte erfolgreich fortgesetzt werden.

Es wurden 5 Sitzungen durchgeführt, bei denen der Beirat in 15 Entscheidungen der UNB mit einbezogen wurde. Neu ist seit dem vergangenen Jahr auch die digitale Beteiligung des Beirates bei besonders dringlichen und kurzfristigen Entscheidungen, was sich gut bewährt hat.

Aufgabenthematik	Anzahl 2010	Anzahl 2011	Anzahl 2012
Genehmigungen zu Baumfällungen und Alleen	277	250	287
Genehmigungsverfahren zu Eingriffen in Natur und Landschaft	290	329	307
Beurteilungen von Fachplänen	273	313	289
Genehmigungs- und Befreiungsverfahren in Schutzgebieten und -objekten	195	144	120
Maßnahmen zum Artenschutz	222	359	406

Landwirtschaftsamt

Agrarförderung

Im Jahr haben insgesamt 274 landwirtschaftliche Betriebe einen Antrag auf Agrarförderung gestellt, darunter 147 Unternehmen papierlos über das Internet. Damit hat sich die Internetbeantragung gegenüber den Vorjahren weiter erhöht. 104 Antragsteller reichten ihren Antrag mittels Datenträger ein und 23 Antragsteller stellten einen Papierantrag.

- *Beantragte Flächen 2012*

Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LN)	91.773,9891 ha
dav. Ackerland	75.571,1287 ha

dav. Dauergrünland	15.749,8615 ha
dav. Beweidung außerhalb LN	452,9989 ha

- *Direktzahlungen und benachteiligte Gebiete*

Im Rahmen der Agrarförderung wurden 267 Anträge auf Betriebsprämie gestellt, bewilligt wurden hierfür 25,480 Mio. € aus dem Haushalt der Europäischen Union.

Fast 50 % der landwirtschaftlichen Fläche des Landkreises fällt unter die Rubrik „benachteiligte Gebiete“. 143 landwirtschaftliche Unternehmen haben einen Antrag auf Zuschuss gestellt, der mit 1,330 Mio. € gefördert wurde.

Im Rahmen der durchgeführten Vor-Ort-Kontrollen Cross Compliance (CC) wurden in 5 Fällen Sanktionen zwischen 1 bis 5 % ausgesprochen und in einem Fall eine Sanktion mit 15 %, da hier ein Wiederholungsverstoß vorlag.

Im Rahmen des Kulturlandschaftsprogramms (KULAP) haben 130 Antragsteller 164 Anträge eingereicht. Auf einer Fläche von 18.966 ha werden die verschiedenen Maßnahmen innerhalb des Kulturlandschaftsprogrammes durchgeführt. Das sind 20,78 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche unseres Landkreises. Die Antragsteller erhalten für die Ertragsausfälle durch extensive und ökologische Bewirtschaftung insgesamt einen Ausgleich von 2,1 Mio €.

- *Feldblockpflege*

Im Rahmen der Pflege des Digitalen landesweiten Feldblockkatasters (DFBK) wurden 3.268 Feldblöcke bearbeitet und hinsichtlich ihrer Förderfähigkeit als landwirtschaftliche Flächen für die Agrarförderung überprüft. Darüber hinaus fanden in diesem Zusammenhang 68 Kontrollen vor Ort statt.

Im Landwirtschaftsamt arbeiten jährlich 2 bis 3 Auszubildende. Die praktische Ausbildung erfolgt in allen Bereichen des Amtes. Die Azubis werden durch den Ausbilder des Landwirtschaftsamtes begleitet.

- *Abtretungen/Pfändungen*

Es wurden insgesamt 39 Abtretungen und 40 Pfändungen angezeigt, die eine Forderung von 7,8 Mio. € ausmachen. Die 39 Abtretungen gehen an Händler und Banken. Die 40 Pfändungen belaufen sich auf 64.461,63 €.

Agrarstruktur

- *Kreiseigene Flächen*

Der Landkreis besitzt ca. 380 ha Kommunalwald im berlinnahen Raum. Dieser dient im Wesentlichen dem Erhalt und Schutz der Erholungsfunktion. Um diese Zielstellung erfolgreich umsetzen zu können sind zurzeit 4 "Bürgerarbeiter" (für einen Zeitraum von drei Jahren) und zeitweise bis zu 5 AGH (Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung) in Trägerschaft der Gemeinnützigen Arbeitsförderungsgesellschaft mbH Klausdorf (GAG) im Kreiswald für zusätzliche Aufgaben beschäftigt. Durch den Verkauf von Holz wurden ca. 29.900 € für den Kreishaushalt eingenommen. Ca. 270 ha landwirtschaftliche Flächen sind im Besitz des Landkreises, von denen ca. 223 ha an landwirtschaftliche Unternehmen verpachtet sind. Die jährlichen Pachteinahmen hieraus betragen 17.700 €.

- *Ehemalige Bodenreformflächen*

Der Landkreis wurde gemäß Art. 233 § 2 Abs. 3 Einführungsgesetzbuch zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB) als gesetzlicher Vertreter der Eigentümer ehemaliger Bodenreformflächen bestellt. Als gesetzlicher Vertreter hat er die Rechts- und Vermögensinteressen des Eigentümers bzw. dessen Rechtsnachfolgers wahrzunehmen. In dieser Eigenschaft verpachtet der Landkreis die Flächen von ca. 80 Eigentümern, deren Aufenthalt bzw. deren Erben unbekannt sind, an 27 landwirtschaftliche Unternehmen und verwaltet die jährlichen Pachteinahmen.

- *Grundstücksverkehr und Landpacht*

Es wurden insgesamt 375 Grundstücksverträge bearbeitet. Von den vorliegenden 264 Kaufverträgen haben in 109 Verträgen landwirtschaftliche Unternehmen 1.174,04 ha für 4,61 Mio. € erworben. 2011 waren es 102 Verträge mit 1.112,43 ha u. 5,26 Mio. €.

Außerhalb des Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetzes wurden per 31.12.2012 insgesamt 8.565,13 ha veräußert, davon im Jahr 2012 87,46 ha.

In diesem Jahr wurden 388,96 ha nach dem begünstigten Flächenverkauf durch die BVVG veräußert (178,70 ha Holzung, 186,96 ha Ackerfläche, 13,22 ha Grünland und 10,08 ha sonstige Flächen).

Per 31.12.2012 wurden insgesamt 7.698,40 ha nach dem Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz veräußert

Die landwirtschaftlichen Unternehmen haben insgesamt 11.884 Pachtverträge im Landwirtschaftsamt mit einer Fläche von ca. 81.000 ha angezeigt. Der zu zahlende Pachtpreis an die Verpächter beträgt ca. 6,8 Mio. €.

Der Landwirtschaft wurden im Zeitraum von 1990 bis 31.12.2012 ca. 2.771 ha landwirtschaftliche Nutzfläche durch Infrastrukturmaßnahmen entzogen.

- *Flurneuordnung*

Der Landkreis sieht die Flurneuordnung als Bestandteil einer gebündelten Förderung von Maßnahmen im ländlichen Raum. Diese soll zu einer positiven Entwicklung der Agrarstruktur sowie einer nachhaltigen Stärkung der Wirtschaft beitragen, um den ländlichen Raum als Lebens-, Arbeits-, Erholungs- und Naturraum nachhaltig und mit größtem Effekt zu entwickeln.

Anhängig sind die Verfahren „Klein Schulzendorf/Wiesenhagen I“ mit einer Gebietsgröße von ca. 588 ha, „Klein Schulzendorf/Wiesenhagen II“ mit einer Gebietsgröße von ca. 825 ha (beide angeordnet 1993), „Riebener See - Nieplitz Niederung“ (angeordnet 2000) mit einem Flächenanteil im Landkreis von ca. 707 ha (insgesamt 2.162 ha), „Oehna“ (angeordnet 2004) mit einer Gebietsgröße von ca. 6.196 ha, „Kloster Zinna“ mit einer Gebietsgröße von 2.963 ha (angeordnet 2007), „Dahme“ mit einer Gebietsgröße von ca. 1.589 ha (angeordnet 2007) und „Mückendorf“ mit einer Gebietsgröße von ca. 699 ha (angeordnet 2008). Das Verfahren Klein Schulzendorf/Wiesenhagen I befindet sich kurz vor dem Abschluss. Das Verfahren „Baruth“ mit einer Gebietsgröße von ca. 1.614 ha (angeordnet 1993) wurde mit der Schlussfeststellung im November 2010 abgeschlossen.

Weitere Flurneuordnungsverfahren sind beantragt. Vorbereitet wird die Verfahrensordnung Ende 2012 für das BOV „Christinendorf“ mit einer Untersuchungsgebietsfläche von ca. 1.672 ha und das BOV „Pfefferfließ“ südwestlich von Hennickendorf mit einem Flächeninhalt von ca. 1200 ha. Im Jahr 2013 könnte ein weiteres Verfahren in der Gemeinde Niederer Fläming angeordnet werden. Dazu sind schon entsprechende Vorarbeiten gelaufen.

- *Internationale Grüne Woche*

Der Landkreis und seine Partner haben sich zum vierten Mal sehr erfolgreich in der Brandenburg-Halle 21a zur Internationalen Grünen Woche in Berlin präsentiert. Das Amt Dahme/Mark, die Städte Luckenwalde, Baruth/Mark, Jüterbog, Trebbin, die Gemeinden Nuthe-Urstromtal und Am Mellensee sowie die Lokale Aktionsgruppe (LAG) „Rund um die Fläming-Skate“ e. V. und ihre Partner haben sich mit regionalen Produkten und sonstigen interessanten Angeboten aus den jeweiligen Regionen an den einzelnen Messetagen beteiligt. Darüber hinaus hat sich der Landkreis am 29. Januar 2012 erstmalig am Stand des Deutschen Landkreistages mit einer Präsentation rund um das Thema: „112. Deutscher Wandertag im Fläming“ vorgestellt.

- *Dorfwettbewerb*

Das Dorf Paplitz, OT der Stadt Baruth/Mark, Sieger im 7. Kreiswettbewerb 2011 „Unser Dorf hat Zukunft“, hat sich erfolgreich am gleichnamigen Landeswettbewerb beteiligt. Am 29. August weilte die Landesbewertungskommission vor Ort und zeigte sich beeindruckt vom großartigen bürgerschaftlichen Engagement der Paplitzer Bürger.

- *Kreiserntefest*

Das 12. Kreiserntefest fand in Glienick, OT der Stadt Zossen, am 22. September statt. Unter dem Motto „Alles in Butter“ präsentierte der Ort einen historischen Festumzug, ein interessantes Bühnenprogramm und einen ländlichen Bauernmarkt für alle Besucher. In guter Tradition nahmen auch die Vertreter des polnischen Partnerkreises Gniezno teil.

- *Investive Förderung*

Auch in diesem Jahr nutzten landwirtschaftliche Unternehmen die Möglichkeit zur Förderung geplanter Investitionsmaßnahmen. Insgesamt stellten 12 Unternehmen Anträge in Höhe von rund 25 Mio. € Gesamt-Investitionsvolumen. Maßnahmen für 10 Firmen sind bereits bewilligt mit einer Gesamtzuwendung von ca. 3,8 Mio. €. Die Bewilligung der finanziellen Mittel erfolgt unter anderem für Investitionen in 7 Milchviehanlagen (Neubau, Umbau, Melkzentren), Baumaßnahmen in der Schweinehaltung (2 Antragsteller), Beregnung und den Kauf verschiedener Technik (3 Antragsteller).

- *„Rund um die Flaeming-Skate“*

Die enge Zusammenarbeit des Landkreises mit der LAG „Rund um die Flaeming-Skate“ e. V. wurde weiter vertieft. Besonders die Stellungnahmen für kommunale Anträge konnten qualitativ verbessert werden. Im Berichtsjahr wurden 35 Anträge mit einer Investitionssumme von 7.603.000 € bewilligt. Dafür wurden Fördermittel im Umfang von 3,9 Mio. € bereitgestellt. Damit ist ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum geleistet worden.

- *Futtermittel*

Seit Einführung des Qualitätsmanagementsystems des Landes Brandenburg auch im Fachbereich Futtermittelüberwachung werden für alle aktuell 468 zu kontrollierenden Betriebe Risikoanalysen erstellt, die nach jeder Kontrolle erneuert werden. Daraus resultiert die Kontrollhäufigkeit, woraus sich planmäßig insgesamt 208 Fachrechts- und CC-Kontrollen summierten. Dieses hohe Maß konnte zu 94 % (195) erfüllt werden.

Der Rahmenplan der Kontrollaktivitäten im Futtermittelsektor, der jährliche Vorgaben des Bundes und der Länder ausdrückt, sah für unseren Landkreis insgesamt 33 Probenahmen mit 65 zu untersuchenden Parametern vor.

- *Ernte*

Stichprobenartig wurde (175 Berichtspflichtige) die Bodennutzungshaupterhebung durchgeführt. Es wurden auch von 30 Betrieben die Ernte- und Berichterstattung Feldfrüchte und Grünland (April bis Dezember) abgefordert.

An der „Besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung“ nahmen insgesamt 37 Betriebe teil. Diese Betriebe reichten 49 Proben (8 Rapsproben und 41 Getreideproben) sowie 32 zusätzliche Proben, die zur Schadstoffanalyse nach Detmold geschickt wurden, ein. Es

gab keine Beanstandungen. 18 Betriebe reichten die Ergebnisse der Kartoffelernte ein. Der Gesamtertrag bei Kartoffeln liegt bei 425,4 dt/ha.

Der Gesamtertrag bei Getreide stieg im Vergleich zum Vorjahr um 12,3 dt/ha auf 46,2 dt/ha. Beim Winterraps stieg der Ertrag von 18,1 dt/ha (2011) auf 22,4 dt/ha. Die guten Erträge beim Silomais belaufen sich auf 364,3 dt/ha.

- *Betriebsregister:*

Zurzeit sind 381 landwirtschaftliche Betriebe beim Landwirtschaftsamt des Landkreises Teltow-Fläming angemeldet.

Aufgabenthematik	2010	2011	2012
Bearbeitung Anträge Agrarförderung davon Antragsteller über das Internet	288 66	279 121	274 147
Abtretungen	68	61	39
Pfändungen	41	17	40
Antragsteller Kulturlandschaftsprogramm (KULAP)	129	139	130
Anträge Kulturlandschaftsprogramm (KULAP)	135	196	164
Pachtverträge	12.167	11.993	11.884
Grundstücksverkehr	319	347	375
Bearbeitung Klärschlammanträge	16	24	52
Kontrolle Düngeverordnung und CC-Kontrollen	13	16	16
Futtermittelanalysen auf schädliche Stoffe	183	220	499
Kontrolle Futtermittelunternehmen einschließlich CC-Kontrollen	165	182	195
Teilnehmer an Kursen der Landwirtschaftsschule	406	452	515
Anträge investive Förderung Landwirtschaft	17	18	16
Vor-Ort-Kontrollen	68	82	68

Wegen fehlender Bodenuntersuchungsergebnisse für Phosphat nach § 3 Abs. 3 Nr. 2 DüV wurden im Kalenderjahr in zwei landwirtschaftlichen Betrieben Bußgelder verhängt.

Dezernat IV

Kreisentwicklungsamt

Die Aufgaben des Kreisentwicklungsamtes gliedern sich allgemein in folgende Schwerpunkte:

- Mitwirkung an übergeordneten Planungen und Projekten sowie die Durchführung eigener Vorhaben im Hinblick auf eine positive Kreisentwicklung und die Verbesserung der Infrastrukturausstattung des Landkreises

- Weitere Qualifizierung insbesondere der touristischen Infrastruktur und damit verbundener Angebote
- Begleitung und Unterstützung der Gemeinden und Planungsträger im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung sowie bei städtebaulichen Maßnahmen
- Regional-/verkehrsplanerische sowie bauplanungsrechtliche Beurteilung von Vorhaben und Maßnahmen sonstiger Planungsträger und anderer Ämter
- Prüfung und Bescheidung von Genehmigungsanträgen zu Flächennutzungs- und Bebauungsplänen in Wahrnehmung der Funktion der höheren Verwaltungsbehörde nach Baugesetzbuch

Der bislang im Kreisentwicklungsamt eingebundene Bereich Flughafenbelange wurde ab Oktober als Stabsstelle Flughafen strukturell direkt dem Beigeordneten Herrn Detlef Gärtner zugeordnet. Die diesbezüglich wahrgenommenen Tätigkeiten werden dem Bericht des Kreisentwicklungsamtes zunächst vorangestellt.

- *Flughafenbelange*

Tätigkeitsschwerpunkte im Zusammenhang mit dem neuen Flughafen Berlin Brandenburg (BER) bildeten wiederum die Beratung von Bürgern, Unternehmen und anderen Akteuren, die Mitarbeit in den Gremien zur Flughafenumfeldentwicklung sowie die Unterstützung von Aktivitäten zum Thema Fluglärm.

So wurde die Mitarbeit des Landkreises in der Fluglärmkommission sowie im Dialogforum und in dessen verschiedenen Arbeitsgruppen zur Entwicklung des Flughafenumfeldes auf allen Ebenen fortgeführt. An der Umsetzung der durch den Kreistag im Zusammenhang mit dem Flughafen gefassten Beschlüsse wurde seitens des Landkreises aktiv gearbeitet:

- Die Beratungstätigkeit für die von den Auswirkungen des Flughafens betroffenen Bürger wurde fortgesetzt. Ab August wurden das Beratungszentrum und insbesondere die Schallschutzberatung personell verstärkt. Insgesamt sind für 888 Gebäude die Anspruchsberechtigten zum Schallschutzprogramm und zu anderen Anliegen beraten worden.
- Zur speziellen Überprüfung einzelner Schallschutzmaßnahmen konnten weitere gutachterliche Beratungsleistungen über das Flughafen-Beratungszentrum vermittelt werden. Die erforderlichen finanziellen Mittel stellte das Land in Höhe von 100.000 € zur Verfügung. Durch den Kreishaushalt wurden 10.000 € bereitgestellt. 262 Familien nahmen diese Gutachtertätigkeit in Anspruch.
- Das Flughafenberatungszentrum (FBZ) in Mahlow wurde im Verlauf des Jahres von mehr als 1.400 betroffenen Bürgern in Anspruch genommen. Darüber hinaus wird die Website www.flughafen-beratungszentrum.de ständig aktualisiert und hält Informationen rund um den Flughafen Berlin Brandenburg, das Schallschutzprogramm und sonstige Inhalte für den Bürger bereit.
- Ein 1. „Runder-Tisch-Lärm“ mit sensiblen Einrichtungen fand im März im Bürgerhaus Dahlewitz als Workshop mit Experten und betroffenen Schulen zum Umgang mit Lärm statt.

Die diesbezügliche Dokumentation ist einsehbar unter folgendem Link:

http://www.flughafen-beratungszentrum.de/pdf/fbz/1__Runder_Tisch_Laerm_Umgang_mit_Laerm_an_Schulen_klein.pdf

- Im Mai wurde die 3. Experten-Lärmkonferenz in Zusammenarbeit der Landkreise Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald durchgeführt. Im Mittelpunkt stand der Austausch zu den neuesten Erkenntnissen der Lärmwirkungsforschung und deren Anwendungsmöglichkeiten im privaten und öffentlichen Bereich. Es

konnten namhafte Experten aus Wissenschaft und Praxis z. B. zu den Themen technische und Psychoakustik, Schalloptimierung sowie nachhaltige Stadtentwicklung in lärmbelasteten Bereichen gewonnen werden.

- Ebenfalls im Mai wurde im Kreishaus eine Informationsveranstaltung der deutschen Flugsicherung GmbH (DFS) über die aktualisierten Flugrouten organisiert. Diskutiert wurden auch Möglichkeiten und Grenzen der Flugverfahrensplanung für den Schutz vor Fluglärm.
- Der Landkreis wirkte am wissenschaftlichen Projekt zur nachhaltigen Entwicklung der Kommunen im Flughafenumfeld „FAIRLeben“ mit, für das die Gemeinde Blankenfelde-Mahlow vom Land 970.000 € Fördermittel für die Projektarbeit in den nächsten Jahren erhalten hat. Dieses zielt auf die Erarbeitung von Strategien zum Umgang mit Flug- und Umgebungslärm und für eine Erhöhung der empfundenen Lebensqualität in Gebieten mit starker Infrastrukturbelastung ab.

Aus den seit 2011 durch den Landkreis wahrzunehmenden Aufgaben des Fluglärmschutzbeauftragten für den Flughafen Berlin-Schönefeld ergaben sich darüber hinaus folgende Tätigkeiten:

- Es wurden 1.406 Beschwerden mit über 5.000 verschiedenen Lärmereignissen überprüft und beantwortet. Dabei wurden bei 11 Flugverfahren Anhaltspunkte für eine Ordnungswidrigkeit festgestellt und ein entsprechendes Verfahren über die Deutsche Flugsicherung beim Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung eingeleitet.
- Darüber hinaus nahm die Zahl der Rat suchenden Bürger deutlich zu (ca. 350 Bürger). Dabei ging es in erster Linie um Anfragen zu den zukünftigen Flugrouten und den zu erwartenden Lärmauswirkungen nach der Inbetriebnahme des neuen Hauptstadtflughafens. Diese Informationen erbaten bauwillige Bürger bzw. Interessenten für Bestandsobjekte im Umland des Flughafens.
- Zudem wurden wiederholt Gespräche mit den am Flugverkehr beteiligten Institutionen geführt, um die Belange der Anwohner vorzubringen und eine erhöhte Sensibilität bzw. Verständnis zu erreichen. Schließlich wurde die Teilnahme an verschiedenen Konferenzen im Zusammenhang mit dem Fluglärm, dem Nachtflug und der Bürgerbeteiligung abgesichert.

Aus dem Aufgabenbereich des Kreisentwicklungsamtes waren im Einzelnen folgende Vorhaben und Entwicklungen von besonderer Bedeutung:

- *Infrastruktur/Tourismus*

Im Hinblick auf die weitere Qualifizierung der Infrastrukturausstattung des Landkreises wird auf folgende Maßnahmen in den Bereichen Verkehrs- und Tourismusinfrastruktur verwiesen.

- Zum vierstreifigen Ausbau der B 101n bis Luckenwalde erfolgten erneute Abstimmungen mit dem Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft zur Weiterführung der fehlenden Bauabschnitte und zur bestmöglichen Berücksichtigung der Interessen aller Beteiligten.

Mit dem Bau der B 101n – Ortsumgehung Thyrow konnte bisher nicht begonnen werden, da auf Grund der Klage eines Eigentümers gegen den Planfeststellungsbeschluss vom 20. Mai 2011 kein vollziehbares Baurecht vorliegt.

Im Rahmen eines Eilverfahrens war zur Beilegung des Rechtsstreits durch das Obergerverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg ein Erörterungstermin angeordnet worden, infolge dessen die vorliegende Planung überarbeitet werden musste. Die Bestätigung der geänderten Planung durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) steht noch aus. Gegenwärtig wird davon ausgegangen, dass 2013 zwar Baurecht erlangt werden, mit dem eigentlichen Bau aber erst im darauf folgenden Jahr begonnen werden kann.

Demzufolge konnten auch noch nicht die rechtlichen Voraussetzungen für die zeitgleiche Berücksichtigung eines straßenbegleitenden Radweges beim Bau des Brückenbauwerkes B 101n/L 795 geschaffen werden. Die Vereinbarung mit der DEGES zum Zwecke der Planänderung wurde aufgrund fehlender finanzieller Mittel im Kreishaushalt bislang nicht geschlossen.

Die Bauarbeiten am Abschnitt Woltersdorf – Wiesenhagen wurden fortgeführt, konnten jedoch vom beauftragten Bauunternehmen witterungsbedingt nicht, wie ursprünglich vorgesehen, zum Jahresende beendet werden. Die Verkehrsfreigabe der zweiten Richtungsfahrbahn ist Anfang des nächsten Jahres geplant.

Die Arbeiten an der Ortsumgehung Luckenwalde Süd wurden ebenfalls weitergeführt. Im August erfolgte die Teilfreigabe des Abschnittes zwischen „Zapfholzweg“ und „An den Ziegeleien“ einschließlich der Ausfahrt „Industriegebiet“. Die Fertigstellung der Ortsumgehung Luckenwalde Süd ist für Herbst 2013 vorgesehen.

- Mit den Bauarbeiten zur Herstellung des Lückenschlusses für den vierstreifigen Ausbau der L 76 zwischen der B 101 und der B 96 in Form der Ortsumgehung Mahlow wurde begonnen. Die Maßnahme soll im Jahr 2013 fortgesetzt werden. Im Haushalt des Landes Brandenburg sind dafür 9,6 Mill. € eingestellt.
- Im Rahmen kreislicher Straßenplanungen wurde die Anschlussplanung vom bestehenden Radweg an der K 7239 Diedersdorf – Birkholz vom Knotenpunkt L 76 a/K 7239 über die L 76n nach Birkholz fortgesetzt und mit der Genehmigungsplanung abgeschlossen, sodass die Planungsunterlagen zur Durchführung der Baumaßnahme an das Bauamt weitergereicht werden konnten.
- Die Überprüfung der korrekten Einstufung aller Kreisstraßen entsprechend den Bestimmungen des Brandenburgischen Straßengesetzes wurde fortgesetzt. Gemäß Kreistagsbeschluss 4-0853/11-IV erfolgten bereits mit Wirkung zum 1. Januar 2012 die Umstufungen der Kreisstraße K 7217 zur Gemeindestraße und der Landesstraße L 707 zur Kreisstraße. Letztere wurde Bestandteil der K 7225.

Um die darüber hinaus anstehenden Umstufungsverfahren einvernehmlich mit den betroffenen Städten und Gemeinden zu regeln, wurden Gespräche mit der Bürgermeisterin von Nuthe-Urstromtal und den betroffenen Bürgermeistern sowie dem Amtsdirektor des Amtes Dahme/Mark geführt. Im Anschluss daran wurden die Begehungen der zur Umstufung vorgesehenen Straßen vom Bauamt vorgenommen. Die Ergebnisse werden regelmäßig Bestandteil der jeweiligen Umstufungsvereinbarung. Am 10. Dezember erging die Umstufungsverfügung für die K 7203 mit Wirkung zum 1. Januar 2013. Der Umstufungsprozess, der sich insgesamt schwierig gestaltet, wird im Jahr 2013 fortgesetzt.

- Unter Beteiligung der einzelnen Fachämter wurden Stellungnahmen des Landkreises zu weiteren Planverfahren zu sonstigen Infrastrukturmaßnahmen des Bundes, des Landes und anderer Träger erarbeitet.

Die Arbeitsgespräche zur Beschleunigung des Ausbaues der Dresdener Bahn wurden fortgesetzt. Insbesondere wurde Einfluss auf die Problemschwerpunkte bei den aktuell in Planung befindlichen Maßnahmen genommen. Diese bezogen sich u. a. auf die Bahnübergangsbeseitigungsmaßnahmen in den Bereichen der Bahnhöfe Rangsdorf und Dahlewitz (L 40) sowie im Bereich der B 246 in Zossen.

- Im Rahmen der Fortführung und Optimierung des 1998 gestarteten Projektes Fläming-Skate wurde der Bau des Abschnittes Wahlsdorf – Prensdorf abgeschlossen. Mit der Fertigstellung dieser Baumaßnahme wurde der Lückenschluss zwischen den bestehenden Trassenabschnitten der Fläming-Skate in den Ortslagen Wahlsdorf und Prensdorf realisiert, sodass ein weiterer Rundkurs von ca. 39 km entstanden ist. Die Gesamtlänge des Rad- und Skateweges beträgt rund 230 km.

Weiterhin wurde die Genehmigungsplanung des barrierefreien Radweges am Wasserwerk Luckenwalde fertiggestellt. Aufgrund der fehlenden Finanzierungsmöglichkeit ist die Umsetzung der Maßnahme frühestens ab 2015 geplant.

- Bei der Umsetzung des Radwegekonzeptes des Landkreises Teltow-Fläming, das u. a. auf die Herstellung durchgängiger Radwegeverbindungen von Berlin zur Fläming-Skate zielt, ist für die einzelnen Maßnahmen folgender Verfahrensstand festzustellen:
 - Weiterführung der Planung für den Bau eines Radweges an der Kreisstraße 7241 vom Ortsausgang Genshagen bis Ortseingang Großbeeren. Die Fortführung der Planung von der Wietstocker Kreuzung bis Genshagen wurde auf Grund fehlender Haushaltsmittel vorerst zurückgestellt.
 - Mitte des Jahres wurde die Ausführungsplanung für den straßenbegleitenden Radweg an der B 246 von Löwendorf nach Schönhagen beendet und zur Umsetzung freigegeben. Der Baubeginn erfolgte am 3. Dezember. Das voraussichtliche Ende der Baumaßnahme ist für August 2013 geplant. Die Maßnahme wird mit Mitteln des Bundes finanziert.
 - Weiterführung der Planung für den Bau eines straßenbegleitenden Radweges entlang der B 246 für den Teilabschnitt von Schönhagen nach Stangenhagen
 - Die Genehmigungsplanung für den Bau eines Radweges zwischen Mückendorf und Zesch am See wurde fertiggestellt. Jedoch wurde der Antrag auf Gewährung einer Zuwendung noch mit Schreiben vom 9. Januar 2013 abgelehnt, nachdem die Fördermittel vom Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung bereits in Aussicht gestellt worden waren.
 - Auch die Planung des touristischen Verbindungsweges Egsdorf – Zesch am See wurde fortgeführt. Der Antrag auf Gewährung einer Zuwendung wurde gleichermaßen abgelehnt. Aufgrund der fehlenden Finanzierungsmöglichkeit für den Bau des Radweges Radeland – Klasdorf wurde dieser Fördermittelantrag zurückgezogen und die Fortführung der Maßnahme auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

- Nachdem im vergangenen Jahr die eigentliche Beschilderung der touristischen Radroute „Tour Brandenburg“ vorgenommen wurde, konnte das Projekt mit der Fertigstellung der Übersichtstafeln nunmehr komplettiert und damit abgeschlossen werden.
- Des Weiteren erfolgte die aktive Mitwirkung in der vom Dachverband der Regionalparks in Brandenburg und Berlin e. V. initiierten Arbeitsgruppe zur Entwicklung der Regionalparkroute „Rund um Berlin“. Hier wurde zunächst die Entwicklung und Herausgabe des Hauptflyers sowie der 8 Flyer für die einzelnen Regionalparkbereiche abgeschlossen. Daran anschließend wird im nächsten Jahr an der Beschilderung der gemeinsam abgestimmten Route gearbeitet.
- Die Erfassung und Kontrolle der Qualität aller 38 genehmigten Wanderwege durch zwei Mitarbeiter, die bis zum 30. November als „Netzwerkhelfer Tourismus“ befristet über das Bundesprogramm Kommunal-Kombi beschäftigt waren, wurde abgeschlossen. Besondere Merkmale wie Markierung, Wegebeschaffenheit, Rastplätze, Sehenswürdigkeiten, Naturschönheiten und Zivilisation wurden dokumentiert. Gemeinsam mit den Städten, Gemeinden und deren Pflegepartnern wurden Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung der Wanderwege abgestimmt.
- Große kreisliche Unterstützung galt der Vorbereitung und Durchführung des „Deutschen Wandertages 2012“ (DWT) im Fläming. Damit konnte wesentlich zur Imageaufwertung des Flämings beigetragen werden. In Vorbereitung des DWT wurden die Wegeverläufe der im Programmheft angebotenen Wanderungen innerhalb des Landkreises Teltow-Fläming sowie des Landkreises Dahme-Spreewald vollständig digitalisiert.

Zudem wurden die im Jahr 2011 wieder aufgenommenen Aktivitäten zur Schaffung des kultur- und kirchenhistorischen Radwanderweges „Luther-Tetzel-Weg“ von Jüterbog nach Wittenberg fortgesetzt. Es fand eine enge Zusammenarbeit mit dem Landkreis Wittenberg, allen an dem Weg gelegenen Gemeinden und der Evangelischen Kirche statt. Im Rahmen des Deutschen Wandertages fand am 28. Juni die Eröffnung dieses Weges statt, dessen dauerhafte Beschilderung bis zum Frühjahr 2013 vorgesehen ist. Die Maßnahme wird im Wesentlichen finanziert durch die Evangelische Kirche und erfolgt innerhalb der Lutherdekade (2008 bis zum 500. Jahrestag des Thesenanschlags von Martin Luther 2017).

- Die jährlich notwendige Kontrolle der sechs Radrouten durch die Regionalparks wurde ebenfalls von den „Netzwerkhelfern Tourismus“ durchgeführt.
- Auch weitere Maßnahmen und Tätigkeiten waren auf die Erweiterung und Verbesserung der touristischen Infrastruktur gerichtet.
 - o Durch den Einsatz der GPS-Technik wurden die Wegeverläufe sowohl der Wanderwege als auch der touristischen Radwege erfasst und fotografisch dokumentiert.
 - o Zurzeit befinden sich drei neue Wander- und ein neuer Radwanderweg im Genehmigungsverfahren. Die Vorplanungen für die Zertifizierung von zwei neuen Wanderwegen, die das Grundgerüst einer Wanderwegekonzeption des Landkreises werden sollen, haben im Herbst begonnen.
 - o Sechs Wanderwege wurden durch die Bestandserfasser für die Zertifizierung von Wanderwegen entsprechend den Zertifizierungskriterien überprüft, um die

Eignung für die Vergabe des Prädikates „Qualitätsweg Wanderbares Deutschland“ festzustellen.

- Drei Mitarbeiter wurden als Wanderbegleiter ausgebildet, zwei weitere befinden sich in der Ausbildung als Radroutenerfasser zur Radfernwegeklassifizierung.

- *Bauleitplanung/Städtebaumaßnahmen*

Das Kreisentwicklungsamt begleitete planungsrechtlich 48 Bauleitplanungen in unterschiedlichen Beteiligungsstufen. Zudem fungierte es im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange als Bündelungsbehörde für die Stellungnahmen der Fachbehörden im Hause.

Auch in diesem Jahr setzte sich der Trend zum Ausbau der Nutzung regenerativer Energien fort. Verstärkt wurden Bauleitpläne zur Nutzung von Biomasse- und Solarenergie aufgestellt bzw. die Verfahren fortgesetzt. Hervorzuheben sind hierbei folgende Bauleitpläne:

- Bebauungsplan (BP) Stülpe Nr. 01 „Sondergebiet Biomethananlage Stülpe“ der Gemeinde Nuthe-Urstromtal
- Vorhabenbezogener Bebauungsplan (vBP) Nr. 01 „Photovoltaikanlage Schönefeld“ der Gemeinde Nuthe-Urstromtal
- vBP „Photovoltaik Breite Wiesenweg“ des Amtes Dahme/Mark
- vBP „Freiflächenphotovoltaikanlagen auf der Aschedeponie“ der Gemeinde Großbeeren
- BP Nr. 032 „Solarpark Jüterbog Süd“ der Stadt Jüterbog.

Planungen bzw. Anträge im Hinblick auf Windkraftnutzung haben auch weiterhin deutlich zugenommen. Es gab wachsenden Beratungsbedarf der Städte, Gemeinden und des Amtes im Landkreis sowie der Planungsbüros und Bürger. Dem wurde mit entsprechenden Abstimmungen unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung sowie der Verfahrensstände der übergeordneten Planungen Rechnung getragen. Die Kommunen streben verstärkt eine Steuerung der Windkraftnutzung im Rahmen der Flächennutzungsplanung an. In Flächennutzungsplänen (FNP) oder Sachlichen Teil-FNP werden Konzentrationsflächen für die Nutzung von Windenergie ausgewiesen, um möglichen Konflikten frühzeitig zu begegnen. So haben beispielsweise die Städte Baruth und Ludwigsfelde sowie die Gemeinden Nuthe-Urstromtal und Großbeeren Planungen eingeleitet, mit denen auch Regelungen zur zukünftigen Windkraftnutzung getroffen werden sollen.

Bei Anfragen von Bürgern, Ämtern und Gemeinden sowie Planungs- und Gutachterbüros zu sonstigen planungsrechtlichen Problemstellungen wurden regelmäßig Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt.

Die verstärkte Nutzung regenerativer Energien schlägt sich insbesondere bei den Verfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) nieder. Hier wurden sowohl Verfahren zur Errichtung von Anlagen zur Erzeugung von Biomasse als auch zur Errichtung von Anlagen zur Erzeugung von Windenergie planungsrechtlich begleitet. Zudem wurden bauplanungsrechtliche Mitbeurteilungen zu größeren und komplexen Bauanträgen/Bauvoranfragen bzw. zu Vorgängen mit besonderer Konfliktlage hausintern zugearbeitet.

Auf der Grundlage der Städtebauförderungsrichtlinien des Landes wurde die Begleitung von Förderungs- und Förderungsfortführungsanträgen mehrerer kreisangehöriger

Städte sowohl als Fachbehörde als auch als Bündelungsbehörde des Landkreises abgesichert. Darüber hinaus wurden Stellungnahmen zu Vorhaben im Rahmen der Förderung der ländlichen Entwicklung erarbeitet.

Positionierungen erfolgten darüber hinaus zu Anfragen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der Bundesanstalt für Grundstücksverwaltungs- und Verwertungsgesellschaft mbH, insbesondere zu Entwicklungsabsichten der WGT-Liegenschaften.

Im Rahmen der übergeordneten Raumentwicklungsplanung wurde der Abstimmungsprozess zu dem in Aufstellung befindlichen Regionalplan 2020 der Region Havelland-Fläming fortgesetzt. Es wurden Zuarbeiten für die Sitzungen der Gremien der Region erarbeitet und die Unterrichtung einzelner Fachämter zu den jeweiligen Planungsständen sichergestellt.

Im Juni ist das Beteiligungsverfahren für den Regionalplanentwurf vom 26. April 2012 eröffnet worden. Diesbezüglich wurde die öffentliche Auslegung und im Bedarfsfall die Erläuterung der Planunterlagen in den Diensträumen der Kreisverwaltung abgesichert. Im Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung wurde der Planentwurf vorgestellt und das Beteiligungsverfahren erörtert.

In der Stellungnahme des Landkreises sind die Belange der Fachämter federführend zusammengestellt worden. Insgesamt wurde dabei der Ansatz der Planung, durch räumliche Steuerung eine nachhaltige Entwicklung in der Region zu ermöglichen, als gelungen eingeschätzt. Zu einzelnen Ausweisungen, insbesondere zur Windkraftnutzung, wurden dennoch Bedenken oder Vorbehalte geäußert. Der Planentwurf befindet sich derzeit in der Zusammenstellung und Abwägung der vorgebrachten Belange durch die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming. Ergebnisse hieraus werden im ersten Halbjahr 2013 erwartet.

Schließlich waren die Festlegungen des Regionalplanentwurfs und die diesbezügliche kreisliche Positionierung bereits in übrige Beteiligungsverfahren einzubringen und in kreislichen Planungen zu berücksichtigen.

Das Kreisentwicklungsamt war wiederum für den Sitzungsdienst des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung zuständig. Es wurden acht ordentliche Sitzungen fachlich wie organisatorisch abgesichert. Darüber hinaus erfolgte die Mitarbeit in der Koordinierungsgruppe des Landkreises einschließlich der Protokollierung der vierzehntägig stattfindenden Sitzungen.

Alle Planungen und Vorhaben wurden darüber hinaus durch das geografische Informationssystem (GIS) unterstützt. Schwerpunkte hierbei waren die Arbeit an GIS-Datenbanken der Bauleitplanung, der Schulentwicklung, der Rad-/Wanderwege, der Straßen und des Flughafens Berlin Brandenburg sowie deren Aufbereitung und Bereitstellung für das Intranet und das Internet.

Darüber hinaus wurde bei der Erstellung kreislicher Flyer, der Veröffentlichung von Kartenmaterial und der inhaltlichen Gestaltung der Web-Seite zur Fläming-Skate mitgewirkt.

Folgende ämterübergreifenden Tätigkeiten wurden zudem abgesichert:

- Erstellen von GIS-Themen für Ämter ohne GIS-Kompetenz

- Aufbereiten/Austauschen von GIS-Daten innerhalb und außerhalb der Kreisverwaltung mittels unterschiedlichster Datenformate
- Aktualisierung der für Veröffentlichungen bereit gestellten kostenfreien digitalen Kartengrundlage (OpenStreetmap)
- Anwendung kostengünstiger Techniken (GPS) zur digitalen Übernahme von Wegeverläufen, Beschilderungen, Fotoaufnahmen und Sonstigem in das GIS
- Mitwirken an der Weiterentwicklung des Geoportals des Landkreises (WEB-GIS)
- Einführung und Optimierung neuer GIS-Software für effektivere Arbeitsabläufe

- *Höhere Verwaltungsbehörde*

Gemäß Baugesetzbuchzuständigkeitsverordnung obliegt dem Landkreis die Aufgabe der höheren Verwaltungsbehörde nach dem Baugesetzbuch. Daraus abgeleitet wurde eine umfängliche Prüf- und Beratungstätigkeit zu allen Fragen des Planungsrechts sowie den damit in Zusammenhang stehenden Nachbardisziplinen wahrgenommen. Gegenstand der Beurteilung sind regelmäßig Bauleitpläne, sonstige Satzungen sowie planungsrechtliche Einzelfragen. Dabei wird eine enge Zusammenarbeit mit den Verwaltungen, Planern, Investoren sowie mit weiteren Behörden und Dritten gepflegt.

Einen besonderen Schwerpunkt bildeten wiederum Planungen zur Erzeugung erneuerbarer Energien und deren Steuerung. Fragen zur Errichtung von Windkraftanlagen waren dabei von sehr hoher Priorität.

Darüber hinaus wurden grundsätzliche Fragestellungen, auch außerhalb von Prüfverfahren, erörtert.

Schließlich wurde der konstruktive Austausch mit der zuständigen Sonderaufsichtsbehörde, dem Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft, fortgeführt. Gemeinsam konnte wiederum ein Fortbildungsseminar des Volksheimstättenwerkes zum Planungsrecht inhaltlich vorbereitet und mit Referenten aus der Praxis durchgeführt werden.

Widersprüche und Klageverfahren sind insgesamt nicht anhängig. Wegen der Nichtbesetzung einer für wesentliche Teilaufgaben der höheren Verwaltungsbehörde zuständigen Stelle konnte jedoch ein Antragsrückstau einschließlich der Gefahr von Verfristungen nicht vermieden werden.

Kataster- und Vermessungsamt

- *Einführung des Amtlichen Liegenschaftskataster-Informationssystems (ALKIS)*

Ab Januar 2013 wird nunmehr in den Kataster- und Vermessungsämtern des Landes Brandenburg die Migration der Datenbanken Automatisiertes Liegenschaftsbuch (ALB) und Automatisierte Liegenschaftskarte (ALK) angestoßen.

Das Projekt verfolgt die bundeseinheitlich abgestimmte, wirtschaftliche und redundanzarme Führung der Geobasisdaten der Liegenschaften (ALKIS[®]) in einem neuen, gemeinsamen Datenmodell. Hierzu müssen die IT - Architekturen (Hardware, Betriebssysteme, Anwendungssoftware, Datenhaltung, Web-Technologie) und die Geschäftsprozesse (Verfahrensabläufe zur Datenerhebung und -qualifizierung sowie zur Führung und Benutzung) umgestaltet werden. Die Umstellung auf das neue Datenmodell eröffnet die Möglichkeiten der zentralen Datenhaltung und der Datenabgabe über Internetdienste.

Das Jahr wurde intensiv genutzt, um praktische Erfahrungen mit der ALKIS-EQK zu sammeln. Die angebotenen Schulungsmodule des Landesbetriebes Landesvermessung und Geobasisdaten, der Informationsaustausch mit dem ALKIS-Team in Frankfurt/Oder, in Arbeitsgruppen und Workshops wurden von einer Vielzahl von Mitarbeitern genutzt und waren sehr wichtig, um Sicherheit in der Benutzung der Fortführungskomponente zu erzielen.

Die künftige Organisation der ALKIS-Geschäftsprozesse im Kataster war ab der zweiten Jahreshälfte Gegenstand der Diskussion und Vorbereitung. Die

Schulungsumgebungen der EQK, LiKa-online und Geobroker an den Arbeitsplätzen ermöglichten die Vorbereitung auf das System ALKIS.

Ab Januar wird nunmehr in den Kataster- und Vermessungsämtern des Landes Brandenburg die Migration der Datenbanken Automatisiertes Liegenschaftsbuch (ALB) und Automatisierte Liegenschaftskarte (ALK) angestoßen und in die ALKIS-Welt überführt.

- *Katasterkartenwerk, Katasterbuchwerk und Katasterzahlenwerk*

Arbeitsschwerpunkt im Tagesgeschäft war die zeitnahe Übernahme der 818 eigenen und eingereichten Messungsschriften und die Abgabe von überwiegend digitalen Daten aus dem Katasterbuch- und kartenwerk. Dabei wurde beachtet, dass die Qualität und Konsistenz der ALK- und ALB-Daten zu den jeweiligen Probemigrationen übereinstimmend vorgehalten werden konnte.

Die Bereinigung der fehlerrelevanten Splitpunkte unter Wahrung der notwendigen Qualität der Liegenschaftskarte erforderte die Zurückstellung von Qualitätsverbesserung Liegenschaftskataster–Schwerpunkten, konnte aber bis zum 31. Oktober erledigt werden.

- *Geometrieverbesserung*

Arbeiten zur Geometrieverbesserung der Liegenschaftskarte wurden weiterhin kontinuierlich ausgeführt. Für ca. 10% der Kreisfläche konnten geeignete lokale Messungen durch örtliche Untersuchung der Grenzen und Passpunktermittlung mit den Komponenten Systra / Geograph / KIVID in das System ETRS 89 überführt werden.

- *Gutachterausschuss für Grundstückswerte*

Die am 1. Juli 2010 in Kraft getretene Immobilienwertermittlungsverordnung stellt neue Anforderungen an die Gutachterausschüsse. An der Umsetzung der neuen Anforderungen wird kontinuierlich gearbeitet. Die Mitglieder des Gutachterausschusses wurden bei der Ermittlung und Auswertung von Marktindikatoren und ergänzenden Informationen aus ihrer gutachterlichen Praxis einbezogen. Die Auswertung von 2.450 Kauffällen mit der neuen Version der AKS erforderte die volle Konzentration der Mitglieder der Geschäftsstelle.

Die Ermittlung von besonderen Bodenrichtwerten in zwei Sanierungsgebieten in Dahme/Mark und Jüterbog konnte im Dezember zum Abschluss gebracht werden.

- *Ausbildung*

Mit drei eigenen und vier externen Auszubildenden wurde eine Vielzahl von Fachthemen innerhalb der gegründeten Unterweisungsgemeinschaft „Teltow-Fläming“ behandelt. Unterstützt wurde die Verwaltung von kreisansässigen Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren, die sich bereit erklärten für einzelne Themen als Referent aufzutreten. Die Unterweisungsgemeinschaft hat sich als gewinnbringend für die Ausbildung der Vermessungstechniker erwiesen.

Die Möglichkeit, den Ausbildungsberuf „Vermessungstechniker“ im Kataster- und Vermessungsamt der Kreisverwaltung zu erlernen, wurde u.a. beim „Zukunftstag“ unter Einbeziehung der Auszubildenden präsentiert. Jugendliche nutzten daraufhin bereits mehrfach die Möglichkeit eines Schülerpraktikums bzw. bewarben sich um einen Ausbildungsplatz.

- *Antragsstatistik*
 - Im Jahre wurden ca. 2.400 schriftliche und mündliche Anträge auf Erteilung von Auszügen aus der Liegenschaftskarte oder von Eigentumsnachweisen gestellt und bearbeitet.
 - Eine Vielzahl von Kunden hat sich durch die Einführung von digitalen Systemen in der Vermessungsverwaltung auf die Auskunftserteilung in digitalen Formaten umgestellt und setzt Graphische Informationssysteme ein. Katasterinformationen in Form von Geobasisdaten wurden von insgesamt 61.000 km² Kreisfläche verkauft.
 - Voreigentümerrecherchen wurden für ca. 1.800 Antragsteller erarbeitet.
 - Im Bereich Messungsvorbereitung wurden 1.100 Anträge auf Unterlagenerteilung erarbeitet. Die um ca. 200 Anträge gestiegene Antragszahl gegenüber dem Vorjahr weist auf eine Belebung der Messtätigkeit im Landkreis.
 - Die örtliche Messtätigkeit des A 62 wird durch drei Messtrupps erledigt, sie bildet die Grundlage für die weitere Geometrieverbesserung der Liegenschaftskarte und ist auch künftig eine der Hauptaufgaben der Katasterverwaltung.
 - 818 Vermessungsschriften wurden durch Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure oder durch das Amt selbst zur Übernahme in das Liegenschaftskataster eingereicht und in die Katasternachweise übernommen. Die Fortführungsvermessungen sind nach ca. 1 Monat in das Liegenschaftskataster eingearbeitet.

Bauamt

1. Sachgebiet Hochbau

Das Sachgebiet Hochbau und Liegenschaften konzentrierte sich auf den Erhalt und die Instandsetzung der kreiseigenen Gebäude und Liegenschaften.

Leistungsschwerpunkte waren:

- Im Gewerbegebiet in Baruth wurde der Neubau der Rettungswache im November fertiggestellt und feierlich übergeben. Die Rettungswache ist energetisch auf dem neuesten Stand der EnEV 2009 geplant und ausgeführt worden. Mit Erdwärme wird geheizt, im Bedarfsfall gekühlt und mittels Solarzellen wird warmes Wasser aufbereitet.
- Im Gebäudeteil A1 des Kreishauses wurden die Fassade zum Vorplatz geöffnet und Fensterbänder eingesetzt, sodass zusätzliche Büroräume geschaffen werden konnten. Das Erscheinungsbild vom Haupteingang wurde mit dieser Veränderung aufgewertet.
- Am Gymnasium Standort Rangsdorf wurden in den Sommerferien umfangreiche Elektroinstallationen zur Medieninitiative durchgeführt. Restleistungen konnten erst in den Herbstferien fertiggestellt werden.
- Im Oberstufenzentrum am Standort Luckenwalde wurde in der Turnhalle der Sanitärbereich der Herren grundsaniert. Infolge maroder Leitungen war eine komplette Entkernung notwendig. Die Sanierung des Sanitärbereiches für die Damen ist für die Sommerferien 2013 eingeplant.
- Das Dach des Ackerbürgerhauses (Kreishausvorplatz) wurde mit einem Zellulose-Dämmstoff gedämmt. Mit dem Innenausbau wurde begonnen.

Des Weiteren wurden Instandsetzungs- und Instandhaltungsmaßnahmen an den Einrichtungen des Landkreises zum Erhalt und zur Sicherung der Bausubstanz durchgeführt.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Vorbereitung der Einführung eines zentralen Gebäudemanagements. Die Erarbeitung von Raumbüchern mit Verknüpfung der objektbezogenen Informationen soll die Arbeit transparenter machen. Die ersten Schritte und Abstimmungen mit den beteiligten Fachämtern erfolgten.

Die amtsinternen Planungsleistungen von Gebäuden und technischen Anlagen umfassten in diesem Haushaltsjahr ca. 660.000 €. Dennoch war die Vergabe von Ingenieurleistungen für Statik, Elektroplanung und Freianlagen in Höhe von ca. 33.000 € erforderlich.

Es erfolgten 122 Ausschreibungen mit einem Finanzvolumen von 606.000 €. Hinter einem Gesamtvolumen von 1 Mio. € stehen 560 Auftragsvergaben, davon blieben 93,7 % der Auftragssummen bei Firmen und Unternehmen im Landkreis.

Für kreisangehörige Verwaltungen und Gesellschaften wurden 12 baufachliche Stellungnahmen erarbeitet.

2. Sachgebiet Straßenwesen

Das Sachgebiet ist als Straßenbaubehörde für den verkehrssicheren Zustand der Straßen und Wege in der Baulast des Landkreises verantwortlich. Das Straßen- und Wegenetz umfasst 202 km Kreisstraßen, 67 km straßenbegleitende Radwege sowie 216 km Rad- und Skatewege (Fläming-Skate).

Zu den Aufgaben des Sachgebietes gehören

- die betriebliche und bauliche Unterhaltung der Straßen, Radwege, Brücken sowie Straßendurchlässe, die Pflege des Straßenbegleitgrüns wie Bankette, Mulden, Straßenbäume, Hecken und die Organisation des Winterdienstes,
- die Vorbereitung und Durchführung von Instandsetzungsarbeiten und Erneuerungsmaßnahmen an Kreisstraßen, Radwegen sowie an der Fläming-Skate,
- die Verwaltung der Kreisstraßen und Radwege (Führung der Straßenverzeichnisse) sowie die Verwaltung der Fläming-Skate,
- die straßenrechtliche Bearbeitung von Benutzungen der Kreisstraßen und Radwege und der Fläming-Skate (Genehmigungen bezüglich Leitungsverlegungen, Sondernutzungen, Zufahrten, Anbauten und Zustimmungen zu verkehrsrechtlichen Erlaubnissen),
- die Erarbeitung von straßenbaufachlichen Stellungnahmen bezüglich Baugenehmigungsverfahren und Bauleitverfahren,
- Ausführung der Straßenaufsicht gegenüber den Gemeinden/Amt des Landkreises als Straßenaufsichtsbehörde.

Die betriebliche Unterhaltung der Fläming-Skate einschließlich deren Reinigung und die Reinigung der Radwege wird durch die Kreisstraßenmeisterei übernommen. Dagegen werden die Leistungen der betrieblichen und baulichen Unterhaltung der Kreisstraßen, Brücken und Radwege (Pflege des Begleitgrüns und der Bankette, Verkehrsbeschilderung, Erneuerung von Leitpfosten, Leiteinrichtungen und Fahrbahnmarkierungen, Reparatur von Fahrbahndecken) sowie der baulichen Unterhaltung der Fläming-Skate überwiegend an entsprechende Fachfirmen vergeben. Es wurden Aufträge mit einem Wertumfang von ca. 900.000 € erteilt.

Der Winterdienst auf den Kreisstraßen erfolgt durch Beauftragung regionaler Firmen nach Ausschreibung, die den Einsatz eigenverantwortlich durchführen. Dem Sachgebiet obliegen die Kontrolle der durchgeführten Leistungen und die Festlegung von Einsatzgrundsätzen.

Der Haushaltsansatz 900.000 € war aufgrund von erforderlichen Sparmaßnahmen um ca. 500.000 € geringer als in den Jahren zuvor. In Auswertung des Jahres ist festzustellen, dass die durchzuführenden Pflichtaufgaben nicht vollumfänglich realisiert werden konnten. In den Bereichen Unterhaltung Fläming-Skate ist ein massiver Rückstau entstanden, der in den folgenden Jahren nur mit beträchtlichen finanziellen Aufwendungen zu kompensieren ist. Im Bereich Pflege und Mahd konnten mit den festgelegten Sparmaßnahmen keine befriedigenden Ergebnisse erzielt werden. Teilweise war die Verkehrssicherheit nur eingeschränkt gewährleistet, Bürgerbeschwerden mussten vermehrt registriert werden.

Im Rahmen der Durchführung von Instandsetzungen, Erneuerungen und des Neubaus von Straßen, Brücken und Radwegen wurden folgende, zum Teil im Vorjahr begonnene, Bauvorhaben abgeschlossen:

Vorhaben	Auftragssumme (gerundet)
Instandsetzung der Niederschlagsentwässerungsanlagen und der Durchlassbauwerke an den Kreisstraßen K 7203 und K7204	144.000 €
Baumfällarbeiten entlang der Kreisstraße K 7237	36.000 €
Partielle Fahrbahnsanierung auf Kreisstraßen zur Herstellung der Verkehrssicherheit	100.500 €
Erneuerung der Fahrbahnrand- und Mittelmarkierung auf Kreisstraßen, vorwiegend im Nordbereich des LK (K 7220 bis K 7241)	124.743 €
Neubau Fläming-Skate von Wahlsdorf nach Prensdorf (Fördermaßnahme)	1.190.000 €
Instandsetzung Fläming-Skate, Umbau Stegrampe in Wiepersdorf	20.000 €

Folgende Straßenbaumaßnahmen und Landschaftsbaumaßnahmen wurden begonnen und sollen 2013 weitergeführt bzw. abgeschlossen werden:

Vorhaben	Auftragssumme (gerundet)
Umbau Stegrampe in Wiepersdorf	61.000 €
Entwicklungspflege der Ersatz- und Ausgleichmaßnahmen zum Neubau des Radweges an der K 7239 (Waldumbau sowie Umbau der Windschutzhecke entlang der Kreisstraße)	93.000 €
werterhaltende und verkehrssichernde Maßnahmen an der Windschutzhecke entlang des Radweges an der K 7220 (Pappelumbau) sowie Fäll- und Ersatzmaßnahmen an Pappeln entlang der K 7220	33.000 €
B 246, OV Löwendorf-Schönhagen- Neubau Radweg (Finanzierung durch den Landesbetrieb Straßenwesen)	444.000 €
Baumschnitt- und Baumpflegearbeiten im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht auf der Grundlage der jährlich durchgeführten Baumschauen	75.338 €

K 7237, Wiederaufbau der Baumallee von Rangsdorf (B 96) nach Klein Kienitz	90.000,00 €
--	-------------

3. Kreisstraßenmeisterei

Zur Erfüllung der Pflichtaufgaben und zur Gewährleistung der Sicherheit auf den Kreisstraßen, begleitenden Radwege, sowie der Fläming-Skate und auf den Liegenschaften hat die Kreisstraßenmeisterei auch in diesem Jahr folgende Tätigkeiten ausgeführt:

- Kontrolle der Kreisstraßen, Radwege und des Fläming-Skate-Netzes
- Unterhaltung und Erneuerung von Verkehrszeichen und Leiteinrichtungen sowie die Umsetzung verkehrsrechtlicher Anordnungen
- Reinigungsarbeiten an Leitpfosten (waschen usw.)
- Bankettpflege
- Wild- und Baumwuchsbeseitigung/Baumpflege
- Beseitigung von Unfallschäden am Fahrbahnrand
- Randstreifen- und Herbstmahd auf der Fläming-Skate
- Unterhaltung der Rastplätze und Schutzhütten
- Winterdienst auf den Radwegen entlang der Kreisstraßen
- Winterdienst auf der Skatebahn
- Loipe für den Wintersport auf der Fläming-Skate vorbereitet/ hergestellt
- Absicherung und Unterstützung von Veranstaltungen auf Kreisstraßen bzw. Rad- und Skatewegen, Filmaufnahmen, Skateveranstaltungen (Behindertenfest usw.)

Die Absicherung einer großen Attraktivität der im Landkreis geschaffenen Rad- und Fläming-Skate gewann auch in diesem Jahr zunehmend an Bedeutung für die tägliche Arbeit.

Durch die Pflege und Unterhaltung der kreiseigenen Liegenschaften mit dem Schwerpunkt Museumsdorf Glashütte ist der gesamte Aufgabenbereich gewachsen.

4. Bereich Liegenschaften

In diesem Jahr gab es insgesamt drei Grundstücksverkäufe. Neben dem geplanten Verkauf einer Teilfläche in der Dessauer Straße in Luckenwalde wurden zwei weitere unbebaute Grundstücke verkauft. Für die im Bereich eingeplanten Erträge in Höhe von 8.000 € konnten jedoch nur 3.895 € verbucht werden.

Beim Ankauf von Flächen der Fläming-Skate wurden bislang 36 Kaufverträge für zusammen 68 Flurstücke beurkundet. Für weitere 28 Flächen wurden über laufende Bodenordnungsverfahren Landverzichtserklärungen abgeschlossen, auf deren Grundlage die Grundstücksübertragung auf den Landkreis erfolgen wird. Darüber hinaus wurden insgesamt 22 Grundstücksankäufe für den Erwerb von Straßenflächen und Radwegen zum Abschluss gebracht.

Außerplanmäßig erfolgte in diesem Jahr der Ankauf von Flächen um die Skate-Arena in Jüterbog, sodass sich die ursprünglich angesetzten Aufwendungen für den Grunderwerb in Höhe von 30.000 € auf 173.000 € erhöht haben. Die Mehraufwendungen konnten durch Einsparungen beim Straßenbau gedeckt werden.

Die Aufwendungen für Mieten und Pachten bewegen sich derzeit mit rund 88.712 € im Rahmen der geplanten Aufwendungen in Höhe von 100.000 €. Die geplanten Mieterträge in Höhe von 120.000 € wurden erreicht. Darüber hinaus ist zum Jahresabschluss mit Mehrerträgen in Höhe von rund 12.558 € zu rechnen. Auch beim Museumsdorf in Glashütte werden die geplanten Nettomietserträge in Höhe von 55.000 € erreicht und dabei noch Mehrerträge von rund 14.538 € erzielt.

Die geplanten Erträge aus der Verwaltung von Berliner Grundstücken durch die Teltower Kreiswerke werden auch in diesem Jahr wieder gesichert. Dabei ist mit Erträgen in Höhe von 316.000 € (Plan 290.000 €) zu rechnen.

Dezernat V

Jugendamt

Allgemeines

Das SGB VIII – Kinder- und Jugendhilfe - weist dem Jugendamt eine Fülle von Aufgaben zu. Der Schwerpunkt liegt in erster Linie darauf, Kinder, Jugendliche und

Eltern in verschiedenen Erziehungs- und Lebenssituationen zu unterstützen und zu beraten und - sofern erforderlich - die notwendigen Hilfen zur Erziehung zu leisten.

Neben vielen wiederkehrenden Aufgaben und Tätigkeiten brachte das Jahr zahlreiche Veränderungen sowohl hinsichtlich der Aufbauorganisation des Jugendamtes wie auch bezogen auf gesetzliche Neuregelungen mit sich.

Stabsstelle

Zur Optimierung der Verwaltungsabläufe im Jugendamt wurde Anfang des Jahres eine Assistentenstelle eingerichtet. Die Stelle ist direkt dem Amtsleitungsbereich zugeordnet und u.a. zuständig für die Jugendhilfeplanung, die Kinderschutzkoordination sowie für den Bereich Controlling und Finanzen.

Zudem wurde dem Bereich Controlling und Finanzen zum 1. April der Bereich der wirtschaftlichen Jugendhilfe zugeordnet. Durch diese Maßnahme sollte u.a. der finanziellen Steuerungs- und Überwachungsfunktion der Sachgebiete mehr Bedeutung beigemessen werden.

- *Kinderschutzkoordination*

Wiederkehrende Tätigkeiten

- Fachtagungen (Planung, Organisation, Durchführung, Reflexion)
- Regionalkonferenzen in den vier Sozialräumen (Vorbereitung, Durchführung und Dokumentation)
- AG Kinderschutz und AG „insoweit erfahrene Fachkräfte“ (Vorbereitung, Durchführung und Dokumentation).
- Netzwerkarbeit (regional bis bundesweit)
- Fortbildungen für Fachkräfte und Netzwerkpartner im Netzwerk Kinderschutz Teltow-Fläming (Planung, Organisation, Durchführung und Evaluation)
- Öffentlichkeitsarbeit (Pressegespräche, Interviews, Presseinfos, Aktualisierung der Internetseite)

Akzente in 2012

Bundeskinderschutzgesetz

Zum 1. Januar 2012 ist das Bundeskinderschutzgesetz (BKisSchG) in Kraft getreten. Darin ist das Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG) als ein neues Gesetz aufgeführt. Zugleich sind Änderungen im Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) vorgenommen worden. Dieses neue BKisSchG mit seinen Auswirkungen auf den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe wurde im Jugendhilfeausschuss, in den Regionalkonferenzen, der AG Kinderschutz, der AG „insoweit erfahrene Fachkräfte“ und bei anfragenden Einrichtungen und Trägern der freien Jugendhilfe vorgestellt. Zum Jahresende gab es für die politischen Vertreter des Landkreises und die Partner des Netzwerkes Kinderschutz eine Fachtagung zur Umsetzung des BKisSchG mit Informationen zur Landes- und Kreisebene.

Neben den Frühen Hilfen, deren Auf- und Ausbau durch Bundesmittel unterstützt werden, sind dem Jugendamt mit Inkrafttreten des BKisSchG weitere neue Aufgaben zugeordnet worden, ohne dies finanziell zu unterlegen. Somit entstehen dem Landkreis höhere Kosten für den Bereich der Jugendhilfe.

Teilgenommen wurde an Auftaktveranstaltungen und Fachtagungen zum BKisSchG von Kreis- über Landes- bis zur Bundesebene. Die Kinderschutzkoordinatorin wirkte auch in Arbeitsgruppen des Landes Brandenburg und des Deutschen Vereins zu Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes mit.

Fortbildungen

Neben den wiederkehrenden Fortbildungsangeboten zu den Themen Kommunikation, Kindeswohlgefährdung, sexuelle Misshandlungen von Kindern und Jugendlichen, fanden in diesem Jahr erstmals Fortbildungen zum Thema Datenschutz und Kinderschutz für alle Netzwerkpartner und politisch Verantwortlichen, sowie für die „insoweit erfahrenen Fachkräfte“ statt.

Die Fortbildungsangebote wurden gut angenommen. Sie wurden über das Budget Kinderschutz des Landkreises finanziert und waren für die Teilnehmenden kostenfrei.

Netzwerkarbeit

Über die regulären Treffen von Netzwerkpartnern gab es erstmalig ein Treffen von Mitarbeitern des Jugendamtes, der Polizeiwachen im Landkreis, Rettungsstellen, Feuerwehr und Ordnungsämtern, um sich in Fragen zur Kindeswohlgefährdung auszutauschen und die Zusammenarbeit weiter auszubauen.

Kooperationsgespräche mit den beiden Krankenhäusern im Landkreis führten im ersten Schritt zum Abschluss der Kooperationsvereinbarung zwischen DRK-Krankenhaus Luckenwalde und Jugendamt. Für 2013 ist der Abschluss der Kooperationsvereinbarung mit dem Krankenhaus Ludwigsfelde geplant.

Kooperationsgespräche mit Grundschulen wurden aufgenommen und werden in 2013 mit dem Ziel des Abschlusses von Vereinbarungen, fortgeführt.

„insoweit erfahrene Fachkräfte“

Die Vereinbarungen zur Tätigkeit der „insoweit erfahrenen Fachkräfte“ sicherten die Nachfrage zur Einschaltung für Fachkräfte im Jugendhilfebereich über den gebildeten Pool bis zum Jahresende 2012. Für die Anschlussregelung im Bereich der Jugendhilfe ab 2013 wurde ein Rahmenkonzept erarbeitet.

Die zusätzliche Aufgabe der Bereitstellung von „insoweit erfahrenen Fachkräften“, die durch das neue BKiSchG nun auch für Anfragen von Berufsgeheimnisträgern und Personen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, für das Jugendamt besteht, musste neu aufgebaut werden.

• Jugendhilfeplanung

Bildung der Arbeitsgemeinschaft „ Kindertagesbetreuung im Landkreis Teltow-Fläming“

nach § 78 SGB VIII

Der Jugendhilfeausschuss hat am 14. März die Gründung von zwei Arbeitsgemeinschaften gemäß § 78 SGB VIII im Landkreis Teltow-Fläming beschlossen:

- Arbeitsgemeinschaft „Kindertagesbetreuung im Landkreis Teltow-Fläming“
- Arbeitsgemeinschaft „Sozialraumorientierte Jugendhilfe im Landkreis Teltow-Fläming“

Arbeitsgemeinschaft „Kindertagesbetreuung im Landkreis Teltow-Fläming“ (AG)

Die Gründung dieser AG ergibt sich für den Landkreis aus den fachlichen Erfordernissen des SGB VIII und dem KitaG des Landes Brandenburg sowie der

Verpflichtung gemäß § 12 Absatz 3 Kindertagesstättengesetzes (KitaG) des Landes Brandenburg, einen Kita-Bedarfsplan zu erstellen.

Ziele und Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft Kindertagesbetreuung sind:

- Umsetzung des SGB VIII und des KitaG des Landes Brandenburg im Landkreis
- Ausbau des Informations- und Fachaustausch zwischen kommunalen, freien und dem öffentlichen Träger der Jugendhilfe
- Beteiligung der Träger der Jugendhilfe an der fachlichen Einschätzung und Entwicklung einer bedarfsgerechten Angebotsstruktur im Rahmen der Jugendhilfeplanung
- Mitwirkung bei der Erarbeitung von Stellungnahmen und Empfehlungen für den Jugendhilfeausschuss

Die konstituierende Sitzung der Arbeitsgemeinschaft „Kindertagesbetreuung im Landkreis Teltow-Fläming“ fand am 23. Mai statt. Daran nahmen von den 37 Trägern, die im Landkreis Leistungen in der Kindertagesbetreuung erbringen, 18 Träger an der Gründungsveranstaltung teil. Es fanden drei weitere Sitzungen statt, in denen vorrangig die Entwicklung von Qualitätsstandards in der Kindertagesbetreuung diskutiert wurde. Dazu wurde eine zeitweilige Unterarbeitsgruppe von Juni bis Oktober gebildet.

Die AG Kindertagesbetreuung setzt sich aus Trägern von Kindertagesstätten und anderen Angeboten nach KitaG sowie des öffentlichen Trägers der Jugendhilfe zusammen. Die AG hat sich eine Geschäftsordnung gegeben, in der weitere Strukturen und Arbeitsweisen festgelegt wurden. Die Geschäftsführung ist dem Jugendamt übertragen worden.

Die Gründung der Arbeitsgemeinschaft „Sozialraumorientierte Jugendhilfe im Landkreis Teltow-Fläming“ ist für das I. Quartal 2013 vorgesehen.

Sachgebiet Jugend- und Familienförderung

• *Kindertagesbetreuung*

Es bestanden weiterhin mit allen Kommunen im Landkreis einheitliche öffentlich-rechtliche Verträge zur Durchführung der Aufgaben nach § 12 Absatz 1 KitaG. Lediglich mit der Stadt Zossen wurde der Vertrag gekündigt. Der Abschluss eines neuen Vertrages, ohne die Übergabe der Aufgaben für den Bereich Kindertagespflege, konnte bisher nicht erreicht werden.

Insgesamt standen im Landkreis (Stichtag 30.11.2012)

120 Kindertagesstätten (Kita), davon 76 in kommunaler Trägerschaft und 44 in freier Trägerschaft und

109 Tagespflegestellen zur Betreuung zur Verfügung.

Diese Einrichtungen wurden von insgesamt 10.670 Kindern genutzt, davon

1.731 Kindern im Alter von 0 bis unter 3 Jahre,

3.978 Kindern im Alter von 3 bis Schuleintritt,

4.527 Kindern im Grundschulalter in Kindertagesstätten und

434 Kindern (überwiegend im Krippenalter) in Kindertagespflegestellen.

187 Kinder, die ihren Wohnsitz im Landkreis haben, wurden außerhalb des Landkreises betreut, davon 65 Kinder in anderen Landkreisen und 122 in Berlin. Demgegenüber wurden in unserem Landkreis 48 Kinder aus anderen Landkreisen und Ländern betreut.

Gegenüber 2011 ist 1 Kindertagesstätte in freier Trägerschaft hinzugekommen. Die Anzahl an Kindertagespflegestellen ist von 106 auf 109 gestiegen. Die Gesamtzahl der betreuten Kinder hat sich um 302 Kinder, von 10.507 auf 10.809 erhöht.

Praxisberatung Kindertagesstätten

Im § 3 KitaG sind die Aufgaben und Ziele der Kindertagesstätten in Bezug auf die Sprachförderung formuliert. So sind die Kindertagesstätten unter anderem „berechtigt und verpflichtet, bei den von ihnen betreuten Kindern im letzten Jahr vor der Einschulung den Sprachstand festzustellen und, soweit erforderlich, Sprachförderkurse durchzuführen.“ Darüber hinaus gehört es zu ihren Aufgaben „die Entfaltung der ... sprachlichen Fähigkeiten der Kinder, ... zu unterstützen, ...“

Im Rahmen des Bundesprogramms Schwerpunkt-Kita Sprache und Integration soll ermöglicht werden, dass bundesweit in den Kindertagesstätten so früh wie möglich gute Bildungsangebote zur Verfügung stehen. Die Offensive „Frühe Chancen“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend setzt daher bereits in der frühen Kindheit an und richtet sich an Einrichtungen, die auch Kinder unter drei Jahren betreuen. Sie konzentriert sich dabei auf Kitas, die überdurchschnittlich häufig von Kindern mit besonderem Sprachförderbedarf besucht werden.

Im Landkreis werden seit 2011 drei Kitas und seit 2012 drei weitere Kitas im Rahmen dieser Bundesinitiative gefördert.

Das Thema „Sprachförderung in der Kindertagesbetreuung“ nimmt weiterhin sowohl in der fachlichen, als auch in der öffentlichen Diskussion um die Verbesserung der Qualität der frühen Bildung einen großen Raum ein. So lag der Schwerpunkt auf der Stärkung der alltagsintegrierten „Sprachförderung von Anfang an“, die für alle Altersgruppen im Elementarbereich zugänglich sein soll. Dafür wurden Landesmittel zur Verfügung gestellt mit dem Ziel des Aufbaus regionaler Unterstützungsstrukturen, der direkten Unterstützung der Fachkräfte vor Ort sowie der Fortbildung und Qualifizierung der Fachkräfte.

Die praxisnahe und alltagsintegrierte Qualifizierung der Einrichtungen mit diesem Schwerpunkt konnte vor allem mit Unterstützung des Fortbildungsträgers „Quality for Education and Child Care“ *erreicht werden*.

Die erste Qualifizierungseinheit für 10 Kitas im Jahr begann im September und berücksichtigt die Einrichtungen im Amt Dahme/Mark, der Gemeinde Niederer Fläming, den Städten Jüterbog und Luckenwalde sowie der Gemeinde Niedergörsdorf. Die Priorität auf den südlichen Teil des Landkreises ergab sich aus der Statistik zur kompensatorischen Sprachförderung. Einrichtungen, welche noch keine längerfristige Qualifizierung im Bereich Sprache absolviert haben oder zurzeit anstreben (OFC-Kitas), konnten ihr Interesse an dieser Qualifizierung bekunden.

Für die alltagsintegrierte Sprachförderung in Kitas wurde ein Sprachhandbuch entwickelt. Dieses bildet die Grundlage für den Sprachentwicklungsprozess in den Einrichtungen. Das Handbuch besteht aus Reflexions- und Selbsteinschätzungsbögen, mit denen die Erzieherinnen selbstständig arbeiten und sich in Ihrer Arbeit einschätzen sollen. Nach Abschluss der Kurse erhielten die Teilnehmer/innen ein Zertifikat

„qualifizierte Erzieher/Erzieherinnen der frühkindlichen Sprachbildung“. In allen teilnehmenden Einrichtungen konnten bereits nach kurzer Zeit Veränderungen festgestellt werden. Jede Einrichtung hat erfolgreich teilgenommen. Des Weiteren wurde den Kindertagesstätten im Wert von ca. 10.000 € Bildungsmaterial zum Thema Sprache zur Verfügung gestellt.

Im Landkreis nahmen sieben Kindertageseinrichtungen an der Qualifizierung zur „infans“ Kita teil. Diese Qualifizierung ist eine Maßnahme, welche sich über drei Jahre erstreckt und die Einrichtungen bei der Umstellung auf das neue pädagogische Konzept unterstützen soll. Alle Einrichtungen haben im Oktober diese Qualifikation erfolgreich abschließen können.

Zur Unterstützung der Kindertageseinrichtungen - mit dem Schwerpunkt auf die Einrichtungen unter kleiner, freier Trägerschaft, wie zum Beispiel Elternvereinen - findet eine Konzeptwerkstatt im Landkreis statt. Sechs Einrichtungen begaben sich auf den Weg, ihre Qualität weiter zu entwickeln. Dabei werden sie von der Praxisbegleitung angeleitet, begleitet und zu unterstützt.

Weiterhin ist die Nachfrage und Inanspruchnahme der Praxisberatung, sowohl durch die beteiligten Personen im Tätigkeitsfeld der Kindertagespflege als auch im Bereich der Kindertagesbetreuung, ungebrochen.

Die Erarbeitung der „Qualitätsanforderungen in der Kindertagesbetreuung für den Zeitraum 2013 bis 2017“ war Schwerpunkt der Arbeit zwischen dem Kita-Team und der Jugendhilfeplanerin im Landkreis. Im Rahmen der Fortschreibung des Kita-Bedarfsplans wurden Qualitätsanforderungen für die verschiedenen Bereiche der Kindertagesbetreuung erarbeitet. Hierbei wurde neben der Arbeit im Fachteam auch eine Arbeitsgruppe gebildet, welche aus Trägervertretern von Kitas bestand. Gemeinsam wurden die Ergebnisse in den „AG 78“ vorgestellt, besprochen und die Anmerkungen eingearbeitet.

Für die pädagogischen Fachkräfte in den Kitas und die Tagespflegepersonen werden im jährlichen Fortbildungskatalog Fortbildungs- und Beratungsangebote zur fachlichen Weiterentwicklung und zum gegenseitigen Austausch angeboten, wie z. B:

- „Vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung“
 - Zusammenarbeit mit Eltern „Wie kann eine Elternpartnerschaft gelingen“
 - „Konstruktiver Umgang mit Konflikten in der Kita“
 - „Medienqualifizierung für Erzieherinnen und Erzieher“
 - „Grundsätze elementarer Bildung“
 - „Einführung in den Ansatz vorurteilsbewusster Bildung und Erziehung“
 - „Kinder mit besonderen Bedürfnissen“
 - „Gemeinsamer Orientierungsrahmen für die Bildung in Kindertagesbetreuung und Grundschule“ Gorbiks
 - „Oft hilft schon ein Gespräch – Elterngespräche bei Anzeichen einer Kindeswohlgefährdung“
 - „Mit dem *infans*-Konzept – Bildungs- und Erziehungsqualität entwickeln“(Fortbildungsprojekt mit Kita- Teams in PM und TF
- *Praxisberatung Kindertagespflege*

Mit Stand 1. März waren im Landkreis 110 Tagespflegepersonen tätig, davon 28 in 14 Großtagespflegestellen bei einer Kapazität von 526 Plätzen und einer Auslastung von 469 Plätzen bei folgender regionalen Verteilung:

Gemeinde	Anzahl Tagespflegepersonen	Anzahl Großtagespflegestellen	Kapazität/Auslastung
Blankenfelde- Mahlow: 126	28	1	140
Am Mellensee	4	0	18
Großbeeren	5	0	25
Trebbin 39	9	2	47
Ludwigsfelde	15	4	74
Zossen 45	10	1	46
Rangsdorf	11	2	47
Luckenwalde	15	2	75
Jüterbog 15	3	0	15
Dahme 20	4	2	20
Niedergörsdorf 4	2	0	9
Baruth	3	0	10
Nuthe- Urstromtal	0	0	0

Auf Grund der Novellierung der Kindertagespflegeeignungsverordnung vom 13.07.2009 haben nunmehr nach Abschluss eines zusätzlichen Kolloquiums alle Tagespflegepersonen die erforderlichen Qualifikationen. Insgesamt 9 Bewerbern wurde nach erfolgter Eignungsprüfung die Erlaubnis zur Betreuung in Kindertagespflege erstmals erteilt.

Folgende Berufsabschlüsse weisen die Tagespflegepersonen (Stand 01.03.2012) auf:

- 3 Diplom- Pädagoginnen
- 19 staatl. anerkannte Erzieherinnen
- 2 Kinderpflegerinnen
- 1 Heilerzieherin
- 8 Arzhelfer, Physiotherapeuten, Altenpfleger
- 3 Tagespflegepersonen befanden sich in beruflicher Ausbildung zur Erzieherin (Nichtschülerprüfung)
- 71 Tagespflegepersonen wiesen sonstige Berufsabschlüsse nach wie: Steuerfachangestellte, Dipl.- Kauffrau, Mediengestalter, Architektin, Rechtsanwaltsfachangestellte usw.
- 3 Tagespflegepersonen konnten keinen Berufsabschluss nachweisen

- *Realisierung des Rechtsanspruchs im Rahmen des Ausbaus U3*

Mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) hat der Bundesgesetzgeber 2004 den stufenweisen und bedarfsgerechten Ausbau der Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren für ein neues Versorgungsniveau (§ 24 a SGB VIII) festgeschrieben. Die

gesetzlichen Regelungen des TAG wurden durch das Kinderförderungsgesetz (KiföG) dahingehend erweitert, dass ab dem 1. August 2013 ein Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung in einer Kita oder in Kindertagespflege für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr besteht.

Gemeinsam mit der Jugendhilfeplanerin erfolgte die Realisierung der „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Investitionsmaßnahmen zur Umsetzung des Investitionsprogramms Kinderbetreuungsfinanzierung 2008 - 2013 im Land Brandenburg vom 31. März 2008 in der Fassung der Änderung vom 22. Februar 2010“ (RL Kinderbetreuungsfinanzierung). Gemäß dieser Richtlinie werden Zuwendungen zu den Kosten für notwendige Investitionen zur Schaffung und Sicherung von Betreuungsplätzen in Kitas und Kindertagespflege für Kinder bis zum vollendeten dritten Lebensjahr gewährt.

Mit der Votierung der Restmittel in diesem Jahr sind die dem Landkreis vom Bundesministerium zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 3.770.000 € ausgeschöpft worden. Damit wurden für die Jahre 2008 - 2013 rund 3.770.000 € für den Ausbau der Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren im Landkreis an Träger von Kitas und an Kindertagespflegepersonen vergeben.

Im Zeitraum von 2008 - 2012 wurden neun Maßnahmen von Kommunen und Trägern der freien Jugendhilfe sowie Mittel für Ausstattungen von Kindertagespflegestellen durch den Kreistag des Landkreises positiv votiert und gefördert:

Damit konnten bzw. können in den Kommunen des Landkreises, wie nachfolgend aufgelistet, insgesamt 424 Krippenplätze geschaffen bzw. noch eingerichtet werden.

Lfd.-Nr.:	Gemeinde/Amt amtsfreie Stadt (Jahr)	Träger	Maßnahme	geschaffene/ geplante Krippenplätze
1	Stadt Trebbin (2010)	Stadt Trebbin	Anbau Kita Thyrow	45
2	Nuthe-Urstromtal (2010)	Nuthe-Urstromtal	Neubau Kita „Nuthewichtel“ OT Woltersdorf	55
3	Amt Dahme/Mark (2011)	ASB O Luckau/Dahme	Ersatzbau Kita „Anne Frank“ Dahme	50
4	Stadt Baruth/Mark (2012)	Stadt Baruth/Mark	An- und Umbau Kita „Bussibär“ Baruth/Mark	35
5	Gemeinde Am Mellensee (2012)	Gemeinde Am Mellensee	Erweiterungsbau Kita „Abenteuerland“ OT Klausdorf	55
6	Blankenfelde-Mahlow (2013)	Evangelische Kirchengemeinde Glasow	Erweiterungsbau Evangelische Kita Mahlow	24
7	Gemeinde	Gemeinde	Anbau	50

	Niedergörsdorf (2013)	Niedergörsdorf	Kleinkindbereich Familienzentrum OT Altes Lager	
8	Gemeinde Großbeeren (2013)	Gemeinde Großbeeren	Anbau Kita „Kunterbunt“ Großbeeren	50
9	Gemeinde Rangsdorf (2013)	Gemeinde Rangsdorf	Anbau Kleinkindbereich „Spatzennest“ Rangsdorf	60
			Gesamtanzahl:	424

Darstellung der Betreuungsquote 2012 (Stichtag: 01.12.2012)

- *Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit*

Über die „Richtlinie zur Förderung der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes im Landkreis Teltow-Fläming“ wurden im Bereich der Jugendarbeit- und Jugendsozialarbeit Personal- und Sachkosten für insgesamt 41 sozialpädagogische Fachkräfte mit einem Stellenanteil von 32 (VZE) gefördert. Das Stellenkontingent verteilte sich mit einem Anteil von 20,5 auf die Jugendarbeit und mit 11,5 auf die Jugendsozialarbeit/Sozialarbeit an Schule.

Die Finanzierung der Personalkosten erfolgte insgesamt in Höhe von 962.203,77 €, davon mit Mitteln des Landes in Höhe von 311.520 € und des Landkreises in Höhe von 650.683,77 €. Neben der Personalkostenförderung wurden Sach- und Betriebskosten in Höhe von 159.655,21 € gefördert.

Für den Zeitraum 2013 und 2014 hat der Jugendhilfeausschuss die „Richtlinie zur Förderung der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes im Landkreis Teltow-Fläming“ überarbeitet und neu gefasst. Die neue Richtlinie tritt am 01.01.2013 in Kraft.

Die Förderung der Kreissportjugend wurde ab 2012 dem Fachbereich Sportmanagement des Landkreises zugeordnet.

Im September 2011 beschloss der Jugendhilfeausschuss die Verteilung der Personalstellen in der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit, hier erstmals mit der Stelle eines/r kreisweiten Jugendkoordinators/in. Die kreisweite Jugendkordinatorin nahm im April ihre Tätigkeit auf mit den Schwerpunkten Koordination und Leitung von Netzwerken der Jugend- und Jugendsozialarbeit sowie Initiierung und Durchführung von zeitlich begrenzten projektbezogenen Maßnahmen. Dabei arbeitet sie eng mit dem Jugendamt zusammen.

Begonnen wurde, die Treffen der sozialpädagogischen Fachkräfte in den einzelnen Netzwerken zu koordinieren, durchzuführen und zu evaluieren. Ziel war es zunächst, eine Vergleichbarkeit der Sozialräume und deren Netzwerke zu schaffen, um eine an regionale Besonderheiten angepasste einheitliche Qualitätssicherung der Netzwerkarbeit zu erreichen.

Am 29. November fand das erste Netzwerktreffen aller sozialpädagogischen Fachkräfte des Landkreises unter dem Thema „Jugend 2.0 – Wenn das Abschalten nur nicht so schwer wäre. Chancen und Risiken der neuen Medien und ihre Relevanz in der Kinder und Jugendarbeit“ statt, das große Resonanz bei den Fachkräften fand. Kreisweite

Netzwerktreffen sollen als fester Bestandteil der Fortbildung für die Fachkräfte aller Sozialräume im Landkreis entwickelt werden.

In der Gemeinde Rangsdorf war es erforderlich, am Gymnasium durch die kreisweite Jugendkoordinatorin ein zeitlich begrenztes Projekt aufgrund eines unvorhergesehenen Bedarfes zu initiieren und durchzuführen.

Mit Stand November gibt es im Landkreis 19 Freizeiteinrichtungen und 50 Jugendräume in Selbstverwaltung und/oder Begleitung durch Fachkräfte. An 14 Standorten wird soziale Arbeit an der Schule über die Kreis- und Landesförderung geleistet. Aktivitäten und Angebote der Jugend- und Jugendsozialarbeit wurden zum Gemeinwesen hin geöffnet und noch stärker als bisher abgestimmt. Sie tragen dadurch zur Ergänzung und/oder Erweiterung der Angebote für Kinder und Jugendliche im Sozialraum bei.

Die Jugendförderung ist Mitglied im Netzwerk für Demokratie. Die aktive Beteiligung ist nach wie vor ein wichtiger Beitrag zur Rechtsextremismusbekämpfung. Synergien ergeben sich aus der guten Zusammenarbeit mit Kommunen, Polizei, dem „Lokalen Aktionsplan“ (LAP) und zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Der erzieherische Kinder- und Jugendschutz wird als ressortübergreifende Aufgabe in Form von Prävention, Information und Aufklärung über die geförderten Fachkräftestellen, vorrangig in Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie am Standort Schule, gewährleistet. Im Jahr waren medienpädagogische Angebote und Fortbildungen für Fachkräfte sowie die Sucht- und Gewaltprävention Schwerpunkte der Arbeit.

Enge Zusammenarbeit besteht zwischen dem Jugendamt und dem Gesundheitsamt im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft Gesundheitsförderung und dem Arbeitskreis Suchtprävention.

- *Jugendberufshilfe*

Mit dem Angebot der Produktionsschule Teltow-Fläming als Schnittstelle von Berufs- und Jugendhilfe werden die gesellschaftliche und ökonomische Teilhabe junger Menschen in den Mittelpunkt gestellt. Durch berufliche und soziale Integration können junge Menschen Zukunfts- und Lebensperspektiven gewinnen und eigenverantwortlich handelnde Persönlichkeiten werden.

Die Produktionsschule im Landkreis mit ihren Teilprojekten PS1 (Jugendtischlerei) und PS2 (Jugendwerkstatt) hat eine Gesamtkapazität von 40 Plätzen und wird über Fördermittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) kofinanziert. Davon sind 24 Plätze der PS1 und 16 Plätze der PS2 zugeordnet. Der Ausbildungszeitraum der Teilnehmer umfasst jeweils einen Zeitraum vom

1. September des laufenden Jahres bis zum 31. August des Folgejahres (Schuljahr). Die Projektförderung über den Europäischen Sozialfonds aber erfolgt über einen anderen Zeitraum. Somit schließt der ESF-Förderzeitraum/ Maßnahmezeitraum oftmals das vorangegangene bzw. das nächste Schuljahr mit ein.

Die Jugendwerkstatt (PS2) richtet sich an junge Menschen, die für die erfolgreiche Vermittlung in ein Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis noch ein Training ihrer persönlichen Leistungsfähigkeit benötigen. Dieses zusätzliche Angebot wird realisiert über das Regionalbudget Teltow-Fläming unter Beteiligung des Jobcenters und des Jugendamtes.

Die Jugendtischlerei (PS1) hingegen wird über die „Richtlinie zur Förderung berufspädagogischer Maßnahmen im Rahmen der Jugendhilfe“ aus Mitteln des Landes Brandenburg und des Europäischen Sozialfonds gefördert. Ziel der Förderung ist die Verbesserung der Ausbildungs- und Berufsfähigkeit sozialbenachteiligter junger Menschen, die in erhöhtem Maße auf berufspädagogische und sozialpädagogische Unterstützung angewiesen sind.

Die Aufnahme in die Produktionsschule erfolgte in Absprache zwischen dem Jugendamt und dem Jobcenter.

Im Jahr konnten von den jungen Menschen vermittelt werden:

- 4 Teilnehmer/innen in die 10. Klasse der VHS (Zweiter Bildungsweg),
- 1 Teilnehmer in die 11. Klasse der Fachoberschule für Technik (OSZ),
- 12 Teilnehmer/innen in ein Ausbildungsverhältnis,
- 1 Teilnehmer in die Anschlussmaßnahme „Check in“ bei der Handwerkskammer,
- 1 Teilnehmer in eine Einstiegsqualifizierung und befindet sich inzwischen in einer Ausbildung.

10 Teilnehmer/innen konnten aufgrund mangelnder Bereitschaft zur Mitarbeit nicht vermittelt werden.

Neben der Förderung junger Menschen in der Produktionsschule Teltow-Fläming konnte im Rahmen der Jugendhilfe ein Jugendlicher im August seine 3-jährige Ausbildung zum Beikoch erfolgreich abschließen.

Sachgebiet Familienunterstützende Hilfen

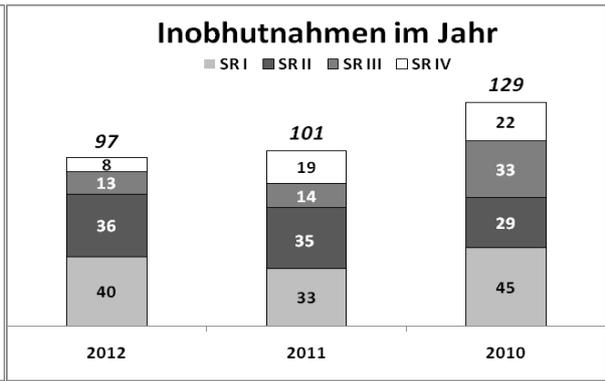
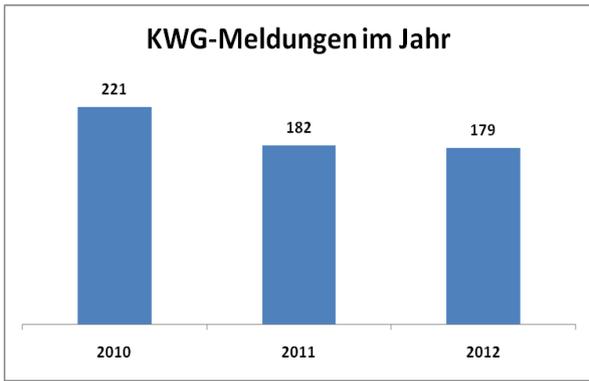
Das Sachgebiet Familienunterstützende Hilfen setzt sich seit April aus dem Sozialpädagogischen Dienst (SpD), einschließlich der Spezialdienste Jugendgerichtshilfe und Pflegekinderdienst zusammen, nachdem der Bereich der wirtschaftlichen Jugendhilfe den Stabsstellen zugeordnet wurde

- *Sozialpädagogischer Dienst*

Im Sozialpädagogischen Dienst sind derzeit 23 ausgebildete Sozialpädagogen/innen beschäftigt.

Der SpD bietet sozialpädagogische Beratung und Unterstützung bei Problemen innerhalb und außerhalb der Familie und vermittelt Hilfeangebote. Zudem berät er Eltern, Kinder und Jugendliche, wenn sie in der Familie nicht mehr miteinander zurechtkommen. Dies schließt eine aufsuchende Arbeit in den Familien ein, wenn die Situation dort zu eskalieren droht. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehen Hinweisen auf mögliche Gefährdungen des Kindeswohls nach und leiten die erforderlichen Hilfen ein. Ist eine schnelle Unterbringung von Kindern und Jugendlichen erforderlich, vermitteln die sozialpädagogischen Fachkräfte des SpD einen Platz in einer Inobhutnahmestelle. Eine weitere Aufgabe ist die Mitwirkung im familiengerichtlichen Verfahren.

Die ambulanten Hilfen haben von 2011 zu 2012 um 12,9 % (511 zu 577) zugenommen, die teilstationären Hilfen haben um 8,3 % (48 zu 44) abgenommen und die stationären Hilfen haben sich mit einem Anstieg von 0,4 % (482 zu 488) kaum verändert.



- **Jugendgerichtshilfe**

In Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz wirkt in der Regel auch das Jugendamt mit (§ 52 Aches Buch Sozialgesetzbuch). Hierfür ist im Jugendamt die Jugendgerichtshilfe (JGH) als spezieller Fachdienst zuständig.

Die Vertreter der Jugendgerichtshilfe bringen unter anderem sozialpädagogische Gesichtspunkte in Strafverfahren vor den Jugendgerichten zur Geltung, indem sie (schriftlich und/oder mündlich) über die Beschuldigten berichten. Ebenfalls prüfen sie auch, ob Leistungen der Jugendhilfe eingeleitet werden sollten und ob es Alternativen zu einem förmlichen Strafverfahren gibt (Diversion). Sie nehmen Einfluss auf den weiteren Gang des Verfahrens und organisieren und überwachen gerichtlich angeordnete pädagogische Maßnahmen (§ 38 und § 50 Jugendgerichtsgesetz).

Abb.: Rangfolge der 10 häufigsten Straftaten in 2012

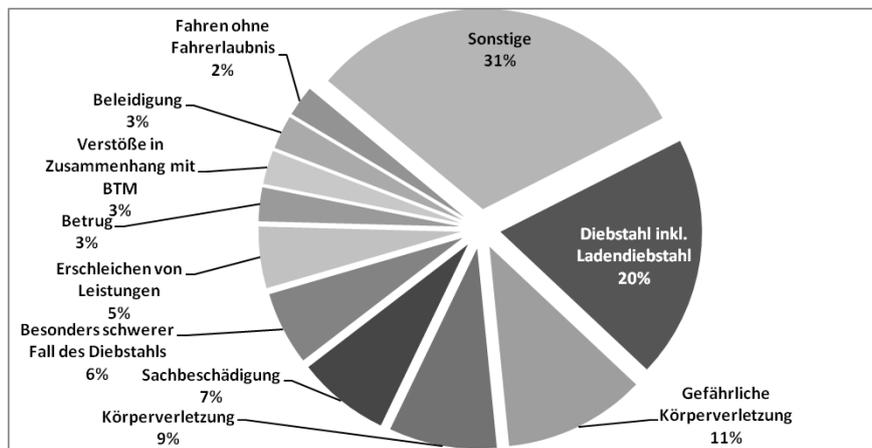
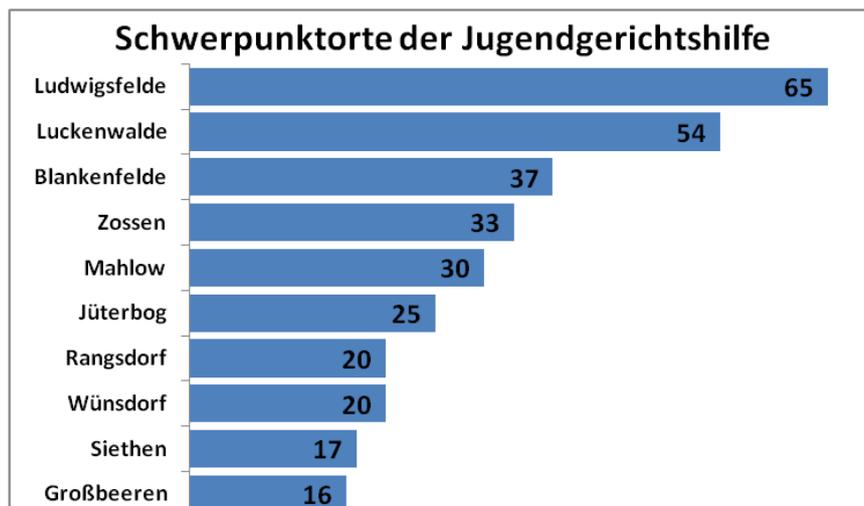


Abb.: Schwerpunktorte nach Anzahl der Delikte in 2012



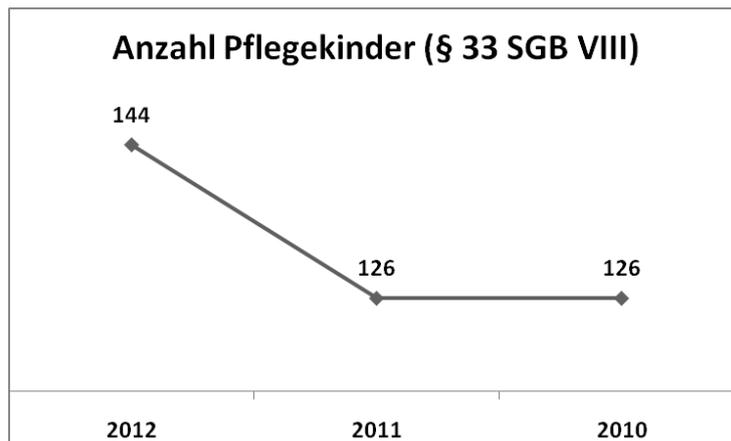
- **Pflegekinderdienst**

Bereits seit mehreren Jahren arbeitet der Pflegekinderdienst nach neuen Qualitätsstandards mit dem Ziel, verstärkt Pflegeeltern zu gewinnen, diese

entsprechend aus- und fortzubilden und während der Dauer des Pflegeverhältnisses intensiv zu begleiten.

Dem Pflegekinderdienst des Landkreises obliegen als Spezialdienst des SpD zudem weitere Aufgaben:

- Auswahl geeigneter Pflegepersonen und Erlaubniserteilung
- Mitwirkung beim Vermittlungs- und Anbahnungsprozess
- Begleitung und Beratung der Pflegeeltern
- Mitwirkung in familiengerichtlichen Verfahren
- Werbung und Öffentlichkeitsarbeit



- *Einrichtung eines Krisennotdienstes und Übertragung von Aufgaben nach §§ 17, 18 SGB VIII*

Die Einrichtung des Krisennotdienstes ist vorbereitet worden. Die Inbetriebnahme des Krisennotdienstes durch einen freien Träger ist für 2013 terminiert. Neben der Übernahme des Rufbereitschaftsdienst durch den freien Träger und der Einrichtung einer zentralen Inobhutnahmestelle in Luckenwalde, soll das Angebot eines ambulanten und stationären Clearings zukünftig grundsätzlich der Entscheidung über eine Fremdunterbringung eines Kindes und Jugendlichen vorangestellt werden. Hierdurch wird insbesondere die Möglichkeit des Rückführens von Kindern und Jugendlichen aus stationären Zusammenhängen (z.B. Inobhutnahme) zu den Personensorgeberechtigten unter dem Aspekt „ambulant vor stationär“ stärker in den Fokus genommen.

Mit Inbetriebnahme des Krisennotdienstes und insbesondere der Umsetzung der Module „stationäres und ambulantes Clearing“ ist die Begrenzung des Anstieges der Fallzahlen bei Heimunterbringung gem. § 34 SGB VIII zu erwarten.

Die Umsetzung der Übertragung von Aufgaben nach § 17 und 18 SGB VIII, die als Konsolidierungsmaßnahme in den Haushaltssicherungskonzepten der Vorjahre beschrieben war, ist abgeschlossen. Mit Beginn des Jahres 2013 werden 3 freie Träger neben dem Jugendamt Angebote zur Beratung bei Trennung und Scheidung, für Sorgerechtsangelegenheiten und für Umgangsfragen aufnehmen. Auf die damit frei werdenden Ressourcen innerhalb des Jugendamtes zur Bedarfsfeststellung und Wirksamkeitskontrolle von Hilfen zur Erziehung, mithin zu einer verbesserten Steuerung des Mitteleinsatzes, ist in den Vorjahren schon hingewiesen worden.

- *Qualitätsdialog mit den freien Trägern der Jugendhilfe*

Das Jugendamt befindet sich bereits seit mehreren Jahren mit den Trägern der freien Jugendhilfe in einem intensiven Dialog über den bedarfsgerechten Auf- und Ausbau sowie über die Weiterentwicklung bestehender Jugendhilfeangebote im Landkreis. In diesem Rahmen wurde u.a. vereinbart, die bestehenden Qualitätsrichtwerte in den ambulanten, teilstationären und stationären Hilfen auf den Prüfstand zu stellen und diese den aktuellen Bedarfen anzupassen.

Im ersten Schritt wurden die Qualitätsstandards in den ambulanten Hilfen überarbeitet. Es wurde neben einer einheitlichen Leistungsbeschreibung für alle ambulanten Hilfen, angebotsspezifische Mindeststandards in den Hilfen nach §§ 30, 31, 35 SGB VIII definiert sowie Festlegungen zur durchschnittlichen Leistungsdauer bzw. zum Betreuungsumfang in den jeweiligen Angeboten getroffen. Zudem wurde die Angebotspalette um eine weitere ambulante Hilfe (flexible familienunterstützende Hilfe) ergänzt. Diese Hilfe soll insbesondere in Familien zum Einsatz kommen, die z.B. Sozialpädagogische Familienhilfe nach § 31 SGB VIII noch nicht bzw. nicht mehr benötigen.

Mit der Überarbeitung der Qualitätsstandards wird u.a. als Vorgabe an die Leistungserbringer eine regelhafte Hilfedauer festgeschrieben. Die Entwicklung einer flexiblen, familienunterstützenden Hilfe ermöglicht einen entsprechend geringeren Betreuungsumfang z. B. gegenüber einer traditionellen sozialpädagogischen Familienhilfe. Diese Änderungen werden zum 1. Januar 2013 wirksam.

Darüber hinaus wurde zum 1. Juli die Bewilligung von ambulanten Leistungen in Form von Wochenstunden auf Stundenkontingente im Bewilligungsabschnitt umgestellt. Neben einer Verwaltungsvereinfachung soll hierdurch insbesondere erreicht werden, dass der Leistungserbringer die bewilligten Stunden in der Familie individuell und prozessorientiert erbringen kann.

Im zweiten Schritt wird 2013 damit begonnen, auch die Hilfen im teil- und stationären Bereich zu überprüfen. So wurde bspw. bereits ein gemeinsames Instrument für den Prozess der Verselbstständigung von Jugendlichen entwickelt, um zum einen die Hilfeplanung weiter zu qualifizieren und zum anderen die Wirksamkeit erzieherischer Hilfen messbarer zu machen.

Ein weiterer Schwerpunkt war und ist die Weiterentwicklung von Angeboten „Gemeinsame Wohnform für Mütter/ Väter und Kind“. Hierzu gab es im Rahmen der Trägergespräche ebenfalls Auswertungen zur gegenwärtigen Bedarfs- und Angebotslage im Landkreis. In Folge dessen entwickelte ein Träger aus dem Landkreis ein Konzept für eine spezielle Einrichtung nach § 19 SGB VIII im Landkreis. Dieses Angebot wurde im Herbst eröffnet und bietet neben der vollstationären Betreuung u.a. die Möglichkeit, bei Veränderung der Bedarfssituation auch in betreuten Wohngemeinschaften bzw. in eigenem Wohnraum mit entsprechender ambulanter Begleitung und Betreuung versorgt zu werden. In diesem Zusammenhang ist u.a. geplant, Mütter/ Väter, die mangels entsprechender Kapazitäten außerhalb des Landkreises untergebracht wurden, wieder im Landkreis zu betreuen.

Nach wie vor bildet auch der weitere Auf- und Ausbau des Fach- und Finanzcontrollings im Jugendamt einen besonderen Schwerpunkt in der Arbeit.

Mit der Aktualisierung der Jugendamtssoftware LogoData soll ab 2013 insbesondere erreicht werden, dass

- die Wirksamkeit vor allem erzieherischer Hilfen nach §§ 27 bis 35 a SGB VIII in Verbindung mit dem Mitteleinsatz messbar gemacht werden kann,

- unterschiedlichen Bedarfslagen – insbesondere der erzieherischen Hilfen, aber auch anderer Leistungen der Jugendhilfe kleinräumlich erfasst und kontinuierlich beobachtet werden können,
- spezielle, von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des SpD gewünschte Auswertungen geliefert werden können, die für die Evaluation ihrer Arbeit notwendig sind,
- fundierte Zahlengrundlage für die haushaltspolitische Debatte zur Verfügung gestellt werden können und
- Aussagen zur Einhaltung der Mindeststandards (Umfang der Hilfen, Verweildauer in Einrichtungen) möglich sind.

Aussagen hierzu werden ab 2013 in ein strukturiertes kennzahlengestütztes Berichtswesen fließen, um somit besonders die Qualität, Steuerung und Finanzierung der sozialen Arbeit im Jugendamt zu verbessern.

Sachgebiet Unterhalt

- *Vormundschaftsreform*

Im Jahr wurde die Umsetzung der Vormundschaftsreform vom 05.07.2011 schrittweise weitergeführt. Durch das Gesetz zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts sind vor allem die stärkere Berücksichtigung der Mündelinteressen und die Konkretisierung der Personensorgepflichten des Vormunds, insbesondere durch regelmäßigen persönlichen Kontakt, abzusichern. Durch die Gesetzesänderungen sind nicht nur die Anforderungen an die Vormünder gestiegen, sondern es werden auch neue Rahmenbedingungen vorgegeben, zu deren Umsetzung die Träger der öffentlichen Jugendhilfe verpflichtet waren. Der Vormund soll mit dem Mündel einmal im Monat persönlichen Kontakt halten und ihn in seiner gewohnten Umgebung aufsuchen. Die Kernvorschrift des Gesetzes schreibt den Vormündern explizit vor, die Pflege und Erziehung des Mündels persönlich zu fördern und zu gewährleisten. Hinzu kommen sämtliche Tätigkeiten, zu denen der Vormund anstelle der Eltern im Rahmen der umfassenden Sorge für das Mündel verpflichtet ist. Aus den gesetzlichen Vorgaben ergibt sich ein Personenschlüssel von 1:50. Dies hatte zur Folge, dass im Bereich Amtsvormundschaften/ Pflegschaften zusätzlich 1,5 Stellen einzurichten waren. Die Besetzung der Stellen erfolgte schrittweise und wurde zum 1. Mai abgeschlossen. Die Mehrkosten für Personal, Gemein- und Sachkosten betragen jährlich 98.599,43 €. Hinzu kommen Mehrkosten für Technik, Telefon- und Fahrkosten. Deshalb wird in Zusammenarbeit mit dem Landkreistag des Landes Brandenburg ein Kostenausgleich durch das Land angestrebt.

Zur Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben wurde eine Konzeption erarbeitet. Die Konzeption beschreibt notwendige Maßnahmen, die Rollen der Beteiligten und Aufgabenfelder mit ihren Schnittstellen im Netzwerk der sozialen Arbeit. Weiterhin wurden notwendige Rahmenbedingungen geschaffen, die eine ordnungsgemäße Aufgabenerledigung gewährleisten, wie z.B. die veränderte Finanzplanung, erweiterte Bereitstellung von Dienstkraftwagen für den Außendienst, Ausdehnung des Gleitzeitrahmens, Fortbildungen, Literaturbeschaffung und die Ausstattung der Arbeitsplätze mit Laptops für eine flexible Aufgabenerledigung.

Im April wurden vor dem Inkrafttreten der neuen Vorschriften für die Aufsichtsführung durch die Familiengerichte am 5. Juli vorbereitende Absprachen zur Ausgestaltung der Rechenschaftspflicht mit den Familiengerichten getroffen.

Weiterhin besteht ein gesetzlicher Auftrag, regelmäßig zu prüfen, ob die Aufgabenwahrnehmung teilweise auch durch Einzelvormünder erfolgen kann. In geeigneten Fällen können ehrenamtliche Vormünder die bessere Alternative zur Amtsvormundschaft des Jugendamtes sein. Dafür müssen geeignete Personen gefunden, ausreichend geschult und fortlaufend begleitet werden. Deshalb wird aufgrund der Erfahrungsberichte umliegender Landkreise und Kommunen ein Verfahren zur Gewinnung von Einzelvormündern erarbeitet.

- *Vergleichsringarbeit in Begleitung der KGSt im Bereich Unterhaltsvorschuss, Beistandschaften und Vormundschaften*

Der Landkreis nimmt seit Januar gemeinsam mit weiteren 6 Landkreisen aus Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen an der zweiten Projektphase des Vergleichsringes Unterhaltsvorschuss, Beistandschaften und Vormundschaften teil. Dabei handelt es sich um die bundesweit erste Vergleichsringarbeit in den genannten Aufgabenbereichen, die kommunale Leistungen durch Kennzahlen abbildet und vergleichbar macht.

Durch den interkommunalen Vergleich und einhergehenden überaus wichtigen fachlichen Erfahrungsaustausch konnten positive Werte definiert sowie Ursachen für Abweichungen mit Stärken und Schwächen dargestellt und steuerungsrelevante Maßnahmen zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit beim Landkreis entwickelt werden. Im Ergebnis wurden im Bereich Unterhaltsvorschuss Arbeitsaufgaben umverteilt und eine Handlungsanweisung zur effektiven Fallbearbeitung erlassen.

Darüber hinaus konnten erfolgreiche Instrumente, Methoden und Prozesse anderer Organisationen übernommen werden. Die Orientierung und Bewertung der eigenen Tätigkeit erfolgte an den Kennzahlenwerten der „Besten“ im Vergleichsring. Dabei ist der interkommunale Austausch der teilnehmenden Landkreise eine der wichtigsten Komponenten. Im Laufe der Vergleichsringarbeit haben sich unter den Teilnehmern feste Kontakte entwickelt, die für den gegenseitigen Austausch auch in anderen Fragen inzwischen hoch geschätzt werden.

Ende des Jahres wurde die Erhebung der Jahreswerte vorgenommen. Die Ergebnisse werden im Sommer 2013 vorliegen.

Es besteht großes Interesse die Vergleichsringarbeit auch im Folgejahr fortzuführen, da für die Bereiche Beistandschaften und Vormundschaften nach Entwicklung der Kennzahlen und sukzessiver Einrichtung der Datenerhebungsquellen in den Teilnehmerkreisen die ersten validen Ergebnisse erst mit den Jahreswerten 2012 vorliegen werden. Aus den Vergleichsergebnissen können für diese Aufgabenbereiche erst danach Handlungsbedarfe abgebildet und angegangen werden. Ein Abbruch der Vergleichsringarbeit würde die hier geleistete Arbeit der Jahre 2011 und 2012 nutzlos machen.

- *Bereich Unterhaltsvorschuss*

Mit den Unterhaltsvorschussleistungen sollen alleinstehende Elternteile von finanziellen Sorgen entlastet werden, wenn der unterhaltspflichtige Elternteil sich seiner Zahlungspflicht ganz entzieht, nicht oder nur teilweise zu Unterhaltszahlungen in der Lage oder der Unterhaltspflichtige verstorben ist und das Kind keinen oder nur unzureichenden Anspruch auf Waisenrente hat. Unterhaltsvorschussleistungen können Kinder bis zum vollendeten 12. Lebensjahr für längstens 72 Monate beziehen.

Die Unterhaltsvorschussleistungen betragen für Kinder von 0 - 5 Jahren zurzeit monatlich 133 € bzw. für Kinder vom 6. bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres monatlich 180 €. Auf die Beträge werden Einkünfte der Kinder angerechnet wie z.B. Unterhaltszahlungen oder Waisenbezüge. Im Jahr erhielten im Landkreis monatlich ca. 1.170 Kinder Unterhaltsvorschussleistungen. Insgesamt wurden

2,082 Mio. € ausgezahlt. Die Unterhaltsvorschussleistungen werden aus Landes- und Bundesmitteln finanziert. Für die Unterhaltsschuldner besteht eine Rückzahlungspflicht, soweit sie leistungsfähig sind. Der Rückgriff auf die Unterhaltsschuldner stellt im Verhältnis zur Leistungsgewährung den weitaus größeren Aufgabenanteil dar. Er ist überwiegend mit jahrelangen Einzugsverfahren und gerichtlichen Durchsetzungsmaßnahmen verbunden.

Für den Leistungsvergleich der Kommunen werden jährlich die Rückforderungsquoten ermittelt.

Der Landkreis konnte sein Einnahmenvolumen aus Rückforderungen im Jahr 2011 i.H. von 419.983,28 € auf 569.579,63 € in 2012 erhöhen. Das waren 149.569,35 € Mehreinnahmen gegenüber dem Vorjahr. Die Rückforderungsquote konnte von 19 v.H. auf 27,34 v. H. gesteigert werden.

- *Bereich Beistandschaften*

Bei Fragen zur Klärung der Vaterschaft oder der Regelung des Unterhaltes und seiner Durchsetzung ist kompetente Hilfe durch das Jugendamt besonders wichtig. Insbesondere dann, wenn es Eltern bei ihrer Trennung oder Scheidung nicht mehr schaffen, Fragen zum Unterhalt und Umgang selbst zum Wohle des Kindes zu vereinbaren, können die Fachkräfte des Jugendamtes neben der Beratung und Unterstützung auch die Vertretung des Kindes im Prozess übernehmen. Das Jugendamt als Dienstleistungsbehörde versteht sich hier als Anwalt junger Menschen und ihrer Familien. Die Leistungen werden kostenlos angeboten.

So wurde das Jugendamt im Laufe des Jahres insgesamt in 1.354 Beistandschaften und 828 Beratungs- und Unterstützungsfällen tätig. Im Vergleich dazu waren es im Jahr 2011 noch 1.313 Beistandschaften und 810 Beratungs- und Unterstützungsfälle. Die Entwicklung der Fallzahlen zeigt auch die gewünschte Tendenz zur Steigerung von Beratungs- und Unterstützungsfällen, in denen außergerichtlich einvernehmliche Lösungen zum Wohle des Kindes getroffen werden.

Der Bereich hat ein eigenes Leitbild entwickelt: „So viel Beratung wie möglich, so viel Beistandschaft wie nötig“. Danach sollen Beistandschaften nur für die Durchsetzung gerichtlich notwendiger Verfahren oder durchgreifender Maßnahmen eingerichtet werden. Die Arbeit des Beistandes soll ein Vertrauensverhältnis durch persönliche Kontaktaufnahme zwischen den Eltern vermitteln und konfliktentschärfend die Elternautonomie stärken. Ein familiengerichtlicher Beschluss ist nicht immer eine „gute“ Lösung.

Im April hat der Bundesgerichtshof neue Rechtssprechungsgrundsätze für die Umrechnung von Regelbetragstiteln in den Prozentsatz des Mindestunterhalts abweichend von der bisherigen Praxis erlassen, die nunmehr auch auf Rückstandsberechnungen anzuwenden sind. In Folge dessen wurden in zusätzlichem Arbeitsaufwand insgesamt 413 Unterhaltsberechnungen geprüft und neu berechnet. Änderungen wurden in den betreffenden Fällen den Beteiligten schriftlich mitgeteilt.

Neben den gesetzlichen Aufgaben hat der Berater, Unterstützer und Beistand auch eine wichtige „Türöffnerfunktion“, da er häufig der erste Ansprechpartner im Jugendamt ist und auf andere Angebote und Hilfsmöglichkeiten gezielt verweisen kann.

Dies lenkt den Blick zunehmend auf den Arbeitsbereich „Beratung, Unterstützung und Beistandschaft“ und der Wert der hier geleisteten Arbeit vermittelt sich immer mehr den Außenstehenden.

- *Beurkundungen und Beglaubigungen im Kindschaftsrecht*

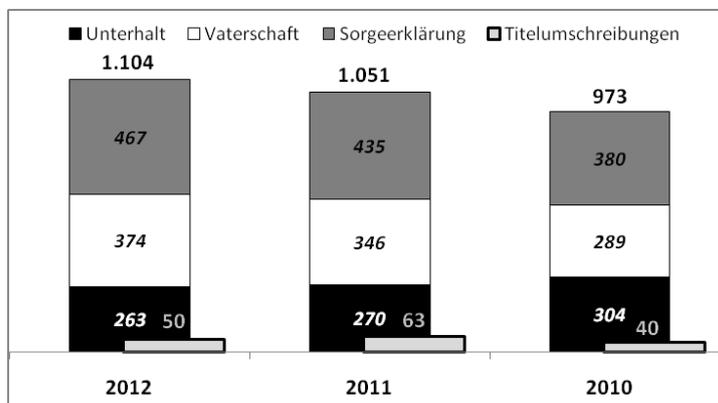
Nach wie vor wird die überwiegende Zahl der Vaterschaften nicht gerichtlich festgestellt, sondern die Anerkennung beurkundet. Auch der Kindesunterhalt wird in den meisten Fällen nicht durch das Familiengericht festgelegt, vielmehr ist die freiwillige Verpflichtungserklärung die Regel. Darüber hinaus können nicht miteinander verheiratete Eltern gemeinsame Sorgeerklärungen beurkunden lassen. Diese und

weitere Erklärungen können neben dem Notar auch das Jugendamt mit seinen berufenen Urkundspersonen beurkunden.

Im Rahmen der Beurkundungshandlung wird zunächst der Wille des Erschienenen ergründet und der Sachverhalt der beabsichtigten Urkunde geklärt. Danach erfolgt eine Belehrung über die rechtliche Tragweite der Urkunde. Im Anschluss wird die Urkunde verfasst, verlesen und unterzeichnet. Von der Urkunde werden beglaubigte Ausfertigungen erstellt.

Ein weiteres Aufgabenfeld nehmen Titelumschreibungen ein. Hier werden auf Antrag gesetzlich übergegangene Unterhaltsansprüche aus Titeln zugunsten betreffender Vorleistungsträger umgeschrieben.

In den letzten Jahren hat die Anzahl der Beurkundungen beim Jugendamt deutlich zugenommen. Die nachfolgend aufgeführten Zahlen der Jahre 2009 bis 2012 verdeutlichen den Anstieg.



Die Beurkundungen sind derzeit kostenfrei. Der Landkreis hat die Möglichkeit, die Erhebung von Gebühren und Auslagen für Beurkundungen und Beglaubigungen durch Satzung zu regeln. Das Jugendamt prüft gegenwärtig die organisatorischen Voraussetzungen und stellt eine Kosten- Nutzenanalyse auf. Dabei ist unter dem Aspekt des Nutzens auch zu überprüfen, inwieweit die Erhebung von Gebühren einen Rückgang der oben beschriebenen Bereitschaft zu einvernehmlichen Lösungen bedeuten könnte.

Amt für Bildung und Kultur

Sachgebiet Schulverwaltung und Kultur

Die wesentlichen Aufgaben waren im Bereich Schulverwaltung:

- die Organisation und Finanzierung der Schülerbeförderung von 6.869 Fahrschülern (3.398.790 € Beförderungskosten),
- die Bearbeitung der Schulkostenbeiträge an die Träger der weiterführenden allgemein bildenden Schulen im Landkreis und an andere Landkreise bzw. kreisfreie Städte im Land Brandenburg (Aufwendungen in Höhe von 2.883.410 €),
- die Vergabe von Landesmitteln im Rahmen der Weiterbildungsgrundversorgung an die anerkannten Träger der Erwachsenenbildung nach dem Brandenburgischen Weiterbildungsgesetz (Landesmittel in Höhe von 146.270 €),
- die Gewährung von Landeszuschüssen an Berufsschülerinnen und Berufsschüler, die während ihrer theoretischen Ausbildung auswärtig untergebracht werden müssen (Zuschüsse in Höhe von 14.270 €) und
- die Gewährung von Zuschüssen an die Träger der Grundschulen im Landkreis zur Förderung der Durchführung des Schwimmunterrichtes in den 3. Klassen (Zuschüsse in Höhe von 23.970 €).

Des Weiteren wurden die Schulträgeraufgaben umfassend wahrgenommen. So galt es insbesondere, die Arbeit in den schulischen Mitwirkungsgremien (Schulkonferenzen, Kreisschulbeirat etc.), die Mitwirkung bei den Besetzungsverfahren von Schulleitungen oder Visitationsverfahren an den Schulen aktiv zu begleiten.

- *Kultur*

Die kontinuierliche Ausstellungstätigkeit in der Neuen Galerie in Wünsdorf und im Kreishaus konnte erfolgreich fortgesetzt werden. Es gab verschiedene Ausstellungen der Malerei, Grafik, Plastik, Fotografie und des Kunsthandwerks, vorrangig von Künstlern unseres Landkreises, aber auch aus anderen Landkreisen in Brandenburg sowie aus Potsdam und Berlin. Höhepunkt war die Jahresendausstellung „Akzente 9“, an der sich 28 Künstler beteiligten.

Anfang Mai besuchten zahlreiche Gäste die jährlich stattfindende Aktion „Offene Ateliers“, ein Kooperationsprojekt des Arbeitskreises der Kulturverwaltungen im Land Brandenburg. An diesem Wochenende gibt es die Gelegenheit, Künstler in ihren Ateliers zu besuchen, ihnen bei der Arbeit über die Schulter zu schauen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen.

Zur Förderung von Kunst und Kultur wurden zahlreiche Projekte mit insgesamt rund 70.000 € finanziell unterstützt. So u.a. der Theatersommer des „theater 89“ in Altes Lager, das interkulturelle Brückenfest in Ludwigsfelde, das Fläming-Musik-Festival sowie Ausstellungen und Veranstaltungen zur Lutherdekade in Jüterbog, das Fest des Liedes (ein Gesangstreffen der Chöre im Landkreis) in Schloss Diedersdorf, eine Sonderausstellung in Glashütte zur Kultur- und Naturgeschichte des Baruther Urstromtals und das 3. KulturblütenFestival, diesmal in Wahlsdorf.

Alle zwei Monate erschien der Veranstaltungskalender, der das vielseitige kulturelle Angebot im Landkreis publiziert.

Das Heimatjahrbuch 2012 berichtet über historische und aktuelle Geschehnisse im Landkreis, befasst sich inhaltlich mit Brauchtum und Heimatpflege und trägt so zur Stärkung der regionalen Identität bei.

All das waren Beiträge zur Förderung von Kunst und Kultur im Landkreis, die zur kulturellen Bildung und zur Entwicklung des Kulturtourismus beitragen.

Sachgebiet Untere Denkmalschutzbehörde

- *Strukturänderung*

Seit Mai des Jahres gehört die Untere Denkmalschutzbehörde zum Amt für Bildung und Kultur im Dezernat V.

- *Denkmalliste*

Seit zwei Jahren erfolgt die Eintragung der Denkmale in die Landesliste sehr schleppend. Auch 2012 wurden nur wenige Denkmale neu eingetragen. Nach wie vor sind zahlreiche Denkmale nicht in der Liste verzeichnet, sodass sich für deren Eigentümer oder Käufer Planungsunsicherheiten ergeben.

Die Änderungen der Denkmalliste ergeben sich aus den folgenden Tabellen:

Eintragungen in die Denkmalliste 2012

Nr.	Gemeinde / Stadt / Amt	Anschrift/Objekt	Eintragung
			g

1	Luckenwalde	Puschkinstraße 21, Wohnhaus	12.01.20 12
2	Luckenwalde	Grabenstraße 34, Wohnhaus	16.01.20 12
3	Zossen	Marktplatz 12, Wohnhaus	06.02.20 12
4	Luckenwalde	Grabenstraße 1, Wohnhaus	04.05.20 12
5	Luckenwalde	Grabenstraße 4, Wohnhaus	04.05.20 12
6	Jüterbog	Nikolaikirchstraße 46, Wohnhaus	21.05.20 12
7	Am Mellensee	Klausdorf und Rehagen, Bahnhofstraße, Straßenpflasterung und Gleisreste	16.06.20 12
8	Zossen	Weinberge 56, Wohnhaus	04.07.20 12
9	Großbeeren	Dorfaue 8/8a zwei Gutsarbeiterhäuser und Wirtschaftsgebäude	18.07.20 12
10	Niedergörsdorf	Kirche Blönsdorf	29.10.20 12

Präzisierungen des Schutzzumfanges 2012

Nr.	Gemeinde / Stadt / Amt	Anschrift	präzisierte Bezeichnung	erweitert am
1	Jüterbog	Mönchenstraße 14	Mietwohnhaus mit Seitenflügel und Stallgebäude	02.03.2012
2	Niedergörsdorf	Altes Lager	Höhere Fliegertechnische Schule	02.03.2012
3	Luckenwalde	Lindenstraße 3	Heinrich-Stift mit straßenseitiger Einfriedung und gärtenrisch gestalteter Freifläche	15.06.2012

Löschungen aus der Denkmalliste 2012

Nr.	Gemeinde / Stadt / Amt	Anschrift/Objekt	gelöscht am
1	Jüterbog	Kloster Zinna, Friedhof Grab eines italienischen Kriegsgefangenen	10.04.2012
2	Rangsdorf	Kurparkallee 27, Wohnhaus Baczewski	04.05.2012

Zusammenfassung von Positionen der Denkmalliste 2012

Nr.	Gemeinde / Stadt / Amt	Anschrift	Neue Bezeichnung	zusammengefasst am
-	-	-	-	-

Die Benachrichtigung von Flächeneigentümern, auf deren Grundstücken Bodendenkmale bekannt sind, wurde im Berichtsjahr stetig weitergeführt. Für 72 ortsfeste Bodendenkmale wurden die Eigentümer ermittelt und über den Bodendenkmalstatus informiert. Insgesamt sind von den ca. 1500 archäologischen Fundstellen zum Ende des Jahres 2012 etwa 88 % über Benachrichtigungsschreiben an die Eigentümer oder über öffentliche Bekanntmachung bekanntgegeben.

- *Eigentümerwechsel*

Auch 2012 wurden, wie im Jahr zuvor, signifikant viele Denkmale verkauft. Unter diesen Gebäuden waren vor allem auch zahlreiche, vermeintlich aussichtslose Fälle. Der Denkmalstatus wirkt, entgegen der landläufigen Meinung, keinesfalls durchgängig abschreckend auf Kaufwillige. Im Gegenteil, gerade die steuerlichen Vergünstigungen sind für Investoren sehr attraktiv. Damit wird außerdem eine Studie vom Institut Allensbach aus dem Jahr 2006 bestätigt, die den Deutschen eine große Denkmalfreundlichkeit bescheinigt und u.a. zu dem Ergebnis kam, dass fast vierzig Prozent der Deutschen bereit wären, für eine Wohnung in einem restaurierten Altbau mehr Miete oder einen höheren Kaufpreis zu zahlen als für eine vergleichbare andere Wohnung.

Nr.	Gemeinde / Stadt / Amt	Anschrift	Objekt
1	A m Mellensee	Luckenwalder Str. 16	Villa
2		Klausdorf, Am See 30	Wohnhaus
3	Sperenberg	Gutshaus	Gutshaus
4	Baruth	Rudolf-Breitscheidstr. 2	Wohnhaus
5	Dahme	Rudolf-Breitscheidstr. 22-24	Denkmalbereich
6		Gebersdorf Dorfstr. 21	Herrenhaus
7	Jüterbog	Planeberg 1 (Stadt)	Fachwerkhaus
8		Mönchenstr. 14	Mietwohnhaus
9		Zinnaer Str. 6	Wohnhaus
10	Luckenwalde	Theaterstr. 16	Villa
11		Große Weinbergstr. 11a	Mietwohnhaus
12		Schützenstr. 61	Wohnhaus
13		Gottower Str. 59	Mehrfamilienhaus
14		Rudolf-Breitscheid-Str. 4 (Stadt)	Fachwerkhaus
15		Lindenstraße 3	Heinrichstift
16		Am Neuen Damm 14	Wohnhaus
17		Auf dem Sande 11	Wohnhaus
18		Auf dem Sande 2	Wohnhaus
19		Kurze Str. 1	Wohnhaus
20		Poststr. 12	Wohnhaus
21		Jänickendorfer Str. 16/17	Wohnhaus
22		Heidestr. 28	Mehrfamilienhaus
23		Brandenburger Str. 35	Mietwohnhaus
24		Am Anger 26	Wohnhaus
25		Breite Straße 4	Denkmalbereich
26		Baruther Str. 22	Denkmalbereich

27		Grabenstr. 19	Mietwohnhaus
28		Wiesenstr. 2	Mietwohnhaus
29		Wiesenstr. 3	Mietwohnhaus
30		Beelitzer Str. 35a	Mietwohnhaus
31	Ludwigsfelde	Pfarrhaus Gröben	Wohnhaus
32	Niedergörsdorf	Werkzahna 27-29	Gehöft
33		Oehna 24	Gehöft
34	Thyrow	Von Achenbachstr. 36	so genanntes Eichberghaus/Villa
35	Trebbin	Puschkinstr. 1	Wohnhaus
36		Blankensee, Alte Gutsschmiede	Schmiede
37	Zossen	Bahnhofstr. 18	Ehem. Pädagogium
38		Weinberge 56	Wohnhaus/Fachwerkhaus

- *Ersatzvornahmen*

Die vor zwei Jahren begonnenen Sicherungsarbeiten an der Fabrik Poststr. 25 in Luckenwalde wurden in diesem Jahr fertiggestellt. Weitere Ersatzvornahmen wurden nicht durchgeführt.

- *Förderung*

Wie im Vorjahr wurden die Mittel für Zuwendungen für Maßnahmen des Denkmalschutzes im Zuge der Haushaltseinsparungen vollständig gestrichen, sodass keine Maßnahme vom Kreis gefördert wurde.

- *Begonnene, fortgesetzte und erfolgreich abgeschlossene Projekte in Auswahl*

- Begonnene Vorhaben

- Parkstr. 5 und Parkstr. 71 in Luckenwalde
- Kulturhaus Ludwigsfelde
- Marienkirche in Dahme
- Klosterkirche Kloster Zinna
- Stadtbefestigungsanlage Jüterbog (Dammtor)
- Planeberg 1- 4 Jüterbog (Umnutzung und Erweiterung zum Integrationskindergarten)
- Amtsgericht Luckenwalde

- Fortgesetzte Vorhaben

- Altes Schloss („Frauenhaus“) in Baruth
- Gutsanlage Stülpe
- Kirchen in Luckenwalde (St. Jakobi), Baruth (St. Sebastian), Heinsdorf, Niebendorf, Gröben, Schlenzer
- Post- und Güterbahnhof Luckenwalde

- Abgeschlossene Vorhaben:

- Hutfabrik Steinberg-Hermann von Erich Mendelsohn (gesichert)
- Jüterboger Str. 23/25, so genannte Grafschaft in Kloster Zinna
- Ludwigsfelde, Museumsanbau
- Villa in der Schützenstr. 45 in Luckenwalde

- Hospitalkirche in Dahme
- Gutshaus Petkus

- *Bodendenkmalpflege*

Im Jahr stieg die Zahl archäologischer Untersuchungen im Vergleich zum Vorjahr an. Die starke Bautätigkeit, vor allem in den Gemeinden zwischen der Berliner Stadtgrenze und dem Autobahnring, führte zu zahlreichen, meist baubegleitenden Dokumentationen.

Vor dem Neubau der Verbindungsstraße Schönefeld – Teltow fanden nördlich von Mahlow bauvorbereitende Ausgrabungen statt. Dabei wurden Ausschnitte einer Siedlung der späten Bronzezeit (ca. 1100 - 700 v. Chr.) und einer Siedlung der Germanenzeit (ca. 1.- 3. Jh. n. Chr.) dokumentiert. In Zossen entdeckten Archäologen auf der Baustelle für das neue Jobcenter an der Marktstraße mehrere Feldsteinkeller aus dem späten Mittelalter, die in das 14./15. Jahrhundert datieren. Dass auch kleinräumige Untersuchungen lohnen, zeigen archäologische Untersuchungen im Kolonistenhaus, das vor dem Kreishaus in Luckenwalde steht. Bei der Fundamentsanierung wurden Tonscherben der Slawenzeit entdeckt, die aus dem 10. Jahrhundert stammen und auf eine bisher unbekannte slawische Siedlung an der Nuthe schließen lassen. Bei der Platzgestaltung wurde südlich des Gebäudes ein alter Brunnen gefunden und als Bodenintarsie innerhalb der Pflasterung sichtbar gemacht.

- *Öffentlichkeits- und Vereinsarbeit*

Die Verleihung der Denkmalpflegepreise fand dieses Jahr nicht statt. Da in den zurückliegenden Jahren gelegentlich Kritik an der Vergaberichtlinie geäußert wurde, die sich z.B. auf fehlende Beteiligung der Kreistagsabgeordneten und der Öffentlichkeit bezog, ist eine Änderung ausgearbeitet, aber noch nicht dem Kreistag zur Beschlussfassung vorgelegt worden.

Der Kalender erschien dieses Jahr etwas später. Das bewährte Konzept wurde beibehalten und jeden Monat ein Detail eines Denkmals gezeigt, das in seiner Gesamtansicht in einem kleineren Foto mit einem kurzen Erläuterungstext vorgestellt wird.

Aufgrund der aktiven Öffentlichkeitsarbeit ist das Ansehen der archäologischen Denkmalpflege weiter gestiegen. Zahlreiche Presseartikel informierten aktuell über archäologische Funde und Ausgrabungen in allen Regionen des Landkreises. Der Archäologentag Teltow-Fläming fand am 22. Januar im Kreishaus Luckenwalde statt. 180 Teilnehmer verfolgten die spannenden Vorträge über Funde, Ausgrabungen und Forschungen des Vorjahres, die einen Bogen von der Bronzezeit bis zum späten Mittelalter spannten.

Der anlässlich der im März stattgefundenen Tagung des Mittel- und ostdeutschen Verbandes für Altertumsforschung e.V. erschienene archäologische Wanderführer „Ausflüge im Südwesten Brandenburgs - Zauche-Teltow-Fläming“ findet positive Resonanz. Aus unserem Landkreis sind 25 touristisch gut erschlossene Sehenswürdigkeiten in dem Buch beschrieben. Eine Busexkursion der Fachtagung unter der Leitung des Kreisarchäologen führte 35 interessierte Teilnehmer zu Bodendenkmalen im Niederen Fläming. Auch Bodendenkmale, vor allem die oberirdischen, haben ein hohes touristisches Potenzial und stärken vor Ort die geschichtliche Identität.

Der Tag des offenen Denkmals am 2. Septembersonntag findet immer reges Interesse und zahlreiche Besucher. Dieses Jahr war vor allem die frisch sanierte „Grafschaft“ in Kloster Zinna über Stunden lebhaft bevölkert.

Der Förderverein Alte Guts-Schmiede Blankensee e.V. hat mit großem Engagement und viel Gespür für das kleine historische Bauwerk die Sanierungsarbeiten fertiggestellt und konnte am 19. Oktober seine Eröffnung feiern. Dank der Unterstützung durch die Stadt Trebbin, die das Denkmal im Vorfeld der Sanierung erwarb, können Besucher jetzt auf verschiedenen Veranstaltungen das Schmiedehandwerk erleben.

Für die Dorfkirche Waltersdorf hat sich ein Förderverein gegründet. Die seit einigen Jahren sehr positive Entwicklung von Vereinsgründungen zur Erhaltung eines Denkmals hält somit weiter an und bestätigt das starke Interesse der Bevölkerung an der Erhaltung identitätsstiftender Bauwerke ihrer Heimat.

- *Abrisse und Unglücksfälle*

Nach dem Brand des Baczewskihauses in Rangsdorf musste der Abrissantrag des Eigentümers positiv beschieden werden. Seinem Abriss folgte in diesem Jahr die Löschung des Wohnhauses aus der Denkmalliste.

Zu Beginn des Jahres wurde ein weiteres Denkmal durch einen Brand schwer geschädigt - der klassizistische Teil des Baruther Schlosses. Seitdem ist der Dachstuhl völlig zerstört, ebenso wie große Teile des Inneren. Die untere Denkmalschutzbehörde hat sich in diesem Jahr mit großem Einsatz um einen Lösungsweg zur Sicherung des Gebäudes bemüht.

Ein Abrissantrag der Gemeinde Niederer Fläming für die Gutsarbeiterhäuser Hohenahlsdorf ist in Bearbeitung.

Ein Abrissantrag für die ehemalige Pianofabrik Niendorf in Luckenwalde wurde wegen unzureichender Unterlagen zurückgewiesen.

- *Projektgruppe Kummersdorf*

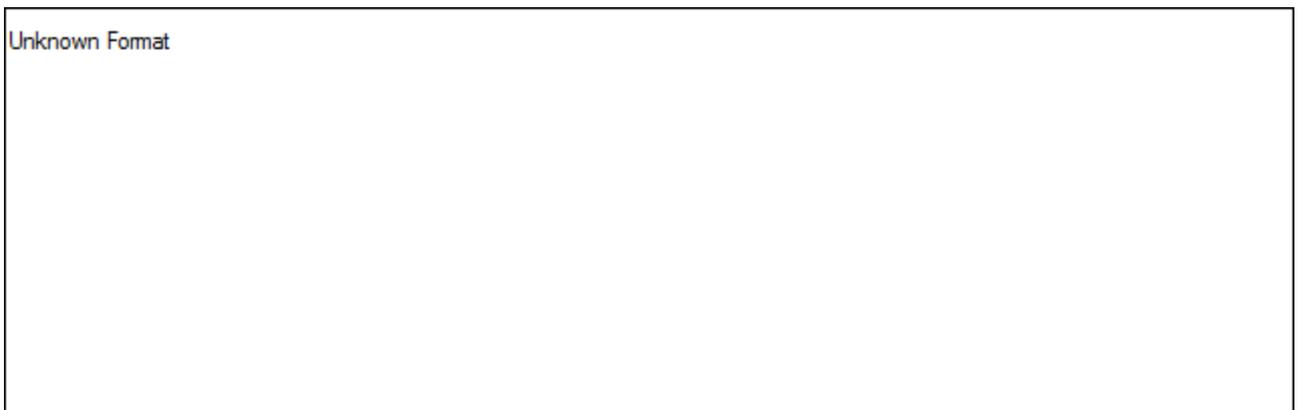
Seit ihrer Gründung im Januar 2009 präsentiert die Projektgruppe ihre Arbeitsergebnisse jedes Jahr im Herbst öffentlich. Auch 2012 war die Veranstaltung wieder im Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Potsdam zu Gast.

Die ehemalige WGT-Liegenschaft ist in diesem Frühjahr vom Bund in das Eigentum des Landes Brandenburg übergegangen. Nur geringe Teilflächen sind im Eigentum des Bundes verblieben. Zwei Gebäude, das Kasino und die Kommandantenvilla, sollen nach Auskunft des Finanzministeriums demnächst von der Brandenburgische Boden Gesellschaft für Grundstücksverwaltung und –verwertung (BBG) vor weiterem Verfall gesichert werden. Im Zentrum der Aufgaben steht jetzt die Suche nach einem gemeinsamen Weg der Kommunen und des Landes, das Gelände öffentlich erlebbar zu machen und wirtschaftliche Erträge zu sichern. Nicht nur aus Sicht der Denkmalpflege birgt die starke Nachfrage nach Führungen über das Gelände großes wirtschaftliches Potenzial.

Volkshochschule

Die Volkshochschule Teltow-Fläming ist eine Erwachsenenbildungseinrichtung in kommunaler Trägerschaft des Landkreises und versteht sich als Partner der regionalen Entwicklung. Sie steht allen Bürgerinnen und Bürgern offen und eröffnet vielfältige Zugänge zur Weiterbildung. Wohnortnahe Lernorte machen die Angebote für alle erreichbar und ermöglichen ein freiwilliges Lernen mit Freude und Zufriedenheit. Als regionaler Bildungspartner arbeitet die Volkshochschule in den Netzwerken „Gesunde Kinder Teltow-Fläming“, im Netzwerk „Kinderschutz“ und in den lokalen Familienbündnissen aktiv mit. Im regionalen Weiterbildungsbeirat ist die Volkshochschule ein verlässlicher Partner in der Kooperation und Zusammenarbeit mit anderen Weiterbildungsträgern der Region.

Die Volkshochschule Teltow-Fläming war mit einem flächendeckenden, vielfältigen Bildungsangebot ein leistungsstarker Bildungspartner in der Region. Die Zahlen sprechen für sich. So gab es insgesamt 685 Kurse mit 12.912 Unterrichtsstunden, die von 5.950 Teilnehmenden besucht wurden. Damit bestätigt die Volkshochschule für das Jahr eine steigende Inanspruchnahme ihrer quantitativen und qualitativen Weiterbildungsangebote. Dabei leisten die neben- und freiberuflichen Dozentinnen und Dozenten an der Volkshochschule eine hervorragende Lehrtätigkeit.



Die Volkshochschule Teltow-Fläming ist besonders um jene Menschen bemüht, die bislang zu wenig von Weiterbildung profitieren. Mit dem Grundbildungs- und Schulabschlussprogramm leistete sie auch 2012 einen Beitrag gegen Bildungsungerechtigkeit und ermöglichte mit dem Zweiten Bildungsweg jungen Erwachsenen das Nachholen eines Schulabschlusses. Zum Schuljahresende 2011/2012 konnten 53 Absolventen nach zweijähriger Schulzeit mit guten Zeugnissen verabschiedet werden. Für das Schuljahr 2012/2013 meldeten sich 89 junge Menschen zur Erlangung der Fachoberschulreife an. Das Projekt „Stark in die Ausbildung“ im Zweiten Bildungsweg hat die jungen Menschen rechtzeitig mit Berufsfeldern und Unternehmen der Region vertraut gemacht. Damit soll ihnen ein gelungener Übergang von Schule in Ausbildung bzw. Arbeit ermöglicht werden. Das Projekt führte die Volkshochschule in Kooperation mit dem Träger „Diakonisches Werk Teltow-Fläming“ durch.

Das breite Spektrum der Bildungsberatung durch die Volkshochschule reicht von der konkreten Lernberatung über die Bildungs- und Berufswegebegleitung bis hin zu neuen Formen der Kompetenzfeststellung, z. B. des ProfilPasses®.

Die Volkshochschule ist eine Bildungsberatungsstelle für die „Bildungsprämie“. Mit der Bildungsprämie unterstützt das BMBF seit 2008 Erwerbstätige, die sich weiterbilden möchten. Es wurden 52 trägerneutrale Beratungen durchgeführt und Prämiegutscheine für die berufliche Weiterbildung ausgereicht.

Kreismusikschule

Zum Stichtag 1. Januar 2013 wurden an der Kreismusikschule insgesamt 1.144 Schüler unterrichtet. 126 davon belegten zusätzlich ein zweites, mitunter auch noch ein drittes Fach (ohne Ensembles!). 17 fest angestellte und 25 freie Mitarbeiter unterrichten pro Woche 659 Stunden. Davon entfallen auf die Angestellten 375 Stunden. Nicht berücksichtigt wurden bei dieser Zählung die Zeiten für Leitung, Verwaltung und Zusammenhangstätigkeiten. In über 170 Veranstaltungen spielten kleine und große Ensembles vor ca. 25.000 Besuchern im gesamten Kreisgebiet auf Einladung von Firmen, Städten und Gemeinden bei Festen, zur Gesellenfreisprechung, in Kirchen und Krankenhäusern, bei Seniorenfeiern, Jubiläen oder Einweihungen u.v.a.m.

Besondere Veranstaltungen waren:

- Teilnahme am Regional- und Landeswettbewerb von „Jugend musiziert“ mit ersten und zweiten Preisen (20./21. Januar in Rathenow, 30. März in Cottbus)
- „Klassik-Brunch“ des rbb-Kulturradios im Stadttheater Luckenwalde (18. März)
- Teilnahme am Europäischen Musikfest der Jugend in Italien mit der „Bigband Tent-Fools“ und dem „Keyboardorchester“. Konzerte in Forli und San Mauro Mare (15. - 20. Mai)
- Luckenwalder Turmfest (16. Juni) - Konzert mit den Ensembles „Trommel-Fieber“ und „Blechschaten“
- zwei ausverkaufte Veranstaltungen im Luckenwalder Stadttheater (2. und 4. Juni) in Kooperation mit der „Kita 4 Jahreszeiten“ (Volkssolidarität)
- Mitwirkung bei der landesweiten Veranstaltungsreihe „Musikschulen öffnen Kirchen“ mit 4 Benefiz-Konzerten (5. Mai in der Josefkirche Luckenwalde, 10. Juni in der Jakobikirche Luckenwalde und Kirche Wünsdorf, 17. Juni in der Dorfkirche Kemnitz)
- Fortführung des Projektes „Klasse! Musik für Brandenburg“ - 4 Schulklassen in Jüterbog und Dabendorf erhalten wöchentlich regelmäßig insgesamt 9 Stunden Instrumentalunterricht
- Weihnachtskonzert im Stadttheater Luckenwalde (1. Dezember)

Mitwirkung bei Veranstaltungen des Landkreises (Auswahl):

- Neujahrsempfang des Landrates (20. Januar)
- Vorlesewettbewerb der Bibliothek (25. Februar)
- Ausstellung der Kunstklasse in der Kreisverwaltung (März - Juni)
- Seniorenwoche in der Kulturscheune Thyrow (18. Juni)
- Fest der Begegnung zum Weltflüchtlingstag (20. Juni)
- Deutscher Wandertag in Bad Belzig bzw. Diedersdorf (24./25. Juni)
- Volkstrauertag in Baruth (18. November)
- „Tag des Ehrenamtes“ in der Kreisverwaltung (13. Dezember)

Kreismedienzentrum

Das Kreismedienzentrum bildet eine Struktureinheit aus Fahrbibliothek, Kreisergänzungsbibliothek und Kreisbildstelle. Diese hat sich auch wie in den vorherigen Jahren sehr positiv bewährt. Aus dem gesamten Medienpool können die Medien genutzt werden, um die mobile Bibliotheksversorgung durch die Fahrbibliothek des Landkreises zu gewährleisten.

113 Veranstaltungen sowie gemeinsame, lesefördernde Aktionen mit insgesamt 3.458 Kindern und Erwachsenen waren wichtige Aktivitäten, darunter:

- der Kreisentscheid zum 53. Vorlesewettbewerb des Deutschen Buchhandels im Kreishaus, gemeinsam mit der Kreismusikschule und Museum des Teltow
- Teilnahme am Kreiserntefest in Glienick mit der Fahrbibliothek mit ca. 130 Besuchern
- „Lange Nacht der Bibliotheken“ zum 6. Mal und 20 Jahre Fahrbibliothek des Landkreises Teltow-Fläming im Kreativhaus der VHS
- Teilnahme am Sommerfest in Lindenbrück mit der Fahrbibliothek
- 56 literarische Veranstaltungen und 35 Bibliothekseinführungen mit insgesamt 916 Kindern aus Kindertagesstätten, Schulen und Horten wurden organisiert - sechs Autoren stellten ihre Bücher und literarischen Programme in einzelnen Schulklassen vor.

Die Fahrbibliothek bediente im Jahr insgesamt 158 Haltepunkte im Landkreis (Orte ohne Öffentliche Bibliotheken) im 4-Wochen-Rhythmus mit 21.500 Besuchern in den Standzeiten. 12 Kitas, 7 Horte, 9 Schulen, Förderschulen und zwei Altenheime wurden angefahren und die Leser mit speziellen und altersgerechten Medien versorgt.

Den Medienpool der Kreisergänzungsbibliothek nutzten vorrangig die 15 Öffentlichen Bibliotheken im Landkreis. Vierteljährlich lädt die Kreisergänzungsbibliothek die Leiter der Öffentlichen Bibliotheken des Landkreises und die Landesfachstelle Potsdam zur Kreisarbeitsgemeinschaft, zum Erfahrungsaustausch, zu Fortbildungsveranstaltungen, zur Planung gemeinsamer kreislicher Veranstaltungen, wie „Lange Nacht der Bibliotheken im Landkreis Teltow Fläming“ oder Autorenlesereisen ein. Unter anderem fanden Fortbildungsveranstaltungen zum Thema „Einblicke und Informationen über den Stand der frühkindlichen Entwicklung und Bildung“ und im Herbst „Neues vom Buchmarkt“ statt.

In der Kreisbildstelle werden unterrichtsbezogene Lehrmittel in Form von audiovisuellen Medien mit öffentlichen Aufführrechten angeschafft und an 51 Bildungseinrichtungen des Landkreises ausgeliehen. Ebenso wird von der leihweisen Nutzung der Camcorder, Videokameras, Leinwände, Abspielgeräte reger Gebrauch gemacht. Medienkataloge über Neuerscheinungen für Kitas und Grundschulen werden von der Kreisbildstelle erstellt und verteilt.

Im Jahr 2012 wurde zum zweiten Mal das Kinderfilmfest des Landes Brandenburg im Kreishaus für die 3. - 7. Klassen der Schulen im Landkreis mit starker positiver Resonanz durchgeführt. Über das Portal der Kreisbildstelle wird das digitale Bildungsfernsehen für 2013 vorbereitet. Im Internet ist Einsicht über die Medienbestände der drei Einrichtungen möglich.

Im Kreismedienzentrum konnten insgesamt 60.029 Entleihungen erzielt und 22.500 Besucher gezählt werden.

Museum des Teltow

Folgende Ereignisse und Besonderheiten sind erwähnenswert:

- Das Projekt „Guts- und Herrenhäuser im Landkreis Teltow-Fläming“ ist im

- Sonderausstellungsbereich auf größeres Publikumsinteresse gestoßen.
- Fotoausstellung „Dahlewitz in vier Jahreszeiten“
- Vorbereitung und Durchführung der Aktion „Feuer und Flamme für unsere Museen“ am 27. Oktober in Zusammenarbeit mit den Landkreisen Potsdam-Mittelmark, Havelland und der Stadt Brandenburg/Havel. Vier Museen aus dem Landkreis Teltow-Fläming nahmen teil, so auch das Museum des Teltow.
- Unterstützung mehrerer regionalgeschichtlicher Projekte, z.B. seit Sommer 2010 - „Museum in der Natur“ Dokumentations- und Forschungszentrum Kummersdorf-Gut“
- vom Museum erarbeitete Ausstellungen wurden bzw. werden anderenorts gezeigt
- gut besuchte Vorträge des Museumsleiters außerhalb des Museums
- Vorträge und selbst erstellte Programme in Grundschulen des Landkreises durch den im Rahmen des Kommunalkombiprogramms im Museum tätigen Mitarbeiter
- Sammlungsbestände des Museums wurden zur Verfügung gestellt, beratendes Wirken, um damit u.a. Schulen, Vereine u. ä. m. zu unterstützen
- Unterstützung von Ortschronisten bzw. Ortschronistengruppen in Gemeinden des Landkreises
- Erarbeitung des Heimatjahrbuches für den Landkreis

Die „normale“ museale Tätigkeit – nach museologischen Kriterien sammeln, bewahren, forschen, vermitteln – wurde intensiv weitergeführt.

Förderung des Sports

Der Bereich Sport wechselte zum Jahresbeginn vom Dezernat IV in das Dezernat V. Die fachliche Zuständigkeit liegt nunmehr im Amt für Bildung und Kultur, welches nach Maßgabe der Sportförderrichtlinie Zuwendungen bewilligt.

Kernstück der Sportförderung ist nach wie vor die Unterstützung des Geschäftsbetriebes des Kreissportbundes Teltow-Fläming e. V. und der jährliche Zuschuss für den 1. Luckenwalder Sportclub.

. Nach der Rechts- und Planungsunsicherheit vergangener Jahre ist es in diesem Jahr endlich gelungen, Zuwendungsverträge für beide Vereine abzuschließen. Hintergrund der Zuwendungsverträge ist die größere Rechtssicherheit in Bezug auf die Zuwendung, selbst bei vorläufiger Haushaltsführung.

Die Sportförderrichtlinie wurde umfassend überarbeitet und vom Kreistag am 10. Dezember 2011 für die kommenden Jahre beschlossen. Für die Neufassung der Richtlinie fanden die Ergebnisse und Erfahrungen aus der interkommunalen Sportentwicklungsplanung Berücksichtigung. Wichtigste Aussage war die Feststellung, dass die seit 1999 praktizierte Förderpolitik keine nachhaltigen Wirkungen erzielte. Von der kleinteiligen Förderung wurde folglich abgegangen, um Projekte auch mit größeren Summen zu unterstützen. So sind ab 2012 nur noch Maßnahmen oder Veranstaltungen mit überregionaler und besonderer regionaler Bedeutung sowie ein jährlich wechselnder Förderschwerpunkt förderfähig.

189 gemeinnützige Sportvereine sind beim Kreissportbund Teltow-Fläming e. V. eingetragen. Von den 18.882 gemeldeten Mitgliedern sind 7.621 Kinder und Jugendliche im Alter von 0 bis 21 Jahre. 33 Sportvereine nutzten die Möglichkeit der diesjährigen Förderung und beantragten Zuwendungen i. H. v. rund 57.400 Euro. Alle Antragssteller konnten aufgrund der begrenzten Bereitstellung der Haushaltsmittel von 20.000 Euro allerdings nicht berücksichtigt werden.

Unknown Format

Veranstaltungen mit überregionaler Bedeutung, wie beispielsweise

- das Internationale Vielseitigkeitsturnier und die Landesmeisterschaft im Vielseitigkeitsreiten in Liepe,
- der Internationale Brandenburg-Cup für Kadetten in Luckenwalde,
- die 15. Handballwoche in Rangsdorf oder
- das 36. Reit- und Springturnier in Großmachnow,

erhielten einen Zuschuss zu den Gesamtkosten.

Ferner wurden Kinder- und Jugendliche unterstützt, die sich für die Endrunde der Deutschen Meisterschaften im Beach-Volleyball qualifizierten. Ein weiterer Schwerpunkt in der Sportförderung waren die verschiedenen Projekte im Rahmen des für 2012 festgelegten Schwerpunktthemas „Kinder und Jugendliche“. Hier ist beispielsweise die Unterstützung des Kids-Skate-Days oder des Flaeming-Skate-Junior-Cups in Jüterbog zu nennen. Darüber hinaus war auch die Schulsportlehre wieder Bestandteil der Sportförderung.

Auch wenn die 2008 begonnene Sportentwicklungsplanung in diesem Jahr ihren planerischen Abschluss fand, liegt weiterhin das Interesse der Beteiligten im Fortbestehen der interkommunalen Zusammenarbeit. Im Ergebnis der Planungsarbeiten haben sich auch die Kommunen dafür ausgesprochen, den erfolgreich begonnenen Abstimmungsprozess auf dem Gebiet des Sports weiterzuführen.

Die enorme Bedeutung einer interkommunalen Sportentwicklungsplanung, nicht nur für Kommunen sondern auch für Landkreise, sieht ebenfalls das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBSJ). Gemeinsam mit dem Landkreis Teltow-Fläming wurde

daher an einer Online-Dokumentation zum Planungsprozess der interkommunalen Sportentwicklungsplanung gearbeitet. Die Veröffentlichung auf den Internetseiten des MBSJ ist für das kommende Frühjahr geplant.

Wie bereits in den vergangenen Jahren stellte das Staatliche Schulamt Wünsdorf Informationen für den Bericht zur Verfügung:

Staatliches Schulamt Wünsdorf

Das Staatliche Schulamt Wünsdorf als untere Schulbehörde ist für die Aufsicht der Schulen in den beiden Landkreisen Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald zuständig. Der Berichtszeitraum des

2. Schulhalbjahres 2011/12 sowie des 1. Schulhalbjahres 2012/13 war insbesondere durch folgende wesentliche Aspekte gekennzeichnet:

Im Landkreis Teltow-Fläming gibt es insgesamt 30 Grundschulen, zehn Oberschulen sowie sechs Gymnasien. Davon befinden sich zwei Grundschulen, zwei Oberschulen und ein Gymnasium in freier Trägerschaft. Weiterhin stehen eine Grund- und Oberschule, eine Gesamtschule, vier Schulen mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“ und zwei Schulen mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“ zur Verfügung. Darüber hinaus gibt es im Landkreis ein Oberstufenzentrum (OSZ) mit Standorten in Luckenwalde und Ludwigsfelde sowie den Lehrgang für den Zweiten Bildungsweg an der Kreisvolkshochschule (VHS).

Zu Beginn des Schuljahres 2012/13 lernten 13.811 Schülerinnen und Schüler in 569 Klassen in den 49 staatlichen allgemein bildenden Schulen. Sie werden von 1.250 Lehrkräften unterrichtet.

- *Bereich Grundschulen*

In den Eingangsjahrgang der Primarstufe wurden zum Schuljahr 2012/13 in den 28 staatlichen Grundschulen 1.249 Schülerinnen und Schüler in 56 Klassen aufgenommen. Das entspricht einer Klassenfrequenz von 22,3.

Im Zuge der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention nehmen im Landkreis drei Schulen am Pilotprojekt "Inklusive Grundschule" (PING) teil: die Grundschule Baruth/Mark, die Wilhelm-Busch-Grundschule Blankenfelde und die Otfried-Preußler Grund- und Oberschule Großbeeren. Im Rahmen dieses Projektes werden an den beteiligten Schulen alle Kinder, unabhängig davon ob sie Schwierigkeiten im Lernen, in der emotionalen-sozialen Entwicklung oder der Sprache haben, aufgenommen. Für die sonderpädagogische Förderung erhalten die Schulen eine zusätzliche Ausstattung an Lehrerwochenstunden.

Für insgesamt 162 Schülerinnen und Schüler erfolgte eine Zurückstellung vom Schulbesuch. Das sind 6 Zurückstellungen mehr als im vergangenen Einschulungsjahr.

Mit einer Schülerzahl von ca. 1.250 Schülerinnen und Schüler stabilisiert sich die Zahl der Einschulungen, wie der nachfolgende Vergleich der zurzeit im Primarbereich vorhandenen Jahrgänge der staatlichen Grundschulen zeigt:

Einschulung

Jahrgang	Schüler	Klassen	Frequenz
----------	---------	---------	----------

2007/08	1.225	58	21,1
2008/09	1.190	54	22,0
2009/10	1.278	57	22,4
2010/11	1.216	55	22,1
2011/12	1.276	57	22,4
2012/13	1.249	56	22,3

Die Anzahl der Grundschulen mit flexibler Eingangsphase ist um drei auf 12 gesunken. Die Friedrich- Ebert - und Ernst-Moritz-Arndt Grundschulen in Luckenwalde und die Grundschule Sperenberg haben entschieden, die ersten und zweiten Klassen zukünftig im Regelbetrieb zu unterrichten.

Ganztagsangebote werden von neun Grundschulen in Form der „Verlässlichen Halbtagsgrundschule“ – kurz VHG genannt – sowie von einer Grundschule mit „offenen Angeboten“ unterbreitet. Damit besteht ein Versorgungsgrad von 33,4 % in der Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich.

Die bestehenden verbindlichen Kooperationen der Grundschulen mit den Kindertagesstätten sowie die seit Jahren praktizierte gute Zusammenarbeit des Staatlichen Schulamtes mit dem Jugendamt waren auch in Vorbereitung des Schuljahres 2012/2013 wichtige Voraussetzungen für die erfolgreiche Durchführung der „Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung“.

Die sehr enge Zusammenarbeit zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming und dem Staatlichen Schulamt konzentriert sich in diesem Schuljahr auf folgende Arbeitsschwerpunkte:

- „Kindeswohlgefährdung“
- Neugestaltung der Zusammenarbeit Jugendamt – Schulamt bzw. Schule durch die Umsetzung der Rahmenvereinbarung vom 09.11.2011
- Arbeit in der Arbeitsgruppe „Primäre Suchtprävention“

- *Bereich weiterführende allgemein bildende Schulen*

Im Ergebnis des Aufnahmeverfahrens in die weiterführenden allgemein bildenden Schulen, einschließlich der Schulen in freier Trägerschaft (Sekundarstufe I), wurden insgesamt ca. 1.266 Schülerinnen und Schüler unter Berücksichtigung des Elternwunsches und ihrer Eignung sowie der tatsächlich vorhandenen Kapazitäten der Schulen entsprechend untergebracht.

Zum Schuljahresbeginn bestand folgende Verteilung von Schülerinnen und Schülern des siebenten Jahrgangs im Landkreis:

Schulform (in Klammern inkl. freie Träger)	Schülerzahl absolut	Schülerzahl in %	Anzahl Klassen
9 Oberschulen (+2)	519 (588)	44 (46)	23 (26)
1 Gesamtschule	138 (138)	12 (11)	5 (5)

5 Gymnasien (+1)	521 (540)	44 (43)	20 (21)
gesamt	1.178 (1.266)		48 (52)

Im Vergleich zum Vorjahr waren etwa genau so viel Schülerinnen und Schüler mit Schulplätzen zu versorgen, an einem Gymnasium wurde eine Klasse zusätzlich eingerichtet. An der Gesamtschule in Dabendorf musste die Kapazität aufgrund der räumlichen Situation weiterhin auf 5 Klassen beschränkt bleiben. Die Oberschulen wurden im Erstwunsch in diesem Schuljahr anteilig stärker nachgefragt als in den Vorjahren.

Von den insgesamt 15 weiterführenden allgemeinbildenden Schulen unterbreiten 9 Schulen, davon 6 Oberschulen, 2 Gymnasien und die Gesamtschule ein Ganztagsangebot. Das entspricht einem Anteil von 60 Prozent. Damit profitiert der größte Teil der Schülerinnen und Schüler in diesem Bereich von den vielfältigen Möglichkeiten, die durch die Ganztagsorganisation eröffnet werden.

Ein wichtiges Aufgabenfeld in den Schulen ist die Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit, um die Anschlussfähigkeit nach dem Verlassen der Schule zu gewährleisten.

Ein besonderes Augenmerk gilt dabei, möglichst allen Schülerinnen und Schülern einen Abschluss des Bildungsganges zu ermöglichen.

Im Bereich der Oberschulen zeigt sich für das Schuljahr 2011/12 bezogen auf die erreichten Abschlüsse folgendes Bild.

Von den insgesamt 418 Schülerinnen und Schülern der Jahrgangsstufe 10 haben:

<i>Anzahl</i>	<i>Abschluss</i>
23/ 5,5%	BBR (Hauptschulabschluss/ Berufsbildungsreife),
97/ 23,2%	EBR (erweiterter Hauptschulabschluss/ erweiterte Berufsbildungsreife),
161/ 38,5%	FOR (Realschulabschluss/ Fachoberschulreife) und
137/ 32,8%	FORQ (Berechtigung zum Besuch der gymnasialen Oberstufe) erreicht.

In der Jahrgangsstufe 9 des gleichen Schuljahres konnte von insgesamt 451 Schülerinnen und Schülern 14 der Hauptschulabschluss nicht zuerkannt werden.

Damit ist eine weitere Absenkung der Quote (Schüler ohne Abschluss) gegenüber 7,4% vom Vorjahr zu verzeichnen.

Im Rahmen der Schwerpunktaufgabe Berufs- und Studienorientierung gibt es neben den verbindlichen Arbeitsvereinbarungen zwischen der Arbeitsagentur in Potsdam und den weiterführenden allgemein bilden Schulen sowie der Beteiligung der Oberschulen an IOS (Initiative Oberschule) auch eine enge Zusammenarbeit zwischen der SWFG und den Schulen des Landkreises. Der Arbeitskreis Schule/ Wirtschaft hat sich in unserem Landkreis zu einer wichtigen Plattform des gegenseitigen Austausches und der Entwicklung vielfältiger Initiativen insbesondere im Bereich der Oberschulen und Förderschulen etabliert. Hervorzuheben sind die jedes Jahr gemeinsam organisierten Berufsorientierungstourneen. Diese Berufsorientierungstourneen leben vor allem von der Bereitschaft und der aktiven Mitwirkung der jeweils beteiligten Betriebe.

Die Gymnasien und Förderschulen haben insbesondere die angebotenen Fördermöglichkeiten der Arbeitsagentur für berufs- und studienorientierende Projekte im Rahmen von BaCh (Berufsorientierung als Chance) genutzt.

Die Projektangebote der „Initiative Oberschulen stärken – IOS“ nutzen durchweg alle Oberschulen des Landkreises im Sinne der Verbesserung vor allem der sozialen und personalen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler. Diese geht vielfach einher mit einer zielorientierten Berufsorientierung. Dabei sind die Schulen angehalten, bei der Projektauswahl immer auch den unterrichtlichen Bezug und die Nachhaltigkeit zu sehen, um über die Förderperiode hinaus wichtige Projektinhalte in den Schulalltag einfließen zu lassen.

An den meisten Oberschulen sind die durch die Bundesagentur für Arbeit zur Verfügung gestellten sogenannten „Berufseinstiegsbegleiter“ tätig, die sich intensiv um abschlussgefährdete Schülerinnen und Schüler kümmern und diese aktiv bei der Berufswahl unterstützen, teilweise auch über die Beendigung der Schulzeit hinaus.

- *Bereich Förderschulen*

Im Schuljahr 2012/13 lernen 602 Schülerinnen und Schüler in den Förderschulen des Landkreises. In den vier Schulen mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“ werden 458 Schülerinnen und Schüler in 46 Klassen beschult. Das sind ca. 40 Schülerinnen und Schüler weniger als im Vorjahr.

Die Schulen mit dem Förderschwerpunkt "geistige Entwicklung" in Jüterbog und Groß Schulzendorf besuchten im Schuljahr 2011/12 138 Schülerinnen und Schüler, im Schuljahr 2012/13 sind es 144.

- *Bereich Zweiter Bildungsweg und OSZ*

Der Zweite Bildungsweg an der Kreisvolkshochschule Teltow-Fläming wurde mit der Einrichtung von zwei Klassen der Jahrgangsstufen 9 und zwei Klassen der Jahrgangsstufe 10 im Schuljahr 2012/13 fortgeführt. Insgesamt nehmen 94 Schülerinnen und Schüler in Luckenwalde die Möglichkeit wahr, in diesem Rahmen ihren Schulabschluss nachzuholen.

Am Oberstufenzentrum Teltow-Fläming lernen im Schuljahr 2012/13 etwa 1.500 Schülerinnen und Schüler (davon ca. 490 in Vollzeit).

Mit der Einrichtung von Klassen eines beruflichen Gymnasiums sowie der breiten Palette der Berufsausbildung am OSZ des Landkreises Teltow-Fläming haben insbesondere die Abgänger der Oberschulen vielfältige Ausbildungsperspektiven in der Region, die es verstärkt zu nutzen gilt.

In Absprache mit dem Leiter des OSZ und dem Staatlichen Schulamt haben die Oberschulen verbindliche Kooperationen mit dem OSZ abgeschlossen und gemeinsam Maßnahmen abgestimmt, um die vorhandenen regionalen Ressourcen zur Gewinnung des Berufsnachwuchses als wichtigen Pfeiler der Fachkräftesicherung in der Region effektiv zu nutzen.

Insgesamt kann im Rückblick auf das Jahr 2012 festgestellt werden, dass auf den verschiedenen Arbeitsebenen ein enges Zusammenwirken von Landkreis und Staatlichem Schulamt existiert. Dieses trifft auch für die Zusammenarbeit mit den einzelnen Schulträgern zu. Das Wahrnehmen der gemeinsamen Verantwortung für die Bildung der heranwachsenden Generation sollte auch weiterhin Maßstab dieser Zusammenarbeit sein.

